



DAS DEUTSCHE OPERNHAUS IN CHARLOT-
 TENBURG. * ARCHITEKT: STADTBURAT,
 KÖNIGL. BURAT HEINRICH SEELING IN
 CHARLOTTENBURG. * GESAMTANSICHT DES
 ***** ÄUSSEREN VON WESTEN. *****
 ===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====
 *** XLVII. JAHRGANG 1913 * NO. 10. ***



Oben: Portal-Relief des Aeußeren. Bildhauer: Feuerhahn. Unten: Jonische Säulenstellung der Seitenfassaden.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 10. BERLIN, DEN 1. FEBRUAR 1913.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg.

Architekt: Stadtbaurat kgl. Baurat Heinrich Seeling in Charlottenburg.

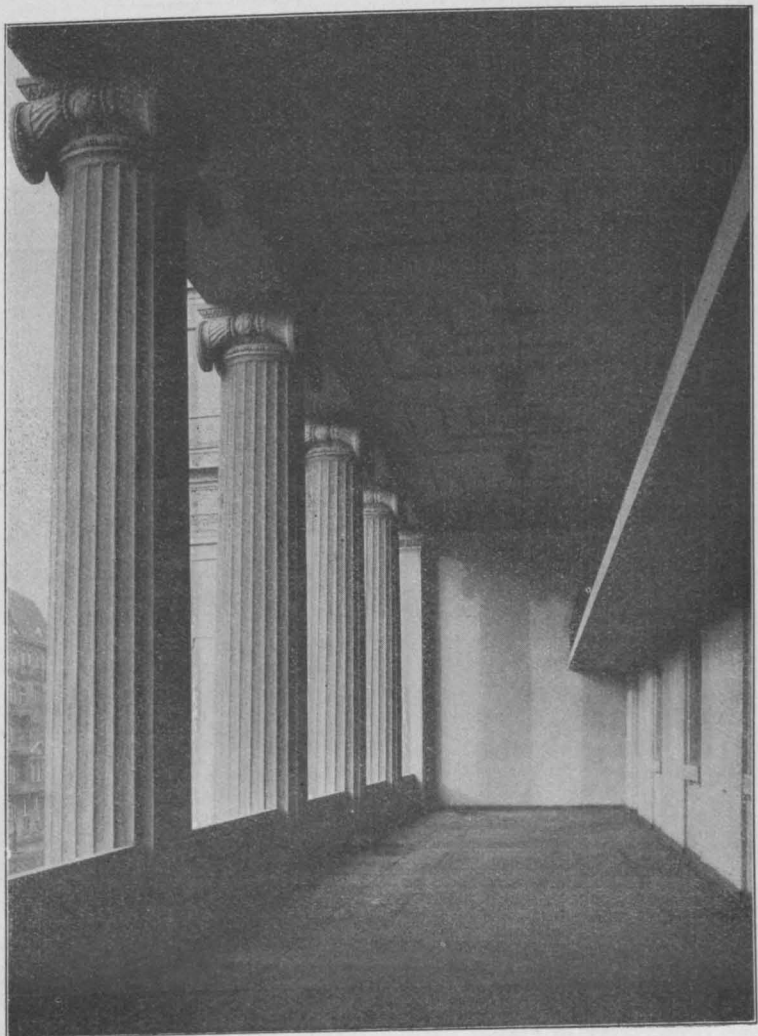
Hierzu eine Bildbeilage.



em Erbauer wurde im Frühjahr 1911 die Aufgabegestellt, eine geeignete Baustelle für ein Opernhaus der Stadt Charlottenburg für 2300 Plätze zu suchen und Skizzen für ein solches mit allen dazu gehö-

rigen Einrichtungen aufzustellen, wobei eine Bausumme von rd. 3000000 M. einzuhalten war. Wenn möglich, sollte eine selbständige Restaurations-Anlage vorgesehen werden. Als Bauplatz wurde nach einigen anderen Versuchen die Front an der Bismarck-Straße zwischen Sesenheimer- und Krumme-Straße gewählt; die Rückfront des Grundstückes wird durch Privatgrundstücke begrenzt. Die Bauplatzfront an der Bismarck Straße betrug 91,14 m, die an der Sesenheimer-Straße 106,19 m, die an der Krummen-Straße 102,71 m. Eine flüchtige Vorskizze ergab, daß der Bauplatz sich gut eigne. Der Architekt wurde auf Grund dieser Vorskizze beauftragt, so schnell als möglich den Bau zu beginnen und bis zum November 1912 fertig durchzuführen.

Mit den Gründungen auf normalem Baugrund wurde in der zweiten Hälfte des September 1911 begonnen; der Bau mußte demnach in noch nicht ganz 14 Monaten



durchgeführt werden, trotz siebenwöchentlicher Frostpause, teilweiser Streiks und sonstiger Hindernisse. Wie die Größenverhältnisse der vorhandenen

Schiller-Theater zu Charlottenburg — ohne weiteres dardun, können gegenüber einer Tiefbühne allerhöchstens 1500 Zuschauerplätze untergebracht werden, wenn die Bühnenöffnung das Maß von 14^m Breite nicht wesentlich überschreiten soll.

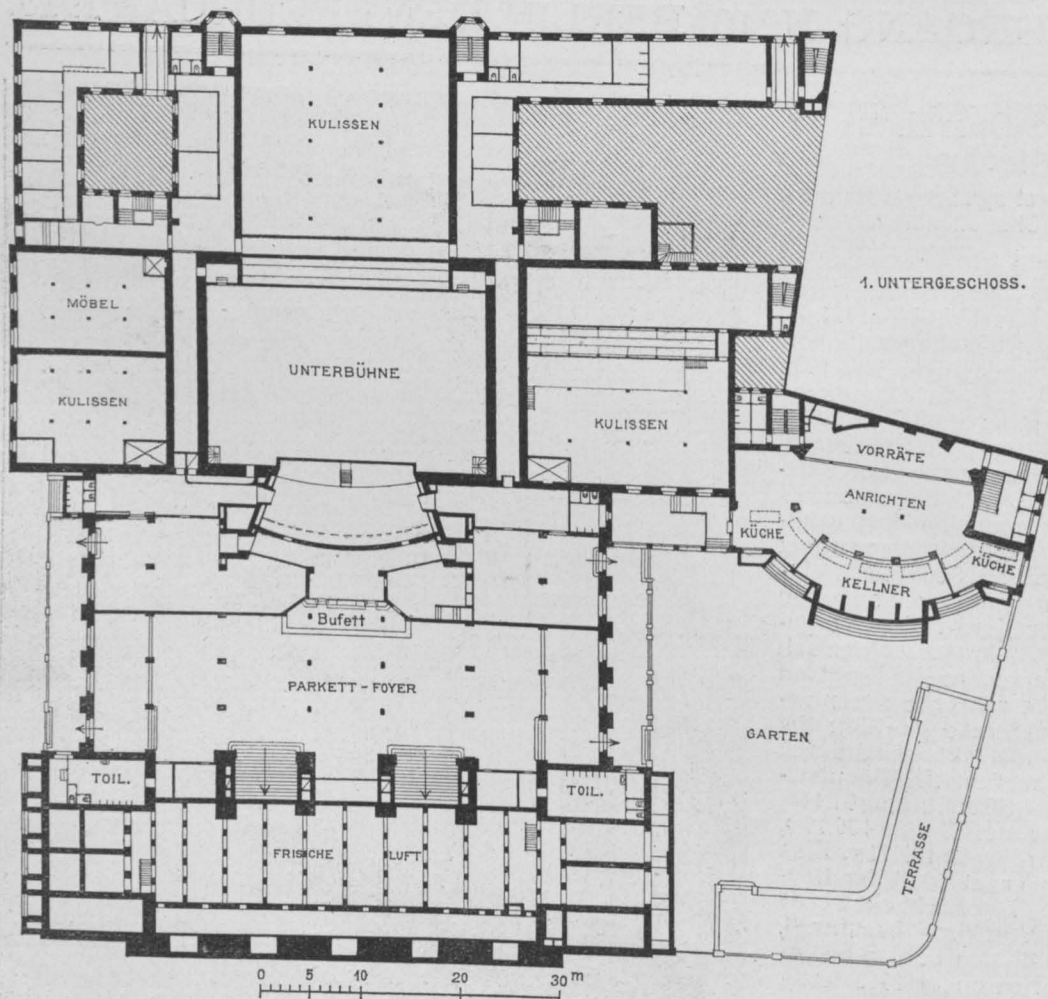
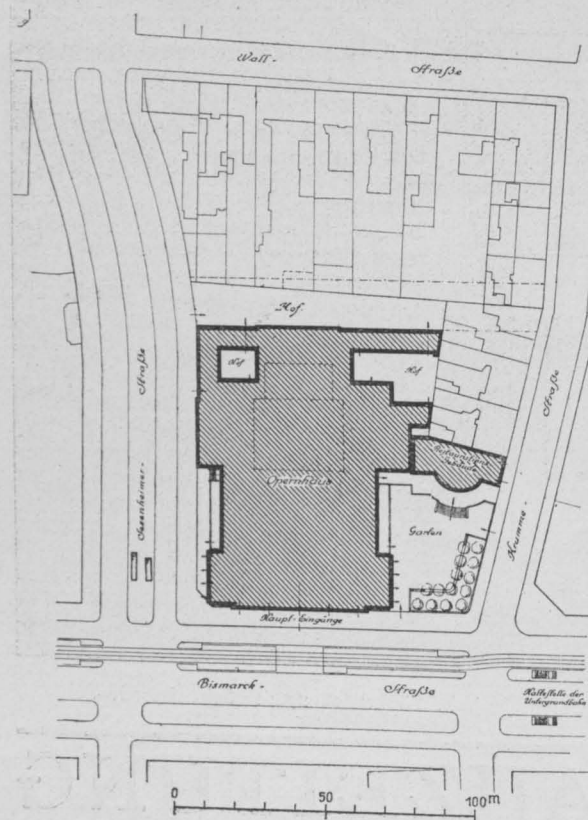
Auch diese Häuser konnten ihre Zuschauerplatzzahl nur mit Hilfe des Einbauens von Galerien erzielen, die in einer Höhenlage errichtet werden mußten, die der Höhenlage eines zweiten Ranges in Rang-Theatern entspricht, jedoch mit wesentlich größerer Entfernung vom Bühnenbild. Aber auch mit diesen Hilfsmitteln zeigt das vorbildliche Haus in Bayreuth in den äußeren Segment-Abschnitten der einzelnen Ringe eine nach hinten sich immer mehr steigende Zahl von Plätzen auf den einzelnen Reihen, von denen aus eine Seite des Bühnenbildes in beträchtlicher Weise den Blicken der auf diesen Plätzen befindlichen Zuschauer entzogen wird.

Ein gesunder Zuschauerraum für 2300 Personen gegenüber einer Tiefbühne (und für die Oper dürfte eine Flachbühne auf lange hinaus kaum in Frage kommen können) ist also nicht ohne eine ausgiebige Platzanordnung über einander zu erzielen.

Da nun das „Deutsche Opernhaus“ auch die Ausführung von Spielopern nicht von der Hand weisen durfte, so waren 13,5^m das alleräußerste Maß, das für die „große Oper“ als Breite der Bühnenöffnung genommen werden durfte. Von diesem Maß hängt aber ab die Anordnung des ganzen Hauses vor wie hinter dem Vorhang in bühnentechnischer wie in bautechnischer Hinsicht; Breite, Tiefe und Höhe der Bühne werden hierdurch bestimmt, ebenso die Breite des Zuschauerraumes, während dessen Länge und Höhe von praktischen, ästhetischen und akustischen Fragen bedingt werden und natürlicher gestaltet werden können.

Im Gegensatz zum alten italienisch-französischen Zuschauerraum mit Logen übereinander, die höchstens zwei Plätze hintereinander enthalten und somit noch eher eine größere Anzahl Ränge (6, sogar 7) ohne akustische Schäden erlauben, geht das moderne deutsche Theater auf einen möglichst niedrigen Theater-Raum aus, mit einer größeren Zahl von Sitzreihen hintereinander in den verschiedenen Rängen, um möglichst wenig steile Sehlinien zu erzielen. Aus Gründen der Sicherheit ist für eine Ranghöhe mit besonderen Umgängen und Treppen landesbaupolizeilich

eine Tiefe von höchstens 6 Reihen vorgesehen. Sollen für solche Anlagen nun schwere optische und akustische Fehler vermieden werden, so muß, je höher



modernen Zuschauerräume mit amphitheatralischer Platzanordnung — das Festspielhaus zu Bayreuth, das Prinzregenten-Theater zu München und das

der Rang'liegt, dieser um so freier gestaltet werden. Infolgedessen ordnete der Erbauer die Ränge für das „Deutsche Opernhaus“ so, daß sowohl der erste wie

der zweite Rang nur durch drei Reihen in der Längs-Mittelachse des Hauses überbaut wurden und daß der dritte Rang von sechs Reihen Tiefe eine Vermehrung von weiteren sechs Reihen erfuhr, die sich hinter den ersten sechs Reihen mit besonderem Umgang und zwei besonderen Treppen amphitheatralisch aufbauten.

So ergab sich für die Uebersicht des Raumes, für die Sicht von diesem auf die Bühne und für das freie Ausklingen der Schallwellen von der Bühne oder von der Orchesterzone aus eine Trichterform zur Unterbringung der für die Lebensfähigkeit des Unternehmens erforderlichen Zahl von Zuschauerplätzen, ohne daß zur Anordnung von vier Rangbrüstungen übereinander geschritten werden mußte.

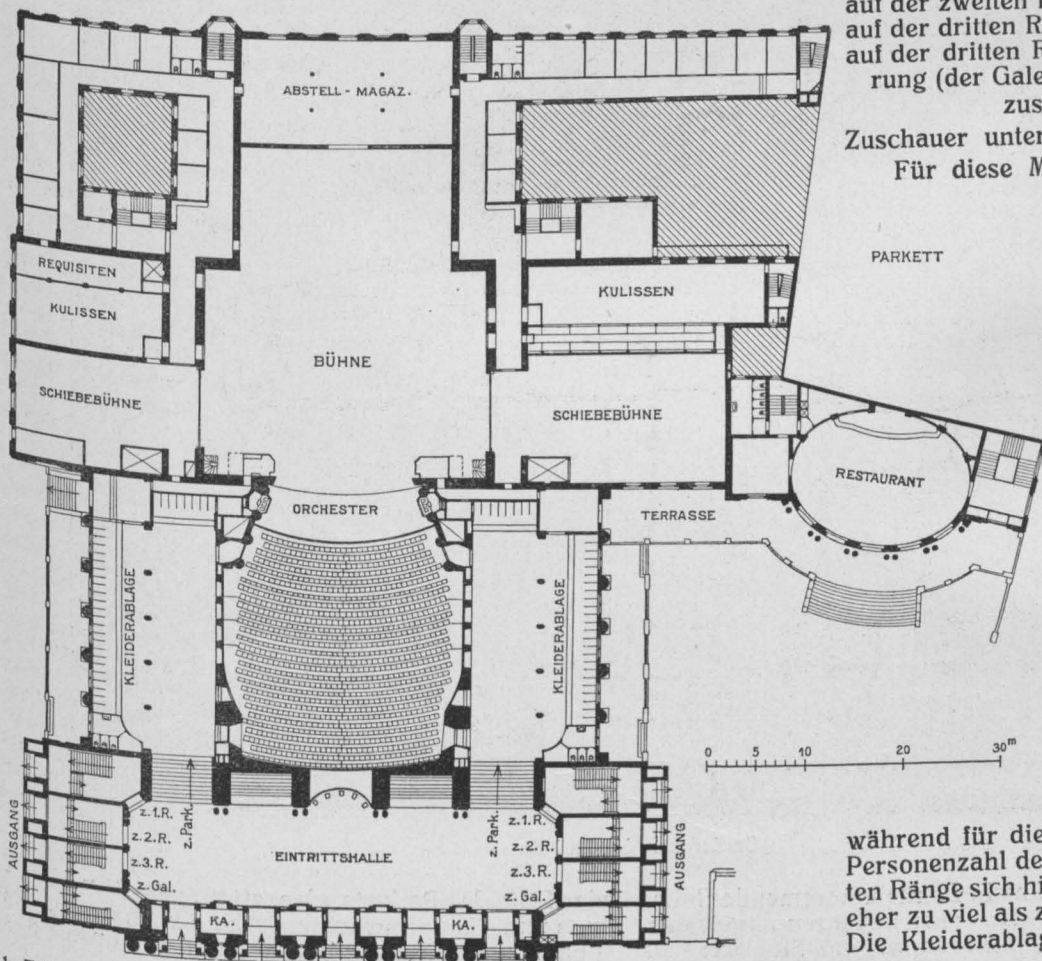
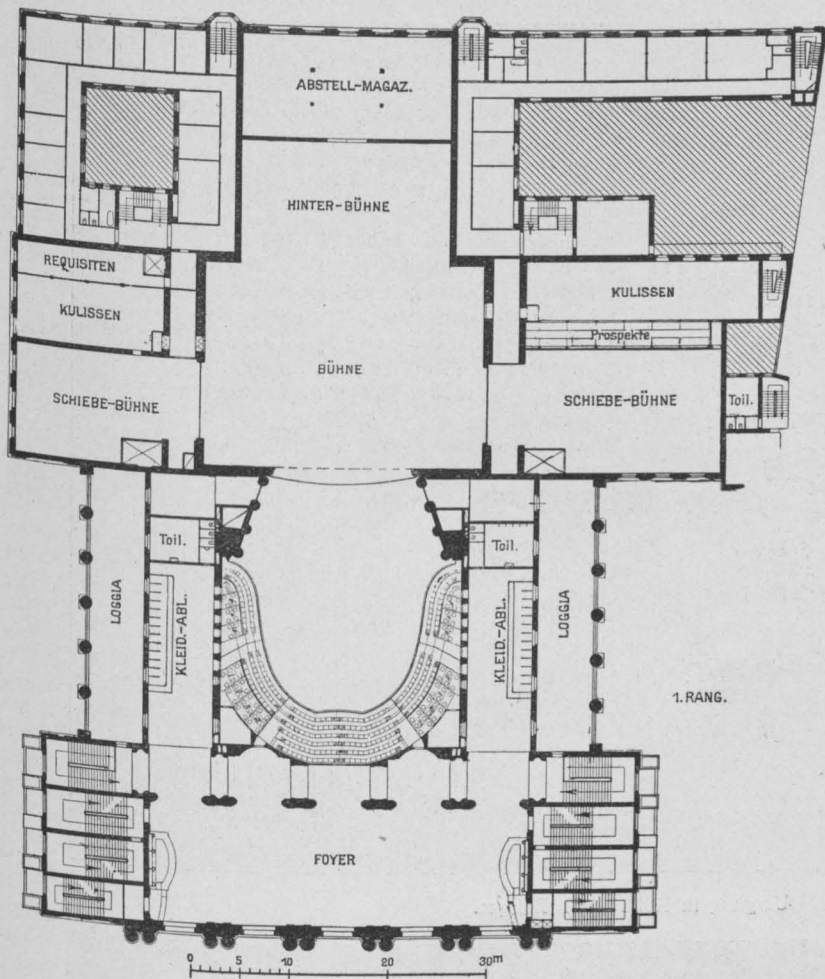
Gegenüber der Bühnenöffnung von 13,5 m war für das Parkett ohne Zwischengänge die Zahl von 40 Zuschauerplätzen in ununterbrochener Reihe nicht zu überschreiten. Die Parkettiefe konnte ferner nicht gut über 28 m ausgedehnt werden, denn damit wurde schon unter Einhaltung des geschilderten Grundsatzes der Sehstrahl vom Auge des obersten Platzinhabers bis zum Bühnenfußboden auf rd. 43 m festgelegt, jedoch nur unter einem Gesichtswinkel von 25°, also wesentlich unterhalb der Gesichtswinkel vorhandener, auch kleinerer Anlagen. Auf Grund dieser Erwägungen wurden die Zuschauerplätze derart angeordnet, daß

auf der Parkethöhe	1055
auf der ersten Ranghöhe . . .	330
auf der zweiten Ranghöhe . .	305
auf der dritten Ranghöhe . .	318
auf der dritten Rangerweiterung (der Galerie)	292
zusammen also	2300

Zuschauer untergebracht wurden.

Für diese Massen waren entsprechende Eingänge und Ausgänge, Treppen, Umgänge und Kleiderablagen zu schaffen, für deren Zahl und Breite die landesbaupolizeilichen Vorschriften einzuhalten waren. Außerdem war natürlich auch für entsprechende Erfrischungsräume und Toiletten zu sorgen. Die Schwierigkeit der Plan-Anlage lag in dem großen Raumbedürfnis an Umgängen und Kleiderablagen für die über 1000 Parkettbesucher,

während für die mit etwa je $\frac{1}{3}$ der Personenzahl des Parketts bedachten Ränge sich hierfür ohne weiteres eher zu viel als zu wenig Raum bot. Die Kleiderablagen für die große



Zahl der Parkettbesucher zu schaffen, ist in Deutschland eine der schwierigsten Aufgaben für den Theater-Architekten. Weder in England noch in Frankreich

wenn sie nach Schluß der Vorstellung länger als eine Minute auf die Abfertigung warten müssen. Im vorliegenden Fall sind Angriffsfronten von je 25 m auf



Umgang in Höhe des I. Ranges.



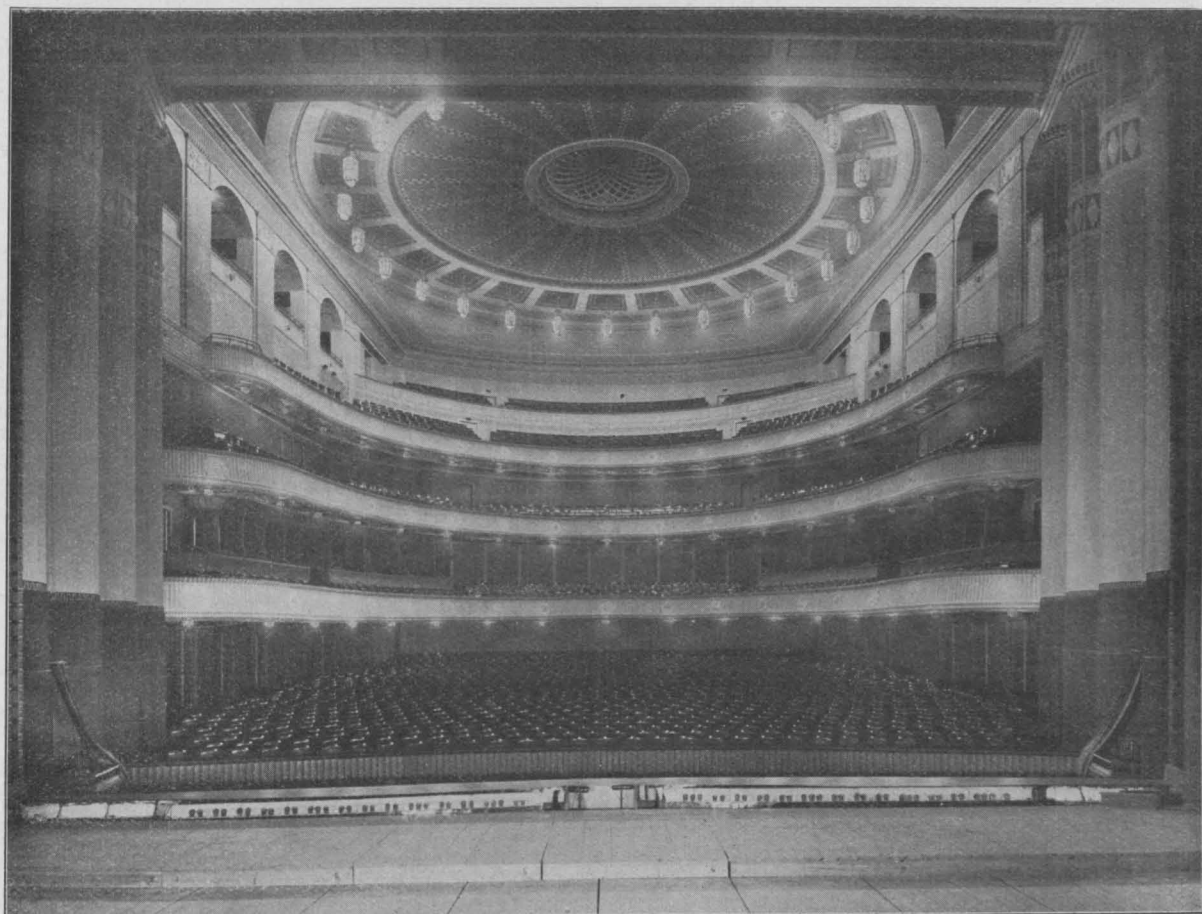
Garderoßen des Parketts.

spielt diese Frage eine in Betracht kommende Rolle, während bei uns die Besucher mit ihren abgelegten Pelzen und großen Hüten sehr ungemütlich werden,

jeder Seite des Parketts, also zusammen 50 m Tischlänge und 450 qm Entwicklungsraum vorhanden. Es ist damit das Mögliche getan, um dem Anprall des

Publikums nach Schluß der Vorstellung so schnell als möglich zu begegnen.

marck-Straße durch die 45 m lange und 10 m breite Kassenhalle. An deren Schmalseiten führen acht



Blick von der Bühne zum Zuschauerraum.



Ansicht des Foyers.

Zu dem so gestalteten Zuschauerhaus gelangt man durch fünf breite Eingangstüren an der Bis-

Türen auf die acht Treppen zu den Rängen (zwei Treppen für je einen Rang), die aber ihre besonderen,

1. Februar 1913,

unmittelbar auf die Straße führenden Ausgänge erhalten haben, während die Kassenhalle gleichzeitig als Queringang für das Parkett dient, von dem zwei über 6^m breite Läufe hinauf zu den 2^m höher liegenden seitlichen Umgängen mit den Kleiderablagen und zwei ebenso breite Läufe zu dem von Front zu Front reichenden, 50^m langen und 18^m tiefen Erfrischungsraum unter dem Parkett führen.

Von den erwähnten, in den seitlichen Umgängen angeordneten Kleiderablagen gelangt man durch 14 breite Flügeltüren in das Parkett. Als Ausgänge stehen außer den fünf großen Eingangstüren der Hauptfront für das Parkett noch zwei unmittelbar an die Kleiderablagen angeschlossene Windfanghallen zum sofortigen Austritt ins Freie zur Verfügung.

Die beiden zum ersten Rang führenden Treppen öffnen sich ohne Zwischentür auch in das große Foyer von 40^m Länge und 12^m Breite. Rechts und links schließen sich die seitlichen Umgänge an mit der Kleiderablage, und vor den seitlichen Umgängen dehnen sich rechts und links in voller Länge von je 27^m unmittelbar mit den Treppenhäusern verbundene, 5,5^m breite offene Säulenhallen aus (S. 85). So wurde hier der leidige Zwiespalt zwischen den notwendigen Nutzräumen in Parketthöhe und den wesentlich geringeren Anforderungen für solche in erster und zweiter Ranghöhe zur Steigerung der

Sicherheit der Personen, zur monumentalen Wirkung der Fronten des Hauses und zugleich zu einer Erholungsstätte in frischer Luft für die Besucher im Spätf Frühjahr und Frühherbst ausgenutzt.

Ebenfalls zwei Treppen führen zur Höhe des zweiten Ranges, dessen Umgänge einen freien Blick ins Foyer gewähren und außerdem den Austritt auf die langen Balkone in den großen offenen vorerwähnten Säulenhallen gestatten. Auch diese Balkone von je 27^m Länge sind unmittelbar mit den Treppen für die Besucher des zweiten Ranges verbunden. Ein besonderer Erfrischungsraum ist für diesen Rang nicht vorgesehen. Die Besucher sollen die Foyers des I. Ranges oder des Parketts mitbenutzen.

Zum dritten Rang führen ebenfalls zwei Treppen. Der Raum über dem Foyer in Höhe des ersten Ranges ist hier ebenso wie in der Galeriehöhe als Erfrischungsraum ausgenutzt und seitliche Galerien gestatten Bewegung in freier Luft und Rettung bei Verqualmung. In gleicher Weise ist für Treppen und Vorraum für die Erweiterung des dritten Ranges, die Galerie, Vorsorge getroffen; während im Zuschauer-Raum selbst vor dem Besucher frei „des Theaters Rund“ in Erscheinung tritt und hier erst eigentlich die gewaltigen Abmessungen des Raumes zur Geltung gelangen. —

(Fortsetzung folgt.)

Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes.

Im „Preußischen Staatsanzeiger“ vom 25. Januar 1913 wird der Entwurf eines Wohnungsgesetzes für Preußen mit folgendem Wortlaut veröffentlicht:

Artikel 1.

Baugelände.

I. Das Gesetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, vom 2. Juli 1875 (Gesetzsammlung S. 561) (sogen. Fluchtliniengesetz) wird dahin geändert:

1. Im § 1 erhält

a. der Abs. 2 folgende Fassung:

Die Ortspolizeibehörde kann die Festsetzung von Fluchtlinien verlangen, wenn die von ihr wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten oder die Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis die Festsetzung fordern; im letzteren Falle bedarf sie jedoch der Einverständniserklärung der Kommunalaufsichtsbehörde.

b. der Abs. 4 Satz 2 folgende Fassung:

Aus besonderen Gründen kann aber eine hinter die Straßenfluchtlinie zurückweichende Baufluchtlinie festgesetzt werden.

2. Im § 3 wird als Abs. 3 folgende Vorschrift hinzugefügt:

Im Interesse des Wohnungsbedürfnisses ist ferner darauf Bedacht zu nehmen, daß in ausgiebiger Zahl und Größe Plätze (auch Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) vorgesehen, daß für Wohnzwecke Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite entsprechend dem verschiedenartigen Wohnungsbedürfnisse geschaffen werden, und daß durch die Festsetzung Baugelände entsprechend dem Wohnungsbedürfnisse der Bebauung erschlossen wird.

3. Im § 5 erhält

a. der Abs. 1 folgende Fassung:

Die Zustimmung der Ortspolizeibehörde (§ 1) darf nur versagt werden, wenn die von ihr wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten oder das Wohnungsbedürfnis (§ 3 Abs. 3) die Versagung fordern. Soweit die Zustimmung mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis versagt wird, bedarf es des Einverständnisses der Kommunal-Aufsichtsbehörde.

b. der Abs. 3 folgenden Zusatz:

Soweit ein solches Ansuchen auf das Wohnungsbedürfnis gestützt wird, darf es nur im Einverständnisse mit der Kommunalaufsichtsbehörde ergehen.

4. Im § 12 werden als Abs. 4 folgende Vorschriften eingestellt:

Von dem Verbot ist Dispens zu erteilen, falls ein Wohnungsbedürfnis besteht, der Eigentümer Gewähr dafür bietet, daß diesem Bedürfnisse durch den Bau entsprechender, gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung getragen wird, und falls dem Bau an der dafür gewählten Stelle des Weichbildes keine berechtigten Gemeindeinteressen entgegenstehen. Ueber

die Erteilung des Dispenses beschließt im Streitfalle der Bezirksausschuß.

5. Als § 13a werden folgende Vorschriften eingestellt:

Mit dem Zeitpunkt, an dem eine Straße oder ein Straßenteil für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig hergestellt ist, erhält die Gemeinde das Recht, ein an die Fluchtlinie der Straße oder des Straßenteiles angrenzendes Grundstück, soweit es nach den baupolizeilichen Vorschriften des Ortes nicht zur Bebauung geeignet ist, dem Eigentümer gegen Entschädigung zu entziehen. Will die Gemeinde dieses Recht ausüben, so hat sie dies unter genauer Bezeichnung der zu enteignenden Fläche dem Eigentümer mitzuteilen mit dem Hinweis, daß Einwendungen gegen die Entziehung binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen bei dem Gemeindevorstand anzubringen sind. Ueber Einwendungen beschließen die im § 8 dieses Gesetzes und im § 146 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetzsamml. S. 237) berufenen Behörden.

Sind die nach Abs. 1 entzogenen Grundflächen weder zusammen noch in Verbindung mit anderen der Gemeinde gehörigen Grundstücken zur Bebauung geeignet, so ist die Gemeinde verpflichtet, die entzogenen Grundflächen den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke auf ihr Verlangen gegen Erstattung der Aufwendungen nebst Zinsen zu übereignen. Sie hat, wenn mehrere Grundstücke angrenzen und eine Vereinbarung mit den Eigentümern nicht erzielt wird, einen Plan für die zweckmäßige Zuteilung der entzogenen Grundflächen sowie eine Kostenverteilung aufzustellen. Der Plan und die Kostenverteilung sind zur Einsicht der Beteiligten offenzulegen. Die Offenlegung ist ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis, daß Einwendungen binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen seit dem Tage der Bekanntmachung bei dem Gemeindevorstand anzubringen sind. Den aus dem Grundbuch ersichtlichen Eigentümern ist, soweit tunlich, besondere Mitteilung zu machen. Ueber die Einwendungen beschließen die in Abs. 1 bezeichneten Behörden.

Die in Abs. 2 Satz 1 der Gemeinde auferlegte Verpflichtung erlischt gegenüber denjenigen Eigentümern, welche sich nicht binnen Jahresfrist seit Aufforderung der Gemeinde zur Uebernahme der Grundfläche verpflichten.

Der § 13 Abs. 4 findet bei den Vorschriften dieses Paragraphen gleichfalls Anwendung.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch Anwendung, wenn eine Straße oder ein Straßenteil vor Inkrafttreten dieser Vorschrift für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig hergestellt ist.

6. Im § 14 werden in Abs. 1 hinter den Worten „nach § 13“ die Worte eingefügt: „und § 13a Abs. 1“.

II. Das Gesetz, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., vom 28. Juli 1902 (Gesetzsamml. S. 273) und das Gesetz wegen Abänderung des

§ 13 des vorbenannten Gesetzes vom 8. Juli 1907 (Gesetzssaml. S. 259) werden auf den Umfang der Monarchie sinngemäß ausgedehnt, soweit dies nicht bereits durch besondere Gesetze geschehen ist.

Artikel 2.

Baupolizeiliche Vorschriften.

§ 1.

Durch die Bauordnungen kann insbesondere geregelt werden:

1. die Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke,

2. die Ausscheidung besonderer Ortsteile, Straßen und Plätze, für welche die Errichtung von Anlagen nicht zugelassen ist, die beim Betriebe durch Verbreitung übler Dünste, durch starken Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Nachbarschaft oder das Publikum überhaupt herbeizuführen geeignet sind,

3. der Verputz und Anstrich oder die Ausfugung der vornehmlich Wohnzwecken dienenden Gebäude und aller an Straßen und Plätzen liegenden Bauten.

§ 2.

Sofern die bauliche Entwicklung es erfordert, sollen die Bauordnungen für die Ausführung der Wohngebäude, besonders hinsichtlich der Standfestigkeit und der Feuer-sicherheit, unterschiedliche Vorschriften geben, je nachdem sich diese auf Gebäude größeren oder geringeren Umfanges beziehen.

Geben Bauordnungen für größere Bezirke gleichzeitig Bestimmungen für größere und kleinere Gemeinden, so sollen sie hinsichtlich der Höhe der Gebäude und der Geschoszahl unterschiedliche Bestimmungen treffen, welche die besonderen Verhältnisse der Gemeinden berücksichtigen.

§ 3.

Sofern die Verhältnisse es erfordern, sollen durch Polizeiverordnung für die Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen abgestufte Vorschriften je nach deren Bestimmung (Verkehrsstraßen, Wohnstraßen) gegeben werden.

Artikel 3.

Benutzung der Gebäude.

I. Allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen (Wohnungsordnungen).

§ 1.

Für Gemeinden und Gutsbezirke können im Wege der Polizeiverordnung allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen erlassen werden (Wohnungsordnungen).

Für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10 000 Einwohnern sind solche Wohnungsordnungen zu erlassen.

Ist in Gemeinden, für die von Ortspolizeibehörden Wohnungsordnungen erlassen werden sollen, die Polizei unter mehrere Behörden geteilt, so ist die zuständige Behörde durch den Minister des Inneren zu bestimmen. Unberührt bleibt die Vorschrift in § 78 Abs. 2 der hannoverschen revidierten Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Gesetzssaml. für das Königreich Hannover S. 141).

§ 2.

Durch die Wohnungsordnungen kann vorgeschrieben werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

§ 3.

Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über:

1. eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),

2. eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) von einander,

3. die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen u. Ausgüsse,

4. die im gesundheitlichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),

5. die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume,

6. die Bedingungen, unter denen die Aufnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregarnisten), Einlieger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder Schlaf-

gänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburschen und -mädchen) statthaft ist,

7. die zur Durchführung der getroffenen Bestimmungen der Beteiligten, namentlich hinsichtlich der Anzeigen, Aushänge usw. obliegenden Verpflichtungen.

II. Besondere Vorschriften über die Unterbringung von Arbeitern.

§ 4.

Durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, können Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der Unterkunftsräume und ihres Zubehörs festgesetzt sowie die zur Durchführung der Bestimmungen erforderlichen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Anzeigen, Aushänge usw. vorgesehen werden.

Artikel 4.

Wohnungsaufsicht.

I. Oertliche Wohnungsaufsicht.

§ 1.

Die Aufsicht über das Wohnungswesen liegt, unbeschadet der allgemeinen gesetzlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, dem Gemeindevorstand ob. Er hat sich von den Zuständen im Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen, auf die Fernhaltung und Beseitigung von Mißständen sowie auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, namentlich der Minderbemittelten, hinzuwirken und die Befolgung der Vorschriften der Wohnungsordnung zu überwachen.

Für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten, das mit dem erforderlichen in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufseher, besetzt sein muß; dem Wohnungsamte können auch ehrenamtlich tätige Personen als Mitglieder angehören. Für kleinere Gemeinden kann durch Anordnung der Aufsichtsbehörde die Errichtung eines den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Wohnungsamtes oder die Anstellung besonderer in geeigneter Weise vorgebildeter beamteter Wohnungsaufseher vorgeschrieben werden. Mehrere Gemeinden können sich mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamtes für ihre Bezirke vereinigen. Unter der gleichen Voraussetzung kann auch ein weiterer Kommunalverband für seinen Bezirk oder Teile seines Bezirkes ein gemeinsames Wohnungsamt errichten.

Dem Wohnungsamte können von der Gemeinde, sofern sich mehrere Gemeinden zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamtes vereinigt haben, durch übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und, sofern die Errichtung durch einen weiteren Kommunalverband erfolgt, durch Beschluß des letzteren andere verwandte Aufgaben übertragen werden. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten, für Berlin des Oberpräsidenten, ist die Tätigkeit des Wohnungsamtes auf die Nachweisung kleinerer Wohnungen zu erstrecken. Durch Polizei-Verordnung kann den Vermietern solcher Wohnungen die Pflicht zur Anmeldung verfügbarer Wohnungen auferlegt werden.

§ 2.

Die mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen sind berechtigt, bei Ausübung der Wohnungsaufsicht alle Räume, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen benutzt werden, sowie die dazu gehörigen Nebenräume, Zugänge, Aborte zu betreten. Sie haben den Wohnungsinhaber oder dessen Vertreter bei dem Beginn der Besichtigung mit dem Zweck ihres Erscheinens bekannt zu machen und sich unaufgefordert durch öffentliche Urkunde über ihre Berechtigung auszuweisen.

Die Besichtigung muß so vorgenommen werden, daß eine Belästigung der Beteiligten tunlichst vermieden wird. Sie darf nur in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, bei Wohnungen, in die Einlieger oder Schlafgänger aufgenommen werden, nur in der Zeit von 5 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends erfolgen.

Der Wohnungsinhaber oder sein Vertreter ist verpflichtet, über die Art der Benutzung der Räume wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen.

§ 3.

Soweit sich bei Ausübung der Wohnungsaufsicht ergibt, daß die Wohnung hinsichtlich ihrer Beschaffenheit oder Benutzung den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entspricht, ist Abhilfe in der Regel zunächst durch Rat, Belehrung oder Mahnung zu versuchen. Läßt sich auf diese Weise Abhilfe nicht schaffen, so ist das Erforderliche wegen Herbeiführung polizeilichen Einschreitens zu veranlassen.

§ 4.

Die Ausübung der Wohnungsaufsicht ist für solche Gemeinden, für welche gemäß Artikel 3 § 1 eine Wohnungsordnung erlassen ist, durch eine Dienstanweisung zu regeln, die von dem Gemeindevorstand unter Zustimmung der Ortspolizeibehörde festzusetzen ist. Im Falle des § 1 Abs. 2 vorletzter Satz sind für die beteiligten Gemeinden übereinstimmende Dienstanweisungen, im Falle des § 1 Abs. 2 letzter Satz ist die Dienstanweisung von der Kommunalverwaltungsbehörde zu erlassen; die Zustimmung ist alsdann, falls für die beteiligten Gemeinden ein und dieselbe Polizeibehörde zuständig ist, von dieser, andernfalls von der den zuständigen Polizeibehörden nächst-vorgesetzten Aufsichtsbehörde zu erteilen. Verweigert eine Gemeinde- oder Kommunalverwaltungsbehörde, der ihr nach Vorstehendem obliegenden Verpflichtung nachzukommen, oder kann über den Inhalt der Dienstanweisung zwischen den beteiligten Behörden ein Einverständnis nicht erzielt werden, so entscheidet der Regierungs-Präsident, für den Landespolizeibezirk Berlin der Oberpräsident, endgültig.

II. Bezirkswohnungsaufsichtsbeamte.

§ 5.

Den Regierungspräsidenten, für den Landespolizeibezirk Berlin dem Oberpräsidenten, sind zur Ausübung der Aufsicht über die Tätigkeit der Gemeinde- und Ortspolizeibehörden (§ 1), soweit sich dazu ein Bedürfnis ergibt, Wohnungsaufsichtsbeamte beizugeben. Diesen Be-

Vermischtes.

Moderne Ladeneinbauten in alte Häuser. „Die Rheinische Bauberatungsstelle Düsseldorf“ plant in Verbindung mit dem „Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz“ eine Ausstellung von Entwürfen und Zeichnungen sowie Photographien über moderne Ladeneinbauten in alte Häuser. Die Ausstellung soll nicht nur eine Anregung für Architekten, sondern vor allem für die Kaufmannschaft sein, und zeigen, wie es möglich ist, moderne Ladeneinbauten in alte Häuser zu machen, ohne daß dadurch der kunstgeschichtliche Wert der Häuser beeinträchtigt wird. Einige Architekten-Vereine haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt, um das schon vorhandene reiche Material aus Deutschland zu vermehren. Ebenso haben ein großer Teil der rheinischen Städte ein lebhaftes Interesse für die Ausstellung, weil ihnen dadurch Gelegenheit gegeben wird, an Hand von Photographien zu zeigen, wie es möglich ist, alte historische Städtebilder vor der Verunstaltung durch Ladeneinbauten und Reklameschilder zu bewahren. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung gedacht und soll auch in Düsseldorf noch in Trier, Köln, Coblenz gezeigt werden. Voraussichtlich wird Hr. Prof. E. Högg in Dresden bei der Eröffnung der Ausstellung über dieses Thema sprechen.

Der „Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz“ beabsichtigt ferner, in einer Flugschrift die interessantesten Beispiele zu veröffentlichen. Die Zusammenstellung der Ausstellung liegt in den Händen des Hrn. Reg.-Bmstr. Stahl, des architektonischen Leiters der Rheinischen Bauberatungsstelle. —

Auszeichnungen an Techniker. — Verliehen wurde die durch kgl. Erlaß vom 13. Juni 1881 gestiftete preuß. Medaille für Verdienste um das Bauwesen in Gold an den Geh. Ob.-Brt. Oskar Hoffeld in Berlin, in Silber an Geh. Ob.-Brt. Körte in Berlin. Verliehen wurde ferner die durch kgl. Erlaß vom 17. Oktober 1912 neu gestiftete Denkmünze für verdienstvolle Leistungen im Bau- und Verkehrswesen in Gold an den Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. h. c. Launhardt in Hannover und den Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. h. c. Stübgen in Berlin; in Silber dem Masch.-Fabrik., Kommerz.-Rat Karl Flohr in Berlin, dem Direktor der A.-G. für Beton- und Monierbau, Reg.-Bmstr. a. D. Dr.-Ing. h. c. Math. Koenen in Berlin, dem Ob.-Ing. der A.-G. Julius Pintsch L. Onken in Charlottenburg, dem Stadtbtr. a. D. Theodor Köhn in Grunewald, dem Ob.-Brt. a. D., Geh. Bt. Oskar Teubert in Potsdam, dem Direktor der A.-G. Siemens & Halske, Abt. für Eisenbahn-Sicherungswesen, Reg.-Bmstr. Pfeil in Berlin-Grünwald, dem Direktor der Firma van der Zypen und Charlier, Bt. Köttgen in Köln-Deutz, dem Direktor der A.-G. für Brückenbau Harkort, Bt. Dr.-Ing. h. c. Seiffert in Duisburg, dem Prof. Schultze-Naumburg in Saaleck bei Kösen, dem Ziv.-Ing. Bt. Taaks in Hannover, dem bisherigen Direktor der Breslauer A.-G. (Linke-Hoffmann) Flögel in Breslau, dem Ob.-Ing. und Prok. der Firma F. Schichau Kienast in Elbing, dem Direktor der Eisenb.-Signalbauanst. Max Jüdel & Co., Bt. Schön in Braunschweig und dem Eisenb.-Ob.-Sekretär Rechnungsrat Köhler in Köln; desgl. in Bronze der Preßementbau-Ges. m. b. H. August Wolfsholz in Berlin, dem Fabrik-

anten stehen bei Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten die Befugnisse der mit der örtlichen Wohnungsaufsicht betrauten Person (§ 2) zu.

Artikel 5.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 1.

Maßgebend für die Berechnung der Einwohnerzahl einer Gemeinde oder eines Gutsbezirkes ist hinsichtlich der Bestimmungen dieses Gesetzes die durch die jedesmal letzte Volkszählung ermittelte Zahl der ortsanwesenden Zivilbevölkerung.

§ 2.

Ausgenommen von den Vorschriften der Art. 3, 4 sind:

- Schlösser des Königs oder eines Mitgliedes des königlichen Hauses oder des Hohenzollernschen Fürstenhauses einschließlich der zugehörigen Nebengebäude,
- die dem Reich, einem Bundesstaat oder einem Kommunalverbande gehörigen Gebäude, soweit sie zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch bestimmt sind,
- Anstalten, soweit sie auf Grund besonderer Bestimmungen einer staatlichen Beaufsichtigung unterstehen.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt am in Kraft. Bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes können zu seiner Ausführung Wohnungsordnungen erlassen und die zu diesem Behufe notwendigen Anordnungen und Beschlüsse erlassen werden. —

(Fortsetzung folgt.)

Artur Siebel in Düsseldorf, dem Kunstschmied Taubert in Erfurt, dem Bildhauer Oskar Trillhase in Erfurt, dem Arch. Gustav Wolff in Halle a. S., dem Arch. Wilh. Meßwarb in Rehburg, dem Arch. Martin Colonius in St. Goarshausen, dem Arch. Karl Voß in Burgertiefe, dem Kreisbmr. Gustav Hübner in Burgsteinfurt, dem Ob.-Ing. August Köhler in Bromberg, dem Arch. bei der kgl. Ansiedlungs-Kommission Hugo Locke in Posen, dem Maurer- und Zimmermstr. Neßler in Wollstein, dem Oberbauhufsvorsteher a. D., Rechn.-Rat Carl Zander in Swinemünde, dem Techn. Eisenb.-Skr. Hinze in Berlin, dem kgl. Betr.-Werkmstr. Ulrich in Dortmund, dem kgl. Werkmstr. Kant in Bromberg und dem Geh. Rev. im Ministerium der öffentl. Arbeiten Paul Müller in Berlin. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Zentralfriedhof Erfurt. Unter 50 Entwürfen erhielten einen Preis von je 3500 M. der Entwurf „Mors janua vitae“ des Hrn. Prof. Paul Meissner in Darmstadt, sowie der Entwurf mit dem Wappen der Stadt Erfurt des Hrn. W. Hennigs unter Mitarbeit des Hrn. Rich. Pfennig, beide in Hannover. Ein Preis von je 2000 M. wurde den Arbeiten „Auf freiem Felde“ der Hrn. J. P. Grossmann und Hans Sandig in Dresden, sowie „Domachse“ der Hrn. Lilienfeld in Stuttgart, sowie A. Roepert und Müller in Pforzheim zuerkannt. Zum Ankauf empfohlen der Entwurf „R. J. P.“ des Hrn. W. Meyer in Dresden. Ausstellung bis mit 8. Februar im Rathaus-Festsaal in Erfurt. —

In dem Preisausschreiben betr. Entwürfe zu Wandplatten, erlassen von der Meißener Ofen- und Porzellan-Fabrik vorm. C. Teichert in Meissen, gewannen: den I. Preis Bildh. Arthur Winde in Dresden; den II. Preis Arch. Klemens Thomas und Bildh. Aug. Bachmann in München; den III. Preis Kunstmaler F. G. Tobler in München. Zum Ankauf gelangten Entwürfe von Architekt Friedr. Fleischmann in München, Rich. Lippmann in Niederpeterwitz, Arch. Heincr. Kratz in Leipzig, Arch. M. A. Nicolai in Niedersiedlitz, Kunstmaler Fritz Gassel in Berlin-Schöneberg, Gertr. Römhildt in Karlsruhe, Rud. Jehmlich in Meissen, Friedr. Burghardt in Dresden und Arch. Blochwitz in Potschappel. —

Für den Wettbewerb um Entwürfe zu Möbeln, den der „Verein für Deutsches Kunstgewerbe“ zu Berlin auf Anregung seiner Mitglieder, der Inhaber von W. Dittmar Möbelfabrik in Berlin, erlassen hat, sind 1010 Wettarbeiten eingegangen. Das Preisgericht hat je einen I. Preis von 400 M. dem Architekten H. Ruscheweyh in Berlin und dem Kunstgewerbezeichner Wilhelm Kienzle in München, je einen II. Preis von 200 M. dem Innenarchitekten Werner Piltzing in Berlin und Fr. Kadach in Berlin zugesprochen. Ferner sind auf Vorschlag des Preisgerichtes 20 Entwürfe zu je 75 M. angekauft und 21 Entwürfe durch eine lobende Erwähnung ausgezeichnet worden. —

Inhalt: Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg. — Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Bildbeilage: Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 6. Jan. 1913. Vorsitz.: Hr. Bürckner. Anwes.: 108 Mitgl., 5 Gäste. Der Vorsitzende gedenkt mit warmen Worten des verstorbenen Mitgliedes Geh. Ob.-Brts. Oskar Launer. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Hr. Voegler verliest den Text der neuen Schinkel-Preisauflage auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues. Diese betrifft den viergleisigen Ausbau der Hauptbahn Berlin-Halle zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. Zu entwerfen ist die Teilstrecke Jüterbog-Wittenberg und eine unmittelbare Verbindung zwischen der zurzeit eingleisigen Hauptbahn Treuenbrietzen-Jüterbog und der zweigleisigen Hauptbahn Jüterbog-Röderau mit Anschlüssen an die Anhalter-Bahn.

Hr. Stadtbauinsp. P. Wolff-Schöneberg hält sodann einen Vortrag über „Schöneberg als Wohnstadt, sein jetziges Bild und seine zukünftige Gestaltung“. Die Gestaltung einer Stadtanlage ist, wie der Redner einleitend ausführte, abhängig von den wechselnden Bedingungen ihrer Entstehung. Für die Bearbeitung der Bebauungspläne einer heutigen Großstadt sind daher ganz andere Grundlagen bestimmend, als für Stadtpläne früherer Jahrhunderte. Während im älteren Stadtbau die Innenstadt den besten Wohnbezirk bildete und die Vorstädte als minderwertig galten, ist in der heutigen Großstadt die Innenstadt mehr oder weniger zur reinen Geschäftstadt geworden, während die Vorstädte die gesuchtesten Wohnviertel bilden. Es hat sich eine scharfe Trennung von Wohn- und Geschäftstadt vollzogen. Ehemals selbständige dörfliche Einheiten in der Nähe einer sich entwickelnden Großstadt erfahren einen Umwandlungsprozeß, indem sie zu städtebaulich abhängigen Gliedern der Mutterstadt werden. Für Schöneberg vollzog sich eine solche Entwicklung vom Bauerndorf zur Wohnstadt.

Groß-Berlins im Laufe des 19. Jahrhunderts. Die großstädtische Bebauung setzte in Schöneberg in den 70er Jahren ein unter Gültigkeit der Baupolizei-Ordnung für das platte Land der Prov. Brandenburg vom Jahre 1872; es entstanden damals auf dem Schöneberger Gebiet Wohngebäude mit 6 bewohnbaren Geschossen. 1887 und 1898 wurden dann neue Polizeiverordnungen erlassen, die auf die Entwicklung der Blockgestaltung ihren Einfluß ausübten. Während die früheren Bauordnungen die Bildung schlechter Höfe mit unwürdigen Wohnungsverhältnissen bedingten, trat eine Besserung ein durch die sogenannten Hof-Gemeinschaften auf Grund der Bauordnung von 1898. Nach diesem Gesichtspunkt wurde das Bayerische Viertel angelegt, bei dem außerdem noch ein städtebaulicher Fortschritt dadurch entstand, daß zum ersten Mal eine scharfe Trennung von Wohn- und Verkehrsstraßen eintrat. Bei der Anlage des Schöneberger Stadtparkes wurde sodann zum ersten Mal eine größere Grünfläche von 6,5 ha in bewußter Anordnung dem Stadtplan eingefügt. Für die Entwicklung des Stadtteiles am Schöneberger Stadtpark waren zwei Pläne bestimmend: die Schaffung einer städtischen Schnellbahn und der Neubau eines Rathauses. Der östliche Teil des Stadtparkes wurde in architektonische Beziehung zum neuen Rathaus gebracht, um an dieser Stelle einen monumentalen Mittelpunkt für das neue Wohnviertel zu schaffen. Die Stadt Schöneberg ist bereits vor mehreren Jahren dazu übergegangen, die private Bautätigkeit in den neuen Wohnvierteln zu beeinflussen, und zwar sowohl auf dem Wege gütlicher Bauberatung, als auch auf Grund von Verträgen, sowie auf Grund des Ortsstatutes gegen Verunstaltung. Verschiedene neuere Stadtviertel zeigen bereits das Ergebnis der Durchführung der Forderungen einheitlicher Straßenbilder. Während das Schöneberger Gebiet innerhalb der Ringbahn fast völlig bebaut ist, ist der größte Teil der außerhalb der Ringbahn gelegenen Stadtgebiete noch unbebaut. Von neuen Bebauungsplänen werden besonders hervorgehoben der Bebauungsplan für das Willmann'sche Gelände (jetzt Cäcilien-Gärten genannt), welcher ein einheitliches Wohnquartier mit zentraler Grünfläche und mit weiträumigen gemeinsamen Gartenanlagen im Inneren der Blöcke schaffen wird. Für das größte noch unbebaute Gelände der Stadt Schöneberg, das Südgelände, wurde ein neuer Bebauungsplan aufgestellt, bei dem auch das Ergebnis des seinerzeit ausgeschriebenen Wettbewerbes Berücksichtigung gefunden hat. Bei scharfer Trennung von Verkehrs- und stillen Wohnstraßen zeigt der neue zur Ausführung bestimmte Plan charakteristische Quartierbildungen in gestaffelter Bebauung. Im Inneren jedes Quartieres befindet sich eine größere Grünfläche, an welcher Einfamilienhäuser sowie die Schulen liegen. Diese Grünflächen im Inneren der einzelnen Quartiere sind dann unter sich durch stille Erholungspromenaden verbunden, während im Zusammenhang mit den Schulen große Spielwiesen angeordnet sind. Der Bebauungsplan für das ganze über 200 ha große Gelände weist über 18 ha Spielwiesen und 14 ha Erholungsparkanlagen auf. Die öffentlichen Gebäude wurden so dem Stadtplan eingefügt, daß sie die einzelnen Wohnquartiere künstlerisch beherrschen werden. —

Versammlung am 13. Januar 1913. Vorsitz.: Hr. Koehn; anwes.: 92 Mitgl., 3 Gäste.

Nach einem Bericht des Vorsitzenden über den Ausfall zu einem Monatswettbewerb auf dem Gebiete des Ingenieurwesens (Entwurf zu einer Wehranlage) und des Hrn. Dernburg desgl. aus dem Gebiete der Architektur (Umgestaltung des Wittenberg-Platzes zu Berlin) hielt Hr. Brt. Bachmann, der Erbauer der Talsperren zu Marklissa und Mauer i. Schl., einen sehr interessanten, von zahlreichen Lichtbildern begleiteten Vortrag über diese beiden Bauwerke. Mit Rücksicht auf unsere Veröffentlichungen in No. 4 und 5 d. J. sei von einem Eingehen auf den Vortrag abgesehen. —

Bund Deutscher Architekten, Ortsgruppe Berlin. Die Ortsgruppe hat in ihrer außerordentlichen Tagung vom 18. Jan. 1913 folgende Entschliebung gefaßt: „Das Ergebnis des letzten beschränkten Wettbewerbes für ein neues kgl. Opernhaus in Berlin hat eine lebhaft erörterung in der Öffentlichkeit gezeitigt und zu Schlüssen geführt, zu denen die Ortsgruppe Berlin des B. D. A. Stellung zu nehmen sich veranlaßt sieht. Zur Ausschreibung des Wettbewerbes hatte die Entschliebung des Abgeordnetenhauses in der 62. Sitzung am 2. Mai 1912 geführt, welche bei Bewilligung der Mittel für Vorarbeiten verlangt: „1. Daß die kgl. Staatsregierung den Entwurf für den Neubau eines kgl. Opernhauses in Berlin unter Benützung der bisher beschafften Unterlagen, sowie unter Hinzuziehung weiterer Kreise der deutschen Künstler-

schaft aufstellt und dabei auch das Anerbieten des B. D. A. vom 20. April 1912 berücksichtigt. 2. Daß dabei die amtliche Programmskizze dienen, es den Künstlern jedoch freigestellt werden soll, von dieser Programmskizze abzuweichen, soweit es ihnen zweckmäßig oder aus künstlerischen Gründen nötig erscheint.“ Der in der außerordentlichen Tagung des B. D. A. am 20. April 1912 in Berlin gefaßten Entschliebung lag die Absicht zugrunde, durch den Wettbewerb auch noch andere Ideen und Vorschläge zur Kenntnis der maßgebenden Instanzen zu bringen, als sie in den bisherigen Entwürfen zum Ausdruck gekommen waren. Dieses Versprechen ist durch den abgelaufenen Wettbewerb in vollstem Maße eingelöst worden. Er zeigt eine Fülle neuer wertvoller Anregungen, auf Grund derer ein neues Programm aufgestellt werden muß, zur Erreichung dieses Zieles hält es die Ortsgruppe Berlin des B. D. A. für notwendig, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, und sie stellt die dringende Forderung, nunmehr dem Verlangen der deutschen Künstlerschaft nach einem völlig freien allgemeinen und geheimen Wettbewerb auf geklärter Programm-Unterlage und nach Lösung der Platzfrage Folge zu leisten. Bei Ansetzung einer dieser großen Aufgabe angemessenen Zeit und unter Einsetzung eines nach den vom „Verbande Deutscher Architekten usw.“ aufgestellten Grundsätzen für das Verfahren bei Wettbewerben erwählten Preisgerichtes werden sich dann auch die Künstler beteiligen, welche bisher dem Wettbewerb ferngeblieben sind. Von einem unter solchen Bedingungen ausgeschriebenen Wettbewerb dürfen das erste Werk und der richtige Mann erhofft werden.“ —

Münchener (Oberbayerischer) Architekten- und Ingenieur-Verein. In der ersten Wochenversammlung nach den Feiertagen, am 8. Januar 1913, sprach der kgl. Ob.-Reg.-Rat Dr. Julius Gröschel über „Die Kleinwohnung im Ein- und Vielwohnungshaus“. Die ebenso zeitgemäße wie als schwieriges Problem in der Praxis sich geltend machende Frage fand durch ihn eine recht ausgiebige Beleuchtung unter Zuhilfenahme von Grundrissen, Durchschnitten, Lageplänen von Kolonien usw. im Lichtbilde. Ausgehend von jener Gepflogenheit in manchen Städten, an deren Peripherie in noch kaum erschlossenem Gelände Häuser mit großen sogenannten hochherrschaftlichen Wohnungen zu erbauen, für die dann keine Einzelmieter zu finden sind, wies er auf die großen Uebelstände hin, die daraus entstanden, daß solche Wohnungen nachher mit nur einer Küche an fünf, sechs und noch mehr Parteien vermietet wurden. Die sich daraus ergebenden gesundheitswidrigen Zustände heischten dringende Abhilfe. So wurde zum Einfamilienhaus übergegangen, da sich dieses jedoch bei einer stets in Bewegung befindlichen Bevölkerung und als alleinstehend zu teuer in der Herstellung wie im Mietpreis erwies, griff man zum Reihenhause. Die Bauberatungsstelle des Landeswohnungsvereins ging an die Ausarbeitung von schematischen Plänen für Gruppenhäuser mit Kleinwohnungen von drei Räumen, Küche, Wohn- und Schlafzimmer usw. in zwei Stockwerken über einander je mit eigenem Gesperre, doch gemeinsamem Stiegenhaus, aber derartiger Zimmerlage, daß jenes nicht zu deren Gegenüber herangezogen zu werden braucht. Da nun bei diesen Reihenhäusern weder sonderlich starke Umfassungs- noch Brandmauern nötig sind, stellen sich die Baukosten verhältnismäßig niedrig und der Mietpreis billiger. Dr. J. Gröschel gibt hinsichtlich der Wohnungsausstattung der fränkischen Bauweise mit Wohnzimmer und Küche, aber Verbindung von Küchenherd mit dem Ofen der ersteren, den Vorzug vor der südbayerischen Wohnküche. Loggien hält er bei solchen Häusern ebenso für Luxus, wie die abgetrennte Badekammer; seiner Ansicht nach kann die Badewanne ganz gut ihren Platz in der Küche finden. Auch der Diele könne er keineswegs das Wort reden. — Seine Ausführungen hatten eine recht lebhaft ausgesprochene Folge. —

In der Versammlung vom 16. Januar d. J. gab die unter seiner Leitung erstandene „neue oberbayerische Heil- und Pflegeanstalt Haar“ dem Bauamtsassessor R. Neidhardt das Thema zu einem interessanten Vortrag in Wort und Lichtbild. Redner streifte zu Eingang seiner Ausführungen die frühere inhumane Pflege der Irren, für deren Aufnahme diese Anstalt bestimmt ist. In Deutschland ging Bayern zuerst mit menschlicher Behandlung der Geisteskranken voran, während z. B. in Wien noch lange der festungsartige „Narrenturm“ in Verwendung blieb. Die Anstalt Haar ist gleichsam eine Schwester der älteren Eglinger Anstalt, deren Nachbarin sie ist und mit der sie die Wasserversorgung und Elektrizitätsanlage gemeinsam hat. Es ist ein gewaltiges umzäuntes Gelände mit Gartenanlagen, das außer

dem großen malerisch gegliederten Hauptgebäude eine große Anzahl kleinerer Bauten enthält. Die neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Irrenpflege kamen hier in Anwendung und mit Dank gedachte der Redner des einträchtigen Zusammenarbeitens mit den Ärzten als Beratern. So wurde im Hauptgebäude, in dem rechts Männer, links Frauen untergebracht sind, mit dem System der langen Flure mit aneinander gereihten Zellen gebrochen. Zwei nette Räume je mit einigen Betten, unmittelbar vom Wärterzimmer aus zugänglich, mit angrenzendem Bad und eigener Treppe sind an die Stelle jener getreten. Für die ruhigsten der Patienten ist je wieder ein eigenes Gebäude vorhanden, ebenso sind die Kinder von den Erwachsenen getrennt. Schmuck ist das Aertzekasino, hübsch die katholische Kirche, die mit ihrem Sattelturm den Hauptbau beherrscht, desgleichen der protestantische Betsaal, und freundlich der Saal für Konzerte mit eingebauter Bühne zu gelegentlichen Theatervorstellungen. Für Sicherheit ist nach jeder Richtung selbstverständlich bestes gesorgt. Wenige Stunden östlich von München auf der Hochebene gelegen, durch den nahen Ebersberger Forst mit reiner ozonreicher Luft versehen, macht die Anlage den freundlichen Eindruck eines großen Schloßgutes. — J. K.

Vereinigung Berliner Architekten. Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1912. Vorsitzender: Hr. Wolfenstein.

Hr. Prof. Felix Genzmer sprach vor Damen und Herren der „Vereinigung“ über „Brücken als künstlerische Bauwerke“. Der Vortragende wies in seiner Einleitung auf die ganz eigenartige Stellung hin, welche die Brücke unter allen Bauwerken einnimmt. Sie ist zunächst lediglich für den praktischen Gebrauch bestimmt, zugleich aber ist sie auch ein Hochbau- und Architekturwerk. Häufig treten die Brücken in nahe Beziehung zu den übrigen Hochbauten einer Stadt und es ist erklärlich, daß man in solchen Fällen künstlerische Anforderungen an die Brücken stellt. Jedoch auch in ihrer Beziehung zur Landschaft gehört die Brücke zu den künstlerisch wirkenden Bauwerken. Für die künstlerische Erscheinung ist es gleichgültig, welcher Art die Brücke ist, aber je nach ihrer Stellung hat sie sich bestimmt künstlerischen Gesetzen zu unterwerfen. Daher kann eine an sich schöne Brückenform nicht ohne Weiteres für eine gute Lösung in städtebaulicher Hinsicht oder in Beziehung zur Landschaft gelten. Vielfach sind die Klagen über einen „rücksichtslosen Brückenbau“ berechtigt; namentlich in alten Städten werden sehr häufig die einfachsten Gesetze der Aesthetik bei der Auführung neuer Brücken unbeachtet gelassen, wodurch schöne Stadtansichten vernichtet werden. Auf ähnliche Weise werden oft hervorragend schöne Landschaftsbilder verunstaltet. Dank der lebhaften künstlerisch-städtebaulichen Bestrebungen ist jedoch mit Genugtuung festzustellen, daß der Frage ästhetischer Lösung der Brückenbauten jetzt ein reges Verständnis entgegengebracht wird, wengleich der rein wirtschaftliche Standpunkt auch heute noch in vielen Fällen ausschlaggebend ist. Für den Charakter des Brückenwerkes sind die besonderen Eigenschaften als Flach- oder Hochbrücke, ferner ihre Konstruktion als Bogen- oder Balkenbrücke und der Baustoff, ob Holz oder Eisen, von Bedeutung. Ferner kommen die stilistischen Eigenschaften der Brücke in Frage. Insbesondere aber sind die künstlerische Einheitlichkeit des Werkes und seine Anpassung an die Umgebung von großer Bedeutung für seine gute Erscheinung. Für die Wirkung der Brücke im Stadt- oder Landschaftsbilde kommt es darauf an, von wo sie sichtbar ist. Besonders wichtig ist hier die Frage, ob der Standpunkt des Beschauers so liegt, daß die Hauptmasse der Brücke, insbesondere auch die Fahrbahn, sich unter oder über dem Horizont befindet. Nach Anschauung des Redners wirkt das Bild schöner, wenn die Brücke unter dem Horizont bleibt, wobei es wichtig ist, daß Gebäude, die sich mit der Brücke zu einem Bilde vereinigen, im wesentlichen über dem Brückenbau liegen. Von Bedeutung ist ferner, ob die Brücke nur in der Richtung der Fahrbahn sichtbar ist oder ob der Beschauer sie von der Seite sieht.

Dies in knapper Form das Skelett des Vortrages. In fesselnder Form erläuterte Redner dann die Eigenart der verschiedenen Brückentypen und ihre künstlerische Wirkung auf das Stadt- oder das Landschaftsbild. An mehr als hundert sorgsam ausgewählten Lichtbildern konnten die Anwesenden die mehr oder minder glückliche Idee des betreffenden Erbauers erkennen. Redner verweilte besonders bei der Schönheit der Steinbrücken, indem er auf die sachliche, auch den Laien verständliche Bogenkonstruktion, auf die klare Aesthetik ihres Aufbaues und das in der Regel benutzte Material in seiner Naturfarbe

verwies, was von großem Einfluß auf die künstlerische Wirkung der Brücke sei. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen, den der Vorsitzende noch besonders zum Ausdruck brachte. — a.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M. Bei der die Versammlung am 16. Dezember 1912 einleitenden Erledigung von Vereinsangelegenheiten schlägt die Bauordnungs-Kommission mit Zustimmung vor, durch Umfrage festzustellen, in wie weit die neue Bauordnung sich bewährt und ob und welcher Änderungen sie bedarf. Hr. Mehs berichtet sodann über den Stand der Vereinsvorschläge gegenüber den Neher'schen Universitäts-Plänen. Hierauf erhält das Wort Hr. Dr.-Ing. H. Nitzsche zu seinem Vortrag betr. Prüfung von Beton, insbesondere mit der Beton-Prüfungs-Maschine System Buchheim & Heister. Einleitend vergleicht er die bekannten hauptsächlichsten Prüfungsmethoden — Würfel- und Balken-Proben — und begründet seinen Zweifel über die Bewährung der Würfel-Methode an der Hand der Bestimmungen betr. Prüfung von Bauteilen aus Stampfbeton von Seiten des „Deutschen Ausschusses für Eisenbeton“. Auch an ausgehängten Wand-Tafeln bespricht er die Ungenauigkeiten der Würfel-Prüfungsmethode, an deren Stelle er die Benutzung genannter Maschine empfiehlt, deren statisches Prinzip und Handhabung er erläutert. Der Probekörper wird stehend geprüft, Belastung und Stützen-Kräfte wirken wagrecht. Hervorgerufen werden sie durch zwei gleichartig wirkende, den Balken oben und unten erfassende Hebel (Fuß- und Kopfhebel). Letzterer wird bei der eingeführten Schneide durch die Kraft K belastet, während der erstere auf der Unterlage aufsteht. Die Kraft K wird mittels zweiarmligen Hebels, des sogenannten Wagebalkens, auf den Kopfhebel übertragen. Während hierbei die Schneide das eine Auflager bildet, das an seinem langen Ende durch die Last L des Wagebalkens beschwert wird, wird das zweite durch eine mit Spannschloß versehene Zugstange Z geschaffen. Das statische Bild der Maschine ist einfach und klar. Der Reformbalken ist ein mit 4% Eisenbewehrter Eisenbetonbalken von 1^m Länge und normalem Querschnitt von 10 cm Breite und 12 cm Höhe. Dieser Querschnitt kann leicht reduziert werden. Redner führt dann die Maschine im Betrieb vor. Zu ihren Hauptteilen, Fuß- und Kopfhebel, Wagebalken und Zugstange, treten noch ein Wasserbehälter mit Ablesevorrichtung und Belastungsgefäß. Die Handhabung verursacht keine Anstrengung. Die am Ende des Wagebalkens angreifende Last ist das in den anhängenden Aluminium-Eimer einlaufende Wasser. Der kleine Behälter hat Auslaufhahn. Die Anzeigevorrichtung ist eine um ein Kugellager drehbare Metallscheibe mit eingeteilter Skala. Versandgewicht der Maschine mit Schutzkasten nur 180 kg. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Aussprache. (Vgl. auch „Mitteilungen“ 1912, No. 17).

Gerstner.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Versammlung am 29. November 1912. Vorsitz.: Hr. Gleim.

In der Versammlung sprach Hr. Wundram über den „Einfluß der Technik auf die Sprache“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und gab dem Vorsitzenden Veranlassung, die Vereinsmitglieder zu noch zahlreicherem Beitritt zum „Deutschen Sprachverein“ aufzufordern, als das bisher schon geschehen sei. —

Versammlung am 6. Dezember 1912. Vorsitz.: Hr. Classen. Die Tagesordnung bildete ausschließlich eine freie Aussprache über die „Stellung der Privat-Architekten Hamburgs und verwandte Fragen“, ein Thema, das auch außerhalb stehende Kreise interessiert. Die Tätigkeit der Privatarchitekten, so führte Hr. Rambatz als Berichterstatter aus, wird mehr und mehr eingeengt durch das Wachsen der staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen einerseits und die Fortschritte des Unternehmertums andererseits, welch' letzteres den Architekten auch als Berater des Bauherrn ausschaltet. In Hamburg werden in letzter Zeit außerdem noch die bisherigen architektonischen Leistungen einer häufig über das richtige Maß hinausgehenden Kritik unterworfen, welche ebenfalls nicht geeignet ist, in den Augen des großen Publikums zur Hebung des Ansehens der Architekten beizutragen. Auch des in der Bürgerschaft gestellten Antrages, in Zukunft die Privatarchitekten mehr zu den Entwürfen der Staatsbauten heran zu ziehen, wurde Erwähnung getan, um eine eingehende Behandlung des Themas zu begründen. Brt. Prof. Neumeister, so fuhr der Redner fort, sucht die Schuld an den heutigen Verhältnissen in einer allzu einseitigen Pflege der künstlerischen Seite der Bauentwürfe seitens der Architekten; letztere müßten dagegen selbst mehr als

Unternehmer auftreten und mit der aus verschiedenen Gründen erklärlichen Abneigung gegen das private Bauwesen brechen. Denn wie die Produktion sonst die Form der Arbeit für den eigenen Bedarf und der Arbeit auf Bestellung verlassen hat und zur Fabrikation ohne Bestellung für den Verkauf im Großen übergegangen ist, so hat auch die Beschaffung von Wohnungen die gleiche Entwicklung genommen. Ungerecht ist es deshalb, im Bauwesen ausnahmslos von Spekulation zu reden. Wenn nun aber auch der Künstler sich dieser Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens nicht mehr entgegenstellen kann, so muß eben der Architekt sich, ohne deshalb immer auf eigene Rechnung zu bauen, daran beteiligen, zweckentsprechende Unternehmungen ins Leben zu rufen und zu leiten. Was andererseits die Stellung der Privatarchitekten zum Baubeamten anlangt, so müssen letzterem selbstverständlich die sogenannten laufenden Arbeiten vorbehalten bleiben, insbesondere im reinen Hochbau sei aber die Sonderbehandlung von Einzelaufgaben durchführbar und die Ausschaltung der Privatarchitekten nicht immer notwendig. Wird der Privatarchitekt aber an den Staatsbauten beteiligt und ihm auf diese Weise ein Teil der heute dem Baubeamten zugestanden Autorität bewilligt, so wird dies zweifellos zur Folge haben, die heute nicht selten gegen den Rat der Architekten erfolgenden Eingriffe der Bauherren in die Planung einzuschränken, und dies gewiß nicht zum Schaden der weiteren Entwicklung der Hamburger Baukunst.

In der nun folgenden lebhaften Aussprache wurde zuerst die Stellungnahme des Berichterstatters gegen die unerbundene Kritik begrüßt; gerade die Kunst der Architektur, welche als „Kunst der Straße“ das Publikum besonders zu beeinflussen geeignet ist, muß dem Verständnis der Allgemeinheit durch ausschließliche um der Sache willen Kritisierende von entsprechender besonderer Vorbildung näher gebracht werden. Dann gab Hr. Groothoff in längeren Ausführungen einen Überblick über die von anderen Vereinigungen, insbesondere dem „Bund Deutscher Architekten“, außerhalb und neben den Architekten- und Ingenieur-Vereinen gepflogenen Erörterungen des gleichen Themas. Ein Vergleich, betreffend die Heranziehung von nicht beamteten Fachleuten bei den Entwürfen im Tiefbauwesen, bot weiter Veranlassung, diese schwierige Frage eingehender dahin zu erörtern, ob das Wettbewerbsverfahren, die unmittelbare Auftragserteilung, oder die in Bayern übliche Verteilung der Aufträge unter eine bestimmte Anzahl allgemein anerkannter Architekten, angebracht sei. Nachdem u. a. die allmähliche Einschränkung des Tätigkeitsbereiches der Architekten noch historisch beleuchtet, auch die Frage der Architekturkritik wiederholt besprochen worden war und Hr. Löwengard festgestellt hatte, daß sich an der Aussprache Beamte nicht beteiligt hatten, wies der Vorsitzende im Schlußwort darauf hin, daß heute alle größten Städte wetteifern, für die Lösung ihrer Bauaufgaben die hervorragendsten Kräfte zu gewinnen, denen man unmöglich die dankbaren großen Aufgaben entziehen könne; trotzdem die beamteten Architekten zum Thema keine Stellung genommen hätten, dürfe die anregende Aussprache von Wert gewesen sein. —

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, Bezirksverein Stuttgart. Den ersten Vortrag in diesem Winter hielt am 13. November 1912 Hr. Reg.-Bmstr. Schleicher-Heilbronn über: „Die Großschiffahrtsverbindung Rhein-Donau und ihre Bedeutung“. Der Redner kennzeichnete zunächst die Bedeutung des Transportwesens für die Volks- und Weltwirtschaft an den Eisenbahnen und sprach hierbei über die preußische Eisenbahnpolitik von Bismarcks Reichseisenbahnplänen, die an den sonderpolitischen Bedenken der süddeutschen Bundesstaaten scheiterten, bis zur preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und süddeutschen Eisenbahngemeinschaft unter Würdigung der Vorteile der daraus entstandenen Eisenbahn-Oberhoheit Preußens, deren wichtigster die Tarifgestaltung ist. Dadurch hat Preußen einen bedeutenden Einfluß auf Verkehrs- und Wirtschaftsleben, auch in Süddeutschland, gewonnen. Die Handelskammern in Stuttgart, Dresden und Leipzig sind daher für einen Anschluß an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft. Bayern sieht sein Heil in der Kanalisierung des Mains von Aschaffenburg aufwärts, womit es sich unabhängig von sämtlichen Eisenbahnnetzen machen zu können glaubt. Daran scheiterte auch bisher eine Vereinbarung Bayerns mit Preußen wegen der Mainkanalisierung; erst das preuß. Wasserstraßengesetz von 1905 brachte Erkenntnis und Einigung. Auch für uns am Neckar ist diese neue Lage von Wichtigkeit, durch die geplante Schaffung eines Großschiffahrtsweges vom Rhein (über den Neckar) zur

Donau. Der Redner skizzierte kurz die moderne Wirtschaftsgestaltung von Württemberg und Bayern mit dem Schluß, daß diese mehr und mehr hinter dem allgemeinen Aufschwung des Deutschen Reiches und den wirtschafts-geographisch besser gelegenen Bundesstaaten zurückbleibe. Vor allem übt die Rhein-Main-Wasserstraße eine große Anziehungskraft aus, was den Wunsch nach einem Großschiffahrtsweg in das Land hinein umso dringender macht, für Württemberg sowohl, als auch für das rechtsrheinische Bayern.

Der Redner bespricht nunmehr das Neckar-Donau-Projekt selbst, das schon ein Jahrhundert alt ist, in Württemberg aber erst im letzten Jahrzehnt eine solche Förderung erfahren hat, die seine Verwirklichung in absehbarer Zeit erhoffen läßt. Er legte auch die Kanalbestrebungen und den Aufwand Bayerns hierfür dar. Redner berührte nun die militärische Bedeutung eines solchen Kanales mit seinem Anschluß an die internationale Wasserstraße der Donau, die eine stetig steigende Bedeutung erlangen werde. Durch den Bau des Kanales würde die Produktionskraft von Württemberg und Bayern gesteigert, ein Wechselverkehr von Kohle und Eisen vom Rheingebiet zur Donau und von tierischen Rohstoffen von der Donau zum Rhein hervorgerufen werden, was für die deutsche Volkswirtschaft und im Kriegsfall von großer Bedeutung sein könne. —

Sächsischer Ingenieur- und Architektenverein Dresden. In der Wochenversammlung vom 11. Novbr. 1912 sprach Hr. Privdoz. Stadtbmstr. Dr.-Ing. Kögler über: Neuerungen im Bau von Hängebrücken. Wenn es auch begreiflich ist, daß bei der geringen Breite unserer Ströme Hängebrücken bei uns seltener ausgeführt werden, als z. B. in Amerika, so ist doch in neuerer Zeit die Lösung auch bei uns durch Hängebrücken erfolgt, so z. B. in Breslau bei der Kaiserbrücke. An der Hand zahlreicher charakteristischer Beispiele aus Frankreich und Amerika, durch treffliche Lichtbilder erläutert, zeigte der Vortragende, wie man bestrebt sei, die Hängebrücken stetig zu vervollkommen. Zunächst durch die Wahl des Baustoffes: Nickelstahl an Stelle von Flußeisen. Die Schwingungen der Hängebrücken sucht man mehr und mehr durch sinnreiche Konstruktionen abzumindern. Im besonderen wurde hier auf das von dem französischen Obersten Gisclard erfundene System eingegangen, das erstmalig seine erfolgreiche Anwendung bei der Nebenbahn Villefranche—Bourg Madame in den Pyrenäen gefunden hat. Ein tragisches Geschick ließ den Obersten nach glücklicher Prüfung der Brücke, als der Zug einen Kilometer von der Brücke entfernt entgleiste, den Tod finden. Eingehend wurden dann noch Anlage, Bau und Ausführung der Manhattan-Brücke (Stadtteil von New-York) besprochen, deren Kabel nach dem sogenannten Luftspinnverfahren auf der Baustelle aus einer sehr großen Zahl von Drähten zusammengefügt werden. — Ktz.

Badischer Architekten- und Ingenieur-Verein zu Karlsruhe. In der Versammlung am 10. Januar 1913 hielt Hr. Baumeister einen inhaltreichen und fesselnden Vortrag über die baugeschichtliche Entwicklung der i. J. 1715 gegründeten Stadt Karlsruhe, deren allmähliches Wachsen von ganz kleinen Anfängen aus Redner lebendig schilderte und auf Grund seiner reichen und besonderen Erfahrung kritisch beleuchtete. Mit der gegenwärtigen fiskalischen Bodenpolitik der Zivilliste und Domänenverwaltung war Baumeister nicht einverstanden. Er verglich sie mit der weitherzigen Fürsorge, mit der die früheren Markgrafen und Großherzöge die Gründung Karl des Bahnhofes nach Beiertheim fand eine scharfe Kritik; die Hochlegung an der jetzigen Stelle wäre vorzuziehen gewesen. Nach der Eröffnung werde man den Schaden spüren. Karlsruhe war eine der ersten Städte, die eine Bauordnung hatten. Mit der gegenwärtigen ist der Redner sehr zufrieden, nur enthalte sie zu viele Bauklassen. Auch die in den 80er Jahren ausgeführte Kanalisation erntete Lob. Durch die neuen, in Ausführung begriffenen Ergänzungen und Erweiterungen (Entlastungskanal aus dem Osten zu der bei Welschneureut im Bau begriffenen Kläranlage, Verlegung des Ausflusses von der Alb in den Rhein, Verbesserung der Spülung durch Zuleitung von Pflanzwasser aus Durlach) wird die Kanalisation auf einen hohen Grad von Vollkommenheit gebracht, sodaß die Einführung des Schwemmsystems ermöglicht wird. Der Rheinhafen wurde auch als eine sehr gelungene Anlage beurteilt. Der neue Bahnhof und der Hafen mußten für die Stadterweiterungspläne maßgebend sein. Diese richteten sich nach den beiden Mittelpunkten des Verkehrs. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. —



AS DEUTSCHE OPERNHAUS IN CHARLOTTEN-
BURG. * ARCHITEKT: STADTBAURAT, KÖNIGL.
BAURAT HEINRICH SEELING IN CHAR-
LOTTENBURG. * BLICK VON DER BÜHNE AUF
** PROSZENIUM UND ZUSCHAUERRAUM. **

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

*** XLVII. JAHRGANG 1913 * NO. 11. ***



Portal-Relief von Bildhauer Feuerhahn in Charlottenburg.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 11. BERLIN, DEN 5. FEBRUAR 1913.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg.

Architekt: Stadtbaurat kgl. Baurat Heinrich Seeling in Charlottenburg.

(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 99 und 100.



ine besondere Ausbildung hat das sogenannte Proszenium erhalten. Dessen Wände sind völlig geschlossen angeordnet. Dahinter befinden sich die großen zur Decke über dem Zuschauerraum und zur Bühne führenden Zuluftschächte. In neuer Weise sind diese Wände zur Steigerung der Klangwirkung des Raumes ausgebildet. Nur unmittelbar über dem Orchester befinden sich zwei kleine Logen für Direktor und Aufsichtsrat. Zwei mächtige Klappen-Flügel über diesen Logen von je 6,5^m Höhe und 1,1^m Breite ermöglichen in einfachster Weise das sofortige Abströmen von verbrauchter, wie das Zuströmen von Frischluft in den Zuschauerraum. Dazu können auch die in der Decke des Proszeniums befindlichen großen Rauchklappen von 20^{qm} Fläche verwendet werden, die jeden Augenblick von sicherer Stelle aus zu öffnen sind, sodaß sich dicht am eisernen Vorhang im Zuschauerraum Abströmungs-Öffnungen von zusammen 35^{qm} ergeben.

Für das Orchester ist ein mittelhoch gelegener, vertiefter Orchesterraum hergestellt worden, der etwas über 80^{qm} unverdeckte und rund 30^{qm} verdeckte Fläche in einer mittleren Breite von etwa 16^m enthält, also sehr gut etwa 100 Musiker zu fassen vermag. Bequeme und helle Stimmzimmer und Aufenthaltsräume der Musiker stehen mit dem Orchester und dem Bierbüfett des Parkett-Erfrischungsraumes in unmittelbarer Verbindung.

Während die Umgänge und Vorräume des Zuschauerraumes durch örtliche Warmwasser-Heizkörper erwärmt werden, wird der Zuschauerraum überhaupt nicht geheizt, sondern je nach der Außentemperatur wird erwärmte oder gekühlte Luft mittels eines großen Ventilators derart in einen Sammelkanal über der Zuschauerraumdecke und von dort fein verteilt in den Raum gepreßt, daß in Parketthöhe noch soviel Ueberdruck erzielt wird, daß wohl Luft nach außen entweichen, solche aber von außen nicht in den Raum dringen kann. Zugserscheinungen im Raum werden damit vermieden, wie die Stadttheater in Nürnberg und in Freiburg im Breisgau, die das

gleiche Lüftungssystem erhielten, erwiesen haben. Der stündliche Luftwechsel beträgt 100 000 cbm. Die Beleuchtung erfolgt durch das städtische Elektrizitätswerk mittels vier von einander unabhängiger Speisekabel, von denen zwei vom Kraftwerk unmittelbar nach dem Opernhaus verlegt sind. Der Wechselstrom wird durch im Hause untergebrachte Umformer in Gleichstrom verwandelt. Eine entsprechende Akkumulatorenbatterie soll Ueberraschungen vorbeugen. Für die Notbeleuchtung ist eine besondere Batterie vorgesehen.

Ueber die Formgebung und die intimere Ausgestaltung der den Besuchern zur Verfügung stehenden Räume des Zuschauerraumes geben die Abbildungen die beste Auskunft dem, der das Gebäude nicht selbst besuchen kann. Es wurde darauf gesehen, ohne falschen Luxus das Haus, seinem Zweck entsprechend, weiträumig und trotz einfacher Ausstattung doch behaglich zu gestalten, soweit die außergewöhnlichen Abmessungen das überhaupt möglich erscheinen ließen.

Waren im Zuschauerraum alle Einrichtungen auf bequemen Verkehr, gutes Sehen und Hören der Zuschauer gerichtet, so war das Bühnenhaus so zu gestalten, daß größte Weiträumigkeit und Uebersicht für die Inszenierung des Spieles geschaffen wurden. Tatsächlich gibt es auch zurzeit nirgends eine andere Bühne, die unmittelbar hinter dem Vorhang eine Aktionsbreite von mehr als 70^m zur Verfügung hat. Der über 28^m breiten und über 20^m tiefen Hauptbühne schließen sich zwei Korridore und zwei Seitenbühnen von je 18^m Länge, 11^m Breite und 9,6^m Höhe an, auf denen Szenen vorbereitet und abgerollt werden. Eine Hinterbühne von 21^m Breite, über 12^m Tiefe und über 18^m Höhe schließt sich an; somit steht eine Bühnenaktionsfläche von rd. 1200^{qm} für szenische Zwecke zur Verfügung, ausschließlich aller Magazine. Die Hauptbühne ist bis Oberkante Schnürboden 36,5^m hoch, dazu kommen noch 7,2^m Höhe der Unterbühne, sodaß die Höhen-Entwicklung für szenische Zwecke 43,7^m beträgt. Sind auch hydraulische Versenkungen und die Obermaschinerie nach neuesten Erfahrungen eingebaut, so bietet die in Eisen konstruierte, fahrbare, unverbrennliche Rund-Horizontkuppel von 18^m Durchmesser eine Neuerung

für szenische Lichtwirkungen, die bisher in dieser großen und doch einfachen Weise auf keiner Bühne geboten werden konnten. Dabei kann diese Riesenkuppel durch einen leichten Druck von der Spielbühne entfernt und auf die Hinterbühne zurückgefahren oder gekippt werden.

Die Bühne wird nach dem gleichen System wie der Zuschauerraum entlüftet, sodaß beim Aufziehen des Vorhanges bereits gleiche Temperaturen auf der Bühne und im Zuschauerhaus vorhanden sind. Bei Gefahr können 65 qm Rauchklappen geöffnet werden, falls die Feuerlösch-Vorrichtungen nicht mehr genügen. Die Beleuchtung erfolgt ebenso wie beim Zuschauerhaus durch das städtische Elektrizitätswerk. 6 Treppen und weite Korridore verbinden die in 6 Geschossen übereinander angelegten, mehr als hundert Ankleide-, Probe-, Magazin- und Werkstätten-Räume des Bühnenhauses.

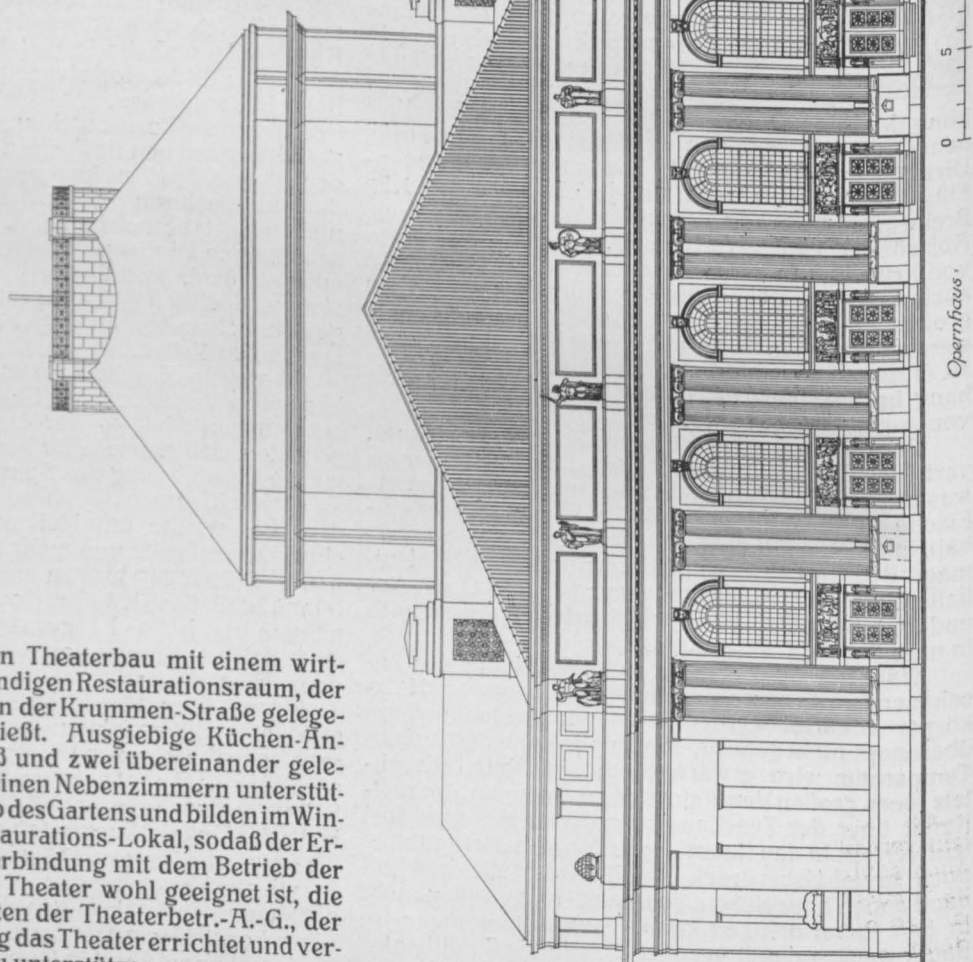
Im Untergeschoß und unter den Höfen befinden sich die großen Kesselanlagen und die Zentrale für die Heizung und Lüftung des Hauses, die Druck-Zentrale für die Preßwasserstempel der Versenkungen, die Pumpen für den Bühnenregen, die große Zentralschaltstelle und die Umformer der elektrischen Beleuchtung, sowie die Akkumulatoren-Batterien. Die Länge der Hinterfront von rd. 82 m erwies sich gerade als ausreichend, um den vielseitigen Raumforderungen des verwickelten Organismus einer großen Opernbühne Genüge zu leisten.

Mit der Planung eines besonderen Restaurationsbaues war die erwünschte Gelegenheit geboten, das Stadtbild Charlottenburgs an dieser hervorragenden und außerordentlich günstig gelegenen Stelle zu heben. Der von den städtischen Behörden auf den Rat des Erbauers zur Verfügung gestellte Bauplatz an der Bismarck-Straße gegenüber der Untergrundbahn-Station Bismarck-Straße zwischen der Sesenheimer- und der Krummen-Straße forderte ge-

bieterisch die Verschiebung der Hauptachse des Hauses nach der Sesenheimer-Straße, sodaß die eine Seitenfront des Hauses in die Bauflucht der Sesenheimer-Straße einrückte. Es ergab sich daher von selbst an der Krummen-Straße die Anlage eines großen Restaurations- und Erholungs-Gartens, auf den die Besucher des Parketts, des I. und II. Ranges im Spätf Frühjahr und Frühherbst von der großen, den Zuschauer-Räumen vorgelagerten Säulenhalle oder von der in Parkethöhe vorgeschobenen Restaurations-Terrasse einen herrlichen Blick gewinnen. Diese Restaurations-Terrasse ver-

bindet gleichzeitig den Theaterbau mit einem wirtschaftlich ganz selbständigen Restaurationsraum, der den Garten gegen die in der Krummen-Straße gelegenen Miethäuser abschließt. Ausgiebige Küchen-Anlagen im Untergeschoß und zwei übereinander gelegene ovale Säle mit kleinen Nebenzimmern unterstützen den Sommerbetrieb des Gartens und bilden im Winter ein besonderes Restaurations-Lokal, sodaß der Erlös aus der Pacht in Verbindung mit dem Betrieb der Erfrischungsräume im Theater wohl geeignet ist, die künstlerischen Absichten der Theaterbetr.-A.-G., der die Stadt Charlottenburg das Theater errichtet und verpachtet hat, pekuniär zu unterstützen. — (Schluß folgt.)

Ansicht von der Bismarck-Straße.





aus der sehr umfangreichen Begründung entnehmen wir auszugsweise das Folgende: Die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse, namentlich in den dichtbevölkerten und überwiegend industriellen Gegenden, bildet seit Jahren den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Staatsregierung. Neben einem umfassenden Vorgehen auf den verschiedenen in Frage kommenden Gebieten staatlicher und kommunaler Verwaltung hat auch die Gesetzgebung bereits seit Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts durch eine Anzahl besonderer Gesetze auf eine Milderung der im Wohnwesen vornehmlich der minderbemittelten Bevölkerungskreise hervorgetreten Mißstände hinzuwirken gesucht. Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten sind nach dem Vorgang des Gesetzes vom 13. August 1895 durch weitere gleiche Gesetze namhafte staatliche Mittel zur Verfügung gestellt, die infolge der dadurch bewirkten Vermehrung an guten Kleinwohnungen mittelbar auch der übrigen Bevölkerung zugute gekommen sind. Ebenso haben das Gesetz betr. die Umlage von Grundstücken in Frankfurt a. M., von 1902 nebst dem Abänderungsgesetz zu § 13 dieses Gesetzes von 1907, die Gesetze von 1911 und 1912, wonach die Bestimmungen der vorbezeichneten Gesetze sinntsprechend auch für die Städte Posen, Köln und Wiesbaden Anwendung finden, und das Gesetz zur Deklaration des Kommunalabgabengesetzes vom 24. Juli 1906 die Herbeiführung besserer Wohnverhältnisse zum Ziel.

Der von der Staatsregierung 1904 veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse hat damals hinsichtlich eines Teiles seiner Bestimmungen in der öffentlichen Kritik Widerspruch erfahren. Zugleich ist im allgemeinen gegenüber dem beabsichtigten Vorgehen darauf hingewiesen worden, daß nach der Entwicklung des Wohnungsmarktes in vielen größeren Gemeinden seit der Veröffentlichung des Entwurfes eine Beseitigung der in seiner Begründung eingehender dargelegten Mißstände im Wohnwesen namentlich der minderbemittelten Bevölkerungskreise auch ohne einen so weitgehenden staatlichen Eingriff schon als Folge der natürlichen Entwicklung erhofft werden dürfe.

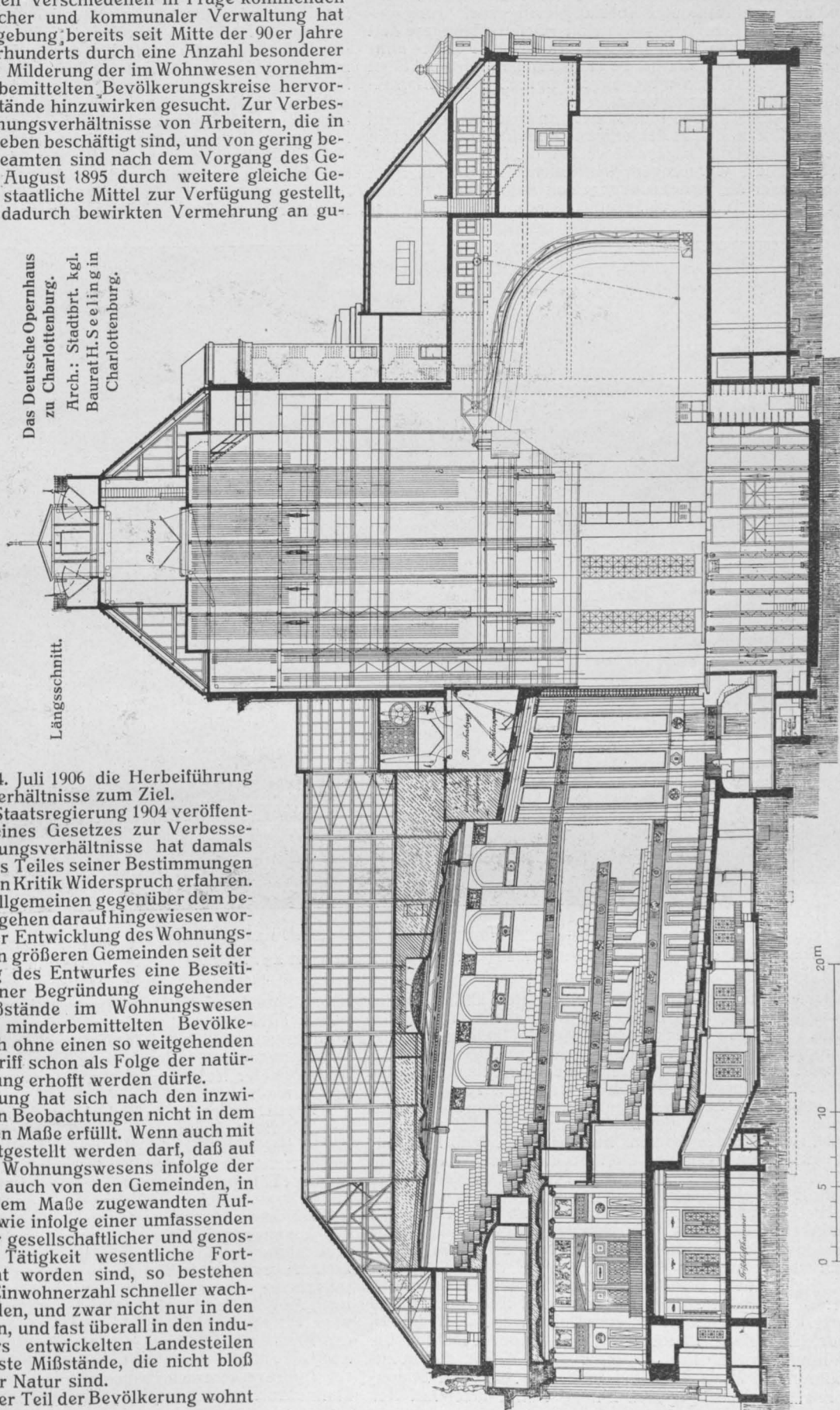
Diese Hoffnung hat sich nach den inzwischen gemachten Beobachtungen nicht in dem wünschenswerten Maße erfüllt. Wenn auch mit Genugtuung festgestellt werden darf, daß auf dem Gebiet des Wohnungswesens infolge der ihm, namentlich auch von den Gemeinden, in immer steigendem Maße zugewandten Aufmerksamkeit sowie infolge einer umfassenden Entfaltung freier gesellschaftlicher und genossenschaftlicher Tätigkeit wesentliche Fortschritte gemacht worden sind, so bestehen doch in den an Einwohnerzahl schneller wachsenden Gemeinden, und zwar nicht nur in den größeren Städten, und fast überall in den industriell besonders entwickelten Landesteilen noch immer ernste Mißstände, die nicht bloß vorübergehender Natur sind.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wohnt

hier in Räumen, die aufs äußerste beschränkt und von denjenigen anderer Haushaltungen nicht in einer den Anforderungen des Familienlebens und der Hygiene entsprechenden Weise getrennt sind. Die Kleinwohnungen sind vielfach nach Lage oder baulicher Beschaffenheit unbefriedigend, zum Teil in gesundheitlicher Beziehung zum dauernden Aufenthalt von Menschen überhaupt nicht ge-

Das Deutsche Opernhaus
zu Charlottenburg.
Arch.: Stadtr. kgl.
Baurat H. Seeling in
Charlottenburg.

Längsschnitt.



eignet. Dabei sind die Wohnungen zum erheblichen Teil überfüllt, auch werden in ihnen zugleich vielfach in weitgehendem Maße noch fremde, nicht zur Familie gehörige Personen untergebracht, sodaß weder den Rücksichten der Gesundheit und der Sittlichkeit noch dem Erfordernisse der Aufrechterhaltung des Familienlebens in ausreichender Weise Rechnung getragen ist. Die Zahl der jeweilig leer stehenden Kleinwohnungen, von denen ein gewisses Mindestmaß wenigstens in größeren Gemeinden zur regelrechten Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses und zur Verhütung von Wohnungsmangel erfahrungsgemäß erforderlich ist, sinkt in vielen Orten oft längere Zeit hindurch oder in häufigerer Wiederkehr unter dieses Mindestmaß, und die Mietpreise stehen in zahlreichen Fällen nicht im Verhältnis zu dem Einkommen der lohnarbeitenden Bevölkerungskreise.

Diese Mißstände lassen sich im wesentlichen darauf zurückführen, daß in denjenigen Gemeinden, in welchen die Bevölkerung fortgesetzt wächst, die Herstellung kleiner gesunder Wohnungen, wenn nicht dauernd, so doch in gewisser Wiederkehr längere Zeiträume hindurch hinter dem durch die Bevölkerungszunahme gegebenen Be-

und mehr Stockwerken errichtet werden, wodurch — auch abgesehen von der Rückwirkung auf die Steigerung der Bodenpreise — ein wachsender Teil der ärmeren Bevölkerung auf unerwünscht hoch gelegene Wohnungen verwiesen wird. Am nachteiligsten sind die Folgen dieser Entwicklung dort, wo solche Häuser mehrere Quergebäude und Seitenflügel erhalten, sodaß zugleich eine erhebliche Zahl von licht- und luftarmen Hinter- und Seitenwohnungen entstehen.

Gegenüber diesen Mißständen hat die Staatsregierung bereits durch ein umfassenderes Vorgehen im Verwaltungswege Abhilfe zu schaffen gesucht. Bei dem Umfang der Mißstände jedoch und bei der Bedeutung der Wohnungsfrage für das leibliche und sittliche Wohl der Bevölkerung wird nunmehr auch im Wege der Gesetzgebung mit denjenigen Maßnahmen vorzugehen sein, welche sich, abgesehen von Maßnahmen des Reiches, für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse darbieten.

Die Maßnahmen zur Abhilfe der herrschenden Mißstände werden entsprechend den dargelegten hauptsächlichsten Ursachen der unbefriedigenden Wohnungszustände in erster Linie darauf abzielen müssen, daß dem Bedürf-



Ansicht eines Teiles des Zuschauerraumes und des Proszeniums.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg. Architekt: Stadtbaurat kgl. Baurat Heinrich Seeling in Charlottenburg.

dürfnisse zurückbleibt, während zugleich ältere Häuser beseitigt werden, in denen bisher minderbemittelte Familien zu angemessenen Mietpreisen ein leidliches Unterkommen fanden. Dazu kommt, daß infolge einer ungesunden Boden- und Häuserspekulation die Mietpreise zu unverhältnismäßiger Höhe getrieben werden. Die auf Kleinwohnungen angewiesenen Bevölkerungskreise sind daher genötigt, bei der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses auf das denkbar bescheidenste Maß hinabzugehen, neben gesundheitlich bedenklichen Wohnungen besonders häufig ungenügende Teilwohnungen, die des erforderlichen Abschlusses gegen andere Wohnungen entbehren, zu beziehen und, zumal wenn sie größere und teurere Wohnungen zu mieten gezwungen sind, fremde Personen als Abmieter, Einlieger oder Schlafgänger bei sich aufzunehmen.

Neben dem Wohnungsmangel beeinflusst an vielen Orten, und zwar nicht nur in den größeren Städten und ihrer Umgebung, sondern zum Teil bereits auch in den Industriedörfern, hauptsächlich auch der Umstand die Wohnungsverhältnisse in ungünstiger Weise, daß in zunehmendem Maße über das durch den Stand der Bodenpreise gerechtfertigte Maß hinaus Wohnhäuser mit vier

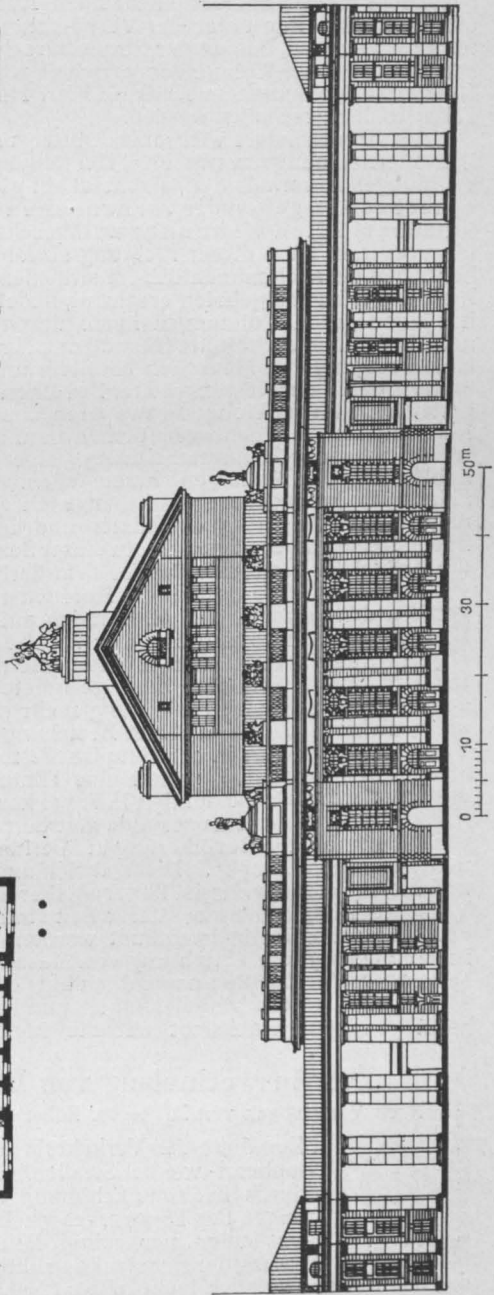
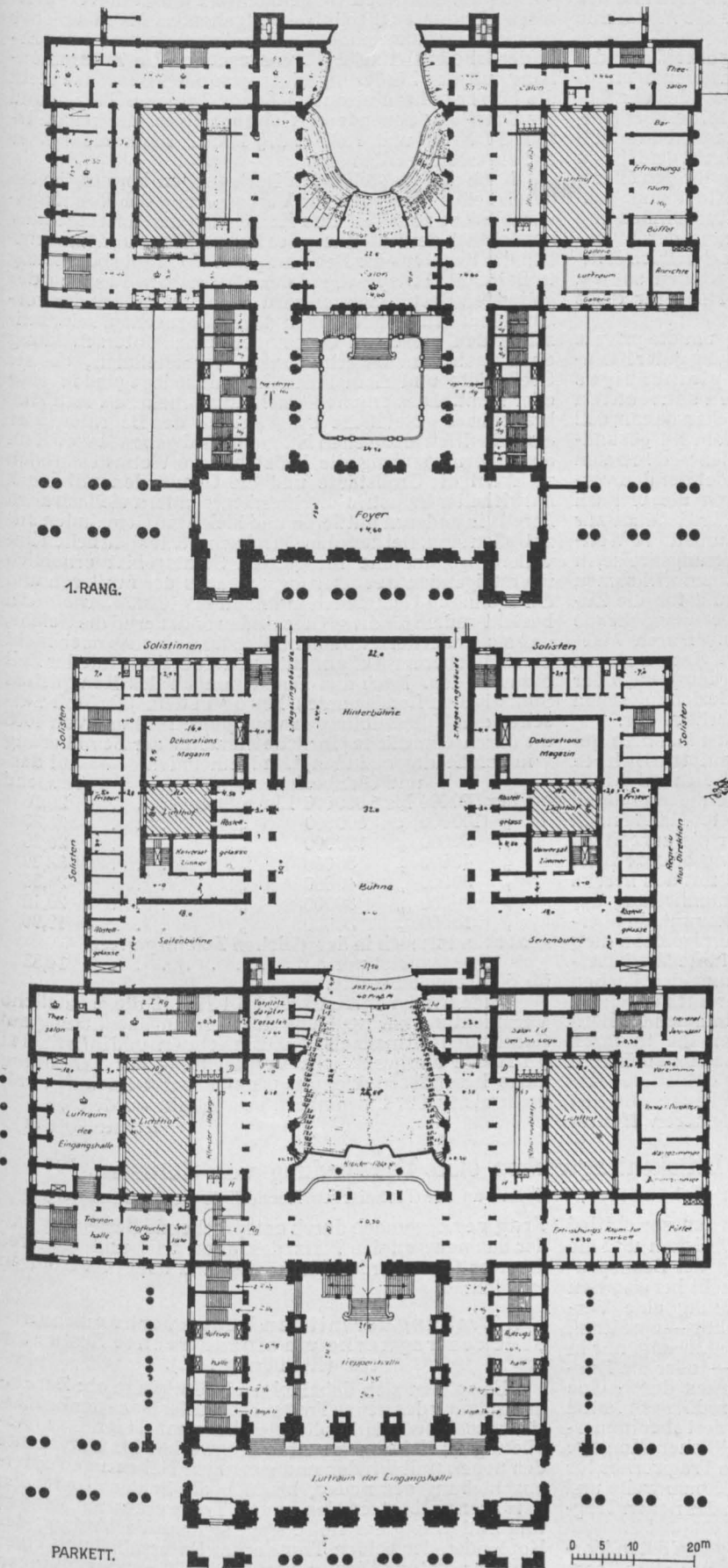
nis entsprechend die Herstellung kleiner, in gesundheitlicher, sittlicher und sozialer Beziehung einwandfreier Wohnungen tunlichst gefördert, und daß diesem Ziel entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt, sowie daß der Mietpreis der Wohnungen in angemessenen Grenzen gehalten wird.

Die Befriedigung des Bedarfes an kleinen Wohnungen, wie die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses überhaupt, ist namentlich in den größeren und in den schnell wachsenden Gemeinden heute vorwiegend auf die spekulative Tätigkeit der gewerbsmäßigen Bauunternehmung angewiesen, welche die Wohnhäuser auf Vorrat herstellt, um sie demnächst weiter zu veräußern. Zur Erreichung des angegebenen Zieles erscheinen daher vornehmlich Maßnahmen geboten, welche die heute der Errichtung kleiner preiswerter Wohnungen durch die private Bauunternehmung erschwerenden entgegenstehenden Ursachen nach Möglichkeit beseitigen und auf die Bauunternehmer einen nachhaltigen Anreiz ausüben, mehr als bisher Häuser mit kleinen Wohnungen herzustellen.

In Frage kommen in dieser Beziehung in erster Linie Maßnahmen zur Bekämpfung der ungesunden Bodenspekulation.

lation. Die durch diese hervorgerufenen hohen Bodenpreise verhindern die Herstellung von Wohngebäuden mit kleinen Wohnungen und treiben die Mieten der Wohnungen auf eine für die ärmeren Bevölkerungsklassen unerschwingliche Höhe hinauf. Die Mittel, um einer ungesunden Bodenspekulation entgegenzuwirken, liegen, abgese-

hen von einer zweckmäßigen Bodenpolitik der Gemeinden, einer angemessenen gesetzlichen Regelung des Schätzungswesens für den Grundbesitz und von Maßnahmen der Besteuerung, wesentlich auf dem Gebiete des Bebauungsplanes und der Fluchtlinienfestsetzung, sowie auf dem Gebiete der Bauordnung. Demgemäß wird in Artikel 1 I Nr. 1 bis 3 des Entwurfes, wozu die Vorschrift in Artikel 2 § 3 die sachgemäße Ergänzung bildet, eine zweckentsprechende Ergänzung der Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Anlegung und Verlängerung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, vom 2. Juli 1875, sowie in Artikel 2 § 1 eine Ergänzung des geltenden Polizeirech-



tes dahin vorgesehen, daß für den Erlass abgestufter Bauordnungen eine rechtlich völlig zweifelsfreie Unterlage geschaffen wird.

In Betracht kommt für viele Gemeinden in dieser Beziehung aber auch eine Beseitigung der herrschenden Bodenzersplitterung, die der Bautätigkeit hemmend entgegensteht, steigend auf die Bodenpreise wirkt und es dem einzelnen Grundbesitzer ermöglicht, die Aufschließung und Bebauung größerer Teile des Baugeländes dauernd zu verhindern.

Entwurf von Architekt Emil Maul in Charlottenburg.
Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines königlichen Opernhauses zu Berlin.

Daneben hat diese Zersplitterung des Baugeländes die erwünschte Wirkung, daß sie häufig zu unzweckmäßigen und den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechenden Bauten führt. In Artikel 11 Nr. 5, 6 ist deshalb ein Weg zur Beseitigung der sogenannten Baumasken und im Artikel 11 die Ausdehnung des für Frankfurt a. M. erlassenen Umlegungsgesetzes vom 28. Juli 1902 und des Ergänzungsgesetzes vom 8. Juni 1907 auf die Monarchie vorgesehen.

In manchen Fällen ist eine Erschwerung oder Verhinderung namentlich der Errichtung von Kleinwohnungen infolge einer ungerechtfertigten Handhabung des den Gemeinden durch § 12 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 eingeräumten Rechtes eingetreten, durch Ortsstatut den Anbau an solchen Straßen zu verbieten, welche noch nicht gemäß den baupolizeilichen Bestimmungen des Ortes für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig gestellt sind. Insbesondere haben manche Gemeinden Ausnahmen von diesem Verbot nur unter der Verpflichtung der Eigentümer zugelassen, daß an der Straße ausschließlich Häuser mit größeren Wohnungen errichtet werden sollten. Durch die Vorschrift in Artikel 11 Nr. 4 soll für diese Fälle Abhilfe geschaffen werden.

Als ein besonders wirksames Mittel, um die private Bauunternehmung zu vermehrter Herstellung guter Kleinwohnungen zu veranlassen, erscheint ein planmäßiges Einschreiten gegen die vorhandenen schlechten und überfüllten Wohnungen. Abgesehen davon, daß ein Vorgehen nach dieser Richtung sowohl im gesundheitlichen als auch namentlich im sittlichen und sozialen Interesse dringend geboten erscheint, bildet der den vorhandenen guten Wohnungen heute durch die vielfach noch fast uneingeschränkte Ausnutzung der Gebäude zur Unterbringung von Menschen bereitete unlautere Wettbewerb, der in der Neigung weiter Bevölkerungskreise, in erster Linie an der Wohnung zu sparen, einen wirksamen Rückhalt findet, einen wesentlichen Grund für die Zurrückhaltung der Bauunternehmung, eine ausreichende Zahl solcher Wohnungen herzustellen. Durch Maßnahmen der gedachten Art wird zugleich einer weiteren ungesunden Steigerung der Mieten und damit auch der Bodenpreise entgegen gewirkt. In dieser Beziehung sehen die Artikel 3, 4 des Entwurfes das Erforderliche vor.

In zweiter Linie werden die Abhilfemaßnahmen gegenüber den herrschenden Mißständen auf tunlichste Erhaltung und Förderung der flachen und niedrigen Bauweise hinielen müssen, wie sie in anderen Ländern durch Wohnsitten oder geeignete Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung mehr als zurzeit bei uns gesichert ist. Das in dieser Beziehung erforderliche Vorgehen deckt sich in der Hauptsache mit den bereits erörterten Maßnahmen, soweit eine Hintanhaltung der ungesunden Bodenspekulation in Frage kommt, da übermäßige Bodenpreise eine gesunde weiträumige Bebauung verhindern und die Bevölkerung in überfüllte Mietkasernen zusammendrängen. Die Entwicklung der flachen und niedrigen Bauweise ist daneben aber auch durch die Vorschriften mancher aus älterer Zeit stammender Bauordnungen ungünstig beeinflusst worden, die in ihren im Hinblick auf die Errichtung von Massenmiethäusern erlassenen Vorschriften namentlich hinsichtlich der Anforderungen an die Standfestigkeit und Feuersicherheit nicht genügend Rücksicht auf die kleineren Häuser

nehmen. Ebenso haben manche für größere Bezirke erlassenen Baupolizeiordnungen, die gleichzeitig für größere und kleinere Gemeinden Bestimmungen treffen, den Erlaß verschärfter, eine geringere Höhe der Gebäude und eine geringere Stockwerkzahl anstrebender Bestimmungen für die größeren Gemeinden dadurch erschwert, daß sie für die kleineren Gemeinden ein durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigtes weitgehendes Maß baulicher Ausnutzung zulassen. In beiden Beziehungen ist das Erforderliche in Artikel 2 § 2 vorgesehen. Im Zusammenhang mit der Förderung einer gesunden Bauweise steht die Fürsorge für eine ausreichende Zahl von Plätzen und die Schaffung besonderer Wohnquartiere, die nach Artikel 11 Nr. 2 und Artikel 2 § 1 Nr. 2 mehr als bisher sichergestellt werden soll.

Nach den vorstehenden Darlegungen kommt für ein gesetzliches Vorgehen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zum Teil eine Änderung der Gesetzgebung hinsichtlich der Aufteilung des Baugeländes und hinsichtlich der Regelung der Bebauung und Wohnungsbenutzung in Betracht. Entsprechend der allgemeinen Fassung der geltenden Bestimmungen wird auch hinsichtlich der vorzunehmenden Änderungen davon abzusehen sein, zwischen den einzelnen Gemeinden eine Unterscheidung etwa nach dem Gesichtspunkte vorzunehmen, ob sie Großstädte und Gemeinden in Industriegegenden sind oder nicht. Dies empfiehlt sich umso mehr, als sich eine brauchbare gesetzliche Umgrenzung des Begriffes, was als industriell anzusehen ist, nicht wird geben lassen, und als erfahrungsmäßig die Mißstände im Wohnwesen sich nicht auf die Großstädte und die Gemeinden mit stark entwickelter Industrie beschränken, sondern vielfach auch bereits in anderen mittleren und kleineren Gemeinden anzutreffen sind. Bei dem den Durchschnitt der jährlichen Bevölkerungszunahme im ganzen Staatsgebiet erheblich übersteigenden Bevölkerungszuwachs der mittleren und der kleineren Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern besteht zudem für diese Gemeinden andauernd die Gefahr, daß sich auch dort, wo solche Mißstände bisher noch nicht in erheblicherem Maße anzutreffen sind, diese mit der Zeit herausbilden. Nach den Feststellungen des Königlichen Statistischen Landesamtes betrug in dem Jahrzehnt zwischen den Volkszählungen vom Jahre 1910 und von 1905 die durchschnittliche jährliche Zunahme der Bevölkerung

in den Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirken	auf das Tausend
über 500000 bis 1000000 Einwohner	20,16
„ 100000 „ 500000	28,20
„ 50000 „ 100000	26,26
„ 40000 „ 50000	32,29
„ 30000 „ 40000	26,31
„ 20000 „ 30000	23,12
„ 10000 „ 20000	19,96
während sie sich in der gleichen Zeit im ganzen Staatsgebiet nur auf	14,83
für das Tausend stellte.	

Dagegen ist in Artikel 31 § 1 Abs. 2 die gesetzliche Verpflichtung zur Regelung der Wohnungsbenutzung auf Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern und in Artikel 41 § 1 Abs. 2 die gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung eines besonderen Wohnungsamtes auf Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern beschränkt worden. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Auswechselung von Brückentragwerken ohne Verwendung von Gerüsten.

Nach Vorschlägen von Dr. techn. Robert Schönhöfer, Professor an der Technischen Hochschule zu Braunschweig.

Die Zunahme der Verkehrslasten sowohl bei Eisenbahn- wie bei Straßenbrücken und die dadurch bedingte Erhöhung der Beanspruchungen des Tragwerkes macht bei eisernen Ueberbauten neuerdings häufig eine Verstärkung der Konstruktion nötig — ein Mittel, das schwierig, also auch teuer in der Ausführung, nur in beschränktem Maße verwendbar ist — oder die Auswechselung und Ersetzung des Tragwerkes durch eine neuere, stärkere Konstruktion. Dieses radikalere Mittel ist meist auch das wirtschaftlichere, erfordert aber immerhin in der meist üblichen Form der seitlichen Montage und nachherigen Einschlebung des neuen Tragwerkes für die Rüstungen allein Kosten, die je nach Spannweite und Höhe der Brücke auf 15—25 % derjenigen des neuen Tragwerkes zu veranschlagen sind.

Die nachstehenden, zum Patent angemeldeten Vorschläge bezwecken eine Auswechselung der alten Tragwerke ohne Rüstungen, wobei natürlich auch eine wesentliche Verkehrsstörung nicht eintreten darf. Gemeinsam ist den vorgeschlagenen Verfahren die vorübergehende Verbindung von altem und neuem

Tragwerk, wonach durch entsprechende Bewegung beider das neue an den Platz des alten tritt und letzteres dann entfernt werden kann. Es sind dabei 4 Verfahren möglich:

1. Drehung der mit den Enden verbundenen Brückentragwerke um eine lotrechte Achse um 180° (Abbildung 1—6).

Es spielen sich dabei folgende Vorgänge ab: Zusammensetzung des neuen Tragwerkes in der Nähe der Brücke, Heranschiebung auf Rollwagen bis zum Widerlager (Abbildung 1); Hebung des alten Tragwerkes bis Unterkante des neuen (mit Winden und sonstigen Hebezeugen), Heranschiebung des neuen, bis sich die beiden Kopfenden berühren; Absetzen des neuen Tragwerkes auf Winden und Entfernung der Rollwagen, sichere Verbindung der Kopfenden der beiden Tragwerke; Unterschiebung einer Drehvorrichtung (Zapfen, bezw. bei größeren Spannungen Rollenkrantz) unter das vordere Kopfende des neuen Tragwerkes und Aufbringung von Ballast am hinteren Ende, derart, daß nach Entfernung der Winden unter beiden Tragwerken der gemeinsame Schwerpunkt mit dem Dreh-

punkt zusammenfällt (Abbildung 2). Nun kann mit geringer Kraft (von Hand oder mit einfachem Zahnrad-Vorgelege) die Drehung um 180° erfolgen, bis das neue Tragwerk über der Brückenöffnung schwebt (Abbildung 3); es folgen die Unterfangung beider Tragwerke mit Winden, die Entfernung des Ballastes vom Vorder-Ende des neuen und Einbringung von Ballast am Hinter-Ende des alten Tragwerkes (um ein Ueberkippen der gekuppelten Tragwerke beim Vorschieben zu verhindern), Absetzung des alten Tragwerkes auf Rollen, Verschiebung des ganzen Systems, bis das neue Tragwerk über den Auflagern schwebt (Abbildung 4), Abfangung mit Winden, Lösung der Verbindung zwischen neuem und altem Tragwerk, Ablassung der ersteren auf die Auflager, Fortschiebung des letzteren zur Zerlegung (Abbildung 5). Um gefährliche Ueber-

mit den Kopf-Enden sind die gleichen, wie beschrieben. Dann werden beide Tragwerke auf feste Rollen abgesetzt (in denen sie mit an dem Untergurt angebrachten Schienen geführt werden) und zusammen überschoben. (Abbildung 7 und 8.) Der Ballast am hinteren Ende des neuen Tragwerkes hat den Zweck, ein Kippen zu verhindern, falls etwa der alte Träger sein Rollenaufleger verlieren sollte; er muß vorhanden sein, wenn das alte Tragwerk nicht unmittelbar über den Auflagern auf Rollen gestützt werden kann. Aus demselben Grunde ist am freien Ende des neuen Tragwerkes Ballast anzuwenden, wenn altes und neues Tragwerk ihre Plätze wechseln. (Abbildung 8 und 9.) Dieser Ballast entlastet auch die Verbindung der Tragwerksköpfe und verhindert Ueberanstrengungen der Tragwerke auch in der Ueberschiebung. Bei kleinen Bauwerken kann die Ueberschiebung von Hand, bei größeren mit Seilwinden erfolgen. Nach vollendeter Ueberschiebung folgt wieder die Unterfangung mit Winden, Lösung der Kopfverbindung, Ablassen des neuen Tragwerkes auf die Auflager, Abfahren des alten. Weitergehende Verstärkungen werden bei diesem Verfahren kaum nötig sein, das sich im übrigen auch wieder für oben liegende Fahrbahn anwenden läßt.

3. Verbindung der Brücken-Tragwerke Obergurt an Obergurt und Drehung der gekuppelten Brücken-Tragwerke um eine wagrechte Längsachse (Abbildungen 10—11).

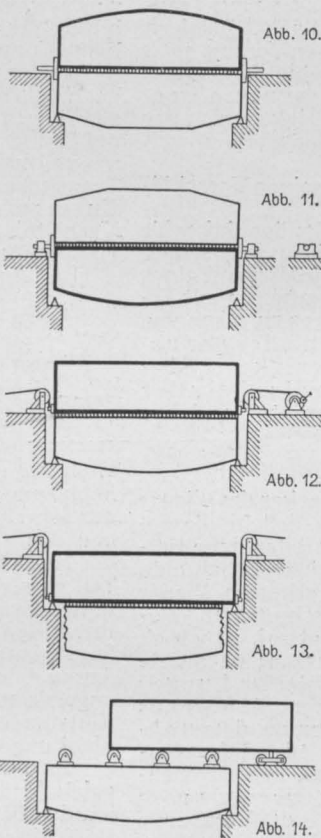
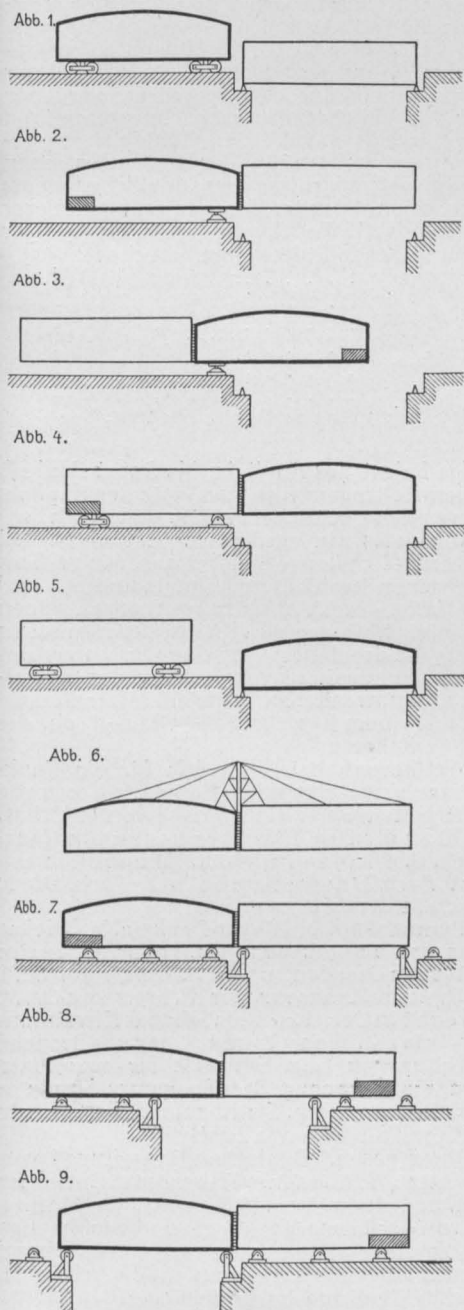
Hierbei sind die Vorgänge folgende: Aufstellung des neuen Tragwerkes über dem alten in umgekehrter Lage (mit dem Obergurt nach unten), Verbindung der beiden sich berührenden Gurte, Anbringung von Drehzapfen an den Enden der gekuppelten Tragwerke in der gemeinsamen Längsschwerachse (Abbildung 10); Anhebung beider Tragwerke, sodaß zur Drehung der nötige Raum geschaffen ist, Stützung der Drehzapfen auf Lager (unter Umständen Ausgleichung der Gewichte durch etwas Ballast), Drehung um die wagrechte Achse, daß altes und neues Tragwerk ihre Plätze vertauschen (Abbildung 11), Ablassung des neuen Tragwerkes auf die Lager, Lösung beider Tragwerke und Fortschiebung des alten. Die Drehung erfordert, da nur die Zapfenreibung zu überwinden ist, geringe Kräfte. Eine weitergehende Verstärkung des Tragwerkes wird im allgemeinen nicht erforderlich.

4. Verbindung der Brücken-Tragwerke Untergurt an Obergurt und Absenken der gekuppelten Brücken-Tragwerke (Abbildungen 12—13).

Das Verfahren bedingt folgende Maßnahmen: Aufstellung des neuen über dem alten Tragwerk in richtiger Lage, Verbindung seines Untergurtes mit dem Obergurt des alten; Aufhängung des neuen Tragwerkes an Winden (Abbildung 12), Abschneiden der Enden des alten Tragwerkes (etwa mit der Schnittflamme), Ablassen des neuen Tragwerkes auf die Auflager (Abbildung 13). Das alte Tragwerk ist dann entweder mit Hilfsrüstungen zu

unterfangen und stückweise zu lösen oder mit Winden im Ganzen abzulassen und fortzufahren. Auch hier werden weitergehende Verstärkungen der Tragwände kaum erforderlich.

Zu den Verfahren 3 und 4 ist noch zu bemerken, daß bei oben liegender Fahrbahn die neuen Tragwerke einfach auf Rollen in die richtige Lage über die alten geschoben werden können (Abbildung 14), während bei unten liegender Fahrbahn entweder das alte Tragwerk als Montagegerüst für das neue zu benutzen ist (was nur ausnahmsweise zulässig sein wird), oder das neue Tragwerk in so hoher Lage zusammen zu setzen ist, daß es über das alte weggeschoben werden kann (was eine nachträgliche größere Senkung bedingt), oder schließlich ist das alte Trag-



Abbildungen 1—6. Drehung mit den Enden verbundener Brücken-Tragwerke um eine lotrechte Achse um 180° .

Abbildungen 7—9. Schiebung mit den Enden verbundener Brücken-Tragwerke über die Brückenöffnung.

Abbildungen 10—11. Verbindung der Brücken-Tragwerke, Obergurt an Obergurt und Drehung der gekuppelten Tragwerke um eine wagrechte Längsachse.

Abbildungen 12—13. Verbindung der Brücken-Tragwerke, Untergurt an Obergurt und Absenken der gekuppelten Tragwerke.

schreitungen der zulässigen Spannungen in den Tragwerken während der beschriebenen Vorgänge zu verhindern, können in üblicher Weise vorläufige Verstärkungen nach Abbildung 6 angeordnet werden.

In den Abbildungen ist das Verfahren für eine Brücke mit unten liegender Fahrbahn dargestellt, es ist aber auch anwendbar für oben liegende Fahrbahn, nur ist dann eine entsprechende Hebung der Tragwerke erforderlich, um die Drehung zu ermöglichen.

2. Schiebung mit den Enden verbundener Brücken-Tragwerke über die Brückenöffnung (Abbildung 7—9).

Die anfänglichen Vorgänge der Heranschaffung des neuen Tragwerkes, Hebung des alten, Verbindung beider

werk vor Ueberschiebung des neuen soweit zu senken, daß das neue Tragwerk gleich in die richtige Höhenlage kommen kann.

Bei Verfahren 1 und 3 ist darauf zu achten, daß gegen Windangriff die nötigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Verfahren 1 und 2 eignen sich mit Rücksicht auf den für die Verschiebung auf Rollen wünschenswerten geraden Untergurt und die Ausführung nur geringer Hebungen und Senkungen am meisten für Brücken mit unten liegender Fahrbahn. Verfahren 2 ist dem Verfahren 1 gegenüber wegen seiner größeren Sicherheit und Unabhängigkeit vom Winde vorzuziehen. Verfahren 3 und 4 eignen sich besonders für Brücken mit oben liegender Fahrbahn, weil dann die Stützungen während Drehung oder Ablassung nur niedrig zu sein brauchen. Bei Verfahren 3 ist die Form der Untergurte beliebig, bei Verfahren 4 darf dagegen der Untergurt des neuen Tragwerkes jedenfalls nur schwach gekrümmt sein. Insofern besitzt das Verfahren 3 vor 4 einen gewissen Vorzug, auch ist die Beanspruchung des Tragwerkes eine günstigere. Dafür bietet die umgekehrte Aufstellung des neuen Tragwerkes bei Verfahren 3 gewisse Schwierigkeiten. Hier kann also nur von Fall zu Fall entschieden werden, welches Verfahren das günstigere ist.

Hr. Verfasser Dr. Schönhöfer gibt seinen Vorschlägen noch folgendes Geleitwort mit:

„Aus diesen Erörterungen erhellt zur Genüge, daß es für alle in der Praxis vorkommenden Fälle der Auswechsellung von Brückentragwerken möglich sein wird, irgend eines der vorerwähnten vier Auswechsellungsverfahren mit Erfolg anzuwenden. Ferner ist ohne weiteres zu erkennen, daß diese Verfahren keine besonderen oder gar unüberwindliche technische Schwierigkeiten bereiten werden und daß ihre Wirkungsweise bei aller Einfachheit der technischen Hilfsmittel und der

Durchführung, durchaus sicher und verlässlich ist. Es steht daher zu erwarten, daß diese Auswechsellungsverfahren sich bald im Brückenbau eingebürgert haben werden.

Zu letzterem Umstand dürften in nicht geringem Maße die ganz bedeutenden Ersparnisse beitragen, welche die vorliegenden Auswechsellungsverfahren allen anderen voraus haben. Unter Voraussetzung normaler Verhältnisse können die Kosten der Auswechsellung nach einem der geschilderten Verfahren, im Hinblick auf den Wegfall jedweden Gerüsts, mit etwa 5% der Kosten des neuen eisernen Tragwerkes veranschlagt werden. Diese Zahl erscheint sogar für die Folge sehr hoch gegriffen, da ja die von den Brückenbauanstalten gemachten Ausgaben für die zur Auswechsellung nötigen Hilfsmittel, wie Winden, Drehvorrichtungen, Verstärkung-Konstruktionen usw. mit der Zeit getilgt werden, sodaß dann späterhin die Auswechsellungskosten sich nur aus den Arbeitslöhnen und den Verbrauchskosten der Hilfsmittel zusammensetzen werden. Wenn nun trotz alledem mit dieser hoch gegriffenen Zahl von 5% gerechnet wird, so ergeben sich gegenüber den üblichen Auswechsellungsverfahren auf Grund der eingangs angeführten Zahlen, Ersparnisse im Betrage von 10 bis 20% der Kosten des neuen Tragwerkes. Um diese Ersparnisse etwas deutlicher vor die Augen zu führen, seien sie, unter Voraussetzung mittlerer Verhältnisse und Preise, für Brückentragwerke eingleisiger Hauptbahnen für folgende Stützweiten berechnet:

Bei 10 m Stützweite	500 bis	1000 M.;
„ 20 „ „	1700 „	3400 „
„ 30 „ „	2700 „	5400 „
„ 40 „ „	4000 „	8000 „
„ 50 „ „	5500 „	11000 „
„ 60 „ „	7500 „	15000 „

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache.“ —

Vermischtes.

Vollendung des künstlerischen Schmuckes des Wiener Rathauses. Aus Anlaß des Umstandes, daß in diesem Jahre 30 Jahre verflossen sein werden, seit das neue Rathaus in Wien, das epochale Werk von Friedrich Schmidt, seiner Bestimmung übergeben wurde, erinnern Wiener Blätter daran, daß die künstlerische Ausschmückung dieses Werkes noch immer nicht vollendet sei. Friedrich Schmidt hat hierfür noch Pläne hinterlassen; ob an sie angeknüpft wird, steht dahin. Bürgermeister Dr. Lueger hatte die Absicht, sie zu verwirklichen, mußte aber aus Gründen der Belastung des Stadthaushaltes davon abstehe. Nunmehr wurde der Gedanke wieder aufgenommen. Die Festtreppen, der Festsaal und seine Nebenräume, der Sitzungssaal des Stadtrates ermangeln noch des bildnerischen Schmuckes und auch die Volkshalle des Rathauses soll künstlerische Zier erhalten. Die Ausschmückung des Ratskellers ist bereits vor einigen Jahren erfolgt. Es wird nicht leicht sein, dem Rathaus den fehlenden Schmuck unabhängig von den Absichten Friedrich Schmidts zu verleihen. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben der König Ludwig-Preisstiftung der Bayerischen Landesgewerbe-Anstalt in Nürnberg betrifft für das Jahr 1913 Entwürfe oder Modelle für ein stehendes oder liegendes Grabmal aus Stein, Metall oder Holz für einen Friedhof oder die Urnenhalle eines Krematoriums. 2 Preise von 300 und 200 M. Frist 1. Juni 1913. Die Bewerbung beschränkt sich auf Bewohner des Königreiches Bayern, jedoch ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Krankenhaus in Schopfheim in Baden ist vom Bürgerausschuß bei 3 Preisen von zus. 3600 M. und bei 1400 M. für Ankäufe beschlossen worden. Die Bau-summe ist mit rund 360000 M. bemessen. —

Ein italienischer nationaler Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine monumentale Verbindung der drei Paläste auf dem Kapitol in Rom ist von der Stadtverwaltung unter Verheißung eines Preises von 10000 L. erlassen worden. Bei der Jubelfeier der Begründung des italienischen Einheitsstaates des Jahres 1911 waren die drei kapitolinischen Paläste die Stätte zahlreicher Festversammlungen und zur bequemerem Benutzung der Räumlichkeiten sind sie in provisorischer Weise miteinander verbunden worden. Die Verbindung soll nun zu einer dauernden werden. Die heutigen Bauten des Kapitols gehen bis auf Bonifaz IX. zurück, der 1389 den bis dahin unbedeutenden Senatorenpalast erweitern ließ und ihn im Sinne der italienischen Burganlagen des Mittelalters als Palastbau mit 4 Ecktürmen ausgestaltete. Er

blieb der einzige Palast des Kapitols, bis Papst Paul III. Michelangelo den Auftrag erteilte, den Platz des Kapitols durch Errichtung zweier seitlicher Paläste und durch Umbau des Hauptpalastes umzugestalten. Nur einen Teil der Arbeiten führte Michelangelo selbst aus, der größere Teil wurde von seinen Nachfolgern Vignola und Rainaldi in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts nach seinen Entwürfen ausgeführt. Gegen die Absicht der römischen Stadtverwaltung, die drei Paläste miteinander zu verbinden und dadurch die künstlerischen Erwägungen Michelangelo's zu zerstören, wendet sich nun die internationale Künstlerschaft mit einem begründeten Einspruch, der nicht ungehört verhallen möge!

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Bankgebäude für „Bergens Privatbank“ in Bergen in Norwegen wurden bei 24 Arbeiten vier gleiche Preise von je 1500 K. (1700 M.) verteilt an die Hrn. J. W. Steenersen in Charlottenburg, Arch. S. Tönnesen, Arch. Arnesen in Gemeinschaft mit Arch. Darre-Kaabo und Arch. Bredo Greve, sämtlich in Kristiania. —

In dem Wettbewerb betr. das Meyer-Denkmal in Zwickau fiel der I. Preis von 1500 M. den Hrn. Heinr. Brenner und Alfr. Glatter in Dresden zu; der II. Preis von 1000 M. Hrn. Hans Kröger in Hannover, der III. Preis von 500 M. Hrn. Friedr. Hecht in Dresden. Eine lobende Erwähnung fanden die Entwürfe „St. Michael“ und „Ganz aus Bronze“.

Engerer Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Platzgestaltung und die Bebauung der Bochumer Straße in Buer. Wir erhielten von Hrn. Stadtbauinsp. Reg.-Bmstr. a. D. Heil in Altona die folgende Zuschrift:

„In No. 9 Ihrer gesch. „Deutschen Bauzeitung“ vom 29. d. Mts. ist unter „Wettbewerbe“ Abs. 2 von Entwürfen für ein Rathaus und eine höhere Mädchenschule für Buer die Rede, die von der Firma Verheyen und Stobbe herrührten und s. Z. preisgekrönt worden wären. Dies stimmt. Nicht stimmt das Folgende: „Da nun die Entwürfe der genannten Architektenfirma im großen und ganzen zur Ausführung gewählt wurden, usw.“ Hier kann nur die Rede von dem Entwurf der höheren Mädchenschule sein. Das Rathaus wurde von mir entworfen und ausgeführt. Damit erübrigt sich auch die Bemerkung von „der weiteren Bearbeitung“. —

Inhalt: Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg. (Fortsetzung.) — Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes. (Fortsetzung.) — Die Auswechsellung von Brücken-Tragwerken ohne Verwendung von Gerüsten. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Der engere Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines königlichen Opernhauses in Berlin. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Gesamtbild von der König Albert-Straße aus gesehen.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 12. BERLIN, DEN 8. FEBRUAR 1913.

Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden.

Architekten: Heilmann & Littmann in München.

Hierzu die Abbildungen Seite 108 und 109.



ie Lage des neuen Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden-Neustadt ist eine sehr bevorzugte. Mit der Portalfront gegen den Königin Carola-Platz gerichtet, ist der Zirkus von drei Straßen umschlossen: auf der Ostseite von der König Albert-Straße, auf der Nordseite von der Villier-Straße und auf der Westseite von der

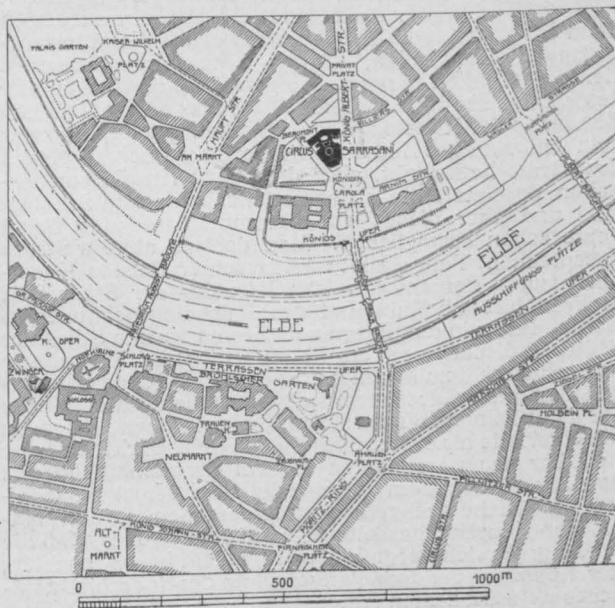
Brie-Straße. Der Zirkus liegt zudem unmittelbar an der König Albert-Straße, einer Hauptverkehrsader, die Dresden-Neustadt mit der Altstadt verbindet, außerdem nur 200 m entfernt von einer zweiten Verbindung von Alt- und Neustadt, der Neustädter Hauptstraße.

Wenn auch das Zirkusgebäude, wie schon der Name sagt, in erster Linie zirkensischen Spielen dienen soll, so war doch eine Hauptaufgabe für den Architekten, eine Form zu finden, die eine Benutzung des Zirkusraumes nicht allein für Zirkuszwecke, sondern auch für Variétés, Musik-Aufführungen und Massen-Versammlungen ermöglichen läßt. Es mußten also nicht allein der Künstler auf hohem Trapez, auf dem Pferd in der Manege, der Schwimmkünstler im Bassin, der Variété-Künstler auf der Bühne und die Musiker in dem versenkten Orchester berücksichtigt, sondern es mußte auch die Frage der Akustik eingehend geprüft werden. Diese vielseitigen Gesichtspunkte ließen sich nur dadurch lösen, daß eine exzentrische Lage der Manege und der Bühne zur Rotunde des Zuschauerraumes gewählt wurde und daß Bühne, Manege und Orchesterraum möglichst nahe zusammen geschoben wurden. Auf die der Bühne gegenüber liegende Seite wurde das Vestibül gelegt, an das sich rund um den Zuschauerraum zur Rechten und Linken die Treppenhäuser anschließen. So bildet die Manege mit Bühne und Orchester den Kern, um den sich die ganze Anlage organisch gruppiert.

Der Eintritt in den Zirkus erfolgt ausschließlich durch das am Königin Carola-Platz gelegene Vestibül, welches durch eine säulengetragene Vorhalle ge-

schützt ist, die gleichzeitig auch als Vorfahrt dient. Darüber liegt im I. Obergeschoß des Portalbaues die auf besonderen Wunsch des Bauherrn eingebaute Direktorwohnung mit eigenem Treppenaufgang von der Brie-Straße aus. Auf der rechten Seite dieses Portalvorbaues befinden sich an der König Albert-Straße Eingang und Aufgang zur Königsloge.

Rechts und links des Vestibüles in der Vorhalle liegen die Kassen für sämtliche Sitz- und Stehplätze, ferner die Garderoben für das Parkett, für Logen und Ränge. Sie dehnen sich über die ganze vordere Hälfte des Umrisses aus. Vom Vestibül zweigen die Zugänge zum Parkett, zu den Logen, sowie zu den Rang- und Galerietreppen ab. Die Direktion des Zirkus kann so von einem Punkte des Vestibüles aus sämtliche Billett-Kontrollen überwachen. Nahe dem Vestibül liegen an der Brie-Straße die Büroräume der

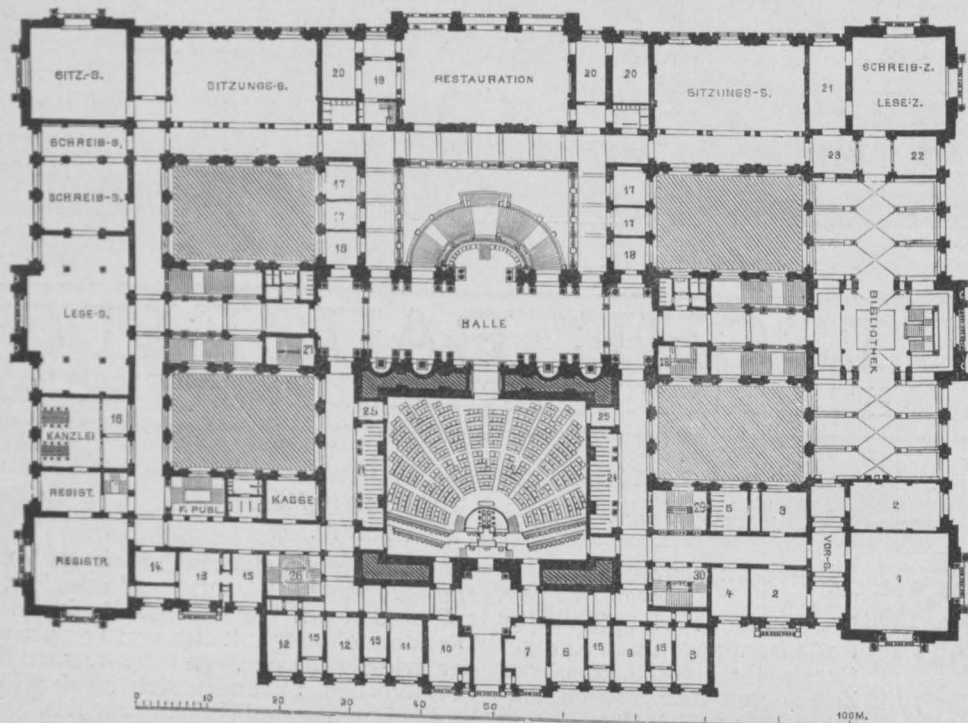


Direktion. Ganz unabhängig von dieser einzigen Eintrittsmöglichkeit für die Besucher sind die zahlreichen Ausgänge, deren der Zirkus, abgesehen von dem auch als Ausgang zu benutzenden Vestibül, auf jeder der beiden Straßenfronten 12, im Ganzen 24, hat.

Folgen wir einem der Zugänge, sei es zum Parkett, den Rängen oder Logen, so öffnet sich plötzlich nach Zurücklegung des betreffenden Treppenhalses der weite, frei gespannte Zirkusraum von einem Durchmesser von 46,5 m und einer lichten Höhe bis zum Ansatz der Kuppellaterne von 28,95 m. In dem vertieften Kegel der Sitzplätze liegt die Manege, welche in ihren Abmessungen den internationalen Normen aller Zirkusanlagen entspricht und einen Normal-Durchmesser von 13,2 m hat. Ueber der Manege er-

hebt sich die 17,15 m bis zum Deckgesims messende Variétébühne, deren Proszeniumsöffnung durch einen Asbestvorhang abgeschlossen ist. Die Höhe des Zirkus bis zur Spitze der Kuppellaterne beträgt 35,75 m über Trottoirkante.

Den Hauptprogrammpunkt, die Verbindung des Zirkus mit einem Variété im gleichen Raum zu ermöglichen, mußte die exzentrische Anlage der Manege gewählt werden, wodurch eine innige Beziehung zwischen Manege, versenktem Orchester und Bühne erzielt wurde. Um diese so geschaffene Zentral-Anlage, in der sich in der Hauptsache alles abspielt, was dem Zuschauer und Zuhörer geboten werden soll, gruppieren sich in hufeisenförmiger Anordnung und amphitheatralisch steigend die Plätze des Parketts, der



Grundriß des Hauptgeschosses.

Entwurf von Paul Wallot in Frankfurt a. M. Aus dem Wettbewerb um Entwürfe für das Reichshaus. I. Preis.

Die Ausstellung des Werkes von Paul Wallot in der Akademie der Künste in Berlin.

Den Gedächtnisfeiern für den verstorbenen Meister, der in das Kunstschaffen der Gegenwart hineinragte als einer der nur noch wenigen Vertreter jener alten vornehmen baukünstlerischen Gesinnung, die Stolz und Ehrgeiz darin fand, ein Werk vom ersten Stein bis zum letzten Nagel als aus einer Hand hervorgegangen hinzustellen, als aus einem künstlerischen Geiste geschaffen hervorbringen, ist eine Ausstellung des Werkes des Künstlers als Mitgliedes der königlichen Akademie der Künste am Pariser Platz gefolgt, die zwar kein vollständiges Bild des künstlerischen Lebensganges des Verstorbenen gibt, aber doch eine Anzahl von Arbeiten darbietet, die charakteristisch für sein Schaffen sind und über dieses ein zusammenfassendes Urteil heute schon ermöglichen. Man darf es ohne Weiteres aussprechen: Paul Wallot war in seiner tiefsten Kunstanschauung Romantiker. Der Künstler der Stadt Ulm in Frankfurt am Main und des Reichstagsgebäudes in Berlin, das er in den Formen des romanischen Stiles der Blütezeit dieser Kunst am Rhein bauen wollte, wenn er es noch einmal zu bauen hätte; der Künstler des Niederwalddenkmales, dessen mosaikgeschmückte Kuppelhalle auf den Rheingau als ein stolzes Siegeszeichen und gegen die Westseite als ein ernstes Gedenkmal blickt; und der Künstler des poesievollen kleinen Grabdenkmales, aus dessen ornamentalem Geranke die gleiche Lust am Schaffen, die gleiche Seelenverfassung sprechen, die den japanischen Künstler beseelte, der auf sein Bronzegefäß die Worte grub: „Ich vernügte mich, indem ich es machte“; der Künstler, der dem Pariser Platz durch architektonisches Beiwerk seinen Alltagscharakter nehmen und ihm

Seele und Leben eines Festplatzes für nationalpolitische Begebenheiten verleihen wollte, und der Künstler, der sich vom Weltgetriebe abschloß und in stiller Vertiefung auf seinen Gegenstand die verschlungene Leder-Intarsie des Präsidentenstuhles des Reichstagsgebäudes zeichnete, es ist ein und dieselbe Persönlichkeit, die das Größte und das Kleinste, das Bedeutendste und das Unbedeutendste mit der gleichen Liebe umfaßte, mit der gleichen Hingebung durchdrang. Es ist die Persönlichkeit, in deren Natur es liegt, durch Uebertragung von Seele und Geist das Geringste zum Großen zu machen, das Erhabene und Unnahbare dem menschlichen Empfinden und Begreifen zu nähern. Ein solches Seelenleben ist von Vorgängen und Regungen erfüllt, die es begreiflich erscheinen lassen, wenn sie vor rauhen Eingriffen von außen zurückweichen, wenn sie da versagen, wo Zwang auf sie ausgeübt wird. Da ist es zu verstehen, wenn Wallot die größte Tragik seines Lebens an seinem größten Werk erleben mußte; wenn er dieses als einen Torso zurücklassen mußte und in einer äußeren Gestalt, die ihm aufgezwungen wurde. Was ist es für ein Sturz von dem stolzen Bauwerk, das nach dem Entwurf des Wettbewerbes sich am Königs-Platz erheben sollte, dessen Kuppel hinauszuragen bestimmt war über die Ecktürme und deren Laterne in die Weite schauen und durch ausströmendes Licht der Bevölkerung Kunde geben sollte von der Tätigkeit der um ihr Wohl besorgten Sendboten, bis zu dem vergoldeten Oberlicht, das schließlich zwischen die vier Türme der Ecken versenkt wurde und trotz seinem Leuchten ein so vielsagendes Sinnbild für die gedrückte Seelenstimmung des Meisters ist, der mit seinen idealen Gedanken der nüchternen Realität des Bauherrn sich unterwerfen mußte. Wer kann ermaßen, was im Inneren des Meisters vorging, als man ihn zwang, sein Lebenswerk in wenig mehr als einem Jahrzehnt zu vollenden, wo ein Viertel-

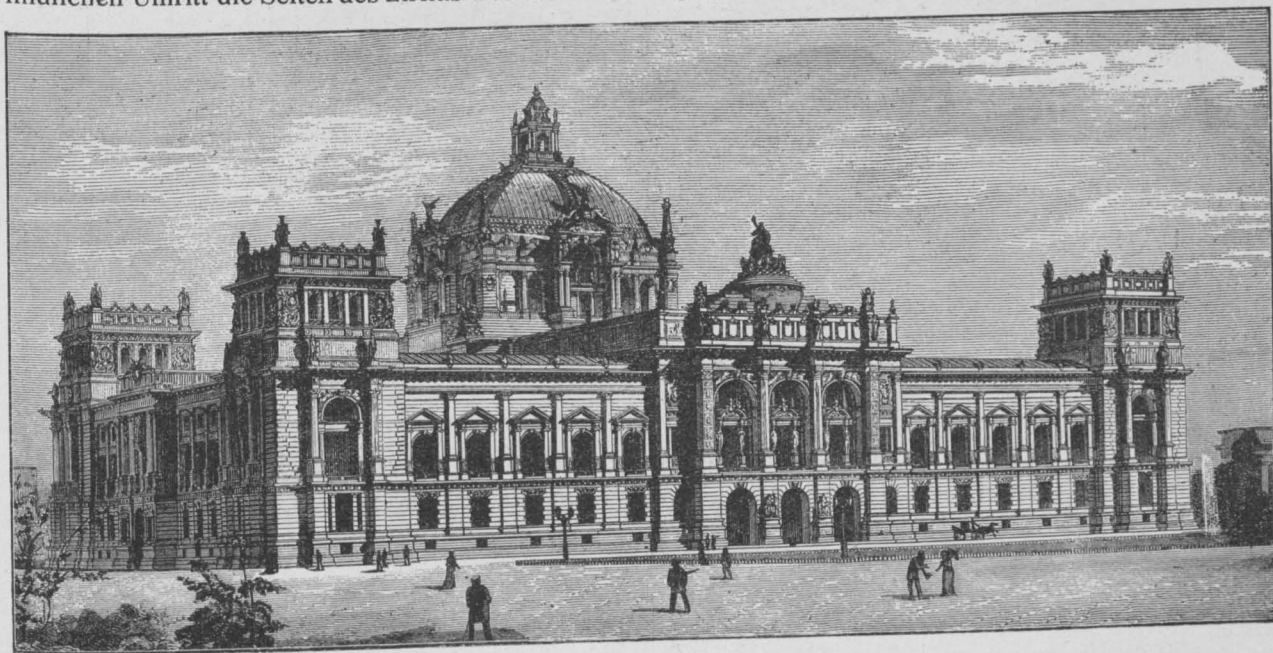
Ränge, der Logen und die über allen liegende Galerie, die auf wenigen Stützen ruht. Die Kuppel, welche nach System Schwedler mit einschließendem Tragring freitragend über dem mächtigen Raum konstruiert ist, ruht auf den in den Umfassungsmauern liegenden Ständern des Zirkusgebäudes, den Mauern der Treppenhäuser, des Portalbaues und des Bühnenhauses. Der Zuschauer findet also keinerlei Hindernis in seinem Gesichtsfeld. Durch die Anordnung des Umrittes unter den amphitheatralisch ansteigenden Plätzen und der Verbindung desselben mit der Manege durch die vier Ein- und Ausritte ist das Auftreten und Verschwinden der Künstler und ihrer Tiere nach den verschiedensten Seiten zu einer die Zuschauer überraschenden Weise möglich. Die Reiter können beispielsweise rechts und links der Bühne oder über dieselbe in die Manege reiten, in einem oder mehreren der vier Aus- und Einritte verschwinden, ungesehen durch den unter den Sitzplätzen befindlichen Umritt die Seiten des Zirkus wechseln und

überraschend auf der anderen Zirkusseite wieder auftauchen. Es lassen sich so bei Pantomimen und zirkensischen Spielen eine große Anzahl von Kombinationen zusammenstellen.

Die Manege ist versenkbar; ebenso die vier Einritte. Das Becken der Manege kann mit Wasser gefüllt werden, das durch erhitztes Wasser, welches sich in dem in Höhe der Soffitten gelegenen Behälter hinter der Bühne befindet, erwärmt wird, um darin pantomimische Wasserspiele zu ermöglichen.

Bei größeren musikalischen Aufführungen wird die bewegliche Piste der Manege entfernt. Die Manege wird dann mit Sitzmöbeln versehen und so das Fassungsvermögen des Zirkusraumes vergrößert.

Außer dem versenkten Orchester vor der Bühne ist noch eine größere Musiker-Galerie über der Königs-Loge eingebaut. Mit der Manege hängt die ausgedehnte Stall-Anlage zusammen. Abgesehen davon, daß diese zur Aufnahme der Pferde, Elefanten, Löwen, Tiger, Kamele usw. benutzt wird, sollen die ausge-



Ansicht vom Königs-Platz. Entwurf von Paul Wallot in Frankfurt a. M. I. Preis.

Jahrhundert oder drei Jahrzehnte kaum ausgereicht haben würden, alles das sich entwickeln und reifen zu lassen, was am größten deutschen Bauwerk einst in der Geschichte der Baukunst bleiben soll. Hier liegt die Tragik, die wir aus dem Leben Michelangelos und aus seinem Ringen um das Grabdenkmal für den Papst Julius II. kennen, der Gegensatz zwischen großem Willen und kleinem Vollbringen, zwischen der Gewalt des seelischen Triebes und dem Widerstand der äußeren Mächte. Die Zeichnungen Wallots von eigener Hand zeigen es, wie er mit seinem Gegenstand gerungen, wie er, nie zufrieden und vielleicht auch etwas schwer im Entschluß, von Gedanken zu Gedanken kam, morgen verließ, was er heute geschaffen, um übermorgen vielleicht darauf zurückzukommen. Und dabei arbeitete er nicht etwa schwer, sondern in fröhlichem Schaffen fließen in lustiger Fülle Motive und Anregungen aus Stift und Feder, entstehen Ornamentwerk und Bilder unter seinem kunstgeübten Pinsel, üben die von ihm über alles geliebte Natur und die mit Ehrfurcht verehrte Kunst der Vergangenheit ihren Einfluß auf das Schaffen des Meisters aus. Man hat deshalb in ihm von unserem augenblicklichen Standpunkt der Kunstbeurteilung aus, der morgen schon wieder ein anderer sein kann, einen Eklektiker, einen Wahlmenschen in künstlerischen Dingen erblicken wollen, ohne daran zu denken, daß Motive und Stil nur Mittel zum Werke wie Stein und Holz Mittel zum Bau sind, daß es aber der schöpferischen Gestaltungskraft eines Meisters bedarf, sie unter seinen Willen zu zwingen und souverän an ihren Ort zu setzen. In diesem Sinne hat Jakob Burckhardt, der knorrige, feinsinnige Einsiedler von Basel, das verständige Wort gesprochen, wer nicht in einem historischen Stil künstlerisch schaffen könne, könne es in keinem Stil.

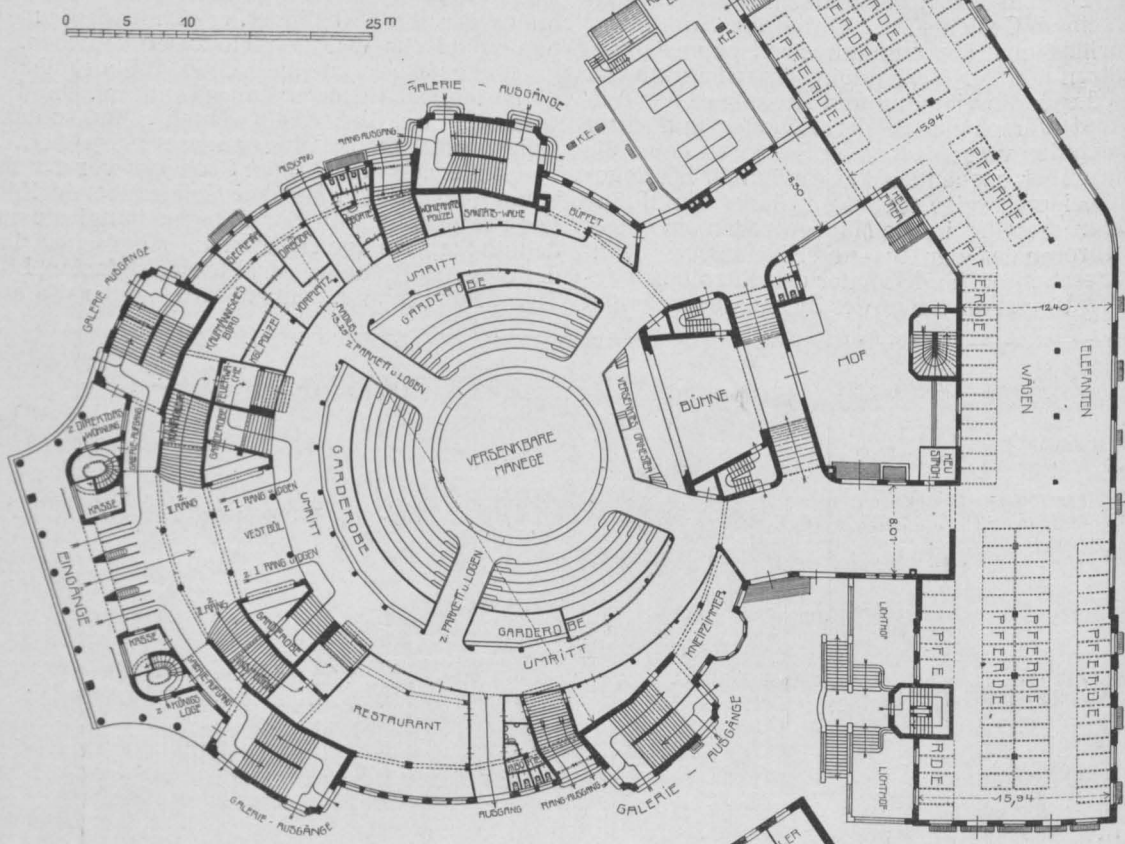
In der Tat, was die Buchstaben des Alphabetes für Sprache und Dichtung, was Ziegel- und Werkstein für das

Haus, was Bäume und Wolken für die Landschaft und Kostüme und Akte für das Geschichtsbild, das sind Motive und Formen für das Werk der Baukunst. Sie sind lediglich Mittel in der Hand des gestaltenden Künstlers, die ein Wille und eine ganze Kraft zusammenhalten und zu einem harmonischen Werke zusammenschweißen müssen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus erscheinen uns die Werke Wallots als künstlerische Einheiten, gezeichnet durch die Individualität ihres Meisters. Diese Individualität aber kannte sehr wohl auch die Grenzen ihrer Kraft. Einer Anregung, das Ständehaus in Dresden mit Rücksicht auf seine Lage und Umgebung im Stile des Barock und im Charakter der Terrassenbauten etwa der römischen Barockvillen, z. B. der Villa Doria Pamfili vor Porta San Pancrazio zu halten, begegnete er mit dem Einwand, das könne er nicht, das liege seinem Fühlen und Denken zu fern. Diese Ehrlichkeit war ein Grundzug seines Charakters, sie ließ ihn auch das Schöne unbefangen anerkennen, wo er es fand. Wie konnte er schwärmen von der Königsstadt Paris! Wie konnte er die Seine mit den sie begleitenden breiten Ufer- und Ladestraßen, durch die die Fluß- und Stadtbild den Charakter monumentaler Größe erhalten, in Vergleich setzen mit dem engen Lauf der Spree in Berlin, die sich mühsam und kümmerlich durch die Häuserreihen zwängt. Dort königliche Weite, freilich im Laufe der Jahrhunderte geworden; hier die Enge des Kleinbürgertums, das sich noch nicht zur Rolle der Weltstadt, die Berlin nach dem deutsch-französischen Kriege geworden ist, gefunden hat. Heute noch nicht! Vergleiche dieser Art und Erfahrungen, die er beim Bau des Reichshauses machen mußte, ließen ihn Berlin gern mit der sächsischen Königstadt an der Elbe vertauschen. So wurde die Kunst zugleich zu seinem Geschick, in das er sich stolz fand. Denn er war ein Mann und ein Schicksal! —

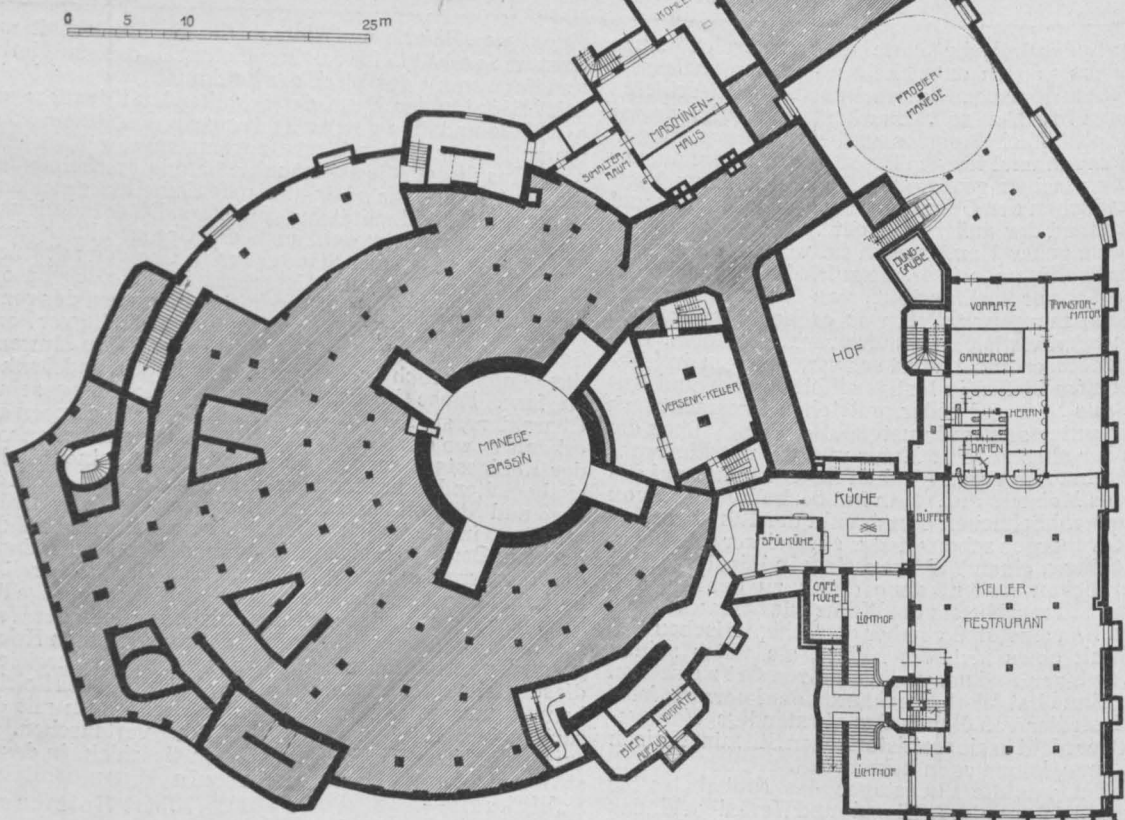
Albert Hofmann.

Zirkus Stosch-Sarasani in Dresden.

Parkett.

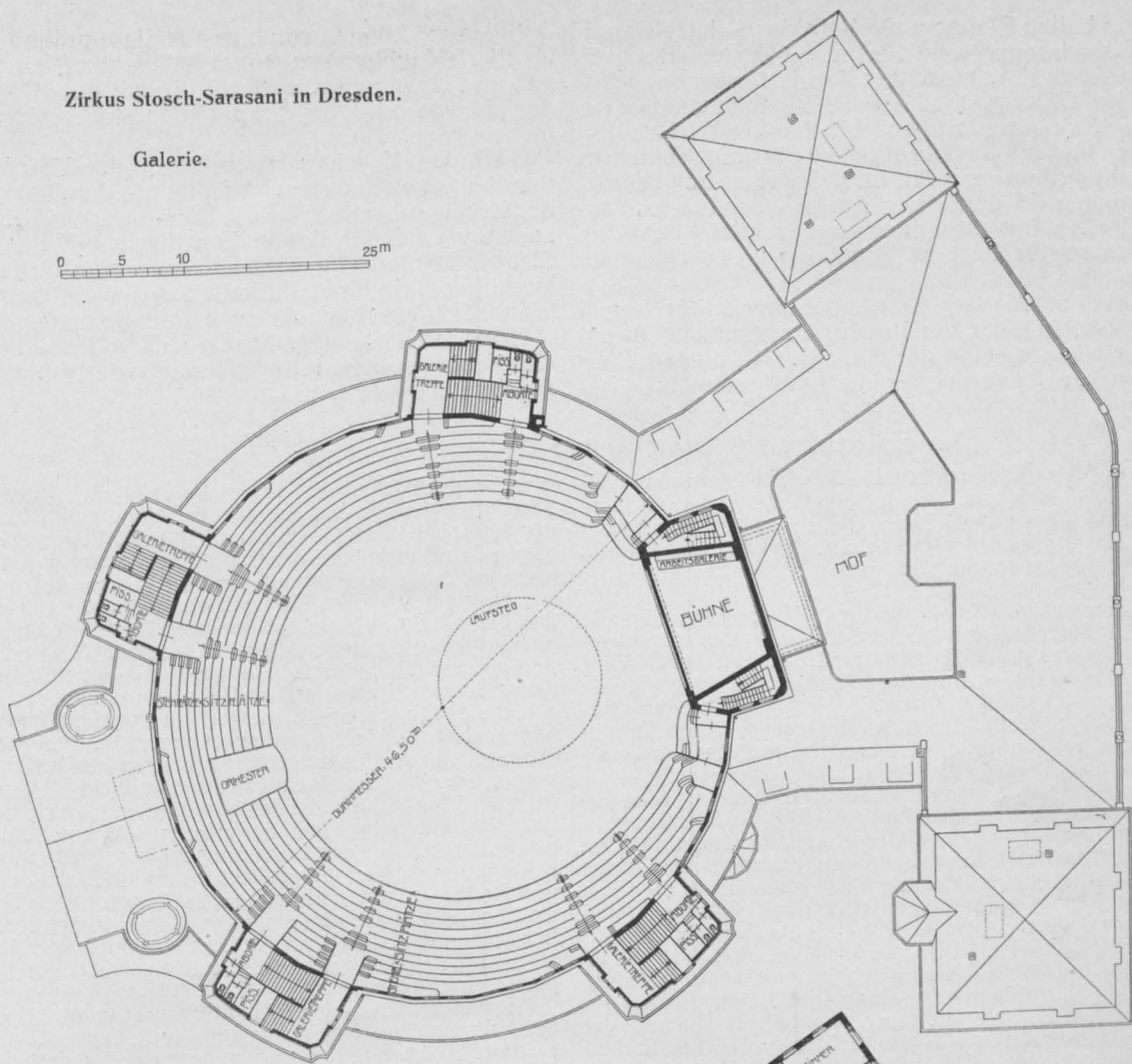
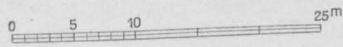


Keller.

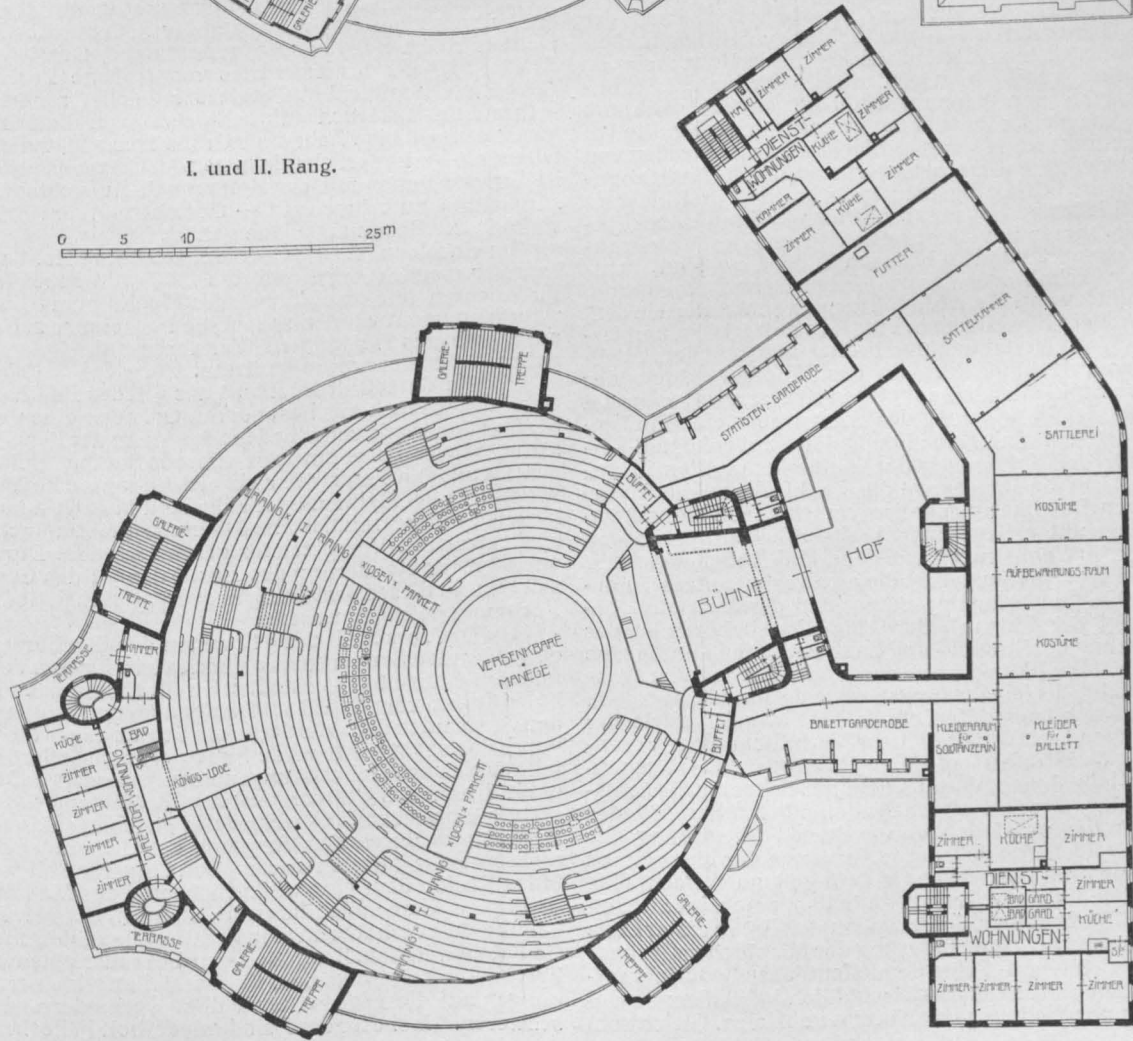


Zirkus Stosch-Sarasani in Dresden.

Galerie.



I. und II. Rang.



dehnten hellen Räume außerhalb der Spielzeit auch als Ausstellungsräume für in der Zirkus-Rotunde stattfindende Kongresse und dergl. Verwendung finden. Im Untergeschoß des Stallgebäudes ist ein Keller-Restaurant mit anschließenden Wirtschafts-Räumen und mit Restaurationsküche eingerichtet. In den Eckpavillons wurden im I. Obergeschoß Dienst-Wohnungen, in dem dazwischen liegenden, mit einem flachen Terrassendach abgedeckten Dachraum Lagerräume für Kostüme, Requisiten und dergleichen eingebaut.

Ueber der Manege hängt hoch oben an der Kuppel ein großer, ringförmiger Umgang von gleichem Durchmesser wie der Manege. An diesem Ring werden die Apparate für die Luftgymnastiker be-

festigt, auch können von hier aus die Handhabungen für allerlei Lichtwirkungen zur Beleuchtung von Gruppen und einzelnen Künstlern, die auf der Bühne, in der Manege oder am Trapez tätig sind, vorgenommen werden.

Mit dem Zuschauerraum durch den Umritt verbunden liegen auf gleicher Höhe mit dem Parkett an der König Albert-Straße ein Bier- und Wein-Restaurant und auf der linken Umrittseite an der Brie-Straße, ebenfalls für die Zuschauer vom Umritt aus zugänglich, ein Büfett für kalte Speisen und Getränke. Weitere Büfette liegen rechts und links der Bühne in Höhe des II. Ranges. Ferner sind im Parterre noch eine Feuerwache, eine Sanitätswache und eine Polizeistation untergebracht. —

(Fortsetzung folgt.)

Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes. (Fortsetzung.)



er Entwurf ist mit Rücksicht darauf, daß vielfach eine Aenderung bestehender Gesetze oder eine Sicherstellung ihrer Auslegung gegenüber Zweifeln notwendig erscheint, die hervorgerufen sind, in Artikel eingeteilt.

Zu Artikel 1.

I. Von wesentlicher Bedeutung für eine befriedigende Gestaltung der Wohnungsverhältnisse ist eine angemessene Höhe der Preise des städtischen Grund und Bodens. Die Bebauungspläne mancher Städte, die vorwiegend tiefe Baublöcke bei wenigen übermäßig breiten Verkehrsstraßen vorsehen, begünstigen das Bestreben, durch Errichtung großer Massen-Miethäuser mit mehrfachen Quergebäuden und Höfen die Preise der Grundstücke in die Höhe zu treiben. Durch eine solche Bebauung wird zugleich eine unerwünschte Zahl von Hof- und Hinterwohnungen hervorgerufen, die vorhandene Neigung zum eigenen Hausbesitz durch Schaffung ungeeigneter Häuser künstlich zurückgehalten und ein vielfach nur dem Namen nach bestehender, vorwiegend spekulativer Hausbesitz befördert. In dieser Beziehung sollen die Bestimmungen in Artikel 1 I No. 1a, 2, 3 des Entwurfes Abhilfe schaffen, indem sie die Möglichkeit gewähren, eine Aenderung der Bebauungspläne — und zwar sowohl der vom Gemeinde-Vorstand neu aufgestellten, als auch der bereits festgesetzten — in der Richtung mit Erfolg herbeizuführen, daß sich die Aufteilung des Bodens mehr als bisher dem jeweilig in dem Stadtteil oder Planausschnitt zu befriedigenden Wohnungsbedürfnis anpaßt. Während im allgemeinen für die Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerungskreise geringe Blocktiefen und Straßen von geringerer Breite wünschenswert sind, damit Hinterwohn-Gebäude und tiefe Flügelbauten vermieden und kleinere Grundstücke und Häuser geschaffen werden, die auch Angehörige dieser Bevölkerungskreise und des Mittelstandes zu erwerben und zu besitzen in der Lage sind, kommen für Wohnhäuser der wohlhabenderen Bevölkerung, namentlich wenn Platz für Gärten gewonnen werden soll, auch größere Blocktiefen in Frage. In Betracht kommt ferner, daß bei Herstellung nur breiter und möglichst vollkommen befestigter Straßen das Wohnen infolge der höheren Straßenkosten unnötig verteuert wird, während im Wege der Entwicklung der Wohnstraßen ein Mittel gegeben ist, auf eine Ermäßigung der Straßenkosten-Beiträge für die Wohnungen der Minderbemittelten hinzuwirken. Um die Anpassung der Baublöcke an das für die einzelnen Bevölkerungskreise verschiedene Wohnungsbedürfnis unter Sonderung breiter Verkehrs- von den schmalen Wohnstraßen und dabei eine Aufteilungsweise des Bodens sicherzustellen, die eine vorteilhafte Geländeverwertung und günstige Bauformen gewährleistet, beabsichtigt der Entwurf, der Ortspolizei-Behörde bei der Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien künftig eine ähnliche Mitwirkung auch aus Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis einzuräumen, wie sie ihr bisher schon aus Rücksichten des Verkehrs, der Feuersicherheit, der öffentlichen Gesundheit und zur Verhütung einer Verunstaltung der Straßen und Plätze übertragen ist. Ob gegenwärtig Maßnahmen, die aus dem bezeichneten Gesichtspunkt eine zweckmäßigere Aufteilung des Baugeländes im Wege der gesetzlich vorgesehenen Mitwirkung der Ortspolizei-Behörde bei der Festsetzung der Fluchtlinien herbeizuführen bezwecken, in dem geltenden Recht eine ausreichende sichere Grundlage finden, erscheint zweifelhaft, weil Maßnahmen der bezeichneten Art in erster Linie nicht so sehr auf eine Förderung der öffentlichen Gesundheit als vielmehr auf eine dem öffentlichen Bedürfnis entsprechende, sozial und wirtschaftlich befriedigende Gestaltung der Wohnungsverhältnisse abzielen. Gleichwohl

wird bei der Bedeutung, die diese Frage im allgemeinen Staatsinteresse besitzt, auf die rechtliche Möglichkeit für die Staatsbehörden, solche Maßnahmen nötigenfalls auch gegen den Widerstand der Gemeinde-Vertretungen zu erzwingen, mit Rücksicht auf den den Hausbesitzern in diesen eingeräumten Einfluß nach den bisherigen Erfahrungen nicht ferner verzichtet werden können. In dieser Beziehung kommt namentlich in Betracht, daß die Bodenaufteilung und die dadurch bedingte Bodenentwicklung von wesentlichem Einfluß auf die Höhe der Bodenpreise sind.

Die Frage, ob und inwieweit im Interesse einer dem öffentlichen Bedürfnis entsprechenden Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses die Festsetzung von Bebauungsplänen oder die Erweiterung der bestehenden Bebauungspläne auf das in der Nähe des bereits bebauten Gemeindegebietes gelegene Gelände erforderlich erscheint, um neues Baugelände der Bebauung zu erschließen und der Bildung hoher Monopolpreise für den städtischen Grund und Boden entgegen zu wirken, ist heute gleichfalls der staatlichen Einwirkung im wesentlichen entzogen. Die bezeichneten Maßnahmen stellen unter Umständen geeignete Mittel dar, um regelnd auf die Höhe der Bodenpreise einzuwirken.

Bei manchen neueren Stadterweiterungen ist auf die Freihaltung einer angemessenen Zahl öffentlicher Plätze nicht hinreichend Bedacht genommen. Durch die in Artikel 1 I No. 2 des Entwurfes vorgesehene Ergänzung des § 3 des Baufluchten-Gesetzes ist daher schärfer als bisher zum Ausdruck gebracht, daß auch die Fürsorge für eine ausgiebige Zahl und Größe freier Plätze zu den leitenden — erforderlichenfalls von der Ortspolizei-Behörde im Einvernehmen mit der Kommunal- Aufsichts-Behörde zur Geltung zu bringenden — Gesichtspunkten bei Aufstellung der Bebauungspläne gehört.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß durch No. 1a, 3 erkennbar gemacht wird, daß die in §§ 1, 3 bezeichneten Rücksichten nur im Rahmen des Fluchtlinien-Gesetzes wahrgenommen werden sollen, die Polizei also z. B. nicht außerhalb des Fluchtlinien-Verfahrens die Anlage von Schmuckplätzen erzwingen kann.

II. Die Vorschrift in Abs. 4 des § 1 des Baufluchten-Gesetzes, wonach aus besonderen Gründen eine von der Straßenfluchtlinie verschiedene, jedoch in der Regel höchstens 3 m von dieser zurückweichende Baufluchtlinie festgesetzt werden kann, hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen. In der Mehrzahl der Fälle sind in den Gemeinden bereits breitere, mindestens 3 m hinter die Baufluchtlinie zurücktretende Vorgärten festgesetzt worden. Durch die vorgesehene Aenderung des Abs. 4 des § 1 des Gesetzes soll dem in dieser Beziehung hervorgetretenen Bedürfnis Rechnung getragen werden.

III. Die Vorschrift des § 12 wegen des den Gemeinden eingeräumten Bauverbotes an noch nicht für den Verkehr und den Anbau fertiggestellten Straßen ist in das Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 aufgenommen worden, um den Gemeinden den erforderlichen Schutz gegen die ihnen durch das sogenannte wilde Bauen erwachsenden Nachteile zu sichern. Dabei ist angenommen worden, daß durch die in Abs. 2 des § 12 vorgesehene Bestätigung des Ortstatuts hinreichende Gewähr dafür gegeben sei, daß den Einwohnern durch das Vorgehen der Gemeindebehörde nicht zu nahe getreten werde. Seit längerer Zeit werden indes Klagen über eine willkürliche und das Maß der berechtigten Gemeindeinteressen überschreitende Handhabung des Verbotes in der Richtung laut, daß manche Gemeinden in dem Bestreben, nur besonders steuerkräftige Mieter heranzuziehen, die Herstellung kleiner Wohnungen auf diese Weise absichtlich verhindern oder erschweren. Insbesondere sind wiederholt Fälle bekannt

geworden, in denen Gemeinden an den bis auf geringe Lücken fertiggestellten Straßen die Anbauerlaubnis nur unter der Verpflichtung der Eigentümer erteilt haben, daß auf den Grundstücken ausschließlich große Wohnungen von 6 Zimmern und mehr errichtet würden. Um dem gegenüber eine angemessene Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses mehr als bisher sicherzustellen, sieht der Entwurf für den Fall, daß ein solches Bedürfnis besteht, in Artikel 1 I Nr. 4 vor, daß ein Dispens von dem Bauverbot dann zu erteilen ist, wenn der Eigentümer Gewähr dafür bietet, daß dem Bedürfnis durch den Bau entsprechender, gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung getragen wird, und wenn dem Bau an der dafür gewählten Stelle des Weichbildes keine berechtigten Gemeindeinteressen entgegenstehen. Entsprechend der Absicht des Entwurfes, die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen, wenn auch unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der minder bemittelten Bevölkerungskreise zu verbessern, soll die Vorschrift für alle Fälle Anwendung finden, in denen ein Bedürfnis nach Wohnungen einer gewissen Art und Größe besteht und diesem Bedürfnis durch Errichtung von Wohnungen der in Betracht kommenden Art abgeholfen werden soll. Wie die Worte „gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen“ indes weiter erkennen lassen, müssen die zu errichtenden Wohnungen den Anforderungen der Gesundheit, insbesondere hinsichtlich ihrer Durchlüftbarkeit, und der Zweckmäßigkeit, namentlich in Beziehung auf Abgeschlossenheit und Zubehör entsprechen. Für Massenmietehäuser mit Seiten- und Hinterflügeln und dementsprechend nur ungenügend durchlüftbaren Wohnungen soll daher der Dispens vom Bauverbot nicht verlangt werden können.

IV. Bei Festsetzung von Fluchtlinien läßt es sich nicht überall vermeiden, daß hinter der Fluchtlinie Restgrundstücke verbleiben, die wegen ihrer geringen Fläche oder der ungünstigen Gestaltung nicht mehr in ortsüblicher Weise bebaubar sind (Baumassen, Aergerstreifen usw.). Ferner sind, und zwar vorzugsweise in Gebieten mit stark zersplittertem Grundbesitz, vielfach an den Straßen gelegene Grundstücke vorhanden, die aus denselben Gründen nicht bebaubar sind. In beiden Fällen wird durch das Vorhandensein solcher Grundstücke die Bebauung an der Straße behindert und damit zugleich die Einziehung der Anliegerbeiträge zum Nachteil der Gemeinden oftmals auf längere Zeit hinausgeschoben, da erfahrungsgemäß die Eigentümer solcher Grundstücke die Zwangslage der angrenzenden Eigentümer, die ihr Gelände ohne Erwerb jener Grundstücke überhaupt nicht oder nur in unzweckmäßiger, vielfach das öffentliche Interesse schädigender Art bebauen können, durch Forderung unverhältnismäßig hoher Preise auszunutzen bestrebt sind. Diese Unzuträglichkeiten haben von jeher auf verschiedenen Seiten zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben. Die Vorschriften in Artikel 1 I Nr. 5 sollen dazu dienen, diese Behinderung oder Verzögerung des Bauens an der Straße da, wo das öffentliche Interesse es wünschenswert erscheinen läßt, dadurch zu beseitigen, daß den Gemeinden das Recht verliehen wird, die das Bauen an der Straße hindernden Grundstücke dem Eigentümer gegen volle Entschädigung zu entziehen und erforderlichenfalls den angrenzenden Eigentümern zu überweisen. In den beiden erwähnten Fällen wird die Bebaubarkeit regelmäßig dem ganzen verbliebenen oder vorhandenen Grundstück fehlen. Doch kann ausnahmsweise infolge seiner besonderen Gestaltung die Sache auch so liegen, daß zwar der Hauptteil des Grundstückes bebaubar ist, daß aber ein Teil, z. B. ein seitwärts längs der Straßenflucht auslaufender Streifen, zu schmal ist, um bebaut werden zu können, während er zugleich dahinter liegende Grundstücke von der Straße abschneidet. Der Entwurf will deshalb der Gemeinde auch für solche Grundstücksteile das Recht der Entziehung gewähren.

Als Zeitpunkt, von dem an die Gemeinde von dem Rechte der Entziehung Gebrauch machen kann, wird zweckmäßig die Fertigstellung der Straße oder des Straßenteiles für den öffentlichen Verkehr und den Anbau festzusetzen sein, ohne daß jedoch die straßenbaupolizeilichen Bestimmungen des Ortes in vollem Umfang erfüllt zu sein brauchen. Ein früherer Zeitpunkt möchte sich nicht rechtfertigen, weil erst dann, wenn die Straße für den Anbau reif ist, die Notwendigkeit eintritt, die die Bebauung hindernden Grundstücke zu entziehen. Der Eigentümer einer solchen Baumasse erhält auf diese Weise in der Zeit zwischen der Festsetzung der Fluchtlinie und der Fertigstellung der Straße die Möglichkeit, sich mit seinen Nachbarn wegen Ueberlassung seines Grundstückes an diese unmittelbar zu einigen oder umgekehrt durch Erwerb der erforderlichen Flächen der Nachbargrundstücke

seinem Grundstück diejenige Größe oder Gestalt zu verschaffen, deren es zur Bebaubarkeit bedarf. Die Anordnung einer Frist, innerhalb deren die Gemeinde von dem Rechte der Entziehung Gebrauch zu machen hat, empfiehlt sich nicht, weil sich nicht übersehen läßt, wann und in welchem Zeitmaße der Anbau an der Straße so weit vorgeschritten ist, daß die Beseitigung des durch die Baumasse gebildeten Hindernisses geboten erscheint, und weil es unter Umständen erwünscht sein kann, den Eigentümern der beteiligten Grundstücke auch noch nach Fertigstellung der Straße ausreichende Zeit für eine Vereinbarung unter sich zu gewähren.

Es wird nicht selten vorkommen, daß aneinander grenzende Grundstücke, von denen jedes einzeln zur Bebauung nicht geeignet ist, zusammengezogen bebauungsfähig werden, oder daß das entzogene Grundstück in Verbindung mit angrenzenden, der Gemeinde gehörigen Grundstücken zweckmäßig bebaut werden kann. In diesen Fällen erscheint es wünschenswert und unbedenklich, die entzogenen Grundstücke der Gemeinde zu überlassen, da der erstrebte Zweck, den Anbau an der Straße zu ermöglichen, erfüllt wird. Ist dies aber nicht der Fall, so soll die Gemeinde verpflichtet sein, die entzogenen Flächen dem Eigentümer des angrenzenden Grundstückes, falls nur ein einziges in Betracht kommt, oder, was die Regel bilden wird, den Eigentümern der mehreren angrenzenden Grundstücke zu übereignen. Zu den angrenzenden Grundstücken gehören an sich nicht nur die rückwärts liegenden, sondern auch die seitwärts an die entzogene Fläche grenzenden Grundstücke, indessen werden diese nur unter besonderen Umständen einen Anspruch auf Zuteilung haben.

Die Uebereignung hat gegen Erstattung der Aufwendungen und der Zinsen zu erfolgen. Zu den Aufwendungen gehören nicht nur die Kosten für den Grunderwerb, sondern auch diejenigen für sonstige notwendige oder nützliche Veranstaltungen, wie Schaffung einer Umwehrung, Einebnung usw. Daß auch Zinsen zu erstatten sind, entspricht der Billigkeit und wird die angrenzenden Eigentümer voraussichtlich veranlassen, die Uebereignung nach Tunlichkeit zu beschleunigen. Wenn die Verhandlungen der Gemeinden mit den beteiligten Eigentümern über die Uebereignung nicht zu einer Vereinbarung führen, so hat die Gemeinde einen Plan für die zweckmäßige Zuteilung der entzogenen Grundflächen sowie eine Kostenverteilung aufzustellen und beides zur Einsicht der Beteiligten offenzulegen. Die Offenlegung ist ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis, daß Einwendungen binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen bei dem Gemeindevorstand anzubringen sind. Außerdem ist den aus dem Grundbuch ersichtlichen Eigentümern, soweit tunlich, besondere Mitteilung zu machen. Daß die Gemeinde befugt ist, sei es infolge und auf Grund von Einwendungen, sei es ohne solche, einen neuen Plan für die Zuteilung der Grundflächen oder eine neue Kostenverteilung aufzustellen, braucht als selbstverständlich im Gesetz nicht ausgesprochen zu werden; nur hat alsdann auch wieder eine neue Offenlegung usw. stattzufinden. Ueber die Einwendungen haben ebenfalls die vorgedachten Behörden zu beschließen.

V. Gleiche und ähnliche Verhältnisse, wie sie zum Erlaß des Umlegungsgesetzes für Frankfurt a. M. und zu seiner Ausdehnung auf Posen und Köln sowie Wiesbaden geführt haben, liegen auch in vielen anderen Land- und Stadtgemeinden, insbesondere im Westen der Monarchie vor. Nach den amtlichen Erhebungen und den bisher gemachten Erfahrungen hat der Mangel einer gesetzlichen Handhabe für die zwangsweise Durchführung von Grundstücksumlegungen dazu geführt, daß häufig die Erschließung dringend notwendigen Baugeländes aufgehalten oder selbst verhindert ist. Hierdurch ist in vielen Fällen eine für die Entwicklung aufstrebender Gemeinden unzweckmäßige, in einzelnen Fällen sogar eine vom gesundheitlichen Standpunkt aus bedenkliche Bebauung entstanden. Auch hat die bei dem vorhandenen Baubedürfnis naturgemäß einsetzende Spekulation vielfach in ungünstiger Weise auf die Bodenpreise eingewirkt, was nicht ohne Rückwirkung auf die Höhe der Mieten geblieben ist.

Es erscheint daher dringend erwünscht, die bislang fehlende Möglichkeit eines zwangsweisen Vorgehens zur Herbeiführung von Grundstücksumlegungen für den gesamten Umfang des Staates zu schaffen.

Zu Artikel 2.

1. Als ein besonders wirksames Mittel, um die Bodenpreise dauernd in angemessenen Grenzen zu halten, haben sich baupolizeiliche Beschränkungen der Ausnutzbarkeit des Grund und Bodens hinsichtlich der bebaubaren Fläche

und der Stockwerkhöhe erwiesen. Bei entwickelter Boden- und Bauspekulation werden die Bodenpreise, abgesehen von dem Einfluß der Lage und der besonderen Verwendbarkeit des Grundstückes für bestimmte Zwecke, in erster Linie durch die nach den bestehenden Baunormen zugelassene Ausnutzbarkeit bestimmt. Beschränkungen der gedachten Art fördern zugleich die weiträumige flache Bauweise, die im gesundheitlichen Interesse besonders wünschenswert erscheint. Gegenwärtig lassen zahlreiche Bauordnungen noch eine die örtlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigte Höhe der Gebäude und eine weitgehende Bebaubarkeit der Grundstücke hinsichtlich der Fläche auch in dem Stadterweiterungsgebiet zu, wo die Höhe der Bodenpreise noch nicht zu einer stärkeren Ausnutzung des Grund und Bodens nötigt. Demgegenüber wird mehr als bisher durch Abstufung der Bauvorschriften für das Stadttinnere, die Außenbezirke und die Umgebung der schnell wachsenden Gemeinden Vorsorge dafür zu treffen sein, daß nicht die hohen Bodenpreise aus dem Stadttinneren auf die neuen Stadtteile übertragen werden. Auf diese Weise wird die erforderliche Ergänzung zu den Verkehrserleichterungen nach den Außenbezirken geschaffen und die Möglichkeit gewahrt, mit der Herstellung billiger Kleinwohnungen auch das in gesundheitlicher wie sozialer Hinsicht zu fördernde kleine Wohnhaus und Einzelhaus in der Bauordnung zu berücksichtigen. Die örtliche Abstufung der Bauvorschriften erfolgt in manchen Fällen zweckmäßig auch nach einzelnen Straßen und Plätzen. Auch in dieser Beziehung soll der Entwurf eine einwandfreie Rechtsgrundlage schaffen. Zugleich bietet die No. 1 die rechtlich zweifelsfreie Handhabe zum Erlaß von Vorschriften über die Einhaltung seitlicher Mindestabstände bei den Gebäuden (Bauwich). Die Abstufung der Bauvorschriften nach Gebäudegattungen ist schon nach dem bestehenden Recht zulässig.

2. Die Ausscheidung besonderer Wohnviertel-, -Straßen und Plätze und die Anordnung, daß für diese die Errichtung von Anlagen aller Art nicht zugelassen ist, die beim Betrieb durch Verbreitung übler Dünste, durch starken Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Nachbarschaft oder das Publikum überhaupt herbeizuführen geeignet sind, hat sich vielfach als wünschenswert im Interesse eines den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege Rechnung tragenden Ausbaues der Städte erwiesen. Solche Vorschriften, die zugleich auf die wünschenswerte Dezentralisation der Industrie hinzuwirken geeignet sind, finden nach § 23 Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 auch auf Anlagen der im § 16 des Gesetzes erwähnten Art Anwendung. Nach der gegenwärtigen Rechtslage sind Polizei-Verordnungen der bezeichneten Art unzulässig, soweit sie über die Abwendung von Gefahren hinaus einen Schutz gegen Nachteile oder Belästigungen bezwecken und dabei nicht von der Rücksicht auf die Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. geleitet sind.

3. Ob Polizeiverordnungen, die den Verputz, Anstrich oder die Ausfugung von Bauten verlangen, rechtsgültig sind, erscheint nicht unbedingt zweifelsfrei. Bei dem das Straßenbild verunstaltenden Gebrauch, im Rohbau vollendete Häuser jahrelang unausgefugt stehen zu lassen, erscheint es, auch abgesehen von dem gesundheitlichen Interesse, daher wünschenswert, für ein Vorgehen nach dieser Richtung die erforderliche gesetzliche Grundlage zu schaffen. Nach der Bestimmung in Artikel 2 § 1 Nr. 3 soll auch die Art des Verputzes, namentlich auch der freistehenden Giebelwände vorgeschrieben werden können. Wie der Ausdruck „vornehmlich Wohnzwecken dienenden Gebäude“ ergibt, soll sich die Befugnis, allgemein und ohne Rücksicht auf die Lage an Straßen und Plätzen den Verputz, Anstrich oder die Ausfugung zu regeln, nicht auf Wohngebäude in der weiteren Fassung des Begriffes beziehen, wie ihn die Rechtsprechung bei § 12 des Gesetzes, betreffend die Anlage und Veränderung

von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, vom 2. Juli 1875 (Gesetzsamml. S. 561) ausgeht. Dort sind darunter auch Gebäude verstanden, die — wie große Fabrikgebäude — wesentlich gewerblichen Zwecken dienen, sofern darin überhaupt nur ein oder mehrere Räume zum Wohnen — z. B. eines Pförtners — bestimmt sind. Hier sind nur diejenigen Gebäude gemeint, welche ganz oder überwiegend oder doch zu einem erheblichen Teil zu Wohnzwecken dienen, also eigentliche Wohngebäude. Dagegen begreift der Ausdruck „aller an Straßen und Plätzen liegenden Bauten“ die Bauten im weitesten Sinne des Wortes.

II. Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hat dazu geführt, daß zur Verhütung unsoliden Bauens gesteigerte Anforderungen namentlich hinsichtlich der Standfestigkeit und Feuersicherheit in die Bauordnungen aufgenommen worden sind, die für jede Bauform ausreichen sollten und deshalb auf die größten Gebäude berechnet waren. Diese Aufstellung allgemeiner gleichartiger Anforderungen hat sich insofern als unerwünscht erwiesen, als dadurch eine ungerechtfertigte Verteuerung und damit eine Zurückdrängung der kleinen Bauformen bewirkt worden ist. Wenngleich im Verwaltungswege, insbesondere durch die im allgemeinen Teil der Begründung angezogenen Erlasse des Ministers der öffentlichen Arbeiten, wiederholt nachdrücklich auf eine angemessene Umgestaltung der einschlägigen baupolizeilichen Vorschriften hingewirkt worden ist, wollen doch die Klagen über ungerechtfertigte Belastung der kleineren Wohngebäude durch die Vorschriften der bestehenden Bauordnungen namentlich hinsichtlich der Brandmauern, Treppen, Innenmauern und dergleichen nicht verstummen. Bei der Bedeutung der Angelegenheit für eine gesundheitlich und sozial befriedigende Gestaltung des Wohnungswesens soll deshalb in Artikel 2 § 2 Abs. 1 die Anpassung der Bauordnungen an die verschiedenen Gebäudegattungen, wo es die bauliche Entwicklung erfordert, durch gesetzliche Vorschriften sichergestellt werden.

III. Manche für größere Bezirke erlassenen Bauordnungen, die gleichzeitig Bestimmungen für größere und für kleinere Gemeinden geben, lassen heute noch in den letzteren eine durch den Stand der Bodenpreise nicht gerechtfertigte Höhe und Stockwerkhöhe der Wohngebäude zu. Sie erweisen sich damit für die Bestrebungen in anderen größeren Gemeinden, die baupolizeilich zugelassene Höhe und Stockwerkhöhe im Interesse einer gesundheitlich und sozial besseren Bauweise herabzusetzen, als hinderlich, da die solchen Änderungen ohnehin entgegenstehenden Widerstände durch den Hinweis auf das in den kleineren Gemeinden gestattete Maß der baulichen Ausnutzung eine unerwünschte Verstärkung erfahren. Auch in dieser Beziehung soll durch eine gesetzliche Vorschrift, wie sie Artikel 2 § 2 Abs. 2 vorsieht, die Abhilfe sichergestellt werden.

IV. Damit die nach Artikel 1 I Nr. 2 erstrebte Unterscheidung in ihrem Zweck erreicht und für die Wohnstraßen eine billigere Herstellung gewährleistet wird, sieht § 3 des Artikel 2 vor, daß dort, wo eine Scheidung zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen eintritt, durch Polizeiverordnung abgestufte Vorschriften für die Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen je nach ihrer Bestimmung erlassen werden sollen. Ohne eine solche Bestimmung würde die Errichtung kleinerer billigerer Häuser überall dort verhindert werden, wo für die Straßen allgemein ein kostspieliger Straßenbau vorgeschrieben ist und, wie namentlich in manchen Gemeindevertretungen in den Vororten größerer Städte, eine Abneigung gegen einfache Wohnstraßen besteht.

Die weiteren Ausführungen der Begründung beschäftigen sich mit der Benutzung der Wohnungen, auf die wir jedoch nicht näher eingehen können. (Schluß folgt.)

Wettbewerbe.

Ein engerer Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Konzerthaus in Heidenheim in Württemberg ist unter den Hrn. Dir. Schmohl, Prof. P. Bonatz und Ob.-Brt. Weigle in Stuttgart eröffnet worden. Bausumme 300 000 M.

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines Geländes der Handelskammer in Plauen erläßt die Kammer zum 15. April d. J. für in Sachsen ansässige oder aus Sachsen gebürtige Bewerber. Bausumme 250 000 M. Unterlagen durch das Sekretariat der Kammer.

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für die Bebauung des Geländes des alten Hauptbahnhofes und des Festplatzes in Karlsruhe liefen 41 Arbeiten ein, unter die ein

I. Preis nicht verteilt wurde. Es wurden 3 gleiche Preise von je 2000 M. gebildet und diese an die Entwürfe „Weihnachtsillusion“ des Hrn. Wilh. Lingenfelder, „Mensch und Platz“ des Hrn. Ernst Staiger und „Genius loci“ des Hrn. Hans Schmidt in Karlsruhe verliehen. Zum Ankauf wurden empfohlen die Entwürfe „Schlafende Stadt“ und „Mehr Luft und Licht, Anlagen und Gärten, weniger Straßen und Staub.“

Inhalt: Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden. — Die Ausstellung des Werkes von Paul Wallot in der Akademie der Künste in Berlin. — Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes. (Forts.) — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS DEUTSCHE OPERNHAUS IN CHARLOT-
TENBURG. * ARCHITEKT: STADTBURAT,
KÖNIGL. BAURAT HEINRICH SEELING IN
***** CHARLOTTENBURG. *****
ANSICHT AUS DEM GROSSEN FOYER.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

*** XLVII. JAHRGANG 1913 * N^o. 13. ***



Portal-Relief von Bildhauer Feuerhahn in Charlottenburg.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 13. BERLIN, DEN 12. FEBRUAR 1913.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg.

Architekt: Stadtbaurat kgl. Baurat Heinrich Seeling in Charlottenburg.

(Schluß aus No. 11.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 115 und 118.



as den äußeren Aufbau der Gesamtanlage anbelangt, so hat der Erbauer diesen aus den praktischen Bedürfnissen heraus zu einer Gruppe zusammenzufassen versucht, die dem Beschauer auf den ersten Blick die verschiedenen Zwecke der einzelnen Baukörper klar vor Augen

führt. Lediglich an der Hauptfront an der Bismarck-Straße wurde auch der schwesterlichen Kunst, der Plastik, die Stätte bereitet. Ueber den fünf Haupteingängen des Zuschauerraumes sind fünf lebensgroße figürliche Reliefs angeordnet, die das Andante, Scherzo furioso und das Finale des menschlichen Lebens zur Rechten und Linken eines Mittelreliefs zeigen, das Eros und Psyche, umgeben von den Musen, darstellt. Psyche prüft fühlend die Spitze des Pfeiles ihres sie zärtlich umfassen haltenden Genossen. Fünf Schlußsteinköpfe unter dem Gebälk der Säulen sind in Beziehung zu diesen Darstellungen gebracht.

Ueber dem Gebälk vor der großen Attika sind 2,5 m hohe figürliche Darstellungen in Muschelkalk errichtet; sie stellen Götter und Helden der nordischen und antiken Heldensagen dar. Links Baldur, von Eisbären flankiert, als Lichtbringer in die Eiswüste des Nordens, weiter eine Bardengestalt, endlich der den fertigen Balmung jauchzendschwingende Siegfried mit Hammer und Amboß. Als Gegenstücke Achill, in sicherer Ruhe mit Speer und Schild, weiter ein homerischer Sänger und schließlich als Schluß, von Löwen flankiert, Orpheus, der die Tiere des Südens durch seinen Gesang bezwingt. Es ist selbstverständlich weniger der Zweck gewesen, Persönlichkeiten und Götter darzustellen, als die menschliche Figur als Abschluß der Architektur zu verwenden und das Spiel von Licht und Schatten in angemessener Weise ausklingen zu lassen.

Dem Erbauer stand ein Stab von Mitarbeitern zur Seite, deren Hingabe zur Sache erforderlich war, um die Durchführung der Aufgabe in der gegebenen Zeit zu ermöglichen. Es wurde zunächst ein selbstständiges städtisches Bauamt für den Opernhaus-

Neubau geschaffen, als dessen Leiter der im Theater-Bauwesen erfahrene, aus des Erbauers früherem Privat-Atelier in den städtischen Dienst übernommene Architekt Weynand ausersehen wurde. Die technische Durcharbeitung der Baupläne und die geschäftliche und technische Leitung des Baues lagen in seinen bewährten Händen. Für die Bauleitung mit ihren Schwierigkeiten wurde der ebenfalls im Theaterbau erfahrene Architekt Ernst Hoffmann neu gewonnen. Ihm standen die Techniker Krause, Pusch und Henze zur Seite. Für die künstlerische Durchbildung der Pläne konnte der bei den ersten Vorskizzen beteiligte Architekt Joseph Reuters wegen der ebenso wichtigen künstlerischen Durchbildung des Rathaus-Erweiterungsbaues leider nicht mehr in Frage kommen. Für die Durchbildung des äußeren Aufbaues stand dem Erbauer Architekt Pipper zur Seite, während für die Durchbildung der Haupt-Innenräume in Architekt Jooss ein durch Phantasie begabter und formensicherer Mitarbeiter neu gewonnen wurde. Für die schwierige Durchbildung des Innenbaues nach der theatertechnischen Seite war Architekt Blüthner als erfahrene, ebenfalls aus dem früheren Privatatelier des Erbauers übernommene Kraft von seltener Hingabe tätig. Als weitere technische Hilfskräfte im Atelier wirkten Architekt Siedenbergh und Techniker Groenke mit, zuletzt noch Architekt F. Niedenhoff. Für die finanzielle Lösung der Bauaufgabe, die angesichts der noch nicht dagewesenen Größe der räumlichen Abmessungen und der sehr knappen Bausumme von rund 2984000 M., zu der noch rund 228000 M. für den Restaurationsbau und den Garten hinzukommen, eine besonders schwierige Aufgabe war, stand dem Vorsteher des Bauamtes der ebenfalls aus dem Privatatelier des Erbauers in den städtischen Dienst übernommene städtische technische Buchhalter Heyden als besonders erfahrene Kraft des Rechnungswesens zur Seite.

Im übrigen ging der ganze geschäftliche Betrieb durch die Zentralstelle des städtischen Hochbauamtes, in der Magistratsbaurat Winterstein, als ständiger Vertreter des Stadtbaurates für Hochbau, nach Kräften half, angesichts der großen übrigen Bauaufgaben des Hochbauamtes auch den Opernhausbau zu fördern und ausgleichend einzugreifen, unterstützt vom Bürovorsteher des Hochbauamtes Brabant,

während Magistratsbaurat Meyer die Ausführung der Heizungs- und Lüftungsanlagen des Hauses überwachte.

Neben diesen Mitarbeitern für Bauamt und Baustelle war aber zur schnellen Durchführung der Aufgabe ein Stab alter, mit dem Erbauer seit Jahrzehnten im Theaterbau verwachsener, treuer, selbständiger Mitarbeiter nötig. So Ingenieur Leitholf, der schon seit 1886 bei des Erbauers Theaterbauten konstruktiver Berater und Erfinder der Eisenkonstruktionen ist, Ingenieur Ernst Purschian, der gleichfalls seit dieser Zeit mit dem Erbauer tätige Erfinder und Durchführer der Lüftung und Heizung, während die zum Teil neue Wege gehende Bühnen-Einrichtung durch Geh.-Hofrat Fritz Brandt, den technisch-artistischen Leiter der Königlichen Bühnen ausgearbeitet und geleitet wurde. Die durch Preßwasser bewegte Unter- maschinerie wurde durch Kölle & Hensel, die Ober- maschinerie durch Hillerscheidt & Kasbaum ausge- führt.

Die Allgemei- ne Elektrizitäts- Gesellschaft in Berlin führte wiede- rum die Bühnen- und Hausbeleuch- tung durch und konstruierte (nach Fortuny) das neue System des Kup- pelhorizontes und seiner Effekt- Be- leuchtung. Die Ei- sen - Konstruktion des Horizontes wur- de ebenfalls durch die Firma Kölle & Hensel erstellt. Der Ing. Grün ent- warf und übernahm die Be- und Ent- wässerung des Hauses samt der Feuerlösch- und Bühnenregen-Ein- richtung. Die Eisen- Konstruktions-Fir- men Kammerich und Belter & Schneevogel'sche Werke, Breest & Co. und Steffens & Nölle stellten in fast noch nicht da- gewesenenen Fristen die gewaltigen Eisenkonstruk- tionen des Hauses her. Die Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen übernahm die Ausschach- tung und die Maurerarbeiten bis Parkethöhe; dann übernahm die Fima Boswau & Knauer den gesam- ten Rohbau einschließl. Dachdecker-, Steinmetz- und Innenputzarbeiten in der kurz bemessenen Bauzeit.

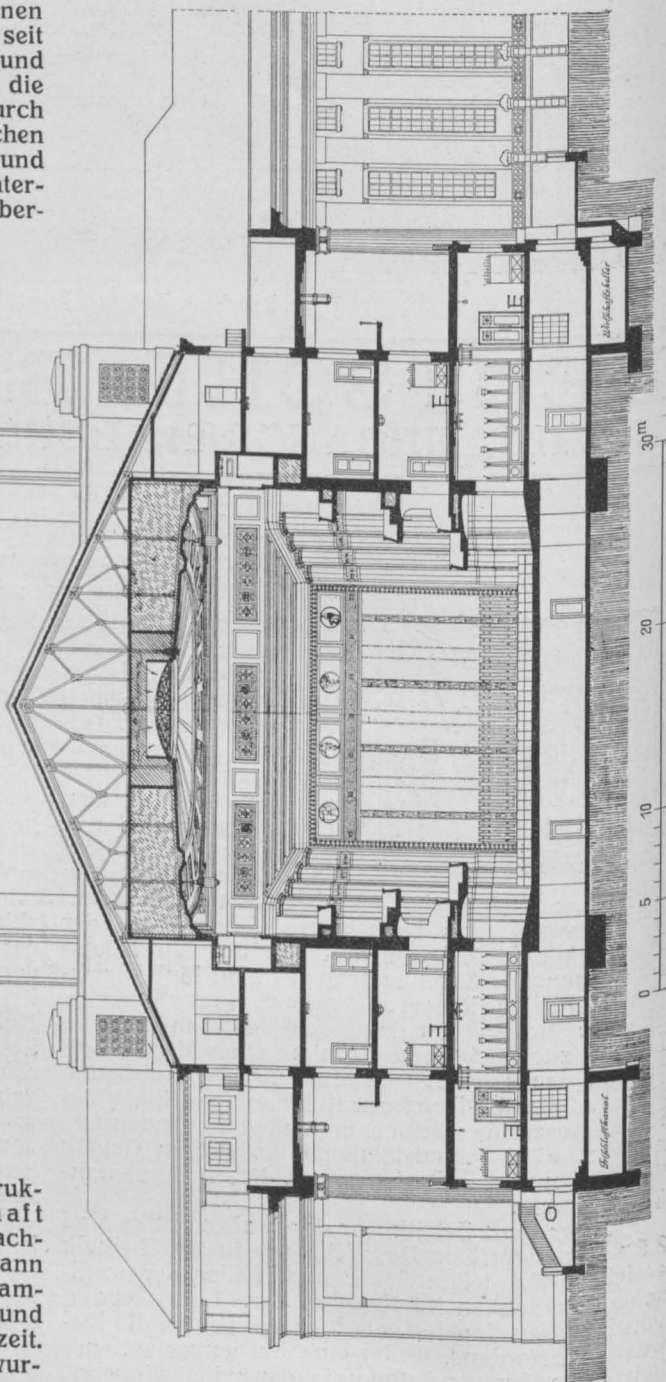
Auch für die künstlerische Ausschmückung wur- den alt bewährte Mitarbeiter des Erbauers heran- gezogen, so Bildhauer Feuerhahn, der schon in Nürnberg, Kiel und Freiburg im Breisgau mit am Werke war, für die großen Portalreliefs, während für die Attikafiguren der Hauptfront Bildhauer R. Ben-

dorff gewonnen wurde; weiter Maler H. Böhland, der, wie schon in Rostock, Bromberg, Gera, Braun- schweig und Aachen die malerische Ausschmückung der Haupträume leitete, die durch die Firma M. J. Bo- denstein für den Zuschauerraum, die Firma Georg und Friedrich Fricke für das Foyer durchgeführt wurde, während die Firma Mayer & Weber Kassen- halle, Parkettfoyer und die unteren Umgänge ausmalte.

Architekt: Stadtbaurat
kgl. Baurat
Heinrich Seeling
in Charlottenburg.

Das Deutsche Opernhaus
zu Charlottenburg.

Schnitt durch den
Zuschauerraum.



Die Zug- und Stuckarbeiten für den Zuschauer- raum führte die Werkstatt von Robert Schirmer aus, die der Foyers, der Kassenhalle und der Umgänge die Werkstatt von Leopold Fernbach. —

Der Entwurf eines preußischen Wohnungs-Gesetzes. (Schluß.)



ir lassen nunmehr auf die Wiedergabe des Gesetz-Entwurfes und die teilweise Wiede- gabe seiner Begründung in Folgendem aus der Feder des Hrn. Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. h. c. Josef Stübgen in Berlin-Grunewald eine Besprechung des Entwurfes folgen:

Der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Reichsregierung in Bälde dem Reichstag einen Woh-

nungs - Gesetzentwurf vorlegen werde, wenn nicht der größte Bundesstaat selbständig vorgehe, ist die Veröf- fentlichung des preußischen Entwurfes auf dem Fuße ge- folgt. Indem Preußen damit dem Beispiel kleinerer Bun- desstaaten folgt, schickt es sich in hoch erfreulicher Weise an, den ausgedehnten gesetzgeberischen Stoff, wenn nicht in allen, so doch in den meisten Beziehungen einer Rege- lung entgegen zu führen, deren Ziel voraussichtlich keinen

und deren Art nur geringen Widerspruch finden wird. Der Gesetzentwurf gliedert sich in fünf Artikel, von welchen der erste die Erschließung des Baugeländes, der zweite baupolizeiliche Vorschriften, der dritte die Benutzung der Gebäude, der vierte die Wohnungsaufsicht und der fünfte Schluß- und Uebergangs-Bestimmungen betrifft.

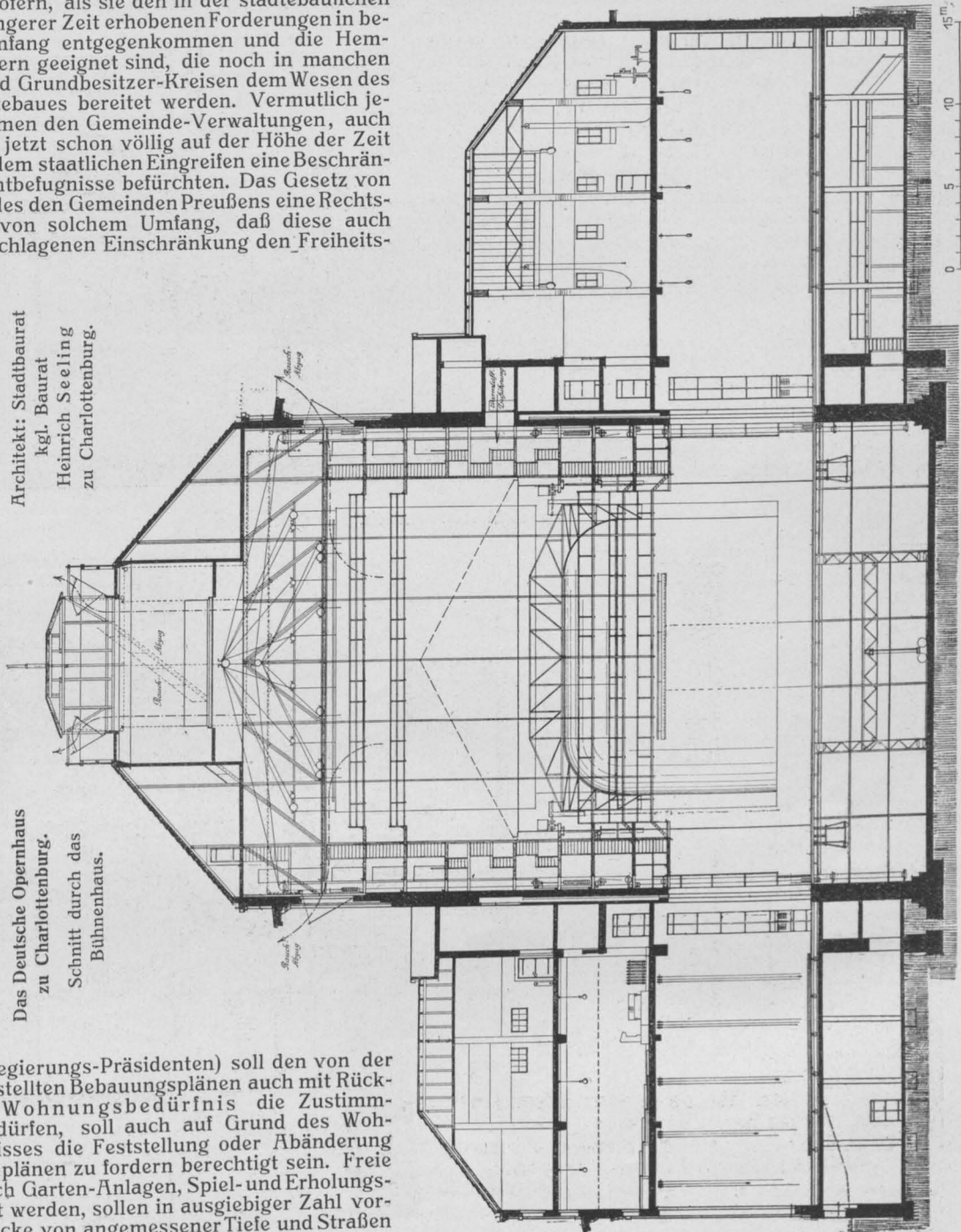
Die Bestimmungen des Artikels I bilden eine willkommene Ergänzung des Fluchtlinien-Gesetzes von 1875. Willkommen insofern, als sie den in der städtebaulichen Literatur seit längerer Zeit erhobenen Forderungen in beträchtlichem Umfang entgegenkommen und die Hemmungen zu mildern geeignet sind, die noch in manchen kommunalen und Grundbesitzer-Kreisen dem Wesen des modernen Städtebaues bereitet werden. Vermutlich jedoch unwillkommen den Gemeinde-Verwaltungen, auch denjenigen, die jetzt schon völlig auf der Höhe der Zeit stehen und aus dem staatlichen Eingreifen eine Beschränkung ihrer Machtbefugnisse befürchten. Das Gesetz von 1875 gewährt indes den Gemeinden Preußens eine Rechtsselbständigkeit von solchem Umfang, daß diese auch nach der vorgeschlagenen Einschränkung den Freiheitsbereich aller oder fast aller außerpreussischen und außerdeutschen Gemeinden noch bei weitem übertrifft. Außerdem enthält der Gesetzentwurf neben Beschränkungen auch Erweiterungen der Gemeinde-Rechte.

Die Beschränkungen bestehen in einer erweiterten Einflußnahme der Polizeibehörden auf die Bebauungspläne und in einer Milderung des kommunalen Bau-Verbotes durch die Möglichkeit einer Nachprüfung durch den Bezirks-Ausschuß.

Die Ortspolizei im Einverständnis mit der Kommunal-Aufsichtsbehörde (dem Regierungs-Präsidenten) soll den von der Gemeinde aufgestellten Bebauungsplänen auch mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis die Zustimmung versagen dürfen, soll auch auf Grund des Wohnungs-Bedürfnisses die Feststellung oder Abänderung von Fluchtlinienplänen zu fordern berechtigt sein. Freie Plätze, wozu auch Garten-Anlagen, Spiel- und Erholungsplätze gerechnet werden, sollen in ausgiebiger Zahl vorgesehen, Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite (Wohnstraßen) sollen den verschiedenartigen Wohnungsbedürfnissen entsprechend geschaffen werden. Sachlich kann gegen diese Forderungen nichts eingewendet werden. Es ist erfreulich, daß in der Begründung auch auf die Notwendigkeit der Ermäßigung der Straßenbaukosten für den Kleinwohnungsbau hingewiesen wird.

Das auf § 12 des Fluchtlinien-Gesetzes sich stützende kommunale Bauverbot, dessen weiteste Anwendung ein Verbot des Bauens im ganzen Stadt-Erweiterungs-Gelände — wenn nicht die Gemeinde nach eigenem Ermessen Ausnahmen bewilligt — in sich schließt, ist Gegenstand zahlreicher und heftiger Angriffe in der Literatur geworden. Sie sind gewiß übertrieben und nicht allgemein berechtigt; aber ganz grundlos sind sie nicht. Während durch das Recht des Bauverbotes nach dem Willen des Gesetzgebers das sogenannte wilde Bauen verhütet werden sollte, haben manche Gemeinden das Recht in ande-

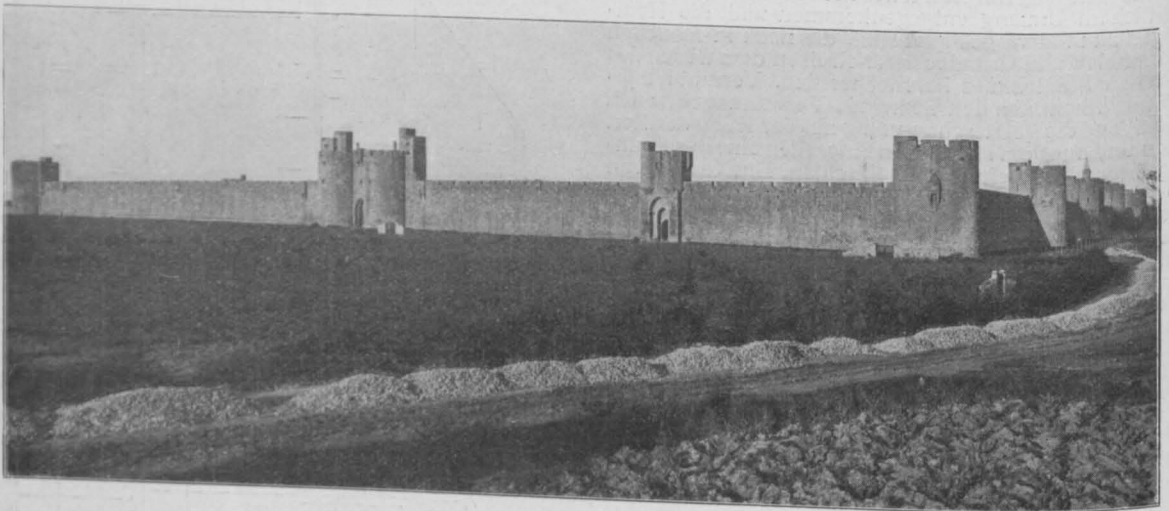
rem Sinne angewendet. Die Begründung des Gesetz-Entwurfes nennt nur einen der bedenklichen Gesichtspunkte, die bei einigen Gemeinden für die Handhabung des Bauverbotes maßgebend waren. Er bestand in dem Wunsch, nur steuerkräftige Ansiedler zuzulassen, und führte folgerichtig zum Verbot von Kleinwohnungen. Andere nicht minder bedenkliche Erscheinungen waren es, wenn die Gemeinde die Ausnahme-Bewilligung abhängig machte von geldlichen Leistungen, die an sich mit dem



Bauvorhaben nicht zusammenhängen, oder von architektonischen und baulichen Bedingungen, die über die geltenden Baupolizei-Vorschriften hinausgehen. Es ist eine ganz ungewöhnliche — außerhalb Preußens nicht bestehende — Rechtslage, daß ein in diesem Sinne mißbräuchlich ausgesprochenes Bauverbot auf dem Verwaltungs- oder Rechtswege keiner Nachprüfung unterworfen werden konnte. Hier will nun der Gesetzentwurf im Streitfall dem Bezirks-Ausschuß das Recht der Erteilung eines Dispenses zuerkennen, „falls ein Wohnungsbedürfnis besteht, der Eigentümer Gewähr dafür bietet, daß diesem Bedürfnis durch den Bau entsprechender, gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung getragen wird, und falls dem Bau an der dafür gewählten Stelle des Weichbildes keine berechtigten Gemeinde-Interessen entgegenstehen“. Bemerkenswert ist, daß nach der Begründung

für „Massen-Miethäuser mit Seiten- und Hinterflügeln und dementsprechend nur ungenügend durchlüftbaren Wohnungen“ der Bezirks-Ausschuß keinen Dispens soll erteilen können. Wohl aber kann das die Gemeinde. Man sollte glauben, derartige Massen-Wohnhäuser im Außen-Gelände der Städte, um die es sich hier handelt, sollten durch die Bauordnung überhaupt untersagt sein, da sie ja durch die Gemeinde-Genehmigung nicht besser werden. Ist die Milderung des kommunalen Bauverbotes geeignet, die Wohnungsproduktion in gewissem Umfang

das Recht des Aufschlusses nicht. Es werden Fälle berichtet, in welchen die Gemeindeverwaltung ihre Zustimmung zur Straßenanlage und zur Ausdehnung der städtischen Leitungsnetze von ganz anderen Bedingungen abhängig machte, als vom Kostenersatz; beispielsweise vom Verzicht auf den Bau von Kleinwohnungen, von der unentgeltlichen Abtretung von Boden für öffentliche Gebäude, von der Niederschlagung rechtmäßiger anderweitiger Forderungen und dergl. Es ist deshalb wiederholt befürwortet worden, durch die Gesetzgebung, dem Beispiel



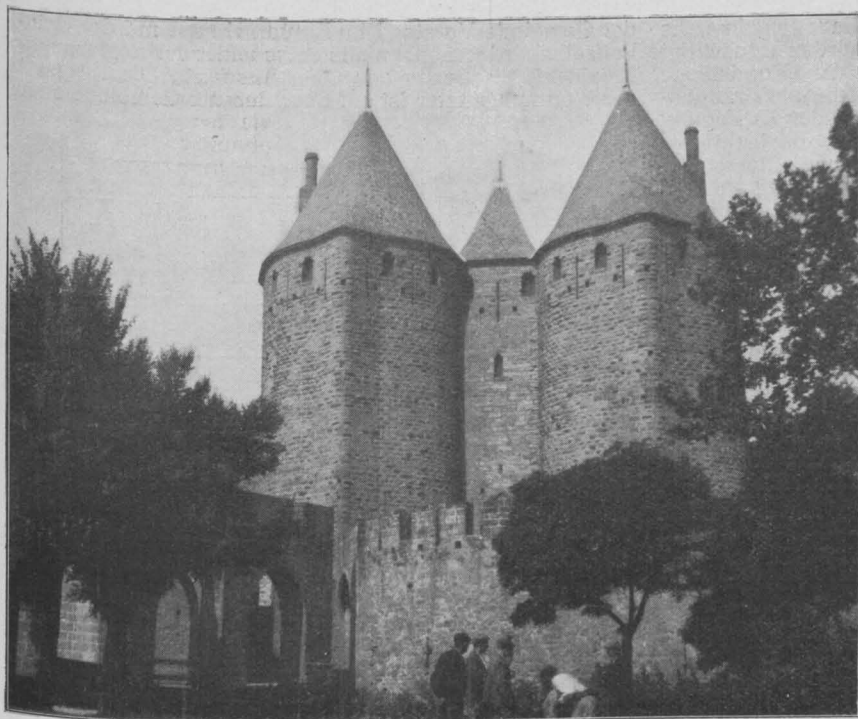
Aigues Mortes. Ansicht von Osten.



Ansicht des wiederhergestellten Schlosses von Tarascon.
Französische Festungsbauten des Mittelalters an der Loire und Rhône.

zu erleichtern, so hat der Gesetzentwurf einen anderen, ebenso schwer wiegenden, in der Literatur vielfach hervorgetretenen Wunsch, der in der gleichen Richtung liegt, nicht berücksichtigt. Dieser Wunsch richtet sich auf Milderung des kommunalen Straßengenehmigungs-Rechtes. Wenn auch der Bebauungsplan — gegebenenfalls unter staatlichem Zwang — festgestellt ist, so besitzen doch die Grundeigentümer kein Recht, nunmehr ihren Besitz entsprechend diesem Plan aufzuschließen, auch nicht, wenn sie die gesamten Kosten übernehmen. Selbst der Staat, wenn er Grundeigentümer ist, besitzt

anderer Staaten folgend, die Gemeinde zu verpflichten, daß sie neue Straßenaufschließungen entsprechend dem festgesetzten Fluchtlinienplan in Zusammenhang mit dem bestehenden Straßennetz zu dulden oder zu bewirken hat, wenn der Unternehmer alle, in angemessenen Grenzen sich haltenden Kosten trägt und öffentliche kommunale Interessen dem Vorhaben nicht entgegenstehen. Ueber letztere Frage wäre im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden. Der Gesetzentwurf betritt diesen Weg nicht. Man darf indes bemerken, daß ein gewisser Widerspruch darin liegt, einerseits den Grundbesitzern den Vorwurf



Oben: Turmbauten von Carcassonne. Unten: Der Turm vom Fort Saint-Jean in Marseille.
Französische Festungsbauten an der Loire und Rhône.



zu machen, sie führten durch Zurückhaltung ihres Landes übertrieben hohe Bodenpreise herbei, anderseits ihnen aber nicht das Recht zu verleihen, unter gesetzlich umschriebenen Bedingungen ihren Besitz in Bauland umzuwandeln und für den Verkauf bereit zu stellen.

Der Gesetzentwurf von 1904 enthielt eine weitere Maßnahme zur Erleichterung des Bauens von Kleinwohnungen, darin bestehend, daß die Gemeinden verpflichtet werden sollten, die ortsstatutarischen Straßenkostenbeiträge aus § 15 des Fluchtlinien-Gesetzes von den in gemeinnützigem Sinne wirkenden Erbauern von Kleinwohnungen nur zum Teil zu erheben. Im neuen Gesetzentwurf ist auf diese Bestimmung wohl mit Recht verzichtet, einerseits, weil es sich darum handelt, nicht bloß die gemeinnützige Produktion von Kleinwohnungen, sondern den Kleinwohnungsbau überhaupt zu fördern, und andererseits, weil die Erhebung von ortsstatutarischen Beiträgen aus § 15 verhältnismäßig selten vorkommt. Die Zahlungsbedingungen, welche die Gemeinde an die Ausnahmebewilligung vom Bauverbot aus § 12 knüpfen kann, verschaffen ihr ja die Straßenkosten - Beiträge auf einem Wege, der einfacher und sicherer ist.

Die Erweiterung der Gemeinderechte soll darin bestehen, daß die Gemeinde die Befugnis erhält, an baufertigen Straßen sogenannte Masken zu enteignen und nach vorgeschriebenem Verfahren den anstoßenden Besitzern zu überweisen, daß ferner das Frankfurter Umlegungsgesetz auf den Umfang der Monarchie ausgedehnt wird. Beide Maßnahmen sind lebhaft zu begrüßen, obschon damit keineswegs alle Wünsche auf Erweiterung des kommunalen Enteignungsrechtes befriedigt sind und einzelne Staaten, z. B. Sachsen, jetzt schon weiter gehen. Die ferneren Wünsche richten sich bekanntlich auf die sogenannte Zonen - Enteignung, d. h. auf die Erleichterung von Straßendurchbrüchen und Sanierungen durch Enteignung sowohl der zukünftigen Straßenfläche als der neben den Straßen liegen bleibenden, zur Wiederbebauung bestimmten Grundflächen, sowie auf die Bereitstellung von Neuland im Stadterweiterungsgebiet für die Bebauung, ebenfalls durch Enteignung. Es ist zu vermuten, daß die Staatsregierung diese weitergehenden Wünsche zurückgestellt hat, um nicht die Annahme des ohnehin verwickelten Gesetzentwurfes zu gefährden.

Die Bestimmungen des Artikels 2 über Bauordnungen entsprechen vollständig den seit geraumer Zeit in der Literatur vertretenen Anschauungen, deren Befolgung durch Ministerialerlasse wiederholt empfohlen worden ist. Sie stehen auch in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, nach welchen fortgeschrittenere Gemeinde- und Polizei - Behörden schon seit längeren Jahren verfahren. Der Gesetzentwurf bezweckt nur, den tatsächlichen — freilich noch nicht allgemein durchgeführten — Maßnahmen eine ausrei-

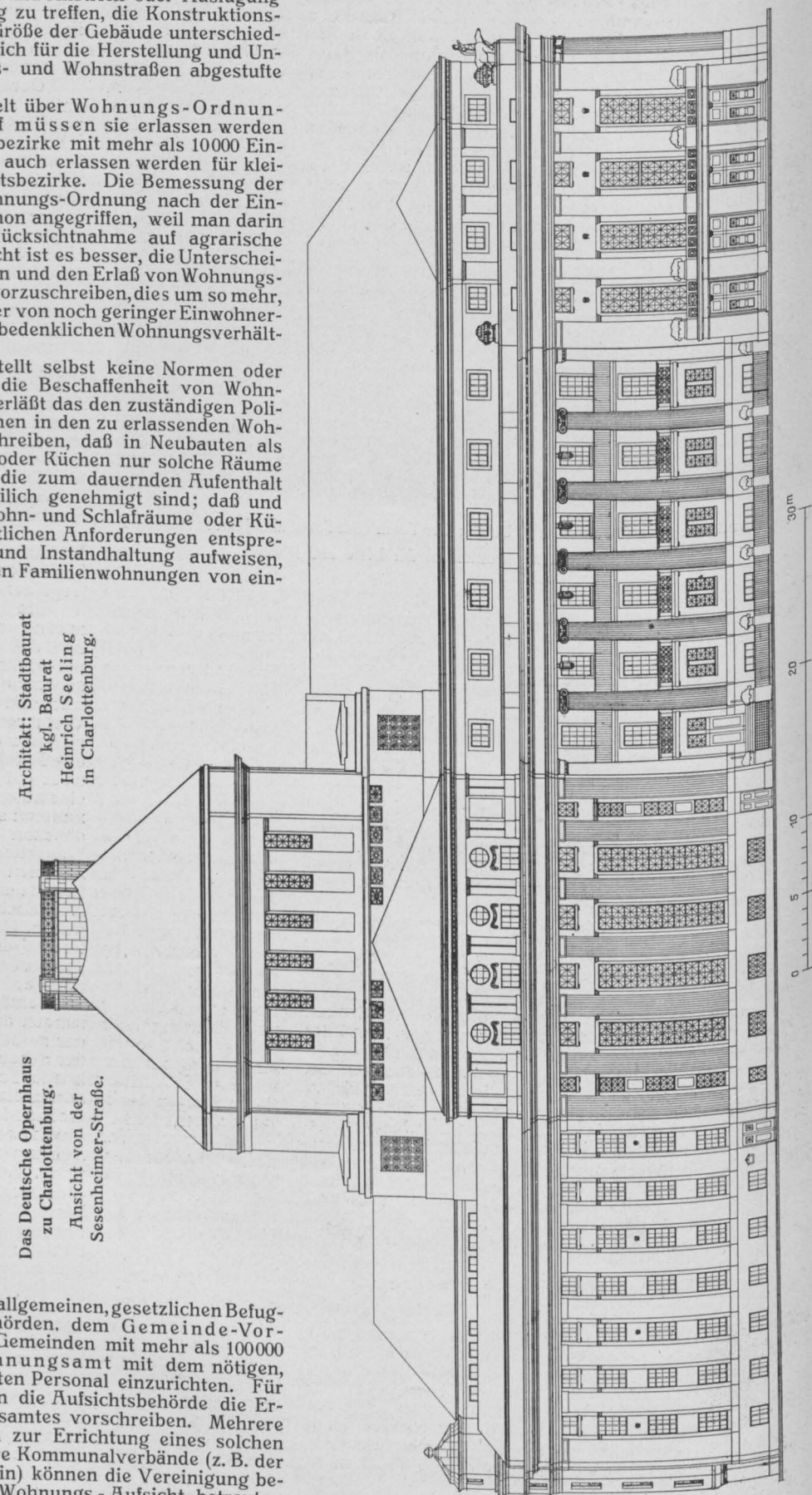
chende und unzweifelhafte Rechtsgrundlage zu geben. Es handelt sich darum, daß die Polizeibehörden ermächtigt werden, die bauliche Ausnutzbarkeit der Grundstücke durch Staffelbauordnungen abzustufen, Fabrikbezirke auszuscheiden, über Verputz und Anstrich oder Ausfugung von Gebäuden Verfügung zu treffen, die Konstruktions-Vorschriften je nach der Größe der Gebäude unterschiedlich zu gestalten und endlich für die Herstellung und Unterhaltung von Verkehrs- und Wohnstraßen abgestufte Vorschriften zu erlassen.

Der Artikel 3 handelt über Wohnungs-Ordnungen. Nach dem Entwurf müssen sie erlassen werden für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10000 Einwohnern, können aber auch erlassen werden für kleinere Gemeinden und Gutsbezirke. Die Bemessung der Notwendigkeit einer Wohnungs-Ordnung nach der Einwohnerzahl wird jetzt schon angegriffen, weil man darin eine ungerechtfertigte Rücksichtnahme auf agrarische Kreise vermutet. Vielleicht ist es besser, die Unterscheidung ganz fallen zu lassen und den Erlaß von Wohnungs-Ordnungen allgemein vorzuschreiben, dies um so mehr, als manche Industriedörfer von noch geringer Einwohnerzahl keineswegs frei von bedenklichen Wohnungsverhältnissen sind.

Der Gesetzentwurf stellt selbst keine Normen oder Mindestvorschriften für die Beschaffenheit von Wohnräumen fest, sondern überläßt das den zuständigen Polizeibehörden. Diese können in den zu erlassenden Wohnungs-Ordnungen vorschreiben, daß in Neubauten als Wohn- und Schlafräume oder Küchen nur solche Räume benutzt werden dürfen, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind; daß und wie auch alle anderen Wohn- und Schlafräume oder Küchen eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Beschaffenheit und Instandhaltung aufweisen, daß und wie die einzelnen Familienwohnungen von einander ausreichend getrennt, daß die nötige Zahl von Kochstellen, Wasser-Entnahmestellen, Ausgüssen und Aborten in genügender Beschaffenheit vorhanden sein müssen; daß Wohn- und Schlafräume nicht überfüllt sein dürfen, Dienstboten-Schlafräume hygienisch befriedigend beschaffen sein müssen. Auch die Bedingungen für die Aufnahme von Chambregarnisten und Schlafleuten, für die Unterbringung von Arbeitern und die Vorschriften für zu machende Anzeigen und Aushänge bilden den Gegenstand der Wohnungs-Ordnungen. Daß polizeiliche Vorschriften solcher Art, besonders in den westlichen Industriebezirken, bereits in beträchtlicher Zahl bestehen, ist bekannt. Auch hier handelt es sich um Schaffung einer sicheren gesetzlichen Unterlage und um allgemeine Anwendung.

Artikel 4 betrifft die Wohnungsaufsicht. Sie wird, unbeschadet der allgemeinen, gesetzlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, dem Gemeinde-Vorstand übertragen. Für Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern ist ein Wohnungsamt mit dem nötigen, entsprechend vorgebildeten Personal einzurichten. Für kleinere Gemeinden kann die Aufsichtsbehörde die Errichtung eines Wohnungsamtes vorschreiben. Mehrere Gemeinden können sich zur Errichtung eines solchen Amtes vereinigen; weitere Kommunalverbände (z. B. der Zweckverband Groß-Berlin) können die Vereinigung beschließen. Die mit der Wohnungs-Aufsicht betrauten Personen (Wohnungs-Inspektoren) sind zur Besichtigung aller Räume von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei Aufnahme von Schlafgängern von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends berechtigt. Die Dienstanweisungen erläßt

der Gemeinde-Vorstand im Einvernehmen mit der Ortspolizeibehörde; nötigenfalls entscheidet der Regierungs-Präsident, für Berlin der Oberpräsident. Die Tätigkeit der Wohnungsämter ist auf Beschluß der Gemeinde oder



auf Anordnung des Regierungs-Präsidenten auch auf den Wohnungs-Nachweis, besonders für kleinere Wohnungen, auszudehnen. Damit werden notwendigerweise verbunden sein regelmäßige Erhebungen über die Woh-

ungsverhältnisse, Beobachtung des Wohnungsmarktes und der Bewegung der Mietpreise, Zählung der leerstehenden Wohnungen und sonstige statistische Ermittlungen.

Den Regierungs-Präsidenten werden Bezirks-Wohnungs-Aufsichtsbeamte beigegeben, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit der Gemeinde- und Ortpolizeibehörden zu beaufsichtigen. In der Regel werden dies wohl Regierungs- und Bauräte im Haupt- oder Nebenamt sein. Im Hauptamt ist bekanntlich schon ein Wohnungs-Aufsichts-Beamter bei der Regierung in Düsseldorf tätig.

In Artikel 5 wird endlich bestimmt, daß die Schlösser des Königs und der Familie Hohenzollern, ferner die öffentlichen Gebäude des Reiches, des Staates und der Kommunalverbände, endlich Anstalten, welche staatlicher Beaufsichtigung unterstehen, von der Wohnungs-Aufsicht befreit sind, und daß schon vor Inkrafttreten des Gesetzes Wohnungs-Ordnungen erlassen werden können.

Der einem dringenden Bedürfnis entsprechende Gesetzentwurf soll erst im Herbst dem dann zusammen tretenden neuen Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Inzwischen ist reichlich Zeit zur Kritik und zu Verbesserungs-Vorschlägen. Auch Abgeordneten- und Herrenhaus werden voraussichtlich Änderungen mannigfacher Art beschließen. Es ist zu wünschen, daß diese Änderungen nicht in abschwächender Richtung erfolgen, sondern mehr im Sinne der von uns angeregten Ergänzungen, damit das schließlich zur Annahme gelangende preußische Wohnungsgesetz wirklich geeignet sei, einen kräftigen Anstoß zu bilden und eine dauernde erfolgreiche Einwirkung auszuüben zur gründlichen Verbesserung des Wohnungswesens in Stadt und Land.

Auf einen wichtigen Kreis von Maßnahmen zur Förderung der Wohnungsproduktion, besonders des Kleinwohnungsbaues, bezieht sich aber der Gesetzentwurf nicht, nämlich auf die eigentlich wirtschaftlichen Maßnahmen, für welche im wesentlichen die zu erwartende Reichsgesetzgebung zuständig ist. In dieser Hinsicht gehen die Wünsche der Wohnungsreformer vor allem auf die Verbesserung des Realkreditwesens. Namentlich der Kleinwohnungsbau und der Kleinhausbau leiden unter den Schwierigkeiten der Beschaffung der zweiten (und weiteren) Hypotheken. Der Grund der Uebelstände ist zu suchen einestheils in den Vorschriften des heute geltenden Hypothekenrechtes und dem Mangel an Kredit-Instituten, welche zweite Hypotheken gewähren, andernteils in den Mängeln des Schätzungswesens; in beiden Beziehungen werden Reich und Staat gesetzgeberisch eingreifen müssen. Es genügt nicht, nur den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau durch Gewährung von Geldmitteln und Uebernahme von Bürgschaften zu unterstützen.

Die Förderung muß sich auf den ganzen Umfang der gesunden Elemente der gewerblichen Wohnungs-Produktion beziehen; denn der letzteren liegt es — neben der gemeinnützigen und der Arbeitgeber-Tätigkeit — im weitesten Maße ob, den fortwährenden Bedarf an neuen Wohnungen, namentlich Kleinwohnungen, zu decken. Versagt die gewerbliche Bauunternehmung, so kann allen Leistungen des gemeinnützigen und amtlichen Wohnungsbaues kein durchschlagender Erfolg beschieden sein. Die in den bekannten Reichstags-Entschlüssen vom 22. Mai v. J. enthaltene Forderung der Errichtung von Pfandbrief-Anstalten im Anschluß an die Landesversicherungs-Anstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Grundsätzen möglichst hohe Darlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften als an Privat-Unternehmer zu gewähren, wird deshalb eingehend zu erwägen sein. Ebenso ist die Entschliebung der Budget-Kommission des Reichs-

tages vom 21. v. Mts. von Wichtigkeit, dahingehend, daß dem Reichstag in der nächsten Tagung eine Vorlage zu machen sei, nach welcher das Reich in Verbindung mit den Einzelstaaten unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft übernehmen wird für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungs-Bauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereich von 50—90% des Gesamtwertes von Boden und Bauwert. Und in derselben Richtung, aber unmittelbarer zu verwirklichen, bewegt sich die Gründung kommunaler Kredit-Institute für zweite Hypotheken, wie sie ja schon in mehreren Städten ins Leben gerufen sind.

Eine bedeutende Rolle in der Wohnungsreform dürfte dem Erbbaurecht beschieden sein. Die Forderung geht dahin, dieses Recht durch eine ergänzende Reichs-Gesetzgebung auszugestalten, welche die Rechtssicherheit der ganzen Einrichtung erhöht und die Beleihung von Erbbau-Grundstücken erleichtert. Bis jetzt gibt es nur ein einziges Kredit-Institut, die deutsche Pfandbrief-Anstalt in Posen, welches auf Grund eines Vertrages mit dem Vergeber der Erbbaurechte, dem preußischen Fiskus, sich mit der bankmäßigen Beleihung von Erbbau-rechten befäßt.

Sodann aber bedarf es einer Nachprüfung unserer gesamten Bodenbesteuerung. Auch hierauf ist schon in den Reichstags-Entschlüssen vom 22. Mai v. J. hingewiesen. Zu gunsten der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen hat das zukünftige Bauland überaus hohe Lasten zu tragen. Den Wertzuwachs hat der Eigentümer zum erheblichen Teil abzugeben, den Wertverlust trägt er allein. Der städtische Grundbesitz wird nach seinem „gemeinen Wert“ besteuert, auch wenn er weniger als die Steuer oder nichts einbringt. Die Umsatzsteuern erschweren die Ueberführung des Baulandes in Wohnboden. Die Straßenkosten und zahlreiche andere kommunale Abgaben treffen den Grundbesitzer oft in drückender Höhe. Alle diese Maßnahmen haben für die öffentlichen Verwaltungen zweifellos eine große finanzielle Bedeutung, sind auch an sich nicht unbegründet und können nicht etwa ohne weiteres aufgehoben werden. Wenn man aber das Bauen und Wohnen fördern und gar verbilligen will, so ist die Notwendigkeit einer Reform im Sinne der Ermäßigung der Bodenbesteuerung nicht von der Hand zu weisen. Denn die Endwirkung der Summe der Real-lasten ist der Regel nach die Verteuerung des Wohnens.

Und schließlich die kommunale Bodenpolitik. Sie wird zwar gesetzgeberisch kaum zu behandeln sein, darf aber in diesem Zusammenhang nicht unbeachtet bleiben. Einen verbilligenden Einfluß hat sie — so viel bekannt — bis jetzt nicht ausüben können, obwohl manche Gemeinden durch zweckmäßige bauliche Verwertung ihres eigenen Bodens Gutes geschaffen haben. Aber der fortwährende Ankauf ausgedehnter Grundflächen durch die Gemeinden hat zur notwendigen Folge die Steigerung der Bodenpreise und die Zurückhaltung der privaten Bodenausschließung. Die Gemeinde muß also in verstärktem Maße und mit erhöhten Aufwendungen selbst Bauland erschließen, um nicht bloß den Tagesbedarf zu decken, sondern darüber hinaus einen reichlichen Markt baufertiger Grundstücke hervorzurufen. Das mag die finanzielle Kraft mancher Gemeinden übersteigen. Geschieht es aber nicht, so tritt infolge der Ausschaltung oder Einschränkung der privaten Bodenerschließung anstatt der erhofften Erleichterung eine Erschwerung der Lage ein, die im Steigen der Baulandpreise und in der Verteuerung des Wohnens ihren Ausdruck findet.

So ruft die Wohnungsfrage eine Summe von Erwägungen hervor und erfordert eine Summe von Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen in Reich, Staat und Gemeinde. Der rote Faden und einheitliche Schlußgedanke aber ist der: Erleichterung der Wohnungsproduktion! —

J. Stübgen.

Das österreichische „Baurecht“ (zum Reichsgesetz vom 12. April 1912).

Von Dipl.-Ingenieur Ernst Schick in Wien.

In Wien herrscht trotz der ganz außerordentlich hohen Wohnungsmieten noch immer starker Bedarf an Wohnungen. Seit Jahren steigen die Zinsen, aber das starke Anwachsen der Bevölkerung um mehr als 40 000 Personen für das Jahr läßt sie auf gleicher Höhe bleiben, trotz zahlreicher Neubauten. Auch für die nächsten Jahre ist ein Abflauen dieser Bewegung nicht wahrscheinlich.

Breite Bevölkerungsschichten erscheinen hierdurch schwer betroffen. Während man anderwärts $\frac{1}{7}$ bis $\frac{1}{10}$ des Einkommens als Durchschnittsmietpreis annimmt, steigt das Verhältnis in Wien bis auf $\frac{1}{4}$. Dabei sind die Wohnungen trotz hohen Zinses oft nicht erhältlich, weil die Nachfrage sehr groß bleibt.

Unter den verschiedenen Maßnahmen der Regierung zur Abhilfe dieser drückenden Not wären zu nennen die Herabsetzung der Hauszinssteuer, die 24 jährige Steuerfreiheit für Arbeiterwohnhäuser, die zahlreichen Begünstigungen für Kleinwohnungsbauten. Besonders interessant ist die mit dem Gesetz vom 26. April 1912 (Reichsgesetzblatt 86) in Kraft getretene Einrichtung des sogen. „Baurechtes“. Es ist das eine volkswirtschaftlich sehr bedeutungsvolle und vorteilhafte Einführung, die nicht nur für Gebiete mit Wohnungsnot, sondern ganz allgemein, auch für das Ausland, von Interesse ist.

Die wesentlichsten Punkte des Erlasses, in dem das Justizministerium das neue Gesetz näher erläutert, sind die Folgenden:

Das „Baurecht“ dient in erster Linie der Herstellung

von billigen und gesunden Wohnungen. Es soll die Errichtung von Eigenhäusern oder Häusern mit billigen Wohnungen fördern, indem es dem Bauberechtigten die Möglichkeit bietet, zu bauen, ohne das Kapital für den Erwerb des Baugrundes aufbringen zu müssen. Es will dem Bauberechtigten zwar nicht für immerwährende Zeiten, aber doch für so lange, daß er es seiner wirtschaftlichen Berechnung ebenso einschätzt, die eigentumsgleiche Verfügung über den Bau verschaffen und zwar gegen einen Aufwand, der noch immer billiger zu stehen kommt, als der gewöhnliche Mietzins. Zugleich will das Gesetz die Geneigtheit des Grundeigentümers fördern, mehr Bodenfläche für Wohnungszwecken nutzbar zu machen. Namentlich Gemeinden soll damit ein Mittel an die Hand gegeben werden, Gemeindegrund unmittelbar der Wohnungsproduktion zuzuführen, ohne das Bauland endgültig aus der Hand zu lassen und somit auf den Wertzuwachs zu verzichten. Der Nutzwert des Baues soll für die Zeit des Baurechtes dem Bauberechtigten gesichert bleiben; deshalb ist der zu errichtende Bauzins vor unvorhergesehener Steigerung geschützt und die Dauer des Baurechtes jedenfalls eine solche, daß die Baukosten während dieser Dauer amortisiert werden können. Baurecht und Bauwerk sind in voller Ausdehnung Eigentum des Bauberechtigten, somit veräußerlich, beziehungsweise als Sicherstellung für Kreditanspruch verwendbar.

Der Ausdruck „Baurecht“ ist somit die gesetzliche Bezeichnung für das dingliche, vererbliche und veräußerliche Recht, auf oder unter der Bodenfläche eines Grundstückes ein Bauwerk zu haben. Das Baurecht entsteht erst durch die grundbücherliche Eintragung als Last des Grundstückes. Bauwerk im Sinne des Gesetzes ist nicht bloß ein Haus, sondern jede bauliche Anlage, z. B. eine Brücke, ein Keller. Das Baurecht erstreckt sich auch auf Teile des Grundstückes, die nicht für den unmittelbaren Bau erforderlich, aber für dessen Benutzung als Garten, Hof, Spielplatz usw. vorteilhaft sind.

Ein Baurecht kann Jedermann erwerben. Bestellen kannes, um die Bodenspekulation auszuschalten, zunächst nur ein solcher Grundbesitzer, der Träger des staatlichen Gedankens ist, wie Staat, Land, Bezirk, Gemeinde oder ein öffentlicher Fonds, aber auch Kirchen und Pfründen. (Eine echt österreichische Begünstigung des Klerus, der hier nicht als Person, sondern als gemeinnützige Vereinigung aufgefaßt wird.)

Die Dauer des Baurechtes ist mit mindestens 30 Jahren, höchstens 80 Jahren, festgesetzt. Der Fortbestand des Baurechtes nach der gesetzlichen Frist von 30 Jahren kann von einer Kündigung abhängig gemacht werden, keinesfalls aber kann das Baurecht, wenn die Kündigung unterbleibt, länger als 80 Jahre dauern. Der Vertrag über die Bestellung des Baurechtes muß

Vermischtes.

Französische Festungsbauten des Mittelalters an der Loire und der Rhône. (Hierzu die Abbildungen S. 116 und 117.) Zu dem in No. 62, 1912 veröffentlichten Aufsatz mit diesem Titel seien hier noch einige Nachträge gegeben: Zwischen Arles und Avignon liegt Tarascon, mit einem auf einem Felsen über der Rhône im 14. und 15. Jahrhundert erbauten „château“. Es war vor allem bewohnt von König René. Der Blick auf Abbildung S. 116 unten lehrt, daß auch in Frankreich verrestauriert werden kann. Bis zum Zinnenkranz alt, erinnert der moderne Zinnenkranz selbst an so manche unverstandene Wiederherstellung des vorigen Jahrhunderts. Die Abbildung dieser Seite oben zeigt eine Ansicht von Aigues-Mortes von Osten, die obere Abbildung S. 117 die Ansicht von Turmbauten von Carcassonne, während die untere Ansicht den Turm des Forts Saint-Jean von Marseille wiedergibt.

Vorträge über kirchliche Kunst und kirchliche Denkmalpflege in Dresden sind eine zu begrüßende Veranstaltung, die vom evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium in Sachsen, vom Verein für kirchliche Kunst und von der königlichen Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler in Sachsen als eine gemeinsame Unternehmung in der Pfingstwoche dieses Jahres für die Geistlichen der evangelischen Landeskirche und für die Mitglieder der Kirchenvorstände geplant ist. Mit den Vorträgen wird eine Ausstellung für kirchliche Kunst unter der Leitung des Prof. Dr. K. Berling im Kunstgewerbe-Museum in Dresden verbunden sein. Es sprechen: Cornelius Gurlitt über „Kunst und Kirche und kirchliche Denkmalpflege“; Rektor Dr. Schmidt aus Freiberg über „Der ältere Kirchenbau in Sachsen“; Julius Gräbner über „Der Kirchenbau in Sachsen seit

jedenfalls Bestimmungen über die Dauer des Baurechtes enthalten.

Sehr wichtig erscheint die Bestimmung, daß der Bestand des Baurechtes durch keinerlei auflösende Bedingung beeinträchtigt werden kann, es sei denn die Nichtzahlung des Bauzinses. Doch kann das Erlöschen des Baurechtes nur für den Fall vereinbart werden, daß der Bauzins wenigstens zwei aufeinander folgende Jahre rückständig bleibt.

Das Baurecht kann entgeltlich und unentgeltlich bestellt werden. Besteht das Entgelt in wiederkehrenden Leistungen (Bauzins), so muß deren Höhe und Fälligkeit fest und unabhängig von ungewissen künftigen Ereignissen bestimmt sein. Ausgeschlossen ist es ferner, daß sich der Grundeigentümer das Recht vorbehält, nach einer bestimmten Dauer den Zins zu erhöhen, vielmehr müßte diese Erhöhung genau vereinbart werden. Es besteht aber kein Hindernis, daß der Bauzins von vornherein nach gewissen Zeitabschnitten in bestimmtem Maße steigend angenommen wird. Auch ein Pfandrecht für die Bauzins kann eingeräumt werden.

Dem grundbücherlich eingetragenen Baurecht dürfen Pfand- und andere Belastungsrechte, die auf Geldzahlung gerichtet sind, wie auf Geldleistung gerichtete Reallasten oder Belastungsrechte, die dem Zweck des Baurechtes entgegen stehen, z. B. gewisse Servitute, im Rang nicht vorgehen. Daher ist die Eintragung des Baurechtes zu verweigern, wenn diese Lasten nicht gelöscht sind oder dem Baurecht der Rang abgetreten ist.

Das Baurecht ist eine Last des Grundstückes und als unbewegliche Sache zu betrachten, während das Bauwerk bewegliche Sache im Sinne des Gesetzes ist. Dem Bauberechtigten stehen am Bauwerk die Rechte des Eigentümers zu. Da das Gebäude als Bestandteil des Baurechtes gilt, kann es nur mit dem Baurecht selbst in Exekution gezogen werden. An dem nicht verbauten Grundstück stehen, sofern nichts Anderes vereinbart ist, dem Bauberechtigten die Rechte des Nutznießers zu.

Hypotheken am Baurecht sind zulässig und mündelsicher, wenn a) die Hypothek nicht die Hälfte des Wertes des Baurechtes übersteigt, b) die Schuld durch vereinbarte Jahresabzahlungen, bis spätestens 5 Jahre vor Erlöschen des Baurechtes getilgt wird.

Bei Erlöschen des Baurechtes fällt das Bauwerk an den Grundeigentümer; ob und welche Entschädigungen dieser an den Bauberechtigten zu leisten hat, hängt vom Vertrag ab. Bei Fehlen einer bezüglichen Vertragsbestimmung wird die Entschädigung mit einem Viertel des vorhandenen Bauwertes festgesetzt. Im Fall einer Exekution des Baurechtes gelten die Bestimmungen für Häuser (unbewegliche Sachen). Das geringste Gebot beträgt die Hälfte des Schätzungswertes.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich ist, handelt es sich um einen sehr geschickten Versuch, große Grundeigentümer zur Erstellung billiger Wohnhäuser heranzuziehen.

Georg Bähr“; German Bestelmeyer über „Baukünstlerische Aufgaben der evangelischen Kirche der Gegenwart“; Dr. Bruck über „Ausstattung des gottesdienstlichen Raumes“; Emil Högg über „Friedhofkunst“. Redner und Themen sind gut gewählt und versprechen eine anregende Führung auf einem Gebiete, für das Clemens bei einem in Dresden vor einigen Jahren abgehaltenen Kongreß für den Kirchenbau des Protestantismus mahnend forderte, man möge der Kunst die Tore der Kirche weit öffnen!

Mutige Tat eines Architekten. Der Polizei-Präsident von Berlin erließ folgende öffentliche Anerkennung der mutigen Tat eines Architekten: „Der in Berlin, Waßmannstraße 33, wohnhafte Architekt Johannes Gewiß hat am 28. November 1912 drei Kinder aus Feuersgefahr gerettet. Der Polizei-Präsident bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck öffentlicher Anerkennung zu allgemeiner Kenntnis.“

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe für den Neubau eines Landhauses für das Herzogtum Bukowina in Czernowitz erläßt der Landesausschuß für in Oesterreich wohnende Bewerber zum 25. März 1913. Bausumme 2 Mill. K. 4 Preise von 7000, 4000, 3000 und 2000 K. Ankäufe vorbehalten.

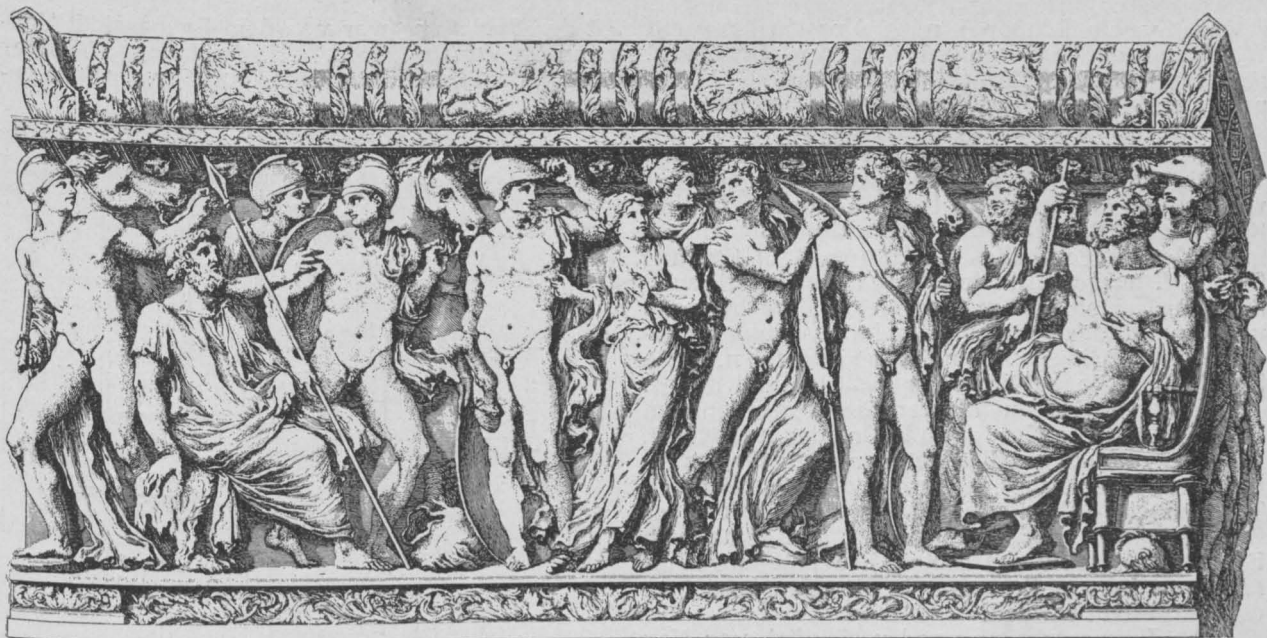
Inhalt: Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg. (Schluß.) — Der Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes. (Schluß.) — Das österreichische „Baurecht“ (zum Reichsgesetz vom 12. April 1912.) — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Bildbeilage: Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



IRKUS STOSCH-SAR-
RASANI IN DRESDEN.
ARCHITEKTEN: HEIL-
MANN & LITTMANN,
G. M. B. H. IN MÜN-
CHEN. * HAUPTAN-
SICHT. „PHOTOGRA-
PHIE FÜR KUNST UND
GEWERBE“ (INHABER
R. BERGMANN UND
A. BURCHARDI) IN
*** DRESDEN. ***
=== DEUTSCHE ===
** BAUZEITUNG **
XLVII. JAHRGANG 1913
***** NO. 14. *****



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 14. BERLIN, DEN 15. FEBRUAR 1913.

Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden.

Architekten: Heilmann & Littmann in München.

(Fortsetzung aus No. 12.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 124 und 125.



In folgerichtiger Weise ist die äußere Erscheinung des Zirkus und seiner Baumassen von innen nach außen entwickelt, so daß an der äußeren Gestaltung überall die Wesens- und Zweck-Bestimmung des Inneren zu erkennen ist. Die sämtlichen Fassaden sind in altdeutschem Putz hergestellt. Die Architektur be-

wegt sich in ruhigen und vornehmen Formen. Die Flächen sind durch verschiedene Putzbehandlung geteilt und belebt.

Die Konstruktion des ganzen Zirkusgebäudes, auf die wir am Schluß noch etwas näher zurückkommen, ist, mit Ausnahme der vier Galerietreppenhäuser, des Portalvorbaues mit Direktorwohnung und des Bühnenhauses, bis zur Kuppelspitze in Eisen ausgebildet. Das Eisenfachwerk der Umfassungswände ist dann mit Backsteinen ausgemauert, mit Rabitz überspannt und beiderseitig überputzt; sämtliche Unterkonstruktionen der Ränge, Logen und Galerien sind ebenfalls in Eisenkonstruktion ausgeführt und von unten feuersicher verkleidet worden. Die oben besonders genannten Bauteile und die Stallungsanlage sind massiv in Backstein ausgeführt. Die Treppenläufe der Galerietreppen, der Bühnentreppen, der Treppen zur Direktorwohnung und zur Königsloge, ferner alle Decken-Konstruktionen im Keller- und Erdgeschoß der ausgedehnten Stallungsanlagen wurden in Eisenbeton hergestellt. Die große Kuppelwölbung über dem weiten Zirkusraum mit einer Spannweite von 46,5^m wurde in „Voltz“-masse ausgeführt und durch kassettierte Felder gegliedert.

Ist so in Bezug auf Material und Konstruktion alles getan, um das Zirkus-Publikum, die Künstler und auch die edlen Tiere gegen Feuergefahr in weitgehender Weise zu schützen, so tragen noch die feuerpolizeilichen Vorschriften dazu bei, diesen Schutz in weiterem Maße zu erhöhen. So hat die Galerie allein 8 von einander unabhängige Treppen-Anlagen von je 2,5^m lichter Weite, wovon je 2 in einem Trep-

penhaus sich kreuzend angeordnet sind. Diese sämtlichen Treppen führen unmittelbar ins Freie. Ebenso haben die Ränge, die Logen, das Parkett eigene Treppenanlagen mit unmittelbar ins Freie führenden Ausgängen.

Die der Dresdener Baupolizei angegebenen Unterlagen über die Anzahl der Sitz- und Stehplätze im Zirkus sind folgende:

Parkett und Logen	840 Personen,
I. Rang	920 „
II. „	512 „
Galerie	1588 „
im Ganzen	3860 Personen.

Da bei dieser Belegung des Zirkus eine sehr reichliche Fläche für jeden Zuschauer zugrunde gelegt ist, so dürfte es möglich sein, die Zuschauerzahl noch entsprechend zu erhöhen. Auch stehen für Massenversammlungen noch die Flächen der Bühne und der Manege zur Verfügung.

Für die ganze Zirkusanlage ist ein eigenes, unterirdisches Maschinenhaus unter dem an die Brie-Strasse stoßenden Hof eingebaut. Dieses Maschinenhaus enthält die Kesselanlage für die Zentralheizung und die Lokomobilen für die elektrische Zentrale, die des Abends das Zirkus-Innere mit einem Meer von Lichtfülle überflutet und auch die Beleuchtung der Zirkus-Front versorgt. Die Bier- und Wein-Restaurationen, sowie alle Wohnräume erhalten ihre elektrische Beleuchtung vom städtischen Kabel.

An kalten Wintertagen sorgt ein weitverzweigtes Zentralheizungsnetz für behagliche Wärme in dem mächtigen Zuschauerraum, in dem Parterre- und Keller-Restaurant und in allen anderen, in Betracht kommenden Räumen. Von der genannten Kessel-Anlage aus erfolgt auch die Erwärmung der Wassermassen in dem großen Becken über der Hinterbühne, die bei Wasserpantomimen brausend und zischend über die Bühne fort in die versenkte Manege stürzen.

Im Maschinenhaus steht eine eigene, dritte Lokomobile, welche ausschließlich für die Notbeleuchtung des Zirkusraumes und der in Betracht kommenden Ausgänge arbeitet. Weiter ist ein Gefahrstellen-An-

zeiger (System Schöppe) nach Vorschriften und Wünschen der Feuerpolizei eingerichtet worden. Außerdem kamen 42 Druckknopfmelder und 22 Temperaturmelder zur Ausführung. Das genannte System meldet den Ausbruch eines Feuers auf automatischem Wege nach der städtischen Hauptfeuerwache.

Die Eisenkonstruktionen des Zirkusgebäudes wurden von der Firma Steffens & Noelle A.-G. in Berlin-Tempelhof, nach den architektonischen Unterlagen des Baugeschäftes Heilmann & Littmann, G. m. b. H., ausgeführt. Die erstere Firma lieferte auch die schwierigen und umfangreichen Berechnungen und Konstruktions-Zeichnungen für das ganze Eisengerippe des Zirkusbaues und seiner Einbauten, sowie für die Unterkonstruktion der Galerien und Ränge.

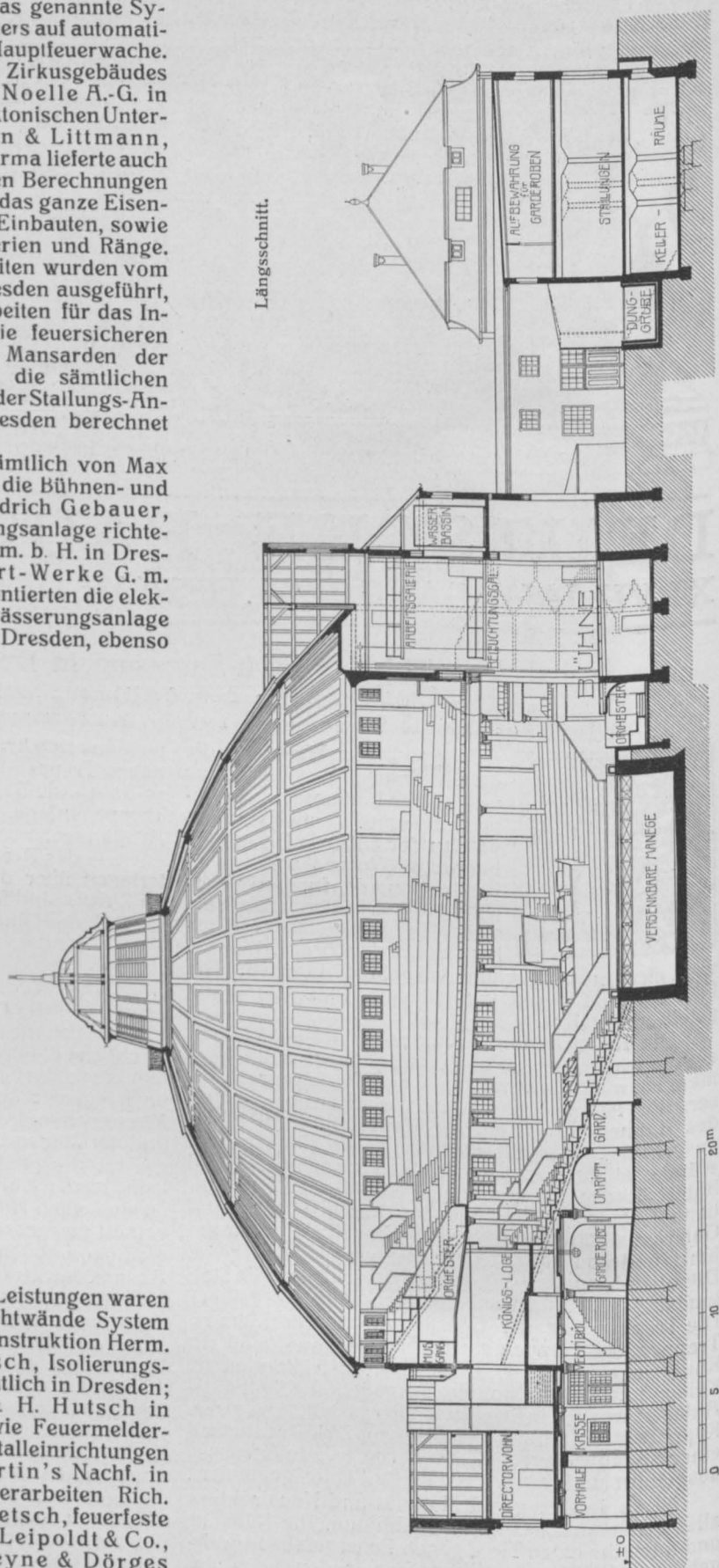
Sämtliche Erd- und Maurerarbeiten wurden vom Baugeschäft F. W. Hertzsch in Dresden ausgeführt, desgleichen auch die Eisenbetonarbeiten für das Innere des Hauptbaues, während die feuersicheren Treppenhaus-Abschlüsse in den Mansarden der Galerietreppen, der Portalvorbau, die sämtlichen Eisenbeton-Decken und -Stützen in der Stallungs-Anlage von Johann Odorico in Dresden berechnet und hergestellt wurden.

Die Zimmerarbeiten wurden sämtlich von Max Schwenke in Dresden ausgeführt; die Bühnen- und Manegen-Konstruktion lieferte Friedrich Gebauer, Masch.-Fabrik in Berlin; die Heizungsanlage richteten Rietschel & Henneberg, G. m. b. H. in Dresden, ein; die Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. in München besorgten und montierten die elektrische Beleuchtungsanlage; die Entwässerungsanlage installierte C. Mennicke Nachf. in Dresden, ebenso die Wasserzuleitung; die Spängler-Arbeiten lieferten Gustav Terpe, Joh. Kalies, sowie A. Gg. Pöschmann, sämtlich in Dresden. In die Schreiner- und Glaserarbeiten teilten sich Friedr. Hengst in Pirna, Aug. Geyer in Dresden, Hermann Faust in Dresden und die Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst in Dresden-Hellerau; die Bildhauerarbeiten wurden zum größten Teil von Carl Fischer in München, die Stuck-Arbeiten von Peter Henseler in Dresden ausgeführt; Glaserarbeiten lieferten Gebr. Seligmann in München, Deutsches Luxer-Prismen-Syndikat in Berlin, Bruno Vonhof, sowie Horst Heymann, beide in Dresden. Das eiserne Wasserbecken hinter der Bühne wurde von der Dresdner Masch.-Fabrik und Schiffswerft Uebigau hergestellt; die Bestuhlung lieferten Otto & Zimmermann in Waldheim i. S., die Hainsberger Stuhl- und Möbelfabrik C. H. Kohser in Hainsberg in Sa. und Walter Hyan in Berlin.

Durch weitere Lieferungen und Leistungen waren u. a. beim Zirkusbau tätig für: Leichtwände System „Prüß“ Max Riedrich, „Volt“-Konstruktion Herm. Gräfe, Fliesenbelag K. H. Kockisch, Isolierungsarbeiten, Dachpappen A. Prée, sämtlich in Dresden; Granitlieferungen A. Heinrich & H. Hutsch in Berthelsdorf i. S.; Blitzableiter, sowie Feuermelder-Anlagen Rich. Ziller in Dresden; Stalleinrichtungen A. Benver in Berlin und W. Martin's Nachf. in Dresden; Schmiede- und Schlosserarbeiten Rich. Neumann, Carl Böhme, Oskar Pietsch, feuerfeste Türen Alb. Geyer, Rolläden Franz Leipoldt & Co., Anstreicher- und Malerarbeiten Heyne & Dörge und Karl Lohse, sämtlich in Dresden; Linoleum-Estrich Dresdner Steinhölzwerk Mauri & Schulze, Linoleumbelag M. Lammfromm & Vogel in Berlin.

Der Zirkusbau wurde Anfang Mai 1911 begonnen.

Mit der Bauleitung war von dem Baugeschäft Heilmann & Littmann, G. m. b. H., Arch. Arno Möller betraut, dem Baumeister Curt Winkler zur Seite ge-



stellt war. Alle Entwürfe und Werkpläne wurden vom Baugeschäft Heilmann & Littmann, G. m. b. H., welches die Ausführung des ganzen Bauwerkes in General-Unternehmung übernommen hatte, geliefert, in

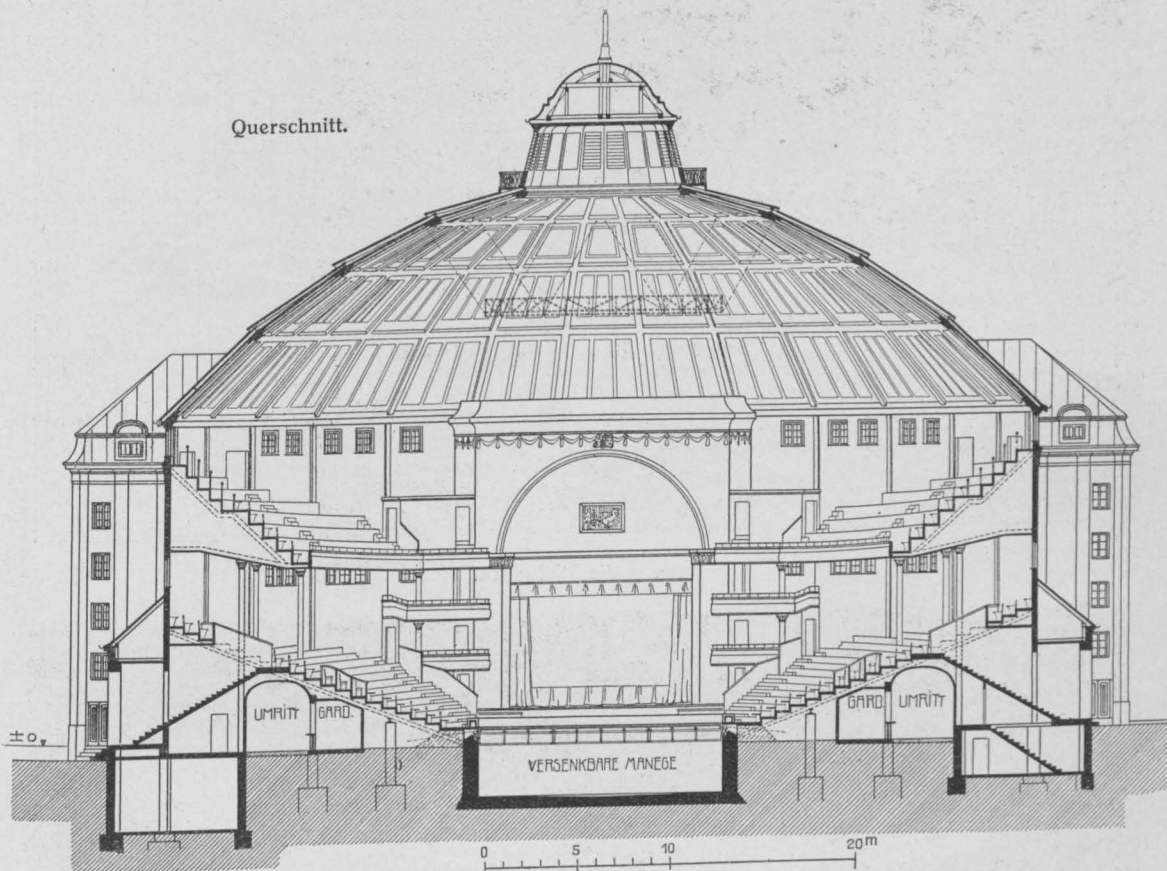
dessen Hauptbüro in München die Architekten Alfred Pinagel, Erich Goebel und Adam Müller sich in diese Arbeiten teilten.

Durch einen gegen Ende Mai 1911 ausgebrochenen Streik der Metallarbeiter in Berlin und nach dessen Beendigung durch die bald darauf erfolgte Arbeitsniederlegung des technischen Personales des Konstruktionsbüros der Firma Steffens & Noelle in Berlin wurde das Fortschreiten der Bauarbeiten sehr gehemmt. Doch gelang es nach Beseitigung aller dieser Hindernisse, den Bau so zu fördern, daß Mitte November 1911 die Eisenkonstruktion der Hauptkuppel

so war die Stallungsanlage bis zur Eindeckung vorgeschritten. Am 18. Januar 1912 fand die Rohbau-Abnahme durch die Dresdener Baupolizei-Behorde statt.

Inzwischen war im Inneren des Zirkus fleißig gearbeitet worden. Das große Montage-Gerüst, auf welchem die Kuppelkonstruktion sich während der Montage stützte, wurde, nach Fertigstellung der inneren Kuppelhaut, abgebrochen und die Galeriekonstruktion eingebaut. Dann ging es an die Montage der unteren Rangkonstruktion des Manegenbaues und der Manege, und daran schloß sich der weitere

Querschnitt.



fertig montiert, die Holzverschalung darauf befestigt war und mit der Metalleindeckung begonnen werden konnte. Auch waren um diese Zeit alle vier Galerie-Treppenhäuser, das Bühnenhaus und der Portal-Vorbau mit der Direktorwohnung unter Dach. Eben-

Innenausbau. Am 19. September 1912 konnte, dank der allseitigen Unterstützung, die das Unternehmen auch seitens der beteiligten Behörden fand, die endgültige Bauabnahme durch die Polizei-Behörden stattfinden. —

(Schluß folgt.)

Zur Frage der Errichtung eines neuen königlichen Opernhauses in Berlin.



ie Atmosphäre von Mutmaßungen, die sich lange Zeit hindurch um den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der Errichtung eines neuen königlichen Opernhauses in Berlin legte, hat sich nunmehr zu einer Nachricht verdichtet, die aus dem preußischen Hause der Abgeordneten kommt und die leider

erkennen läßt, daß auch diese bedeutende preußische Kunstangelegenheit, die größte vielleicht, welche die preußische Monarchie je erlebt hat, auf dem Wege des Kompromisses gelöst werden soll. Wir haben oben den dritten beschränkten Wettbewerb durch Wiedergabe einer Reihe ausgewählter Entwürfe und durch teilweise Wiedergabe ihrer Begründung und der Mitteilungen der Verfasser über die in ihnen verfolgten künstlerischen Absichten berichtet. Wir haben das jedoch angesichts der übrigen zur Behandlung drängenden Fragen in nur begrenztem Umfang tun können, immerhin jedoch in einem Umfang, der das Ergebnis dieser letzten Anrufung der Allgemeinheit der

deutschen Baukünstler, als welche man das Unternehmen nicht ganz zutreffend bezeichnet hat, ungefähr erkennen läßt. Der Wettbewerb war mit einer Reihe so ungünstiger Umstände umgeben und entsprach so wenig dem Verfahren, auf welches sich die deutsche Architektenschaft zur unbefangenen Würdigung ihrer Leistungen und zur Hervorrufung des Aeußersten an Leistung geeinigt hat, daß man einen Mißerfolg nicht ableugnen darf. In derselben Zeit, in welcher für die Gestaltung einer kirchlichen Baugruppe in Dresden aus dem Königreich Sachsen allein 178 Entwürfe eingingen, wurde der Opernhaus-Wettbewerb mit nur 68 Entwürfen beschickt und unter diesen noch 9 Arbeiten, deren Verfasser zum Wettbewerb gegen eine Entschädigung besonders eingeladen waren. Dazu kommt, daß die hervorragenden der Teilnehmer in ihren Entwürfen keineswegs das Maß an künstlerischer Leistungsfähigkeit bewiesen haben, das bei freiem Flug der Phantasie und bei ungebundener Schaffensfreudigkeit für diese einzigartige Aufgabe durch sie hätte gegeben werden können. Es muß daher im Interesse des künstlerischen Ansehens der deutschen Architek-

tenschaft Einspruch gegen die Annahme erhoben werden, daß der Wettbewerb ein Bild ihres eigentlichen künstlerischen Vermö-

als eine solche Annahme; gegen sie müßte sich die hochentwickelte Kraft der deutschen Baukunst der Gegenwart mit allem Nachdruck auflehnen.



Blick in die Stallungen.



Zuschauerraum von der Bühne aus.

(Aufnahmen der „Photographie für Kunst und Gewerbe“ (Inh. R. Bergmann und A. Burchardi) in Dresden.)

Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden. Architekten: Heilmann & Littmann in München.

gens darstelle und daß diese Annahme etwa für die Weiterbehandlung der Angelegenheit verwertet wird. Nichts wäre ungerechtfertigter,

Die Nachricht aus dem preußischen Hause der Abgeordneten nun sagt, daß die Budget-Kommission des Hauses am 10. Februar über die Angelegenheit



Zuschauerraum mit Bühne von rechts der Königsloge gesehen.



Anordnung der Bühne mit Anschluß seitlicher Logen.

(Aufnahmen der „Photographie für Kunst und Gewerbe“ (Inh. R. Bergmann und R. Burchardi) in Dresden.)

Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden.

Architekten: Heilmann & Littmann in München.

beraten und einstimmig einen Antrag genehmigt habe, der von verschiedenen Parteien eingebracht wurde und auch die Zustimmung der königlichen Staatsregierung gefunden habe. Der Antrag lautet:

„Die Kommission wolle beschließen: a) Die angeforderten 100000 M. zu Vorarbeitskosten für den Neubau eines königlichen Opernhauses werden bewilligt; b) Die Kommission spricht dabei folgende Erwartung aus:

1. Bei der Aufstellung des ausführlichen Entwurfes sind die Ergebnisse aus sämtlichen neuerlichen Ideenwettbewerben für ein königliches Opernhaus, insbesondere diejenigen Ideenskizzen zu berücksichtigen, welche in dem Gutachten der Akademie des Bauwesens vom 26. November 1912 durch namentliche Hervorhebung der Baukünstler als bemerkenswerte gekennzeichnet sind. Die Kommission empfiehlt, bei der Aufstellung des Bauentwurfes einen freien Künstler zur Mitarbeit heranzuziehen.

2. Die Staatsregierung wolle darauf Bedacht nehmen, daß für die städtebauliche Gestaltung des Königs-Platzes ein allgemeiner Wettbewerb der Künstlerschaft ausgeschrieben werde.“

Der Antrag wurde durch den freikonservativen Abgeordneten Brütt-Rendsburg durch die Darlegung der bisherigen Vorarbeiten eingeleitet. Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte dazu, daß die Mitarbeit des freien Künstlers nicht nur darin bestehen solle, daß er zu einem fertigen Entwurf der preußischen Bauverwaltung lediglich seine Zustimmung zu geben habe, sondern der Entwurf werde in voller Arbeitsgemeinschaft mit dieser Verwaltung entstehen. Dem Minister wurde zugestanden, daß er einen hervorragenden ersten Künstler ohne Mitwirkung des Abgeordnetenhauses aussuchen könne. Die Kommission gab dem Wunsche Ausdruck, daß auf diesem Wege ein einheitliches Ganze für das bedeutsame Werk herauskomme.

Auch der Finanzminister griff in die Debatte ein und legte dar, daß die in der Öffentlichkeit erörterten Wünsche hinsichtlich der Wahl eines anderen Platzes für das Opernhaus, etwa des Schloßplatzes, des Tiergarten-Geländes an der Lenné-Straße oder des Kastanien-Wäldchens teils infolge der Kostenfrage, teils aus anderen Gründen unerfüllbar seien.

Der Bericht über die Beratungen der Kommission sagt dann noch, daß die einstimmige Fassung der Beschlüsse in der Ueberzeugung erfolgt sei, daß das neue Opernhaus ein Werk werden müsse, hervorragender, als je ein preußisches Staatsgebäude geschaffen worden sei. Der ausführliche Entwurf soll dem preußischen Abgeordnetenhaus im nächsten Jahre zugleich mit der Forderung der ersten Baurate für den Neubau zugehen und das Haus soll freie Hand haben, den Entwurf zu genehmigen oder abzulehnen. Auch die Wahl des Platzes ist noch nicht als eine endgültige zu betrachten, falls im Laufe dieses Jahres ein besserer Platz noch gefunden werden könne.

Mit Zustimmung begrüßen wir zunächst den Beschluß, den Neubau auf dem Königs-Platz zu errichten. Wir haben die Stelle bei Kroll von jeher für die geeignetste weil würdigste gehalten, die zugleich einem neuen königlichen Opernhause die Möglichkeit der freien Entfaltung gewährt, die einem Monumentalbau dieses Ranges gewahrt bleiben muß. Wir halten nach wie vor auch die begleitenden seitlichen Bauten für notwendig als wertvolle künstlerische Momente für den Platzabschluß gegen Westen und als Mittel zur Steigerung der Wirkung des Hauptbaues. Bestim-

mung und Inhalt dieser seitlichen Bauten sind nebensächlich, wenn beide nur nicht gegen die Würde der Hauptgruppe verstoßen. Die Seitenbauten sollen nichts weiter als gefügte künstlerische Mittel in der Hand des Schöpfers der Gesamt-Gruppe sein.

Damit aber hört unsere Zustimmung zu den Beschlüssen der Kommission bereits auf; an ihre Stelle tritt das Bedauern darüber, daß in der Kommission Einmütigkeit darüber bestanden habe, daß ein allgemeiner Wettbewerb für die Errichtung des Bauwerkes nicht in Frage komme, wohl aber die Mitarbeit eines freien, also nicht beamteten Künstlers bei der Ausarbeitung durch die zuständigen staatlichen Stellen. Ihn soll der Minister der öffentlichen Arbeiten „aussuchen“ dürfen. Das läßt die Vermutung begründet erscheinen, daß er bereits im Hintergrund steht. Gerade aber diesen Künstler zu finden, der alle anderen weit überragt, hielten und halten wir den allgemeinen Wettbewerb für den allein möglichen Weg, nachdem die bisherigen Wettbewerbe an der Fesselung der Teilnehmer scheiterten und scheitern mußten. Die beschlossene Arbeitsmethode kann unmöglich ein Werk nach dem Willen der Kommission zeitigen „hervorragender als je ein preußisches Staatsgebäude“. Was unter so unnatürlicher Zusammenarbeit entstehen kann, ist ein durch Kampf gelähmtes schwaches Kompromißwerk, unter keinen Umständen aber ein aus freiem Flug entstandenes Kunstwerk als der einheitliche Ausdruck einer starken Individualität der Baukunst der Gegenwart.

Der Kommissionsbeschluß bedeutet nun aber glücklicher Weise noch nicht auch den gleichen Beschluß des Abgeordneten-Hauses selbst, wenn schon die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß dieses seiner Budget-Kommission beitrifft. Immerhin wird voraussichtlich zwischen dem Kommissionsbeschluß und der Beratung im Plenum eine solche Spanne Zeit liegen, daß es der deutschen Architektenschaft möglich sein wird, ihre durch die bisherigen Vorgänge schon so sehr gefährdeten idealen Interessen durch Forderung des allgemeinen freien Wettbewerbes ohne Namen-Bezeichnung, der durch ein Preisgericht beurteilt wird, das von dem Vertrauen der deutschen Baukünstlerschaft getragen wird, zu verteidigen. Wir halten es für ganz unmöglich, daß die deutschen Architekten in einem Wettbewerb um die städtebauliche Ausgestaltung des Königs-Platzes einen Ersatz in dem erblicken können, was man ihrem Einfluß entziehen will, auf das sie aber formell und tatsächlich begründeten Anspruch haben. Daß man den Wettbewerb um die Gestaltung des Königs-Platzes in die Beschlüsse überhaupt aufgenommen hat, läßt „tief blicken“, wie der Frankfurter Abgeordnete Sabor sagen würde, wenn er noch lebte. Das darf uns aber nicht abhalten, für die größere Aufgabe solange zu kämpfen, als noch der Schimmer einer Aussicht auf Erfolg gegeben ist. Und „ich glaube“, sagte William Morris einmal, „daß wenn ein halbes Dutzend Männer zu irgend einer Zeit ihr Herz ernsthaft an etwas sich Vorbereitendes hängen, das nicht der Natur zuwider ist, es doch einmal zustande kommt. Denn nicht zufällig kommt ein Gedanke in die Köpfe einiger, vielmehr werden sie durch etwas vorwärts getrieben und zum Sprechen gezwungen, das sich im Herzen der Welt regt und sonst unausgesprochen bliebe“. Denn das neue königliche Opernhaus in Berlin ist nicht allein und formell eine preußische, es ist tatsächlich eine deutsche Kunst-Angelegenheit! —

Deutsche Bautechniker im Auslande.



on einem in Hankau in China ansässigen Fachgenossen erhielten wir die folgende Zusage: „Von Zeit zu Zeit kann man in technischen Zeitungen Anzeigen finden, in denen deutsche Techniker oder Architekten ins Ausland, besonders nach Ostasien, gesucht werden. Es ist ja sehr erfreulich, daß sich das Arbeits-

feld des Deutschen überhaupt und namentlich des Technikers, stets weitet, aber nicht immer ist es ein Glück für den letzteren, wenn er im Auslande unterkommt. Häufig ist er schon in den ersten Tagen schwer enttäuscht und er findet so Manches anders, als er es sich und als man es ihm vorgestellt hat im Auftrag seiner neuen Arbeitgeber. Abgesehen davon, daß in den weit primitiveren

Verhältnissen in halb- oder unkultivierten Ländern eine fachliche Ausbildung des jungen Technikers fast ausgeschlossen ist, da stets nur sehr einfache Aufgaben zu lösen sind, ja, daß er verlernt, was er sich zu Hause angeeignet, da er keine Anwendung dafür hat, und er daher sehr schwer wieder sich in heimische Verhältnisse hinein finden kann, muß er auch auf Alles verzichten, was das Leben lebenswert macht, und ist neben großen gesundheitlichen Gefahren auch sittlichen in viel höherem Maße ausgesetzt als im Inlande. Eine sehr gute Gesundheit wie eine starke moralische Widerstandsfähigkeit sind daher dringend nötig.

Zu diesen Nachteilen einer Stellung im Ausland, deren wir weiter unten noch mehr nennen müssen, bildet in den meisten Fällen das Einkommen kein genügendes Äquivalent. Daß das Einkommen von den suchenden Firmen so nieder bemessen werden kann, ist eigentlich Schuld der deutschen Techniker, die ohne Kenntnis aller an ihrem künftigen Aufenthaltsort herrschenden Verhältnisse die in meist sehr lockenden Tönen abgefaßten Anerbieten annehmen, um bald zu sehen, daß sie über Vieles zum mindesten im Unklaren gelassen wurden. Sie haben sich auf mehrere Jahre verpflichtet, meist auf 3, häufig auf 5. Gehaltserhöhung ist meist nicht fest zugesagt, sondern von den Leistungen des Angestellten abhängig gemacht, also ganz dem guten oder häufig bösen Willen der Firma überlassen. Einen Wechsel der Stellung in derselben Stadt, wenn sich je zu einem solchen Gelegenheit böte, ja in derselben Provinz, von denen eine so groß ist, wie fast das ganze Deutsche Reich, schließt die stets vereinbarte Konkurrenzklausel, vor der nicht genug gewarnt werden kann, aus; ein Verlassen der Stellung ist ausgeschlossen, da der Angestellte bei dem niederen Gehalt nicht in der Lage ist, sich die Kosten der Heimreise zu ersparen, wenigstens nicht so rasch, außerdem zieht er sich eine Klage auf Schadenersatz oder Wiedererstattung der von der Firma verauslagten Ausreisekosten zu, wenn er die Stellung vor Vertragsablauf verläßt. Zur Führung eines Prozesses fehlen ihm die Mittel. Niemand ist da, der ihm nachhaltigen Rechtsschutz gewährt; als der wirtschaftlich Schwächere muß er unterliegen und wenn er zehnmal im Recht ist. Will er aber seinen Vertrag durchhalten, so muß er viele Jahre lang ein Leben voll Entbehrungen führen, sich äußerster Sparsamkeit auferlegen, um bei den für den Europäer gegenüber der Heimat 3—4 mal so teuren Lebensverhältnissen nicht in Schulden zu geraten, und muß sich bei den höchst eigentümlichen gesellschaftlichen Verhältnissen im Osten, in denen nur der Kaufmann, weil entsprechend bezahlt, als voll gilt,

der Techniker aber, und mag er akademische Bildung haben, dem Handwerker gleich geachtet und bezahlt wird, fortwährenden Demütigungen unterwerfen. Kurz, seine Lage ist in keiner Hinsicht zu beneiden.

Trotzdem möchte ich den Lesern nicht abraten, Stellungen im Auslande, besonders in Ostasien anzunehmen, falls sie physisch und moralisch sich stark genug dazu fühlen. Nur davor möchte ich sie ernstlich warnen, jeden Vertrag, der ihnen vorgelegt wird, abzuschließen. Vor allem sollten sie sich über die betr. Firma eingehend erkundigen und ebenso sich über die Lebens- und Gesundheitsverhältnisse ihres künftigen Wirkungskreises unterrichten. Sodann lehne man eine Konkurrenzklausel unbedingt ab, da sie völlig unberechtigt und nur ein Knebelungsmittel ist und vereinbare die Gehaltsforderung mit festen, im Voraus unbedingt festgestellten Aufbesserungen und zwar die Beträge nicht in deutscher Reichswährung, sondern in der des Auslandes, damit keine Schädigungen durch Kursschwankungen entstehen. Für ganz Ostasien muß man mindestens das 3/4-fache in Mark ansetzen von dem, was man in Deutschland fordern könnte und dann zu einem mittleren Kurs umrechnen. Wenn wir anführen, daß man für ein möbliertes Zimmer M. 100,— und mehr für einen Monat geben muß, wobei keine Bedienung eingerechnet ist, ja daß man häufig ein solches gar nicht erhält, sondern gezwungen ist, im Hotel zu leben und für Pension 280—300 M. ohne die sehr teuren Getränke zu zahlen, so wird die genannte Summe nicht zu hoch erscheinen. Man hat bei diesem Einkommen nach Abzug der Kosten für den dringenden Lebensunterhalt kaum einen Rest übrig, der als Äquivalent gelten kann für die Entbehrungen und Gefahren, denen man ausgesetzt ist. Dafür, daß man in den heißen Klimaten rascher altert und sich rascher verbraucht, daß man den Vorteilen unserer sozialen Gesetzgebung völlig entrückt ist und daher mit größerer Sorge seinem Alter entgegensehen muß, hierfür ein Konto anzulegen, bleibt nichts übrig, besonders wenn man voreilig den schöngelbten Ausführungen der Agenten der suchenden Firmen, die dem jungen Techniker ein Paradies im Osten versprechen, Glauben geschenkt und die Gehaltsfrage nachlässig behandelt hat.

Wenn diese Zeilen bewirken, daß der junge deutsche Techniker vorsichtiger beim Abschluß seines Vertrages ist und sich dadurch vor Not und trüben Erfahrungen, ja vor Schädigungen für sein ganzes Leben bewahrt und wenn er durch erhöhte Gehaltsforderung beiträgt zu wirtschaftlicher und dadurch gesellschaftlicher Hebung des Technikerstandes auch im Auslande, so haben sie ihren Zweck erfüllt.“ —

Vermischtes.

Geplante Hafenanlagen auf den Färöer. Die Färöer haben zwar viele gute natürliche Häfen, aber die größeren Ortschaften sind meistens nicht an diesen Häfen gelegen. Mangelnder Bauplatz und sonstige Gründe haben häufig verhindert, daß Ansiedlungen sich an den Ufern der natürlichen Häfen entwickeln können. Es ist daher schon lange der Wunsch nach Anlage von Häfen in der Nähe der größeren Ortschaften laut geworden, namentlich auch deshalb, weil die Fischerbevölkerung bei stürmischem Wetter sehr an dem Mangel geeigneter Zufluchtsstätten zu leiden hatte und häufige Unglücksfälle die Folge davon waren. Bei der schwachen finanziellen Leistungsfähigkeit der Einwohner konnte auf Uebernahme derartiger Hafengebäude seitens der färöerschen Landesverwaltung nicht gerechnet werden, und die Regierung hat sich deshalb nach einem Bericht des kaiserlichen General-Konsulates in Kopenhagen veranlaßt gesehen, dem dänischen Reichstag eine Reihe von Hafengebäuden auf den Inseln vorzuschlagen. Es sind zunächst der Bau eines Hafens bei der Hauptstadt Thorshavn und dann Hafenanlagen bei den Orten Trangisvaag, Skopen, Sörvaag, Midwaag und Koivig vorgesehen. Die Ausgaben für den Hafen von Thorshavn sind auf 741 400 K., diejenigen für die übrigen Anlagen auf im ganzen 799 700 K. veranschlagt. Zu den Anlagen bei Thorshavn soll die Staatskasse $\frac{4}{5}$, die Gemeinde Thorshavn $\frac{1}{5}$ beitragen. Zu den anderen Anlagen soll die Staatskasse ebenfalls $\frac{4}{5}$ beitragen, unter der Voraussetzung, daß das restliche Fünftel auf andere Weise gedeckt wird.

Zur Frage der Regulierung des Bodensees hat am 30. Jan. d. J. in Konstanz eine internationale Konferenz stattgefunden, auf der sämtliche Bodensee-Uferstaaten vertreten waren. Die Beratungen hatten zur Grundlage einen Vortrag des Ingenieurs Bosshard aus Bern über das Gutachten, das die schweizerische Landeshydrographie über die Frage der Bodensee-Regulierung ausgearbeitet hat. Das Gutachten kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Tieferlegung der Hochwasserstände, d. h. das

Einhalten einer Hochwassergrenze kann nicht erreicht werden durch Gleichsetzung der Abflußmenge und der Zuflußmenge. Eine Erhöhung der Abflußmenge aus dem Untersee läßt die „Schaffhauser Bedingung“ nicht zu (nach der „Schaffhauser Bedingung“ dürfen aus dem Untersee nicht mehr als 1000 cbm Wasser in der Sekunde abfließen) und die Herabminderung der Zuflußmenge durch Anlage künstlicher Akkumulationsbecken im oberen Rheinlauf kann noch keine Berücksichtigung finden. Folglich führt nur eine Erhöhung des Retentionsvermögens zum Ziel. Die notwendige Retention des Sees wird geschaffen durch die Verzögerung des Ansteigens des Seespiegels vor Eintreffen der Hochwasserwellen. Hierzu ist die Umgestaltung der an die Seen anschließenden Flußstrecken erforderlich und zwar in der Weise, daß eine Tieferlegung der Flußsohle einzutreten hat. Der Ausgleich der Rheinwassermenge, d. h. die Abgabe bestimmter Wassermengen bei verschiedener Spiegelhöhe, bedingt die Errichtung eines beweglichen Wehres am Ausfluß des Untersees. 2. Der Hochwasserstand des Bodensees wird nach der Regulierung die Höhe von 400,42 m über Meer oder 5 m am Pegel in Rorschach nicht mehr überschreiten und der Niederwasserstand wird nicht mehr unter 398,42 m über Meer oder 3 m am Pegel Rorschach fallen. Die regulierte Wassermenge des Rheines beim Ausfluß aus dem Untersee wird den Betrag von 1000 cbm/Sek. nicht überschreiten. 3. Die Schiffsahrtsdauer Basel-Strasbourg erfährt durch die Verwendung des Bodensees als Reservebecken eine Verlängerung von durchschnittlich zwei Monaten. 4. Zu Gunsten der Kraftanlagen ergibt sich eine Zunahme der Abflußmenge aus dem Untersee in der Niederwasserzeit um rd. 10%. 5. Die Wirkung der Rheindurchstiche im St. gallischen Rheintal wird erhöht durch die Tieferlegung der Hoch- und Mittelwasserstände des Bodensees, denn unzweifelhaft wird die Tieferlegung der Hochwasserstände des Bodensees um rd. 80 cm und die Senkung der mittleren Sommerwasserstände um 30 bis 50 cm wesentlich günstigere Verhältnisse für die Vorflut beider Durchstiche und auch eine Gefällserhöhung des Wasserspiegels des

Rheins zur Folge haben. — Man beschloß, in weitere Untersuchungen über die wichtige Frage einzutreten und dazu eine gemeinsame internationale Kommission zu ernennen. (Vergl. die ausführlichen Mitteilungen Jahrg. 1912, S. 599 ff.) —

Ueber Verstärkungsarbeiten am Straßburger Münster hat vor einiger Zeit der Dombaumeister Knauth berichtet. Danach wurde als Ursache von Verdrückungen, die sich namentlich am ersten Pfeiler des Mittelschiffes schon seitlangem zeigten und die offenbar sehr weit zurückgehen, eine Ueberlastung festgestellt, die von dem mangelhaft gegründeten großen Turmpfeiler ausgeht, dessen Setzung dann durch Ueberlastung die benachbarten Konstruktionsteile in Mitleidenschaft gezogen hat. Es galt also, zunächst den mit 6000 t belasteten Turmpfeiler auf ein neues, bis auf die feste Kiesschicht hinabgeführtes Fundament abzustützen. Das geschah unter Ablängung des Turmgewölbes mit einem hohen Holzgerüst und Herstellung eines neuen, ringförmigen Eisenbeton-Fundamentes um den Pfeilerfuß herum. Auf dieses neue Fundament wurde dann die Pfeilerlast durch eiserne Stützen unter Einschaltung von Druckwasser-Pressen abgesetzt. Dadurch wurde die Möglichkeit gegeben, das schlechte Fundament unter dem Pfeiler selbst zu entfernen, ein neues kräftiges Betonfundament herzustellen, das später die Pfeilerlast zu tragen hat. Um dabei jede Setzung auszuschließen, wird zwischen Pfeilerfuß und neues Fundament unter hohem Druck Zementmörtel eingepreßt. Nach Vollendung dieser Arbeit ist es möglich, den ersten Mittelschiff-Pfeiler, der sich zurzeit in bedenklichem Zustande befindet, aber ein gutes Fundament besitzt, zu ersetzen. —

Der III. Internationale Straßen-Kongreß findet in den Tagen vom 23.—28. Juni d. J. in London statt. Gegenstand der Beratung wird die den neuzeitlichen Verkehrsmitteln entsprechende Konstruktion und Unterhaltung der Straßen sein. Der Kongreß soll die Ergebnisse des I. Kongresses in Paris 1908 fortsetzen; er zerfällt in zwei Abteilungen, deren erste den Bau und die Unterhaltung der Straßen behandelt, während die zweite den Verkehr und den Betrieb erörtert. Unterabteilungen der ersten Abteilung berücksichtigen Bau und Unterhaltung außerhalb und innerhalb der großen Städte, während die Unterabteilungen der zweiten Abteilung sich in Verkehr und Verkehrsmittel sowie in Betrieb, Finanzwirtschaft und Statistik scheiden. Mit dem Kongreß wird eine Ausstellung von Materialien und Geräten für den Straßenbau in den Hallen der kgl. Gesellschaft für Gartenbau verbunden sein. Es finden Empfänge in der Guildhall, in der Albert-Hall sowie Ausflüge und Besichtigungen in die Umgebung Londons statt. Im Anschluß an den Kongreß sind weiterhin Ausflüge nach dem Westen und dem Norden Englands (Schottlands) geplant. —

Tote.

Baurat Rudolf Opfermann †. In Mainz verschied am 6. Febr. d. J. der Architekt Baurat Rudolf Opfermann, dessen Name mit der Wiederherstellung des kurfürstlichen Schlosses in Mainz stets verbunden bleiben wird, wenn es ihm auch nicht vergönnt war, die Vollendung dieser Wiederherstellung zu erleben. Opfermann erreichte ein Alter von 68 Jahren, er wurde im Juni 1844 in Mainz geboren. Seine fachlichen Studien machte er auf den damaligen Polytechniken in Karlsruhe und in Stuttgart und widmete sich in seiner praktischen Tätigkeit mit Erfolg zunächst dem Bau des Einfamilien- und des Miethauses. Er nahm in Mainz bald eine solche Stellung ein, daß, als der Entschluß gefaßt wurde, das kurfürstliche Schloß seit 1902 in längerer Bauperiode wieder herzustellen, man in dem Verstorbenen den Leiter der Arbeiten erblickte, den kunsthistorische Schulung, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit der technischen Untersuchung und Umsicht in der Anordnung der Arbeiten für diese in erster Linie geeignet erscheinen ließen. Langjährige freundschaftliche Beziehungen, die Opfermann zu dem verstorbenen Prälaten Dr. Friedrich Schneider, dem feinen Kenner der christlichen Kunstarchäologie und der Kunstgeschichte von Mainz unterhielt, kamen seiner stilkritischen Auffassung sehr zustatten. Dem Verstorbenen waren mehrfach Erfolge in Wettbewerben beschieden und sein kunstgeschichtliches Urteil wurde durch Ernennung für den hessischen Denkmalrat gewonnen. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für die Marktplatz-Anlage der Gartenstadt Carlowitz bei Breslau schreibt die „Eigenheim Baugesellschaft für Deutschland“ in Carlowitz zum 15. April 1913 für in Schlesien geborene oder lebende Bewerber aus. 3 Preise von 1500, 1000 und 800 M. Zwei Ankäufe für je 300 M. Im Preisgericht die Hrn. Geh. Reg.-Rat Dr.-Ing. Muthesius in Berlin, sowie Brt.

Grosser, Prof. Poelzig, Arch. Henry und Architekt Schmitthenner in Breslau. Unter den Ersatzleuten Arch. Tessenow in Dresden-Hellerau. Unterlagen gegen 2 M. durch die Gesellschaft. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau einer Rede- und Leichenhalle auf dem Friedhof zu Meerane in Sachsen erläßt der Kirchenvorstand für die im Königreich Sachsen und im Herzogtum Sachsen-Altenburg wohnhaften Bewerber zum 1. April d. J. bei 3 Preisen von 1200, 800 und 400 M. Zwei Ankäufe für je 200 M. Unter den Preisrichtern die Geheimräte Prof. Mart. Dülfer und Dr.-Ing. h. c. Cornelius Gurlitt in Dresden, Prof. Dr.-Ing. h. c. Hugo Licht in Leipzig, sowie Stadtmstr. Hofmann in Meerane. Unter den Ersatz-Preisrichtern die Hrn. Brt. Möbius in Chemnitz und Ob.-Brt. Scharenberg in Leipzig. Unterlagen gegen 3 M., die zurückerstattet werden, durch die Oberkirchner-Expedition, Kirchplatz 2 in Meerane. —

Die Schinkel-Preisaufgaben des „Architekten-Vereins zu Berlin“ für 1914 betreffen die Anlage eines Zentral-Friedhofes einer in raschem Aufblühen begriffenen Großstadt, die Anlage eines Hafens für Danzig-Neufahrwasser und den viergleisigen Ausbau der Hauptbahn Berlin—Halle, im besonderen der Teilstrecke Jüterbog—Wittenberg. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für das Kaiser Franz Josef-Stadtmuseum in Wien hat die Stadt Wien nunmehr die Preisrichter bestimmt. Unter ihnen befinden sich die Hrn. k. k. Brt. Hans Schneider, Ob.-Brt. Heinr. Goldemund, Dir. der städt. Sammlungen J. E. Probst, Ob.-Brt. Prof. Jul. Deininger, Ob.-Brt. Herm. Helmer und Bildh. Prof. Rud. v. Weyr in Wien, Ob.-Brt. Prof. Theod. Bach in Prag, Geh. Hofrat Prof. M. Dülfer in Dresden, sowie Prof. Dr. Georg v. Hauberrisser und Prof. Dr. Gabriel v. Seidl in München. —

Wettbewerb betr. die Verbindungsbauten der kapitalinischen Paläste in Rom. Wie es scheint, sind die Einsprüche der Kunstwelt gegen die dem Geiste Michelangelos widersprechenden Verbindungsbauten der kapitalinischen Paläste nicht erfolglos gewesen, denn es wird aus Rom berichtet, der italienische Unterrichts-Minister habe der Stadt Rom gedroht, die provisorischen Verbindungsbauten selbst niederreißen zu lassen, wenn es die Stadt nicht tue. Damit dürfte auch der Wettbewerb gegenstandslos geworden sein. —

Der Wettbewerb der Stadt Paris zur Erlangung von Entwürfen für billige Wohnungen. Die meisten europäischen Großstädte scheinen zurzeit von einer lebhaften Bewegung in der Frage der billigen Wohnungen für die minder bemittelten Bevölkerungsklassen ergriffen zu sein. In Preußen und Oesterreich hat die bereits brennend empfundene Frage zu gesetzgeberischen Maßnahmen geführt. In Paris ist jedoch schon der Boden praktischer Betätigung beschritten worden, denn hier hat sich in der Zeit von 1900—1911 allein eine Steigerung der Mietpreise von rund 20 % für Wohnungen bis zu 250 Frs. ergeben, während die Steigerung für Mieten von 1000—2500 Frs. nur etwas über 8 % betrug. Für Wohnungen bis zum Mietbetrag von 500 Frs. ist die Steigerung je nach der Lage zwischen 6 und 48 % festgestellt worden. Man hat daher mit Recht von einer Wohnungs-Krise gesprochen, der abzuweichen die Stadt Paris sich zu einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für billige Wohnungen in der Rue Emile Zola, einem Teil des der Bebauung erschlossenen Festungsgeländes, entschlossen hat. Die Höhe der Preise läßt die Wichtigkeit erkennen, die man der Angelegenheit beimißt. Es wurden 5 Preise von 15000, 8000, 7000, 6000 und 4000 Frs., dazu eine Reihe von Ankäufen in Aussicht gestellt. 147 Entwürfe rief das Ausschreiben hervor. Die Preise fielen an die Architekten Payret-Dortail (I. Preis); Rigaud (II. Pr.); Emile Bois (III. Pr.); Vaudoyer (IV. Pr.) und Léon Besnard (V. Pr.). 4 Arbeiten wurden zum Ankauf empfohlen. —

Internationaler Wettbewerb Königspalast und Justizpalast Sofia. Angesichts des Wiederbeginnes des Krieges sieht sich der bulgarische Minister der öffentlichen Arbeiten genötigt, die Frist für Einsendung der Entwürfe weiterhin und zwar bis zum 1. Juli neuen Stiles einschließlich zu erstrecken. —

Inhalt: Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden. (Fortsetzung.) — Zur Frage der Errichtung eines neuen königlichen Opernhauses in Berlin. — Deutsche Bautechnik im Auslande. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Deutscher Verein für Kunstwissenschaft. Der Verein hat am 3. und 4. Januar 1913 unter dem Vorsitz des Hrn. Geh. Rat Prof. Dr. Wilh. Bode-Berlin in Wien seine Jahresversammlung abgehalten. Aus einem Bericht des Schriftführers, Prof. Dr. Karl Koetschau-Berlin entnehmen wir über die Tätigkeit des Vereins, soweit diese für unsere Leser Interesse hat, das Folgende:

Der Verein widmet seine Arbeit den Aufgaben der Kunstwissenschaft mit Mitteln, die von kunstfreundlichen Laien aufgebracht werden. Er hält es jedoch für unmöglich, das Gesamtgebiet der Kunst zu behandeln, er beschränkt sich daher auf die Erforschung deutscher Kunst. — Die „Denkmäler deutscher Kunst“, die allmählich in mustergültigen Aufnahmen veröffentlicht werden sollen, werden das gesamte Material der einzelnen Denkmälergruppen benutzen und daraus geben, was für das wissenschaftliche Problem von Bedeutung ist. Genaue Beschreibungen, sorgfältig festgestellte Notizen über den Ort und die Zeit der Entstehung, über den Künstler und seine Auftraggeber werden die Abbildungen begleiten, und eine kritische Uebersicht über die Entwicklung der betreffenden Gruppe und über die künstlerischen Fragen, die sich an sie knüpfen, wird den Stoff zum geistigen Eigentum der Benutzer des Werkes machen. Architektur, Skulptur, Malerei und Kunstgewerbe sind die vier Sektionen, in die das „Denkmälerwerk“, das „Corpus monumentorum artis Germaniae“ eingeteilt ist. Jede von ihnen umfaßt zahlreiche Abteilungen, die nach chronologischen Gesichtspunkten so angeordnet sind, daß der Stoff von der Völkerwanderungszeit bis an die Neuzeit heran in seiner Entwicklung dargestellt wird. (Bis jetzt wird folgendes bearbeitet: 1. Der Kirchenbau der Barockzeit, zunächst der Süddeutschlands, wobei sich ein tieferer Einblick in das noch ungenügend erklärte Auftreten des deutschen Barocks erzielen

lassen dürfte. 2. Die deutschen Kaiserpfalzen, für die endlich einmal auch mit dem Spaten zu arbeiten, die Kunstgeschichte sich entschlossen hat, denn die Reste der alten Pfalzen zu Ingelheim, Nymwegen, Aachen und Eger — hierbei erfreute sich der Verein der Unterstützung der österreichischen Regierung und der Stadt Eger — sind bis jetzt bloßgelegt worden, andere, zunächst Goslar, werden folgen. 3. Die für den frühmittelalterlichen Stil und für die Ikonographie höchst wichtigen karolingischen, ottonischen und romanischen Elfenbeine, von denen schon in kürzester Frist der erste Teil vorgelegt wird. 4. Die monumentalen Skulpturen der romanischen und gotischen Epoche, damit landschaftliche Stilgruppen zusammengestellt und eine einheitliche Uebersicht über die Entwicklung dieses noch nie systematisch erforschten, wichtigen Gebietes gewonnen werden können. 5. Die Medaillenkunst der Renaissance, die nicht nur ästhetisch mit zu dem Erfreulichsten gehört, was uns jene Zeit hinterließ, sondern die uns auch viele bedeutende Persönlichkeiten der Epoche wieder näher bringt, sodaß hier auch der Historiker auf reichen Gewinn rechnen darf. 6. Die vorkarolingischen und die karolingischen Miniaturen; die glänzenden Ergebnisse, die bis jetzt schon gewonnen werden konnten, werden eine völlig neue Auffassung der Kunst jener Zeiten anbahnen. 7. Die mittelalterliche Wand- und Glasmalerei wird von dieser Grundlage den größten Vorteil sich versprechen können. Es ist richtig, daß man mit dieser Abtheilung erst jetzt, wo die vorhergehende schon weit vorgeschritten ist, einsetzt, es ist aber andererseits auch höchste Zeit dazu, denn gerade diese Denkmäler sind gefährdet wie keine anderen, und manchen wird alle sorgfältige Pflege nichts mehr nützen. 8. bis 10. Aus der späteren Malerei wurde, da für Dürer schon grundlegende Publikationen in der Art des Denkmälerwerkes bestehen, Holbeins Kunst herausgegriffen. Mit seinen Handzeichnungen ist begonnen worden; in kaum zu übertreffender Güte wurden bisher 80 Blätter veröffentlicht, mehr als 400 werden noch folgen. Ebenso vollständig sollen die Gemälde und das Holzschnittwerk gesammelt werden, sodaß in wenigen Jahren die Arbeit dieses einen Meisters in ihrem ganzen Umfang zu übersehen sein wird. 11. Aus der deutschen Malerei des siebzehnten Jahrhunderts wurden die Werke Elsheimers ausgewählt, weil in diesem „römischen Künstler deutscher Nation“ mitten in einer Periode des Verfalls die Lebenskraft deutscher Kunst, auch in der Beeinflussung der fremden, sich in eindringlichster Weise geäußert hat. 12. und 13. Vom Kunstgewerbe wurden zwei für das Mittelalter besonders wichtige Zweige zu bearbeiten begonnen: die Goldschmiedekunst und die Teppichwirkerei, die beide bis in die Renaissance hinein durchforscht werden sollen und die auch nach der technischen, nicht nur nach der stilistischen Seite reiche Ergebnisse versprechen, zugleich aber auch bemerkenswerte Beiträge zur Kenntnis der deutschen Kirchen- und Hausaltertümer liefern, also der Germanistik, das heißt in diesem Falle der deutschen Archäologie, dienen werden. Ueber alle diese Arbeiten werden jährlich „Berichte“ veröffentlicht, die vorläufige Ergebnisse mitteilen und die Teilnahme an den langwierigen Arbeiten wach erhalten sollen. Natürlich sind für diese Ziele große Mittel erforderlich. Wenn man zum Beispiel bedenkt, daß zwei Forscher auf Reisen in ganz Europa den Stoff für das Korpus der vorkarolingischen und karolingischen Miniaturen zusammengetragen und von allen bedeutenden Stücken photographische Aufnahmen gemacht haben, daß das Ergebnis dieser Arbeit in mehr als zehn Bänden mit 2000 Tafeln vorgelegt werden soll, so kann man leicht ermessen, welche Summen der Verein jährlich bereit stellen muß. Mit dem Mindestbeitrag von 20 M., den weitaus die Mehrzahl der Mitglieder zahlt, würde er nicht weit kommen, es ist deshalb dringend zu wünschen, daß sich die Zahl der Mitglieder noch wesentlich verstärke. Die Grundlage für die Finanzwirtschaft des Vereins bilden die großen, einmal oder jährlich gewährten Beiträge reicher Kunstfreunde, die sich hier, wo nur um der Sache willen gegeben wird, als wahre Mäzene erweisen. Bisher hat der Verein öffentliche Mittel nur bei den Kaiserpfalzen in Anspruch genommen. Daß er es künftighin auch bei anderen Abteilungen tun muß, ist schon heute keine Frage mehr. Selbstverständlich konnte der Verein von den Mitgliedern aber nicht nur fordern. Seine Jahresgaben erfreuen sich bei Kunstfreunden und, da sie nicht in den Handel kommen, auch bei Bibliophilen der größten Beliebtheit. Die erste war das für die Kunst und Kultur des sechzehnten Jahrhunderts gleich wichtige Skizzenbüchlein des Schweizers Nikolaus Manuel Deutsch, die zweite eine Perle mittelalterlicher Miniaturmalerei, das

Rathaus-Evangeliar zu Goslar, die dritte eine Wiedergabe der Genreplastik an Vischers Sebaldisgrab, die an scheinbar Wohlbekanntem eine Fülle des Neuen zeigte, und die vierte, soeben herausgekommene, das mittelalterliche Hausbuch, das nicht nur die Kunst eines der besten Meister des fünfzehnten Jahrhunderts in ihren reizvollsten Leistungen zeigt, sondern auch eines der reichsten Kulturbilder vor uns entrollt. Die 20 M. jährlichen Beiträge stehen dazu in keinem Verhältnis. Der Buchhandel müßte für jedes dieser Werke ganz andere Preise einsetzen. —

Württemberg. Verein für Baukunde. Die 3. ordentl. Versammlung am 11. Januar, welcher auch der Minister des Kirchen- und Schulwesens anwohnte, wurde von dem Vorsitzenden eingeleitet durch Begrüßung der Anwesenden, sowie Glückwünsche für das langjährige Mitglied, Baudirektor von Reinhardt, der in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag beging. Er feierte den Jubilar als feinsinnigen Lehrer und großen Künstler, zu dessen Füßen einst ein großer Teil der Anwesenden gesessen habe und wünschte ihm auf seinem fernerem Lebensweg alles Gute. Sodann ergriff Reg.-Baumeister Link, früherer Sektionschef bei der Bagdadbahn, das Wort zu einem Lichtbildervortrag über: Die Bagdadbahn mit Land und Leuten. Der Redner verbreitete sich zunächst über die Vorgeschichte der Bahn und führte aus, daß die ersten Bahnen der Türkei ein Werk des Baron Hirsch waren, der sie auch ausbeutete; diese lagen alle in der europäischen Türkei. Nachher baute die Türkei auch selbst, überließ aber das Gebaute teilweise wieder dem Verfall. Erst Ende der 80er Jahre wurden die Bahnpläne mit neuem Eifer aufgenommen. So kam 1888 zwischen der Türkei und der Deutschen Bank in Berlin ein Vertrag zustande zum Bau der 486 km langen Linie Ismid—Eskischehir—Angora. Die Konzession wurde auf 90 Jahre ausgedehnt und die Regierung leistete eine Garantie von 15 000 Frs. jährlicher Brutto-Einnahme für das Kilometer der Bahn; die Eröffnung geschah im Jahre 1892. Es folgte zu denselben Bedingungen die 450 km lange Strecke Eskischehir—Konia, die 1896 eröffnet wurde. Diese beiden Linien werden unter dem Begriff „Anatolische Bahnen“ zusammengefaßt. Im Jahre 1899, kurz nach der Kaiserreise in den Orient, wurde ein vorläufiger Vertrag zur Verlängerung des südlichen Zweiges der Anatolischen Bahn über Konia hinaus bis Bagdad und Besra am persischen Meerbusen abgeschlossen. Hierbei blieb die Garantiefrage vorerst noch offen und wurde erst zehn Jahre später zum Abschluß gebracht. Indes begannen sofort die Vorarbeiten, wobei folgender Linienzug vorgesehen wurde: Die Bahn führt von Konia über Eregli nach dem Taurus, überwindet diesen in der Nähe der cilicischen Pforte unter teilweiser Benutzung der alten Heerstraße, um hiernach in der cilicischen Ebene die Stadt Adana zu erreichen. Hier schließt eine bereits bestehende Stichbahn nach der Hafenstadt Mersina an, die zum Zweck der Beförderung von Eisenbahnmateriale von der Bahnbaugesellschaft aufgekauft wurde. Sodann wird der Gebirgszug des Amanus oberhalb Bagtsche in einem 5 km langen Scheiteltunnel durchschnitten. In Aleppo findet die Bagdadbahn ihren Anschluß an das syrische Eisenbahnnetz der Türkei, das sich vorwiegend in französischen Händen befindet, sowie an die Hedjasbahn. Weiterhin verläuft die Linie nach Osten, überschreitet den Euphrat, durchquert das öde kurdische Steppenland und erreicht bei Mossul den Tigris. Von da aus führt der Weg nunmehr unmittelbar entlang dem linken Ufer des Tigris und folgt der alten Karawanenstraße, die nach Bagdad führt. Die 700 km lange Endstrecke Bagdad-Koweit, die ursprünglich in der Konzession mit inbegriffen war, wurde dank englischem Einfluß 1911 von der deutschen Gesellschaft fallen gelassen und soll nunmehr durch eine internationale Gesellschaft gebaut werden, bei der an eine führende Stellung des deutschen Kapitals nicht mehr gedacht werden kann und vermöge welcher die wirtschaftliche und späterhin wohl auch politische Vorherrschaft Englands in Babylonien gesichert sein dürfte. Die Türkei übernimmt eine jährliche Garantie von 12 000 Frs. für das Kilometer fertiger Bahnstrecke und zahlt zur Deckung der Betriebskosten die Summe von 4500 Frs. jährlich. Diese Garantien werden durch Verpfändung von Zöllen und anderen Einnahmen gedeckt. Die Konzession ist auf 99 Jahre erteilt. Das erforderliche Baukapital wird zu 1/2 Milliarde veranschlagt, dürfte aber infolge der inzwischen veränderten Verhältnisse in der Türkei nicht ausreichen. Als 1909 die Garantieforderung gelöst war, wurde für die Bauausführung eine schweizerische Gesellschaft gegründet, hinter der die Deutsche Bank in Berlin sowie die Firma Philipp Holzmann & Co. stehen. Gleich im Anfang der Bagdadbahn ist die Bewässerung der Konia-Ebene

bemerkenswert, die durch Aufstau eines großen Sees bewerkstelligt wird und der Verbesserung des Getreidebaues in dieser Gegend dienen soll. Eine ähnliche Anlage ist für die Umgebung von Adana geplant, doch soll dort durch die Bewässerung weniger der Getreide- als hauptsächlich der Baumwollbau gehoben werden. Technische Schwierigkeiten für die Bahn bietet namentlich die Ueberwindung des Amanusgebirges, die noch einige Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Von Aleppo bis zum Euphrat ist die Bahn bereits fertig gestellt; die Brücke über diesen Fluß ist im Bau begriffen. Oestlich vom Euphrat beginnt die große kurdische Steppe, die infolge mangelnden Wassers sehr wenig fruchtbar ist, also auf der Bahn nur geringe Einnahmen bringen wird. Die großen Städte am Fuße des kurdischen Berglandes wie Diabekir u. a. werden nicht berührt, weil dieser Linienzug die Bahn wesentlich verteuert hätte. Die Stadt Mossul bietet baulich nichts Bemerkenswertes, dagegen sind für den Europäer die nahegelegenen, auf dem linken Tigrisufer sich befindenden Ruinen von Ninive interessant, aus denen im vorigen Jahrhundert bekanntlich die große assyrische Königsbibliothek ausgegraben worden ist. Südlich von Ninive schließt sich entlang dem Tigris eine endlose öde Ruinen- und Steinwüste an, die erst in der Nähe von Bagdad in die einst fruchtbaren Gefilde Babyloniens übergeht. Eine größere wirtschaftliche Bedeutung dürften auf dieser Strecke die ausgedehnten Asphalt- und Naphtaquellen bei Kerkuk gewinnen, die zurzeit noch wenig ausgebeutet sind. In der Nähe der letzteren liegt Assur, wo gegenwärtig deutsche Ausgrabungen vorgenommen werden; südlich davon folgt Samara, das durch die mohammedanische Sekte der Schiiten bekannt ist. Bei Bagdad ist früher angeblich das Paradies gewesen; heute findet man außer schmalen Kulturstreifen längs der Ufer der Flüsse wenig landschaftliche Schönheit mehr vor. Der Grund liegt in dem Verfall der alten Bewässerungsanlagen und in den der Abholzung der Wälder zuzuschreibenden und regelmäßig wiederkehrenden Hochwasserkatastrophen. Südlich von Bagdad sind von dem englischen Ingenieur Willcocks sehr ausgedehnte und Gewinn versprechende Bewässerungsanlagen geplant, bei denen aber Deutschland, nachdem es auf seine führende Stellung bei der Strecke Bagdad—Koweit verzichtet hat, schwerlich noch in größerem Umfang sich wird beteiligen können. Der augenblickliche Stand des Bahnbaues hat natürlich unter den Folgen des Krieges sehr zu leiden und es haben in letzter Zeit starke Baueinschränkungen stattgefunden. Falls ein Teil der seitherigen Garantien infolge Verlustes der europäischen Türkei wegfallen sollten, müssen unbedingt dafür Ersatzwerte geschaffen werden. Sache der deutschen Diplomatie wird es sein, die gefährdeten deutschen Interessen zu vertreten und durchzusetzen. —

W.

Vereinigung Berliner Architekten. VI. Mitglieder-Versammlung vom 9. Januar. Anwesend 41 Mitglieder; Vorsitz.: Hr. Wolfenstein. Als neues Mitglied wird Hr. Arch. Reg.-Bmstr. a. D. H. Anton von Werner einstimmig aufgenommen.

An diesem Abend hielt Hr. Bodo Ebhardt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Ueberwindung bautechnischer Schwierigkeiten einst und jetzt“. Redner wies einleitend auf die großartigen Leistungen der alten Meister des Bauwesens hin, die man um so mehr bewundern müsse, als ihnen unsere mannigfachen Hilfsmittel vollständig fehlten. Ungeheuer war sei der Umschwung, den die außerordentlich gestiegene Verwendung des Eisens und anderer Metalle auf dem Gebiet des Bau- und Ingenieurwesens in der Ueberwindung technischer Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Betrachte man aber, wie lange die Werke der alten Meister Bestand hatten und von wie verhältnismäßig kurzer Lebensdauer die heute mit Hilfe der Eisenkonstruktionen geschaffenen Bauten sind, dann dränge sich doch die Frage auf, ob man mit dieser einseitigen Unterstützung auf durchaus richtigem Wege sei, besonders wenn daran gedacht werde, auch der Nachwelt Werke unserer heutigen Baukunst zu hinterlassen. Redner will der Berechtigung fortschreitender Wandlungen in unseren Unternehmungen keineswegs entgegen treten, sie seien eine selbstverständliche Entwicklung einer geistig hochgespannten tätigen Zeit. Er möchte aber darauf aufmerksam machen, wie außerordentlich sinnreich unsere Vorfahren in bautechnischer Hinsicht gearbeitet haben und wie man Vieles von ihnen lernen könne. Das Bauwesen des ganzen Mittelalters fuße noch auf den Lehren der großen Baumeister der römischen Zeit. Beispielsweise war der altbekannte Vitruv der Lehrmeister aller Architekten des Mittelalters, die sich theoretisch mit seinen Werken beschäftigt haben. Vitruv's Theorien seien zum Teil bis heute üblich geblieben und

seine Schilderungen der Aufgaben des Architekten träfen den Nagel auf den Kopf. Den einleitenden Worten des Redners folgte die Vorführung einer Reihe vorzüglicher Lichtbilder. Abbildungen aus alten Vitruv-Ausgaben, deren Sammlung der Vortragende als Liebhaberei betreibt, zeigten, daß man damals schon viele Werkzeuge gebrauchte, die man heute noch auf den Bauplätzen findet: Meißel, Zirkel, Spitzaxt, Rechtwinkel usw. Was in der Gegenwart jedoch mit elektrischen Kranen, mit Dampf und dergleichen zustande gebracht wird, mußte damals mit Menschenkräften verrichtet werden. Hebezeuge und Winden wurden verschiedenster Art, wie die alten Meister sie brauchten, wurden gezeigt, ferner Bilder über Wasserbau, Wasserleitungen usw. Betrachtet man, wie die Alten mit diesen überaus einfachen Hilfsmitteln auf den schwierigsten Bauplätzen, sei es auf steiler Bergeshöhe oder im Wasser, ihre oft sehr kunstvollen Bauten errichtet haben, dann regt sich eine ehrliche Bewunderung. Wie man die bautechnischen Schwierigkeiten heute überwindet, zeigte Hr. Ebhardt an den Abbildungen einer Reihe von ihm selber vorgenommenen Wiederherstellungsbauten von Burgen und Schlössern in den verschiedenen Bauzuständen. Die Burg Gröditzberg, die Veste Coburg, die Burg Tzschocha, Schloß Neuenstein, die Wartburg, die Marksburg und die Hohkönigsburg wurden im Bilde vorgeführt. Man erblickt gewaltige Rüstzeuge auf den häufig sehr steil abfallenden Bergeshöhen, große Schiebehahnen sind angelegt und besondere Elektrizitätswerke für den Bau errichtet. Der Vergleich der vorgeführten Bilder aus alter und neuerer Zeit fordert Bewunderung heraus: einmal für die großartigen Leistungen der alten Baumeister mit ihren beschränkten Hilfsmitteln, läßt aber andererseits auch die gewaltigen Fortschritte unserer Zeit auf diesem Gebiete erkennen. —

—a.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M. Versammlung am 13. Januar. Vorsitz.: Hr. Schumann. Nach geschäftlichen Erledigungen führte der Prof. der Photographie Hr. A. Krauth seine selbst aufgenommenen Wiener Lichtbilder vor. Diese reiche Sammlung zeichnete sich dadurch aus, daß sie außer vielen auch im Handel zu habenden Ansichten eine große Reihe von eigenen Aufnahmen von Wiener Bauten samt Innenräumen brachte, besonders auch Innenansichten von Treppenhäusern, Festsälen und Gemächern der Hofburg, wie der sonst nicht zugänglichen reichen Paläste der Wiener Aristokratie, von alten Höfen, Denkmälern, Gärten usw., zu deren Aufnahme Redner als Erster die Erlaubnis von den Besitzern erhalten hatte. In sorgfältig gewählter Reihenfolge gab Hr. Krauth einen Abriss der Geschichte Wiens vom sechsten Jahrhundert v. Ch. (Vindobona), der Zeit der römischen Kaiser daselbst, der Völkerwanderung, der Bischofs- und Babenberger Tage, der Gründung und des Ausbaues des Stefans-Domes, der Hofburg und besonders der Kirchen und Paläste aus der Barockzeit (Karlskirche, Palais des Prinzen Eugen, Schwarzenberg, Schönborn, Zernin usw.), in welchen Fischer von Erlach und Sohn, sowie Meister Hildebrand u. a. ihre großen Meisterwerke im Auftrage des Fürstenhauses wie der Paladine errichteten und mit den Skulpturen Raphael Donners und anderer großer Plastiker schmückten. Die sämtlichen Paläste der gewaltigen, Kaiser Franz Josef zu verdankenden Ring-Anlage, die Bauwerke Hansens, Sempers, Ferstels, Hasenauers u. a. wurden in neuen, besonders wirksamen Aufnahmen vorgeführt; es folgten die wichtigsten Skulpturen des Volksgartens, der Hofburg-Höfe, des Belvedere, des Arsensals usw., ferner Ansichten der malerischen Umgebung Wiens, der Vergnügungslöke im Wiener Wald, der Abtei Melk und anderer interessanter Bauwerke der Donaueggen. Unter diesen Bildern sind besonders solche hervorzuheben, welche nach alten Stichen und seltenen Werken der Wiener Bibliotheken aufgenommen waren. Ausführlich verbreitete sich Redner über Zumbuschs Maria Theresia-Denkmal auf dem berühmten, mit zahlreichen Skulpturen, Fontänen usw. geschmückten Platze zwischen Sempers beiden Museen der Kunst- und Naturalien-Sammlungen, deren Inneres ebenfalls zur Anschauung gebracht wurde. Bei der Vorführung der Schöpfungen Maria Theresias, Josefs II. sowie Franz Josefs nahm Redner Gelegenheit, Charakterbilder dieser bedeutenden Herrscher des Donaureiches einzustreuen, dazwischen erschienen Pläne und Karten der wichtigsten Gebiete ihrer baulichen Tätigkeit. Das Schlußkapitel des hochinteressanten Vortrages bildeten Autochrom-Aufnahmen nach Lumière'scher Methode, unter denen diejenigen der Kirchen, Schlösser und Parks zu Melk, Schönbrunn und Laxenburg besonders fesselten durch die gewählten Vorbilder, mehr aber noch durch überraschend harmonische Farbenwirkungen. — Gerstner.

Architekten-Verein zu Berlin. Versammlung am 20. Januar 1913 mit Damen. Vor stark besuchter Versammlung sprach Hr. Prof. O. Stiehl über Reiseindrücke in England. Redner schilderte zunächst unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder London als eine durchaus nicht häßliche, sondern auch in seinen Straßenbildern an künstlerischen Anregungen reiche Stadt. Bestimmend für die Eindrücke des Landes ist mit die große Lebenswürdigkeit und frische Fröhlichkeit des Volkes, in dem noch ein gutes Teil des „merry old England“ weiterlebt. Hohe Kultur zeigt sich in der bis in bescheidene Volksschichten hinein herrschenden Rücksichtnahme im Verkehrsleben und in der schonenden Pflege der heimischen Naturschönheiten, von deren weniger bekannten Reizen erlesene Proben gegeben wurden. Außerordentlich reich an bemerkenswerten alten Bauten sind auch die mehr abseits gelegenen kleineren Provinzstädte. Sie bieten außer den großartigen alten Domkirchen alter Zeit, die zumeist noch ihre Kreuzgänge und Nebengebäude erhalten haben, malerische Straßenbilder in reicher Fülle, Stadthäuser in sehr altentümlicher Fassung, dazu Bürgerhäuser vom 14. Jahrhundert an, eigenartige Stiftungen in den mittelalterlichen Hospitälern, sehr feine Grünanlagen in den sorgsam erhaltenen alten Kirchhöfen und Domfreihöfen. Auch die Formenwelt der Spätrenaissance hat hier im 18. Jahrhundert eine höchst bedeutsame vornehme Entwicklung über das früher anderwärts Geleistete hinaus erfahren, sodaß Manches an die wohl abgewogene Feinheit Messel'scher Bauten erinnert, Anderes als Hauptquelle und Vorbild für die sogenannte Empirekunst Norddeutschlands, besonders der Wasserkante, erscheint, die man bisher auf französischen Ursprung zurückzuführen geneigt war. Auch auf die bei uns noch wenig allgemein beachtete Gemeinschaft, die nicht nur in der Baukunst, sondern auch in Kultur und Sitte England mit den skandinavischen Ländern, auch mit Holland und Belgien verbindet, bietet ein Besuch Englands anregende Ausblicke.

Versammlung am 3. Februar 1913. Vorsitz.: Hr. K. Meier. An diesem Abend hielt Hr. Dr.-Ing. h. c. Stübgen einen den Abend füllenden übersichtlichen Vortrag über den „Entwurf zu einem Deutschen Reichs-Wohnungsgesetz“, den wir im Wesentlichen in No. 13 der „Dtsch. Bauztg.“ wiedergegeben haben. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache, an der sich namentlich die Hrn. Weiß, Müller, v. Rittgen, Redlich und der Vortragende beteiligten. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. In der Versammlung am 13. Dezember v. Js. sprach Hr. Ing. Högner, Leutzsch-Leipzig über „Beleuchtung, insbesondere Bogenlicht-Beleuchtung“. Der Redner machte zunächst mit den photometrischen Einheiten und dem Begriff der Lichtstärke einer Bogenlampe bekannt und führte dabei Angaben über Lichtstärken und Stromverbrauch der verschiedenen Systeme an. Hierauf wurden die Gesichtspunkte für die Beurteilung einer Beleuchtung und die Vorteile der indirekten Beleuchtung in Räumen besprochen. Sowohl für Innen- als auch für Straßenbeleuchtung wurden die Beziehungen zwischen Lampenverteilung und Lichtpunkthöhe sowie die Voraberechnung der Beleuchtungsverhältnisse behandelt. Zur Erläuterung des Gesagten dienten eine Reihe von Wandtafeln und vorzügliche Lichtbilder; letztere brachten Ausführungsformen von Lampen der Firma Körting & Mathiesen A. G., Leutzsch bei Leipzig, sowie Aufnahmen aus den verschiedensten Anwendungsgebieten der Bogenlampe in Industrie, Handel und Verkehr und beim Unterricht; auch die Wirtschaftlichkeit der Anwendung von Bogenlampen wurde an Hand graphischer Auftragungen nachgewiesen. Nach diesen erschöpfenden Ausführungen über Bogenlampen hatte Korreferent, Hr. Brt. Frhr. v. Gaisberg, als seine Aufgabe betrachtet, die Wirtschaftlichkeit der Metalldrahtlampen als mittelstarke und schwächere Lichtquellen zu besprechen, denen die Vorteile, daß sie keine Wartung verlangen und keine Stromschwankungen aufweisen, zugute kommen. Auch auf die Quarzlampe und das Röhrenlicht wies er hin, um damit zu schließen, die Beachtung der vom Verband deutscher Elektrotechniker herausgegebenen „Leitsätze für Herstellung und Einrichtung von Gebäuden bezüglich der Versorgung mit Elektrizität“ den Bauausführenden angelegentlichst zu empfehlen. —

In der Versammlung am 20. Dezember v. Js. hielt Hr. Christiani einen Vortrag über „Hafenbauten und Uferschutz“. Er beschränkte sich, wie er vorausschickte, auf deutsche Bauwerke und begann mit hauptsächlich für Nichtwasserbauer bestimmten, erläuternden Bemerkungen über die einzelnen Bestandteile einer Kai-konstruktion und deren Aufgaben, die Wirkungsweise

von Einzel- und Bockpfählen gegenüber verschieden gerichteten Kräften, die Anordnung der Spundwände bei Kaimauern und deren Verbindung mit den Pfählen, sowie über die Berechnung solcher Bauwerke, namentlich auf Erddruck. Besonders interessant waren hierbei die Vergleiche zwischen Ausführungen in Holz und solchen in Eisenbeton. An Beispielen, die lediglich Ausführungen der Firma Christiani & Nielsen, Kopenhagen - Hamburg, und zwar in Eisenbeton betrafen, wurden mit zahlreichen praktischen Angaben und vorzüglichen Bildern zunächst eine Industrie-Hafenanlage für die Benzinwerke Wilhelmsburg und der Bau der etwa 400 m langen Kaimauer am Roßkanal geschildert. Letztere tritt unter den Bauwerken für die neuen Hafenanlagen östlich des Köhlbrandes deswegen besonders hervor, weil sie einen ersten Versuch der Hamburgischen Wasserbaubehörden mit dieser Bauweise darstellt, der in solchem Umfang hier zum ersten Mal gemacht wurde. Bei den von der Firma ausgeführten Ufersicherungen in Sonderburg, Emden und an anderen Orten wurden Abdecksteine nach dem Patent ihres Ob.-Ing. Nyholm verwendet, armierte dreieckige Steine, die Kanäle für die längsseitige Entwässerung bilden. In Sonderburg wurde auch eine Kaimauer zur Erhöhung einer Uferstraße gebaut. Zum Schluß wurde die für die Firma Hugo Stinnes im neuen Industriehafen von Stettin ausgeführte Kaimauer besprochen, die einer Schiene einer mächtigen Krananlage und damit deren erheblichen Drücken zur Unterstützung dient. Der Redner hofft, daß es immer mehr gelingen möge, der Eisenbetonbauweise dort Verwendung zu verschaffen, wo sie am Platze, damit ihre Entwicklung innerhalb berechtigter Grenzen gefördert werde. —

Im „Verein für heimatische Kunstpflege“ in Karlsruhe sprach am 29. Januar d. J. Hr. Dipl.-Ing. A. Valdenaire über Friedrich Weinbrenner. Es ist seltsam, daß es an einer eigentlichen, umfassenden Monographie und Würdigung dieses bedeutenden Baukünstlers, des süddeutschen Schinkel, wie ihn Lavater so begeistert nennt, bis heute noch fehlt. Mehrere Versuche sind gemacht worden, scheinen aber an der Ueberfülle des Stoffes gescheitert zu sein. Denn über Weinbrenner schreiben heißt über einen ausgeprägten neuen Kunststil sich auslassen und zugleich über die Baugeschichte der jungen Residenzstadt Karlsruhe selbst wie auch des ganzen Landes. So weit wirkte seine Persönlichkeit, die selbst von Goethe herzlich und anerkennend gewürdigt wurde, daß sie heute noch in ihren künstlerischen Ausstrahlungen den feinsten Charakter Karlsruhes bildet und in ihrem Wesen lebendig wie einst durch die Straßen schreitet, als der Zimmermannssohn, den sein Landesherr vertrauensvoll zu so wichtiger Tätigkeit berief, diese Straßen selbst erst bildete und ihre monumentalen Bauwerke hervorrief. Redner hat sich der Aufgabe unterzogen, den Gestalter des Karlsruhes des 19. Jahrhunderts in einem größeren Werk wieder aufleben zu lassen und in seinem Vortrag ihn den Herzen zahlreicher Hörer näher zu bringen. Er zeigte, wie in dem weit voraus sehenden Geiste Weinbrenners sich das Karlsruhe der Zukunft in künstlerisch edler Gestaltung ausprägte und wie er selbst bemüht war, in der Anlage der Langen-Straße, der späteren Kaiser-Straße, und der sich aus der alten Bären-Gasse entwickelnden Triumphal-Straße der Residenzstadt, der Karl-Friedrich-Straße, in den Plätzen und Gebäuden ein bedeutsam wirkendes Ganze zu schaffen. Die Weinbrennerschen Gebäude, die in Lichtbildern erschienen, zeugten von der genialen Künstlerschaft dieses großen Stadtarchitekten, der in den Bauten der katholischen und der evangelischen Stadtkirche, des Rathauses, des Museums, des Markgräflichen Palais, der Synagoge, des Ettlingertores usw. den Stil zeigt, zu dem sich sein Kunstempfinden in den Tagen seines Jugendaufenthaltes in Rom geklärt hatte und in dem klassisch edle Form und moderne Zweckmäßigkeit ein vornehmes Bündnis eingegangen waren. Mit großem Beifall dankte die Zuhörerschaft den fesselnden Darlegungen des Redners. —

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure. Die diesjährige Hauptversammlung findet am 1. März 1913 in Berlin statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorträge über „Die Regelung des Zivil-Ingenieur-Berufes“ von Dipl.-Ing. Dr. Alexander Lang, Patentanwalt, Berlin, über „Die Baumeisterfrage“ von Reg.-Bmstr. Dipl.-Ing. Weigel, Berlin und Dipl.-Ing. von Pasinski, Düsseldorf. Weiterhin wird sich der Verbandstag befassen mit dem rechts- und staatswissenschaftlichen Unterricht an den Technischen Hochschulen, der Frage der Aufklärung über die Aussichten im akademischen Ingenieurberuf, über die Frage der Ehrengerechtigbarkeit und die Herausgabe einer Gebührenordnung für die wissenschaftlich gebildeten Techniker. —



ER NEUBAU DES REAL-GYMNASIUMS IN
SCHMARGENDORF. * ARCHITEKT: GEMEINDE-
BAUMEISTER REGIERUNGS-BAUMEISTER a. D.
ALFRED SOLBACH IN SCHMARGENDORF. *
HAUPTANSICHT AN DER CRANZER-STRASSE.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

*** XLVII. JAHRGANG 1913 * NO. 15. * **



Hofansicht von der Forckenbeck-Straße gesehen (westlicher Hof).

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 15. BERLIN, DEN 19. FEBRUAR 1913.

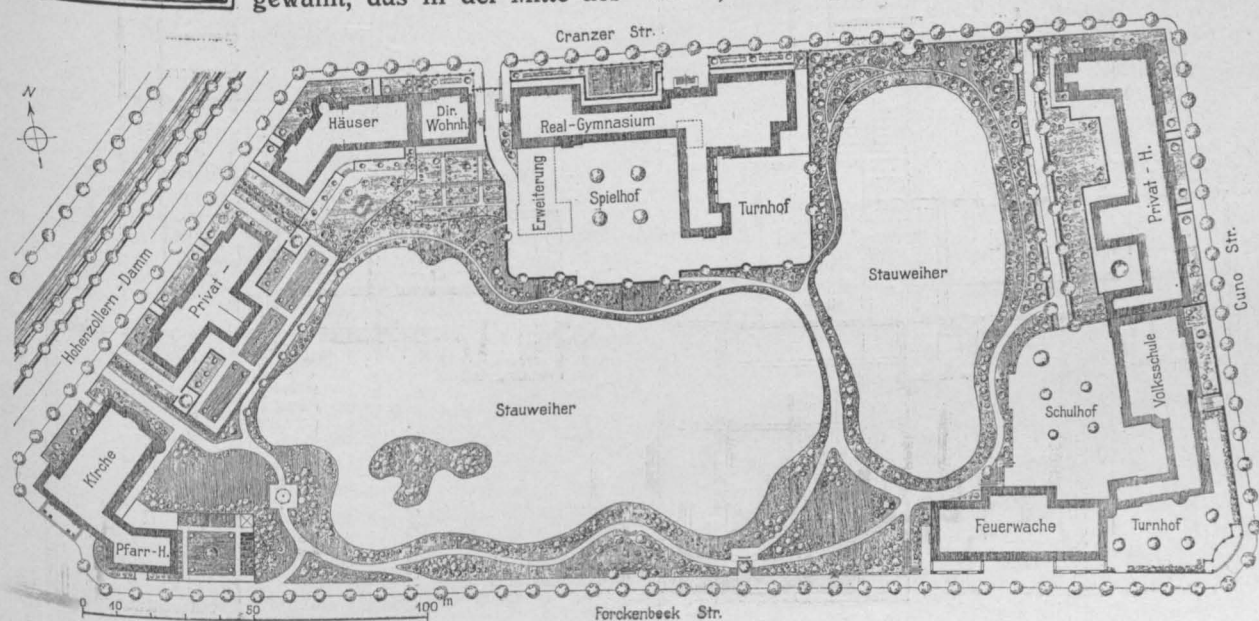
Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf.

Architekt: Alfred Solbach, Reg.-Baumeister a. D., Gem.-Baumeister in Schmargendorf. Hierzu eine Bildbeilage.

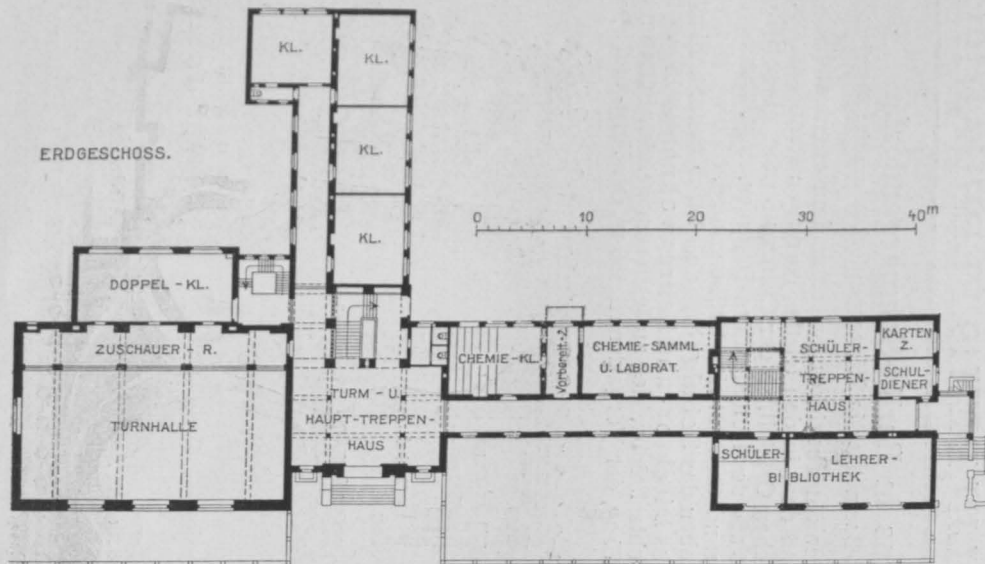


m 16. Mai 1907 faßte die Gemeinde-Vertretung den für die Entwicklung von Schmargendorf so bedeutungsvollen Beschluß, ein Realgymnasium zu errichten. Ein neues Gebäude folgte im Jahre 1910. Als Bauplatz wurde das Stauweiher-Gelände gewählt, das in der Mitte des

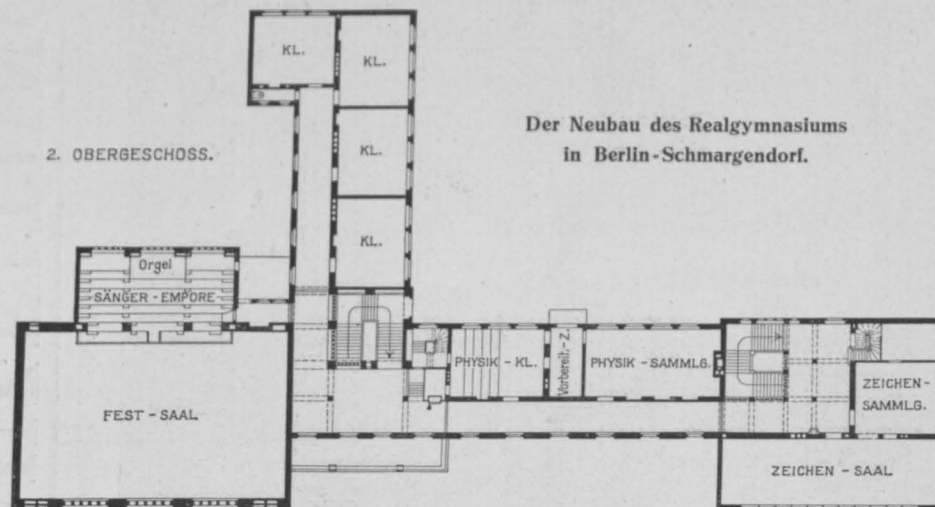
Gemeindebezirkes zwischen dem alten (südlichen) und dem in den letzten Jahren entstandenen nördlichen Ortsteil, an der Cranzer-Straße, einer Seitenstraße des Hohenzollern-Dammes, liegt. Das Schulgrundstück hat eine Größe von rd. 6000 qm. Hiervon haben das Schulgebäude 1800 qm bebaute Fläche, das Direktor- und Lehrerwohnhaus 280 qm bebaute Fläche, der zu letzterem gehörige Garten rd. 470 qm, der Vorgarten rd. 550 qm, der Turn- und Spiel-



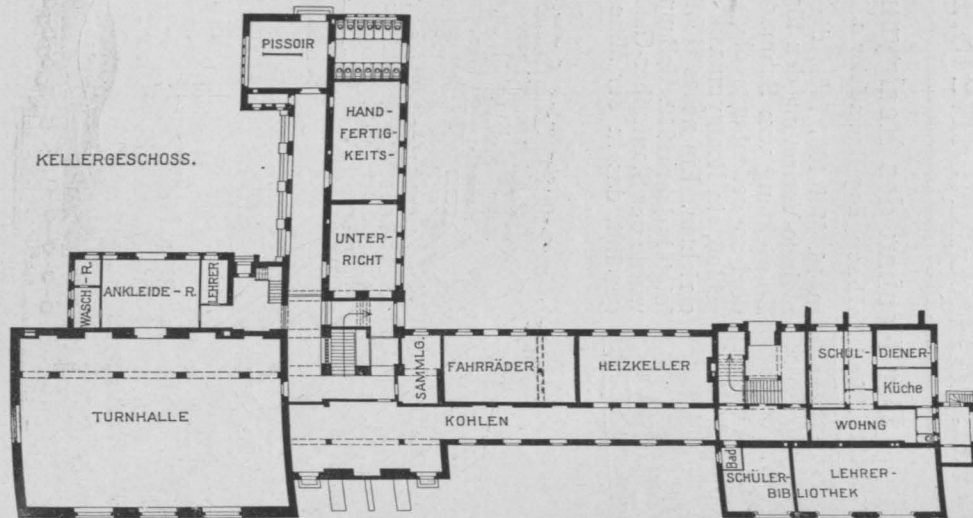
ERDGESCHOSS.



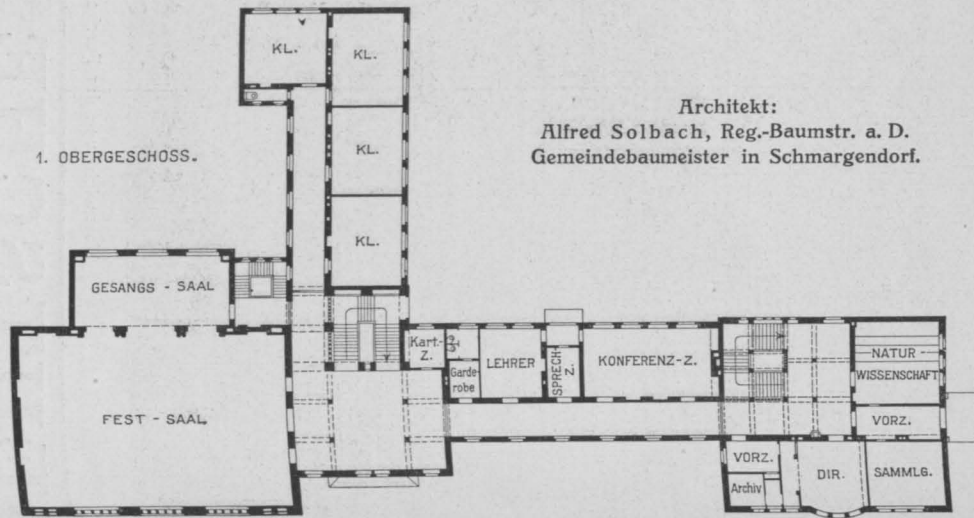
2. OBERGESCHOSS.

Der Neubau des Realgymnasiums
in Berlin-Schmargendorf.

KELLERGESCHOSS.

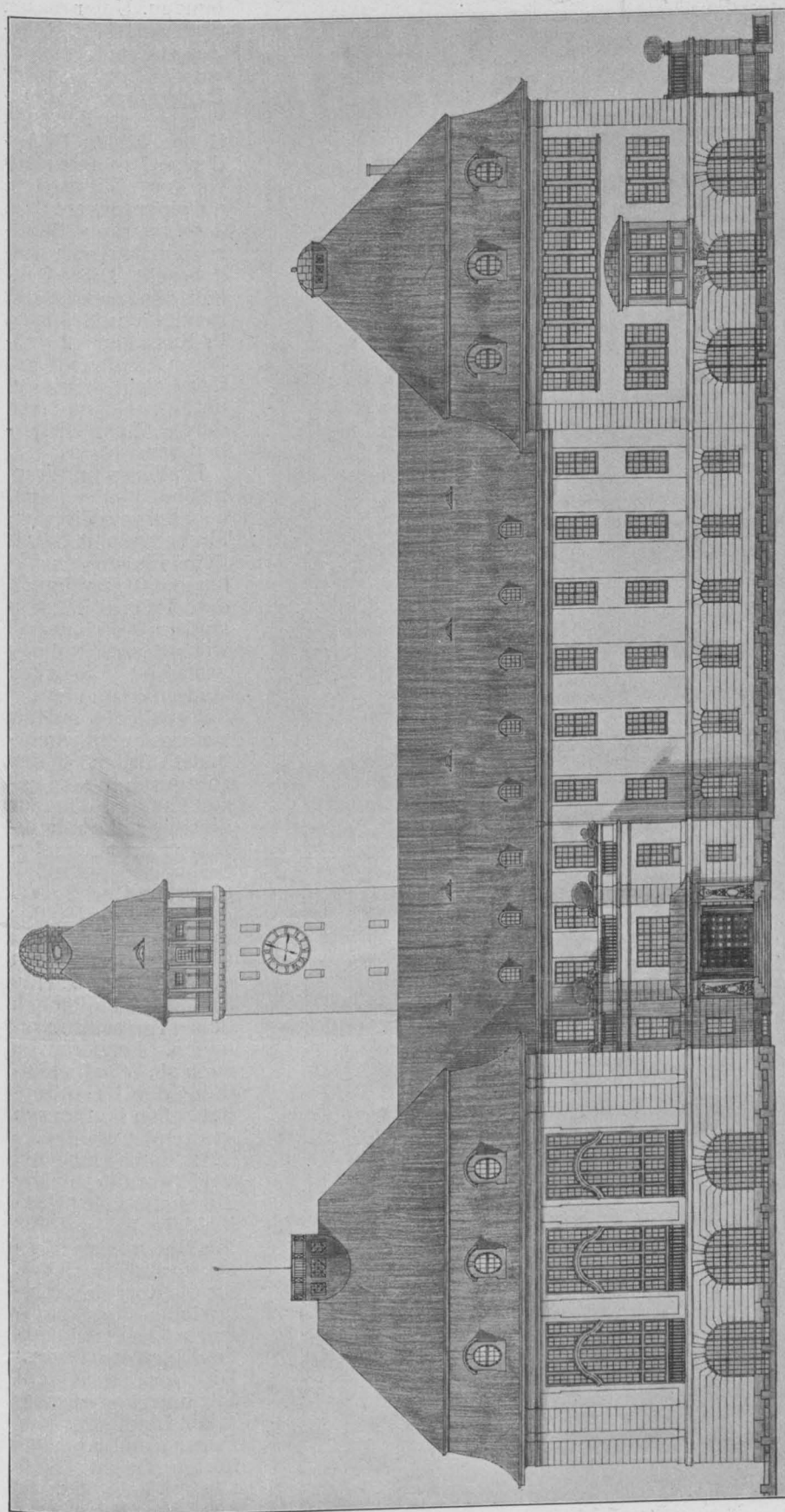


1. OBERGESCHOSS.

Architekt:
Alfred Solbach, Reg.-Baumstr. a. D.
Gemeindebaumeister in Schmargendorf.

hof rd. 2900 qm. Wird für jeden Unterrichtsraum die Höchstzahl von 45 Schülern angenommen, so würden bei 12 Klassen auf jeden Schüler rd. 5,3 qm Hoffläche entfallen. Durch späteren Anbau des west-

Seine vollständige Fertigstellung erfolgte, wie vorgesehen, am 1. April 1912. Die Baukosten einschl. innerer Ausstattung beliefen sich auf etwa 700 000 M. Wenn man dem Turm gegenüber in der Cranzer-



Ansicht an der Cranzer-Straße.

30m
20
10
5
0

Straße steht, so liegen, vom Haupteingang aus gerechnet: im linken Vorbau, durch Keller- und Erdgeschoß gehend, die Turnhalle mit den zu ihr gehörigen Geräte-, Auskleide- und Waschräumen; im I. Obergeschoß der Festsaal, an diesen angrenzend der Gesangs- saal; im Südflügel, hinter dem Turm, der das Haupttreppen- haus enthält, liegen die Unterrichtsräume für dreiVorschul-undneun Oberklassen; im rechten Vorbau die Lehrer- und Schülerbüche- rei, darüber das Amts- zimmer des Direktors mitzugehörigenNeben- räumen und das Unter- richts- undSammlungs- zimmer für die Biologie; im II. Obergeschoß der Zeichensaal mit Neben- raum. Im mittleren Bauteil, rechts vom Turm, zwischen den bei- den Treppenhäusern liegen im Erdgeschoß die Räume für den Chemie - Unterricht, im I. Obergeschoß die Lehrer- und Sitzungszim- mer, im II. Obergeschoß und Dachgeschoß die Räume für den Unter- richt in Physik; im Untergeschoß des Südflügels die Abort- Anlage nebst 2 Räumen für denHandfertigkeit- Unterricht, im westli- chen Bauteil die Wohn- ung des Schuldieners.

Die Turnhalle mit Turnhof, wie auch der Gesangs- saal liegen so, daß die Uebungen in ihnen nicht störend auf den Unterricht in den Klassen einwirken. Die Unterrichtsräume ha- ben meist Westlicht, die Physik- und Chemie- räume Südlicht, der Zeichensaal Nordlicht. Diese Lage entspricht den amtlichen Leitsät- zen für den Bau von Schulen.

Die Flure sind durch- weg 3 m breit, die Trep- pen haben rd. 2,3 m Laufbreite. Die Trep- pen - Hallen, die je rd. 120 qm Fläche haben,

lichen Klassenflügels mit 320 qm würde der Schulhof noch eine Größe von rd. 2500 qm haben. Auf jeden Schüler kommen bei 24 Unterrichtsräumen dann 2,4 qm. Mit dem Neubau wurde im Frühjahr 1910 begonnen.

bieten ausreichend Raum für die Bewegung der Schü- ler während der Pausen bei schlechtem Wetter.

Im ganzen Bau sind, mit Ausnahme der eisernen Deckenkonstruktion über der Aula, keine eisernen

Träger verwendet' worden. Alle Räume sind mit Eisenbeton überspannt. Die Decken werden zum größten Teil aus Eisenbetonbalken (Rippen), welche 60 cm von einander entfernt liegen, gebildet und sind oben durch eine etwa 8 cm starke Platte aus gleichem Material verbunden. Unter diesen Balken ist ein Rohrgewebe aufgespannt worden, auf das der Deckenputz aufgebracht worden ist. Ueber diesen Betondecken ist ein etwa 3 cm starker Gipsestrich, auf einer lockeren, rd. 2 cm starken Sandschicht lagernd, aufgebracht. Diese Decken, die der Architekt bereits vor 8 Jahren in Kassel bei 2 größeren Schulen mit gutem Erfolg angewendet hat, zeichnen sich durch Schallsicherheit aus.



Oben: Erker im I. Obergeschoß (Dir.-Zimmer). Unten: Eingang zur Schülertreppe vom Spielhof.
Bildhauer: Hans Schellhorn in Charlottenburg.

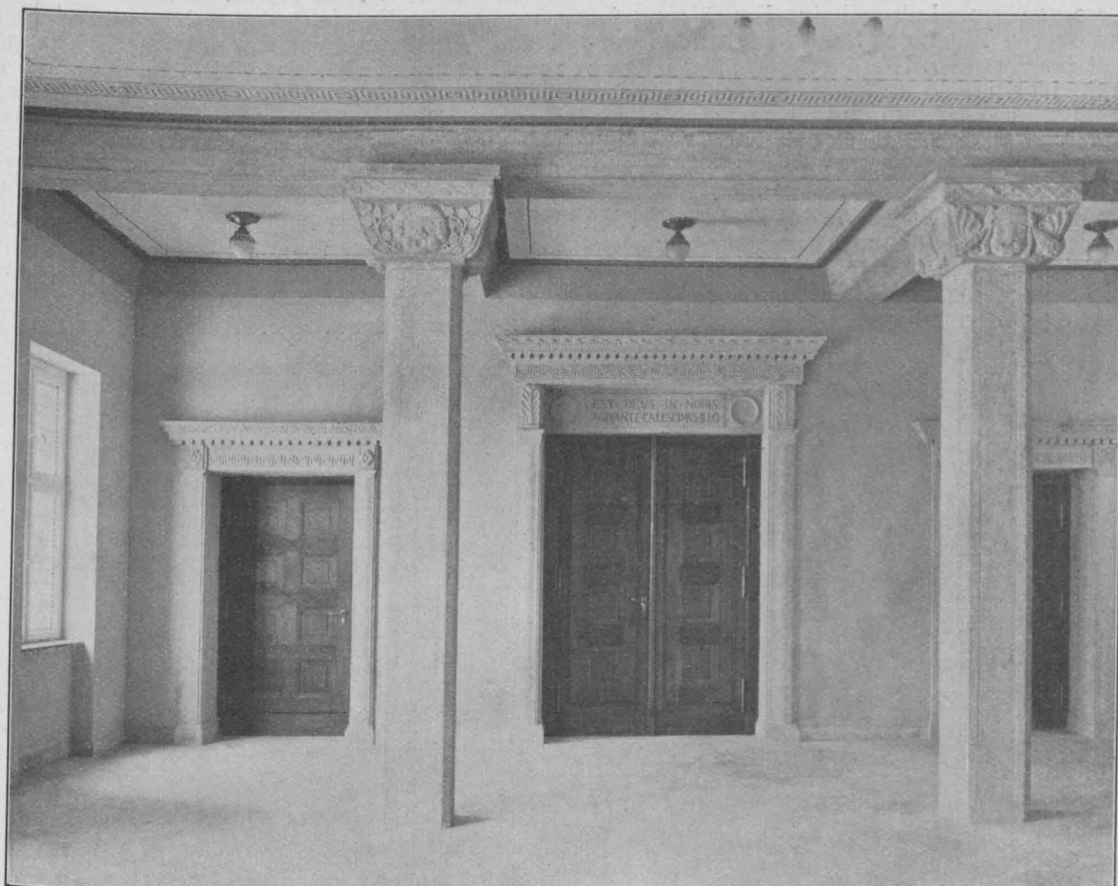
Die Turm- und Treppenhause Pfeiler sind ebenfalls aus Eisenbeton hergestellt. Sämtliche Eisenbetonsäulen und -Unterzüge in den Treppenhäusern sind im Rohmaterial, wie sie beim Rohbau gestampft worden sind, unverkleidet stehen geblieben und nur steinmetzmäßig bearbeitet worden. In das roh gestampfte Material hat der Bildhauer die Kapitelle mit ihrem ornamentalen Schmuck gemeißelt (S. 137). Der Sockel des Schulgebäudes und das Hauptportal (Seite 138) bestehen aus Muschelkalk. Alle übrigen Außenflächen haben Terrasitputz erhalten. Letzterer ist auch als Wandbekleidung der Haupttreppenhallen im Inneren verwendet worden.

Als Fußbodenbeläge sind gewählt: für die Turnhalle nebst Auskleideraum und für die Büchereien 7 mm starkes Korklinoleum, für die Korridore, Unterrichts- und Sammlungsräume 3,5 mm starkes Linoleum, für das Direktor-, Lehrer- und Sitzungszimmer sog. Inlaid Linoleum. Der Festsaal und der zugehörige Gesang-Saal sind mit Stabfußboden aus Eichenholz versehen worden.

Die großen Treppenhallen haben einen Belag aus Solnhofener Platten, die

Haupttreppe einen solchen von Platten aus sächsischem Granit erhalten.
Die Erwärmung der Räume und Korridore

Dachlucke oberhalb der Orgelempore in einen Vorwärmeraum ein. Eine elektrisch betriebene Hochdruck-Zentrifugalpumpe drückt die vorgewärmte fri-



Oben: Halle vor dem Festsaal (I. Obergeschoß). Unten: Haupt-Treppenhaus.
Bildhauer: Hans Schellhorn in Charlottenburg.



erfolgt durch eine Niederdruck-Dampfheizung. Besonderes Interesse dürfte die Frischluft-Zuführung in der Aula haben. Die frische Luft tritt durch eine

sche Luft in den über der Festsaaldecke befindlichen Luftkanal und weiter durch die in diesen eingelassenen durchbrochenen Rosetten von der Saaldecke herunter

in den Saal. Die Abluft geht durch die in den Dachraum führenden Wandkanäle, deren Oeffnungen sich in der Nähe des Fußbodens der Aula befinden. Die von der Saaldecke in den Raum heruntergedrückte frische, vorgewärmte Luft soll eine Umwälzung der nach den oberen Teilen des Saales strebenden warmen Luft hervorrufen. Hierdurch erhält der Raum in allen Schichten, also auch die Orgelempore, eine gleichmäßige Erwärmung und Lufterneuerung.

Für die Reinigung der Sammlungen, Büchereien, der Aula und Turnhalle ist eine elektrisch betriebene Staubsauganlage vorhanden.

Sämtliche Uhren, auch die des Turmes, werden von der im Rathause befindlichen Hauptuhr elektrisch getrieben. Die Uhr im Sitzungszimmer der Lehrer ist gleichzeitig eine Signaluhr, die alle Pausen selbsttätig an- und abklingelt.

ander liegenden Büchergestell-Abteilungen wird vorerst nur ein Teil benutzt.

Das Direktorzimmer ist durch eine Säulensstellung in zwei Teile geteilt. Der eine stellt gewissermaßen den Empfangsraum, der andere den eigentlichen Arbeitsraum dar, der mit einem Eichenpaneel ringsum versehen ist. Dieses birgt durchweg Schränke, die in die Wände eingelassen sind. Für die Lehrer sind zwei Räume nebst einem geräumigen, zum Teil überdeckten Balkon vorgesehen, die beide an den Wänden ringsum Paneele und eingebaute Schränke haben.

Die Turnhalle, durch zwei Geschosse gehend, ist $12 \times 24 \text{ m} = \text{rd. } 290 \text{ qm}$ groß. An der Langseite zieht sich ein Geräteraum von 3 m Breite hin, über diesem liegt der Zuschauerraum, der bei Festlichkeiten auch gleichzeitig als Garderobe dienen soll. Südlich der Turnhalle liegt der Auskleideraum, der zwei große



Haupteingang an der Cranzer-Straße.

Die im Südflügel untergebrachten Unterrichtsräume haben eine Länge von rd. 7,5, 8 und 8,4 m, eine Tiefe von rd. 6,3 m und eine lichte Höhe von 4,1 m. Eine Doppelklasse von $6,3 \times 14 \text{ m}$ südlich der Turnhalle gibt der Schulleitung die Möglichkeit, in Notfällen die Schüler zweier Klassen zugleich zu unterrichten.

Die Lehrer- und Schüler-Büchereien sind so angelegt, daß sie mit Leichtigkeit erweitert werden können. Beide Büchereien sind nach dem bei der königlichen Bibliothek in Berlin verwendeten System angelegt worden und liegen im Erdgeschoß, zum Teil im Kellergeschoß. Von den drei überein-

Schränke für Turnschuhe und Turnjacken hat. Daneben befindet sich der Wasch- und Duschenraum.

Der Turm hat eine Höhe von 48 m über Straßenebene. Die Kuppel, mit 3 m Durchmesser, ist drehbar und mit einem Fernrohrschlitz versehen; sie soll später mit einem Refraktor ausgestattet werden. Der obere Rundgang, von Säulen umgrenzt, dient für den Unterricht in der Heimatkunde. Eine im Geviert 1 m große Oeffnung, die in der Mitte sämtlicher Turmdecken eingelassen ist, ermöglicht die Vornahme von Fall- und Pendelversuchen beim physikalischen Unterricht. —

(Schluß folgt.)

Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden.

Architekten: Heilmann & Littmann in München. (Schluß.)



Wie schon erwähnt wurde, ist die gesamte Tragkonstruktion des eigentlichen Zirkusgebäudes in Eisen ausgeführt. Sie besteht im Wesentlichen aus dem als Kuppel ausgebildeten Dache, den Umfassungswänden in Eisenfachwerk (vergl. die per-

spektivische Skizze der Gesamt-Konstruktion Abb. 1 auf Seite 140), der an den Säulen der Umfassungswand befestigten, und auf den Zwischenstützen innerhalb des Gebäudes gelagerten, ausgekragten Rangkonstruktion und der Eisenkonstruktion des Parketts, der Königsloge und der Proszeniumslogen. Die Sonderentwürfe und Berechnungen zu diesen Konstruktionen sind von der A.-G. Steffens & Nölle in

Berlin-Tempelhof aufgestellt, die auch die Ausführung und Aufstellung bewirkt hat. Wir verdanken dieser Firma die nachstehenden Angaben:

Die Kuppel, als Schwedlerkuppel von angenähert parabolischem Querschnitt, hat eine Spannweite von 47,1 m bis Außenkante; der Grundriß eines jeden ihrer 5 Ringe bildet ein regelmäßiges Dreißigeck, dessen Ecken die Knotenpunkte der Sparren sind; Sparren und Ringe zeigen I-förmigen Querschnitt, je nach Größe der Spannkkräfte und der erforderlichen Widerstands- und Trägheitsmomente aus einem I-Träger (Ring IV) oder aus vier Winkelleisen mit Vergütung hergestellt (vergl. Skizze Abb. 2 S. 140). Auf den obersten Kuppelring ist ein laternenartiger Aufbau, dessen Stiele in den Eckpunkten eines regulären Zehneckes enden, aufgesetzt. Mit Rücksicht auf die beweglichen Jalousien in den Laternenwänden konnten Querstäbe (Diagonalen) in diesen Wänden nicht angebracht werden, es wurde jedoch die seitliche Steifigkeit durch Anordnung von Eckblechen erreicht.

Außer der Eindeckung durch Eisenblech auf Holzschalung und Holzsparren und der inneren Rabitzdecke trägt die Kuppel in ihren Ringen III und IV einen konzentrisch zur Manege, nach früherem also

übrigen Stiele (I, II, VI, VII, VIII, IX, XIII) belastet sind; die Spannkkräfte in den eingemauerten Fachwerken III, IV, V und X, XI, XII sind naturgemäß sehr bedeutend (im Stab y beispielsweise durch Wind allein etwa 100 t), was an diesen Stellen ebenfalls sehr kräftige Fundamente erforderlich machte. Den Querschnitt des Stabes y sowie der Fußplatte III' zeigt die Skizze Abb. 3 (S. 140); für die Zwischenstiele ist I-NP. 25, zum Teil durch Lamellen verstärkt, verwendet.

Die Unterkonstruktion des oberen Ranges ist in der Abbildung 4, S. 140 wiedergegeben (vergl. auch den Querschnitt S. 123 in No. 14). Die Fachwerkträger 1 bis 13, von verschiedener Länge und Auskragung, sind auf die Stiele der Außenwand und auf die Innenstützen oder auf einen zwischen diesen eingehängten Träger „f“ gelagert. In den Knotenpunkten des Obergurtes sind die Belagträger (I-Träger) zur Unterstützung der hölzernen Sitzkonstruktion befestigt, während in den Knotenpunkten des Untergurtes, in dessen Höhe die vorbeschriebenen Windträger a—b, a—c, c—d liegen, eine Rabitzdecke angehängt ist.

In ähnlicher Weise ist die Parkett-Konstruktion ausgebildet, nur war bei ihr die Verwendung ausge-

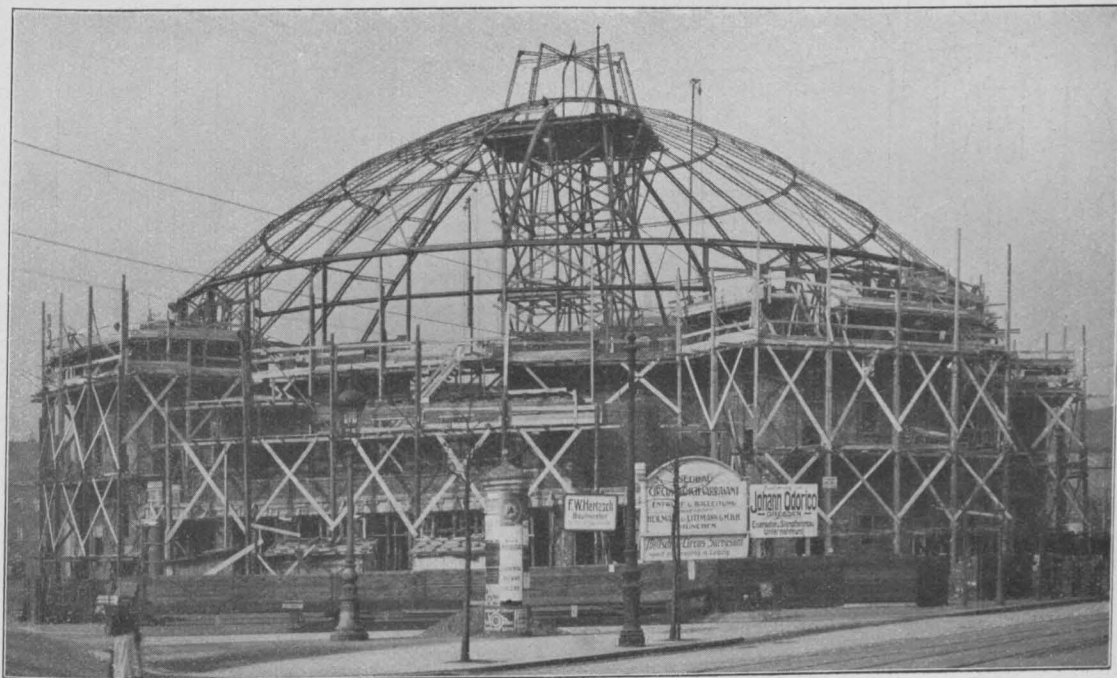


Abbildung 5. Eisenkonstruktion des Kuppelbaues während der Montage.

exzentrisch zur Kuppelmitte, verlaufenden Umgang, der für Belastungen durch Trapezkünstler und Bedienungspersonal, sowie für Hochziehung eines Löwenkäfigs berechnet ist. (Vergl. auch die Schnitte und Einblicke in den Zirkus in No. 14.)

Die Umfassungswand ist eine 25 cm starke Eisenfachwand, deren Stiele auf der schematischen, perspektivischen Darstellung der Eisenkonstruktion (S. 140) mit I bis XIII bezeichnet sind. Die Kuppelfußpunkte XIV und XV liegen innerhalb des Bühnenhauses.

Die in allen Feldern der Mauer erforderlichen Durchgangsöffnungen für Türen und Fenster machten die Anordnung von Diagonalen oder Eckaussteifungen fast unmöglich; zur Anbringung von Verbänden blieben nur die Mauerfelder III—IV—V und X—XI—XII verfügbar; es sind dies die Felder, deren Durchbrechung durch die ihnen vorgelagerten Treppenhäuser verboten war; die Fachwerke III, IV, V, III', IV', V' und X, XI, XII, X', XI', XII' stellen unten eingespannte Freiträger dar; auf ihnen, sowie auf dem Mauerwerk des massiven Bühnenhauses sind die wagrechten, durch die Rangkonstruktion verdeckten Windträger a—b, a—c und c—d gelagert, die ihrerseits durch die wagrechten Windkräfte auf die

kragter Träger nicht erforderlich, da unterhalb des Parketts an allen Stellen eiserne oder gemauerte Stützen errichtet werden konnten.

Weitere Eisenkonstruktionen, zum Teil schwere Blech- und Kastenträger, gelangen im Bühnenhaus als Unterstüßungsträger für das Wasserbecken, sowie als Träger des Bühnenpodiums zur Verwendung.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß zur Montage der Eisenkonstruktion nur ein Mittelgerüst von etwa 12 m Seitenbreite verwendet wurde (vergl. das vorstehende Montagebild), welches den auf Kopfwinden gelagerten und festgehaltenen Druckring der Kuppel trug. Nach Aufstellung der für sich standfesten Außenwand wurden die Sparren und Ringe aufgebracht, der Zugring geschlossen, die Diagonalen eingezogen und schließlich die Kopfwinden entfernt.

Die Eisenkonstruktion ist, wie schon erwähnt, aus Gründen der Feuersicherheit vollständig umhüllt worden; eine Ausnahme macht der an der Kuppel aufgehängte Laufgang. Die Sparren und Ringe dienen dabei zur architektonischen Gliederung der großen Fläche.

Die Kuppel zeigte nach Aufbringung der Eindeckung und Umhüllung eine Durchbiegung von nur 20 mm. —

8 m Spannweite, die in Abständen bis zu 6,5 m angeordnet sind. Zwischen die Unterzüge spannen sich in je 3 m Abstand Längsträger, über welche die 9 und 10 cm starken Deckenplatten gestreckt sind.

Abbildung 1.
Schema des tragenden
Eisengerippes der Wände
und Kuppel.

Durchbildung der Eisenkonstruktion. Sonder-Entwurf und Berechnung
Steffens & Noelle A.-G.
in Berlin-Tempelhof.

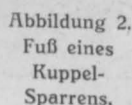


Abbildung 3.
Querschnitt und
Auflagerplatte der
Stütze y.

Abbildung 4.
Stützkonstruktion der Ränge.

balken fort. Die Decke ist unmittelbar über die Unterzüge gestreckt und besitzt bei 6,5 m größter Spannweite bis zu 16,5 cm Stärke. Alle Deckenplatten sind nur nach einer Richtung, aber an beiden Oberflächen mit Eisen armiert.

Einem Einblick in den Stallraum vor Einbau der Stalleinrichtungen zeigt die Abbildung Seite 124 in No. 14. —

Schiffshebwerk mit Seitenschwimmern und stellbaren Riegeln.

Von Ingenieur Baurat Fr. Jebens in Ratzeburg.



Das hier vorzuführende Schiffshebwerk ist, gleich dem einzigen bisher in Deutschland ausgeführten bei Henrichenburg, dessen Grundgedanke vom Verfasser herrührt¹⁾, ein Schiffshebwerk mit Schwimmern. Im Gegensatz zu Henrichenburg sind aber die Schwimmer nicht unter dem Trog in dessen Längsachse angeordnet und tauchen nicht in Schächte, die in den Untergrund abgeteuft sind, sondern sie bewegen sich in über der Erde und seitlich vom Trog in dessen Querachse aufgestellten Zylindern. Außerdem ist eine vollständig veränderte Art der Führung gewählt. Während das Henrichenburger Hebwerk, das eine Hubhöhe bis etwa 16 m besitzt, seinen Zweck bisher in ausgezeichneter Weise erfüllt hat, wird sein System für große Hubhöhen von 30 m und darüber, wie sie z. B. am Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin bei Niederfinow vorkommen, auf alle Fälle zu teuer. Dagegen ist das nachstehend beschriebene Hebwerk auch für solche Hubhöhen durchaus geeignet, einfach in seiner Bauart und sicher im Betrieb, verbraucht wenig Betriebswasser und erfordert nur geringen Motor-Antrieb.

Wie aus den Abbild. 1—3, S. 143, hervorgeht, sind neben dem gemauerten (nicht mit Wasser gefüllten) Becken, in welches der Schiffstrog in tiefster Stellung eintaucht, in der Querachse des letzteren beiderseits je 2 mächtige Eisenzyylinder aufgestellt, in denen die Schwimmer auf- und absteigen. Letztere tragen senkrechte, in sich verstreute Gestänge, die oberhalb der Zylinder in solcher Höhe durch einen Fachwerksträger verbunden sind, daß dieser bei tiefster Trogstellung noch über dem oberen Zylinderrand bleibt. An diesem Querträger ist der Schiffstrog durch ein Gestänge aufgehängt, das sich nach unten bis zu den Enden des ersten ausbreitet, um den Boden an verschiedenen Stellen stützen zu können. Die Zylinder bestehen aus einem Blechmantel mit wagrechten Versteifungsringen, sind aber noch durch die Querbalken *q* (nur in Abbildung 1 eingezeichnet, sonst weggelassen) in (nur in Abbildung 1 eingezeichnet, sonst weggelassen) in solcher Höhe verbunden, daß der aufsteigende Schiffstrog auch in der höchsten Lage nicht gegen sie stoßen kann, und sind nach Erfordern am Fuß durch Abstrebung und Verankerung mit dem Fundament zu sichern. Beiderseits des Troges an der Innenseite sind die wagrechten Versteifungsringe der Zylinder noch durch tangential verlaufende Eisenträger verbunden (Abbildung 4), an denen in der Trogachse die lotrechten Führungsbalken befestigt sind, an denen die Führungsschuhe des Troges auf- und abgleiten.

Auf jeder Seite wird der Trog an drei Stellen geführt, nämlich bei *r*, *s* und *t* (Abbildung 1); die Entfernung der obersten von der untersten Führung beträgt 25 m. Aus den Abbild. 5—7 ist ein Führungsschuh *p* deutlich zu sehen. Um denselben in seine Lage zu bringen, wird er von oben her auf den Führungsbalken gestreift und danach an dem kräftigen Querträger *e* befestigt.

Die innere Länge des Troges ist 70 m, die Breite 8,8 m, die mittlere Wassertiefe beträgt 2,5 m. Die Hubhöhe ist hier zu 30 m gezeichnet, sie kann aber ebensogut auf 36 m ausgedehnt werden (das Gefälle bei Niederfinow). Der Durchmesser der Schwimmer sei wie bei Henrichenburg 8,3 m, derjenige der Zylinder 9,5 m; dann sind ihre Querschnitte 54,1 und 70,9 qm und derjenige des ringförmigen Spaltes zwischen Schwimmer- und Zylinderwand 16,8 qm. Das Gesamtgewicht, das vom Wasser getragen wird, mag angenommen werden zu 3400 t, dann muß die durchschnitt-

liche Schwimmerhöhe $\frac{3400}{54,1 \cdot 4} = \text{rd. } 15,7 \text{ m}$ sein.

Die Abbildungen 1—3 zeigen den Trog in der niedrigsten Lage, die er auch annimmt, wenn die Wasser-Zylinder leer sind, der Auftrieb also fehlt. Das ganze große Gewicht von 3400 t ruht dann auf den vier Pfeilern, die sich senkrecht unter den vier Hauptständern des Troggestänges befinden.

Die 4 Zylinder sind durch ein Fundamentmauerwerk liegendes Rohr miteinander verbunden, der Wasserstand ist daher jeder Zeit in ihnen der gleiche, die Unterstützung der Massen infolgedessen zentrisch. Das Verteilungsrohr hat eine Abzweigung nach außen, durch die sich das Wasser ableiten läßt; die Schwimmer sinken dann gleichmäßig so lange, bis der Trog sich auf die Auflager setzt. Am unteren Ende der Zylinder sind 2 Verengungen vorgesehen, die den Zweck haben, die Geschwindigkeit der Herabkommenden Schwimmer zu vermindern. Sie sind dadurch geschaffen, daß Konsolen im Kreise am Blechmantel angenietet sind; auf diesen liegen Bleche, die durch Schrauben befestigt sind. Die Bleche

lassen sich abnehmen, sodaß man von oben nach unten gelangen kann. Während der ringförmige Spalt am Schwimmer 0,6 m weit ist, läßt die obere Verengung nur einen Raum von 0,3 m frei, die untere von nur 0,1 m.

Ähnlich wie bei Henrichenburg ist jeder Schwimmer mit einem Einsteigerrohr ausgestattet (in der Zeichnung fortgelassen), das so hoch geführt ist, daß die Mündung bei niedrigster Trogstellung über den Zylinderwasserspiegel hervorragt, sodaß also nie von oben Wasser einfließen kann. Nach den am Henrichenburger Hebwerk mit der Dichtigkeit der Schwimmer gemachten guten Erfahrungen (vergl. Zeitschrift d. Vereins deutsch. Ing. 1899, S. 971) dürften besondere Einrichtungen zur Entfernung von Leckwasser kaum erforderlich sein.

Wenn der Trog nach erfolgtem Ab- oder Aufstieg vor einer der beiden Haltungen angekommen ist, wird er verriegelt. Die Abbildungen 5—8 zeigen die Verriegelung mit der Stellvorrichtung. Einer der großen Führungsbalken erscheint in Abbildung 5 im lothrechten Schnitt und ist dort mit *b* bezeichnet, der quer über dem Trog liegende große Querträger mit *e*. An der Stirn des letzteren ist die Platte *p* (Gleitschuh) befestigt. Der Querträger enthält die Lager von vier Schraubenspindeln *i*, die zur Höhenänderung der Riegel dienen. Im Rahmen *k* befinden sich die Muttern. Die Spindeln tragen Räder und um diese ist eine Gelenkkette gespannt. Zur Bewegung dient ein Motor. Die Höhe, um welche die Riegel verstellt werden können, ist zu 2 m angenommen. Die Verschiebung der Riegel geschieht durch Drehung des mit *h* bezeichneten Rades. Dazu ist auch ein Motor nötig. In den Abbildungen sind die Motore fortgelassen. Abbildung 7 zeigt einen Riegelkopf von der Seite. Die Ecken sind abgestumpft, um das Einschieben zu erleichtern. Wie weiter unten erläutert wird, müssen die Riegelrahmen sehr oft verstellt werden. Da sie aber großes Gewicht haben, ist es nötig, dieses auszugleichen, was durch Gegengewichte geschehen kann, die an Seilrollen hängen. (In den Abbildungen ebenfalls fortgelassen.)

Bei ordnungsmäßigem Betrieb werden Schrauben und Riegel wenig beansprucht. Starke Spannungen entstehen dagegen, wenn der Trog leer laufen würde. Das Wassergewicht ist $70 \cdot 8,8 \cdot 2,5 = 1540 \text{ t}$, und wenn dasselbe fehlt, so ist ein Ueberschuß des Auftriebes in derselben Höhe vorhanden, es wirkt in jeder Schraube eine Kraft von je $\frac{1}{4}$, also 385 t. Diese Kraft entsteht allmählich und daher kann die zulässige Spannung für 1 qcm zu 1,5 t angenommen werden. Danach ergibt sich der Kerndurchmesser zu $\frac{385}{1,5} \cdot \frac{4}{\pi} = \text{rd. } 18 \text{ cm}$. Die große Kraft, die nach dem Leerlaufen auf einen Riegelkopf wirkt, ist $\frac{1}{3} \cdot 1540 = 770 \text{ t}$, der Hebelarm 80 cm (Abbildung 5). Der Balken ist durchschnittlich 80 cm hoch, die Stärke an der Auflager-

stelle 40 cm, das Widerstandsmoment daselbst $\frac{40 \cdot 80^2}{6}$

$= 42666$ und die Spannung $\frac{770 \cdot 80}{42666} = \text{rd. } 1,5 \text{ t}$. Zuden Rie-

geln und dem Rahmen könnte man Nickelstahl nehmen.²⁾ Jeder der großen Führungsbalken hätte nach dem Leerlaufen ebenfalls 770 t auszuhalten. Sie sind daher sehr stark gemacht, 1 m breit und zusammengesetzt aus zwei Stabeisen und Blechen, also hohl ausgebildet. Dort, wo die Balken für den Eingriff der Riegelköpfe durchbrochen sein müssen, wird ein großes Futterstück eingelegt und ebenso an den Stößen der Platten und Quadrateisen. Ähnlich wie bei Henrichenburg müssen die Balken mit dem Grundmauerwerk in der Weise verankert sein, daß sie nicht emporgehoben werden können, wenn der Trog leer läuft. Die Balken haben seitlichen Kräften nur zu widerstehen, wenn bei etwaigem Leerlaufen sich gleichzeitig ein kleines Schiff im Trog befindet, also eine exzentrische Belastung eintreten kann. Das Schiff sei halb so lang wie der Trog, nämlich 35 m, belaste nur eine Troghälfte und sei 150 t schwer. Dann entsteht ein Drehmo-

ment, das $150 \cdot \frac{35}{2} = 2625 \text{ mt}$ ist. Die Entfernung der oberen Gleitschuhe von den unteren ist 25 m, mithin der Druck auf eine Backe $\frac{2625}{25 \cdot 2} = \text{rd. } 52 \text{ t}$. Diese Kraft haben auch die Führungsbalken auszuhalten. Dafür sind sie mehr als hinreichend stark.

²⁾ Bei einem genaueren Entwurf ließe sich einiges verbessern. Die Riegelhöhe könnte größer, etwa 1 m, angenommen werden und die Ketten scheiben-Durchmesser etwas kleiner, sodaß der Hebelarm, der hier 80 cm ist, etwas kürzer wird. Das Moment wird dann auch etwas kleiner.

¹⁾ Vergleiche „Deutsche Bauzeitung“ 1899 Seite 467.

Größere Kräfte haben Riegel und Führung auch dann auszuhalten, wenn die Trockenkammer, in welche der Trog bei tiefster Stellung einsinkt, voll laufen würde. Es sind aber weitgehende Vorkehrungen getroffen, daß weder ein Leerlaufen des Troges noch ein Volllaufen der Trockenkammer eintreten kann, namentlich dadurch, daß die Bewegung der Tore von Trog und Haltung völlig unabhängig voneinander erfolgt. Dadurch ist ein Unfall ausgeschlossen, wie er einmal in Henrichenburg eingetreten ist, wo man die Tore gekuppelt hat.³⁾ Da man beim Absteigen des Troges die Kuppelung zu lösen vergaß, öffnete sich das Hubtor am Trog und dieser lief leer aus. Außerdem erhalten die Tore Verschlüsse, welche ein vorzeitiges Öffnen, ehe der Trog dicht an die Haltungen anschließt, verhindern. Zur vollen Sicherheit kann man die Verriegelungen mechanisch von einander abhängig machen.

Die Dichtung des Spaltes zwischen Trog und Haupt geschieht durch aufgeblasene Gummischläuche. In Abbildung 1 (links oben) ist ein lotrechter Schnitt durch eine solche Dichtung dargestellt. An der Stirnplatte am Haupt *a b* sind die Schläuche *c* und *d* mittels Lappen befestigt. Jeder Schlauch steht in Verbindung mit einem Behälter, der Druckluft enthält. Die Behälter sind unabhängig voneinander; würde ein Schlauch platzen, so hält der andere dicht. Beim neuesten Druckwasser-Hebewerk in Kanada hat man ebenfalls Dichtung mit Gummirohren gewählt. Bei Henrichenburg ist die Einrichtung bekanntlich in einer hier nicht verwendbaren Form getroffen.

Oben ist bereits erwähnt, daß die in Abbildung 1 mit *q* bezeichneten Querbalken über dem Hebewerk so hoch angeordnet sind, daß sie auf keinen Fall von den aufsteigenden Teilen getroffen werden können. Der Trog möge oben stehen und unverriegelt sein; er sei durch irgend ein Ereignis leer gelaufen. Durch den Fortfall des Wassergewichtes von 1540 t tauchen die Schwimmer dann auf

um eine Höhe von $\frac{1540}{54,1 \cdot 4} = \text{rd. } 7,1 \text{ m}$. Um diese Größe sinkt der Zylinder-Wasserspiegel gegen die Schwimmer und dabei muß eine Wassermenge durch den Spalt nach unten gehen, die $16,8 \cdot 7,1 = 119 \text{ cbm}$ beträgt. Die Anhebung des Schwimmers über die normale höchste Stellung kann danach nur $\frac{119}{70,9} = \text{rd. } 1,7 \text{ m}$ betragen, ist also nicht bedeutend.

Man kann nun noch annehmen, daß ein Leerlaufen schon eintrat, als der Trog sich noch weiter unten befand. Die Schwimmer mögen, wenn sie oben angekommen sind, so hoch auftauchen, daß sie ganz aus dem Wasser heraustreten. Ihre Erhebung über die normale höchste Stellung ist dann $\frac{15,7 \cdot 16,8}{70,9} = \text{rd. } 3,7 \text{ m}$. Die Balken *q* würden erst getroffen werden, wenn die Erhebung 5 m wäre (Abbildung 1). Noch höhere Erhebungen werden nie vorkommen, da das ganze riesige Gewicht die Massen zurückzieht, sowie die Schwimmer in der Luft sind.

Beim hier beschriebenen Hebewerk ist es notwendig, den veränderlichen Auftrieb der in das Wasser der Zylinder tauchenden Teile auszugleichen. Diese Teile sind das Schwimmergestänge und die Einsteigerohre. Wenn der Trog unten steht, sind diese Teile ganz eingetaucht, also der Auftrieb ist am größten, dagegen Null bei höchster Stellung des Troges. Die Ausgleichung soll hier durch Gewichte erfolgen, deren Seile sich auf Trommeln mit veränderlichem Durchmesser aufwickeln. Die anderen Seil-Enden greifen bei *f* (Abbildung 1) am Trog an und sind oben über zylindrische Trommeln geführt.

Nimmt man die Weite der Einsteigerohre zu 0,5 m an unter der Voraussetzung, daß man bei etwaigen Ausbesserungsarbeiten den Mann an einem Seil herabläßt, so ist der Querschnitt der vier Rohre rd. 0,8 qm. Derjenige des Gestänges der vier Schwimmer kann ebenso groß angenommen werden; der gesamte Querschnitt, der in Betracht kommt, ist also 1,6 qm. Bei dem Hub von 36 m hat man die auszugleichende Kraft $1,6 \cdot 36 = 57,6 \text{ t}$, mithin kommen auf jedes Gewicht 28,8 t. Man kann sie aber etwas kleiner nehmen, ungefähr 25 t und das ist sogar günstig. Der Trog erhält dadurch beim Anfang der Bewegung etwas Beschleunigung und gegen Ende hin etwas Verzögerung.

Bei jedem Abstieg geht der Trog so weit nach unten, bis er sich auf seine Auflager setzt; jeder Aufstieg ist beendet, wenn die Schwimmer auftauchen. Sie müssen daher eine ebene Decke haben, damit nicht hüpfende Bewegungen eintreten. Es ist zu beachten, daß beim Auftauchen der Schwimmer der Spiegel sinkt. Die Decke darf nicht kuppelförmig sein wie bei Henrichenburg. Wenn sich bei

einer Ausführung ergeben sollte, daß die Schwimmer nicht schnell zur Ruhe kommen, so kann man zur Herabminderung der Geschwindigkeit eine Verengung, einen hervorstehenden tellerartigen Rand, oben in den Zylindern anbringen, wie solche auch unten vorhanden sind zur Herabminderung der Geschwindigkeit. Mit der Wasserfüllung der Zylinder richte man sich etwas nach der oberen Haltung. Steht dort das Wasser hoch, so halte man es auch hoch in den Zylindern; bei niedrigem Wasser läßt man etwas ab aus den Zylindern.

Die Widerstände, die bei der Trogbewegung zu überwinden sind, bestehen in dem des Zylinderwassers gegen die Schwimmer, in der Reibung der Gleitschuhe an den Führungsbalken, und in der Reibung, die bei den Ausgleichungs-Vorrichtungen des veränderlichen Auftriebes vorkommt. Letztere ist nicht groß und mag gleich 1 t angenommen werden. Der Druck auf die Gleitschuhe ist bei Sturm am größten. Wir nehmen den Winddruck, bei dem noch Betrieb stattfindet, zu 80 kg/qm an und erhalten dann eine Kraft auf die rd. 300 qm große Trogfläche von $300 \cdot 0,08 = 24 \text{ t}$. Der Reibungs-Koeffizient der Gleitschuhe sei $\frac{1}{6}$. Dann sind also die Widerstände 4 t.

Beim Abstieg geben wir dem Trog eine Mehrlast von etwa 30 t, bestehend in einer Trogwasserschicht von 5 cm Höhe; ebenso groß ist die Minderlast beim Aufstieg. Da nun die mittlere Wassertiefe 2,5 m ist, so folgt die Tiefe beim Abstieg zu 2,55 m und diejenige beim Aufstieg zu 2,45 m. Zur Ueberwindung der Reibung an der Ausgleichungs-Vorrichtung und an den Gleitschuhen waren zusammen 5 t nötig, von den zur Verfügung stehenden 30 t sind mithin 25 t übrig zur Durchdrängung des Wassers durch den Spalt zwischen Schwimmer und Zylinder.

Der Trog sei an der oberen Haltung und verriegelt, die erforderliche Mehrlast sei im Trog. Ein Abstieg möge vorgenommen werden. Die Riegel sind also zurückziehen; dann ist der Trog sich selbst überlassen und folgt dem Gesetz der Schwere. Unter den Schwimmern ent-

steht durch die Ueberlast ein Druck von $\frac{25}{54,1 \cdot 4} = \text{rd. } 0,11 \text{ t}$ für 1 qm. Die diesem Druck entsprechende Geschwindigkeit ist $\sqrt{2 \cdot 9,81 \cdot 0,11} = \text{rd. } 1,4 \text{ m}$.

Beim Durchfließen des Spaltes am Schwimmer-Umfang sind jedoch Reibungswiderstände zu überwinden; deshalb möge die Geschwindigkeit zu 1,2 m angenommen werden. Dann erhält man die Geschwindigkeit des Troges zu $\frac{16,8}{54,1} \cdot 1,2 = 0,37 \text{ m}$. Diese dürfte größer sein, als bei

irgend einem anderen System von senkrechten Hebewerken. Sowie die Schwimmer unten in die oberste Zylinder-Verengung kommen, nimmt die Bewegung ab, und noch mehr ist das der Fall, wenn sie die untere Verengung erreichen. Der freie Raum am Schwimmer ist dort nur 0,1 m weit und sein Querschnitt 2,6 qm. Es folgt die

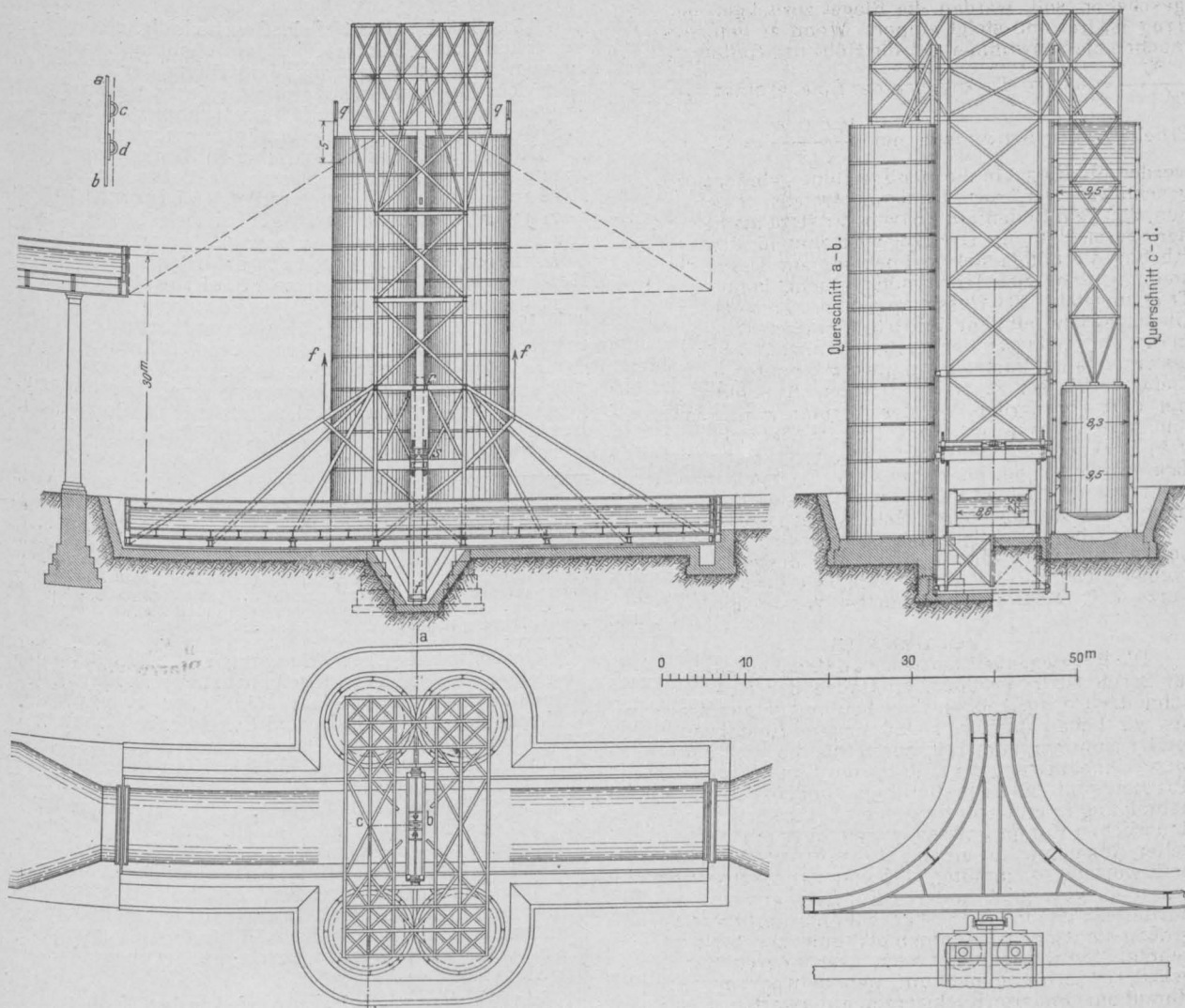
Schwimmer-Geschwindigkeit zu $\frac{2,6}{54,1} \cdot 1,2 = \text{rd. } 0,06 \text{ m}$. Mit

dieser Geschwindigkeit treffen die Massen, deren Gewicht oben zu 3400 t angenommen wurde, auf die Auflager. Die durch die Vernichtung der lebendigen Kraft entstehenden Spannungen sind dann, wie man sich durch Rechnung leicht überzeugen kann, unschädlich. Man könnte sogar die dem Trog zu gebende Ueberlast ruhig auf 15–20 cm erhöhen.

Wenn der Trog auf den Auflagern aufruhet, so befindet er sich in der untersten Lage, die dem niedrigsten Wasserstand in der unteren Haltung entspricht. Er wird nun zuerst verriegelt. Durch die Stellschrauben werden die Riegel in solche Höhe gebracht, daß sie den Löchern der Führungsbalken gegenüber stehen; dann geschieht das Einschieben. In der Regel wird nun der Trog in die Höhe zu schrauben sein, denn der allerniedrigste Wasserstand ist in der unteren Haltung selten vorhanden. Vorteilhaft ist es, den Trog vorher von seiner Mehrlast von 30 t zu befreien, wozu eine Öffnung in der Trogwand mit Schütz dient⁴⁾. Durch dieses läßt man ungefähr 30 cbm ab. Darauf werden die Stellschrauben der Verriegelung wieder in Gang gesetzt und der Trog wird in eine solche Höhe gebracht, daß sein Boden 2,45 m tiefer zu liegen kommt als der Spiegel, der gerade in der unteren Haltung vorhanden ist. Nun kann der Spalt zwischen Trog und Haupt gedichtet, und die weiteren Vorrichtungen können ausgeführt werden, die zum Betrieb nötig sind. Nach der Ausspiegelung von Trog und Haltungswasser wird die Wassertiefe des Troges 2,45 m sein; die Minderlast 30 t. Wenn ein Aufstieg

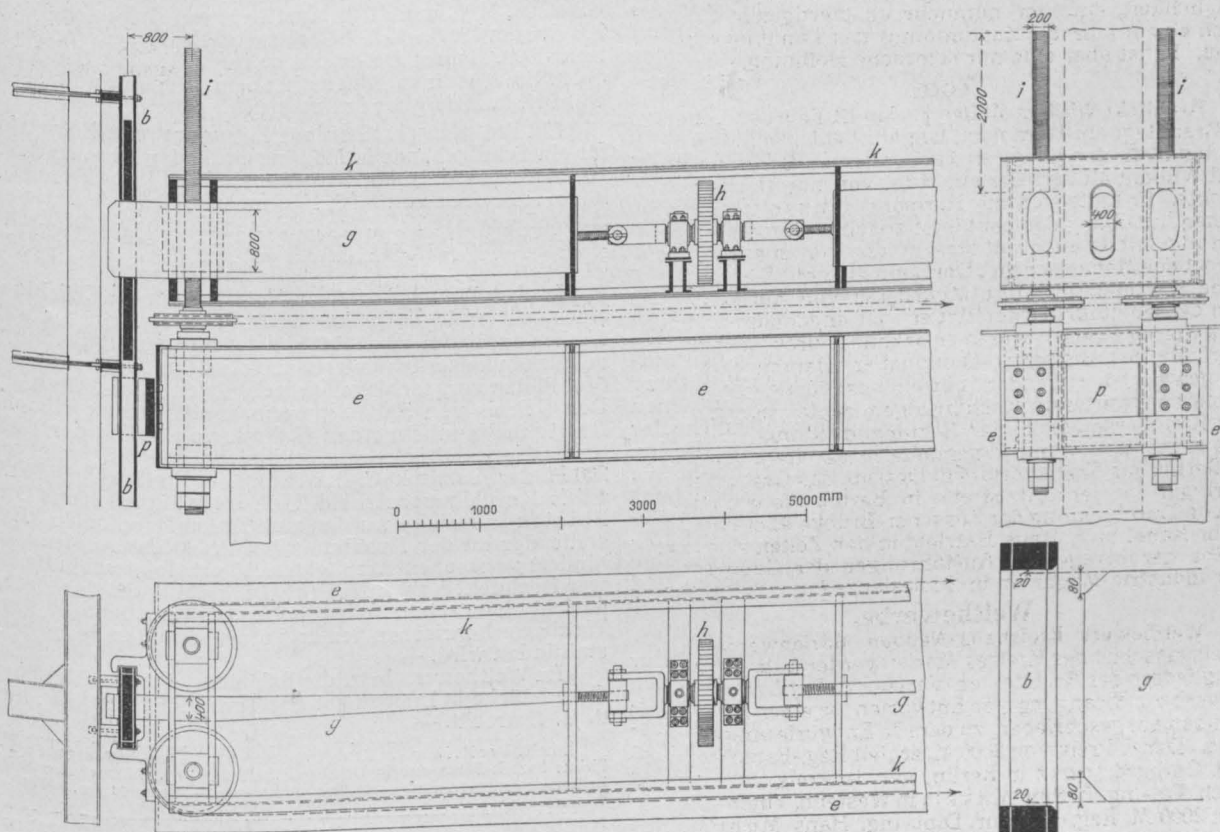
³⁾ Verfasser hatte für Henrichenburg zu einer unabhängigen Bewegung der Tore geraten. Gegen Beschädigung eines Trogtortes durch ein einfahrendes Schiff hat Verfasser eine Sicherheitsvorrichtung in der „Zeitschrift für Arch.- u. Ing.-Wesen“ 1912, S. 83 angegeben.

⁴⁾ Bei einem großen Unterschied zwischen N. W. und H. W. der unteren Haltung (Niederflur zu B. über 2 m) empfiehlt sich ein besonderer Lastausgleich für den Trog vor dem Emporschrauben.



Abbildungen 1—3. Allgemeine Anordnung des Schiffshebewerkes.

Abbildung 4. Anordnung der Führung.



Abbildungen 5—8. Ausbildung der Führung und Verriegelung.
Schiffshebewerk mit Seitenschwimmern und stellbaren Riegeln.

geschehen soll, werden die Riegel zurückgezogen; der Trog ist frei und steigt empor. Wenn er ganz oben ist, tauchen die Schwimmer auf; die Höhe des Auftauchens ist $\frac{30}{54,1 \cdot 4} = 0,14 \text{ m}$. Da zugleich der Spiegel sinkt, so ist die

Erhebung der Schwimmer nur $\frac{16,8 \cdot 0,14}{70,9} = 0,03 \text{ m}$. Nun

werden die Riegel in die richtige Höhe gebracht und eingeschoben. Der Trog wird dann verstellt; er muß so stehen, daß sein Boden um $2,55 \text{ m}$ tiefer steht als der Spiegel der oberen Haltung. Der Trog wird dann für den späteren Abstieg die nötige Mehrlast bekommen. Damit die Verstellung nicht viel Arbeit nötig macht, kann man dem Trog ungefähr 30 t Wasser zugeben. Es entsteht dann Gleichgewicht mit dem Auftrieb. Um diese Wassermenge in den Trog zu lassen, ist ein Becken anzulegen, das höher als ersteres ist; auch ein Pumpwerk ist nötig, um das abfließende Wasser zu ersetzen. Diese Anlagen sind aber nur dort erforderlich, wo der Abstand zwischen Hoch- und Niedrigwasser erheblich ist (bei Niederfinow dürfte kein Becken nötig sein). An der unteren Haltung ist ein Brunnen anzulegen, der das aus dem Trog gelassene Wasser aufnimmt. Seine Entfernung erfolgt durch eine Strahlpumpe, die aus der oberen Haltung gespeist wird.

Der Ab- oder Aufstieg des Troges wird beim hier beschriebenen Hebwerk in etwa 3 Min. ausgeführt werden können. Die übrigen Vorrichtungen erfordern nur sehr kurze Zeit (Ablassung von 30 cbm Wasser durch Schütz

von $0,5 \text{ qm}$ Fläche etwa 10 Sek. , Geschwindigkeit der Trogverstellung 11 cm/Sek. , wie in Henrichenburg). Um Zeit zu sparen, könnte man die Verstellung der Riegel, die nach dem Ab- oder Aufstieg nötig ist, schon während der Trogreisen auf die richtige Höhe vornehmen. Die Dauer der Förderung eines Schiffes beträgt nur wenige Minuten⁵⁾.

Die Vorteile des beschriebenen Werkes sind kurz zusammengefaßt: Volle Sicherheit des Betriebes, Einfachheit, wenige maschinelle Einrichtungen, geringer Verbrauch an Betriebswasser und Motor-Arbeit, wenig Abnutzung, Reparaturen und Schmieröl, große Leistungsfähigkeit, Zugänglichkeit zu allen Teilen und Sichtbarkeit derselben, der Maschinist steht auf der Brücke und hat die Motore und Riegel in unmittelbarer Nähe, erblickt auch immer unter sich den Trog.

Bei den Schwimmern, den großen Wasserzylindern und anderen Eisenteilen kommen niemals Erschütterungen und Stöße vor, wie z. B. bei Brücken. Die zulässige Beanspruchung kann man beim Schiffshebewerk deshalb auch größer annehmen. —

⁵⁾ Die Leistungsfähigkeit kann noch mehr gesteigert werden, wenn Umläufe mit Stromerzeugungs-Vorrichtungen dabei angelegt werden, wie solche vom Verfasser vorgeschlagen sind in der „Zeitschrift für Arch.- u. Ing.-Wesen“ 1910, S. 365. Solche Umläufe brauchen nicht gleich beim Bau des Werkes ausgeführt zu werden, sondern können später hinzugefügt werden, wenn der Betrieb größer wird. Man könnte dann auch erst den unteren Umlauf einrichten, dessen Bau billiger wird als der obere, und der betrieben werden kann durch Wasser, das aus der oberen Haltung kommt und durch eine Strahlpumpe wirkt.

Vermischtes.

Die Angelegenheit des neuen königlichen Opernhauses für Berlin ist im preußischen Hause der Abgeordneten schneller zur vorläufigen Entscheidung gebracht worden, als wir hoffen durften, sodaß unsere Ausführungen in letzter Nummer zum Teil durch die am 13. Februar erfolgte Genehmigung der Anträge der Budget-Kommission überholt sind. Es liegt allerdings zunächst nur eine Genehmigung in erster Lesung vor; die Fürsprecher des bedauerlichen Kompromisses waren aber mit nur vereinzelter Ausnahme, die einen allgemeinen Wettbewerb befürwortete, so einmütig, daß von der zweiten Lesung kaum ein wesentlich anderes Ergebnis erwartet werden dürfte. Es ist ein eigenes Verhängnis um viele unserer großen deutschen Monumentalbauten der letzten Jahrzehnte. Sie werden nicht nach ihrer inneren Bedeutung gelöst, sondern sind mehr und mehr dem parteipolitischen Kampf oder anderen Rücksichten unterworfen. Und dabei ist die Fachgenossenschaft selbst nicht einmal frei von Schuld. Eine leichte Hoffnung erblicken wir nur in der Möglichkeit, daß der nunmehr anzufertigende Entwurf nach einem Jahr die Zustimmung des Landtages finden muß. Es ist aber eine nur schwache Hoffnung. —

Tote.

Architekt William Müller †. Am 12. Februar d. J. starb in Braunlage im Harz nach langem Leiden einer der bedeutenderen der jüngeren Fachgenossen Berlins, Architekt William Müller, der ein Alter von nur 41 Jahren erreichte. Er hatte sich mit Hermann Jansen zu gemeinsamer Ausübung des baukünstlerischen Berufes verbunden und leitete auch mit diesem die von uns früher besprochene Monatsschrift „Der Baumeister“. Der Verstorbene war mehrere Jahre Mitarbeiter von Alfred Messel, von dessen stilkritischer Art er viel angenommen hatte. In weiteren Kreisen wurde er bekannt durch seinen Entwurf für das Bismarck-Denkmal in Hamburg, den er als gewaltigen ruhenden Löwen ausbildete. Zu seinen bemerkenswerteren Ausführungen zählen das Theater der Kammerspiele in der Schumann-Straße zu Berlin, das Krematorium mit Urnenhalle in der Gerichts-Straße in Berlin, das Krematorium in Dessau, das Geschäftshaus Springer in der Link-Straße in Berlin, die baukünstlerische Durchbildung der Zossener-Brücke über den Landwehr-Kanal hier, Haus Hatzfeld in den Zelten sowie eine Reihe hervorragender Ausführungen der Geburts- und der Industrie-Magnaten in Schlesien. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Kreishauses-Neubau Marienwerder. Der Kreisausschuß des Kreises Marienwerder hatte unter den Mitgliedern des Architekten-Vereins zu Berlin einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Kreishauses-Neubau ausgeschrieben, zu dem 76 Entwürfe eingegangen sind. Den I. Preis von 3000 M. erhielt Reg.-Bauführ. Dipl.-Ing. Gerhard Jobst in Berlin, den II. Preis von 2000 M. Arch. Dr.-Ing. Arthur Mäkel in Westend, einen II. Preis von 2000 M. Reg.-Bauführ. Dipl.-Ing. Hans Mühlfeld in Charlottenburg und den III. Preis von 1000 M. Reg.-Bmstr. H. L. Hartwig in Charlottenburg. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Skizzen für den Bau einer evangelischen Kirche nebst Pfarrwohnung und Gemeinde-Saal sowie einer städtischen evangelischen Volksschule mit Turnhalle und Schuldiener-Wohnung in Köln-Ehrenfeld wird vom Oberbürgermeister für in den Rheinlanden ansässige und alle in Köln geborene auswärtige Bewerber zum 16. Juni d. Js. erlassen. 3 Preise von 3000, 2500 und 1500 M.; bis zu drei Ankäufen für je 750 M. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Beigeordneter Rehorst, kgl. Brt. Heimann, Arch. Nöcker und Arch. Perthel in Köln, Prof. Friedr. Pützer in Darmstadt und Brt. Jul. Gräbner in Dresden. Zu Stellvertretern sind u. a. ernannt die Hrn. Prof. Eberhardt in Offenbach und Stadtbauinsp. Klewitz in Köln. Unterlagen gegen 3 M., die zurückerstattet werden, durch die Hochbauabteilung der Stadt Köln. —

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau einer Volks- und Bürgerschule in Bregenz wird für Bewerber aus Vorarlberg, Tirol und Liechtenstein bei drei Preisen von 1500, 1000 und 700 K. und bei zwei Ankäufen für je 300 K. zum 15. April d. Js. erlassen. Unter den Preisrichtern städt. Baurat Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München, Stadtbauinsp. Keckeisen in Bregenz und städt. Ob.-Brt. E. Klingler in Innsbruck. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Schulgebäude in Mödling erläßt der Bürgermeister zum 15. April d. Js. für deutsch-österreichische Bewerber bei drei Preisen von 1400, 1000 und 600 K. sowie von zwei Ankäufen von je 300 K. Unter den Preisrichtern die Architekten Anton Drexler und Brt. Max Fiebing in Wien, sowie Architekt Jos. Höfler in Mödling. —

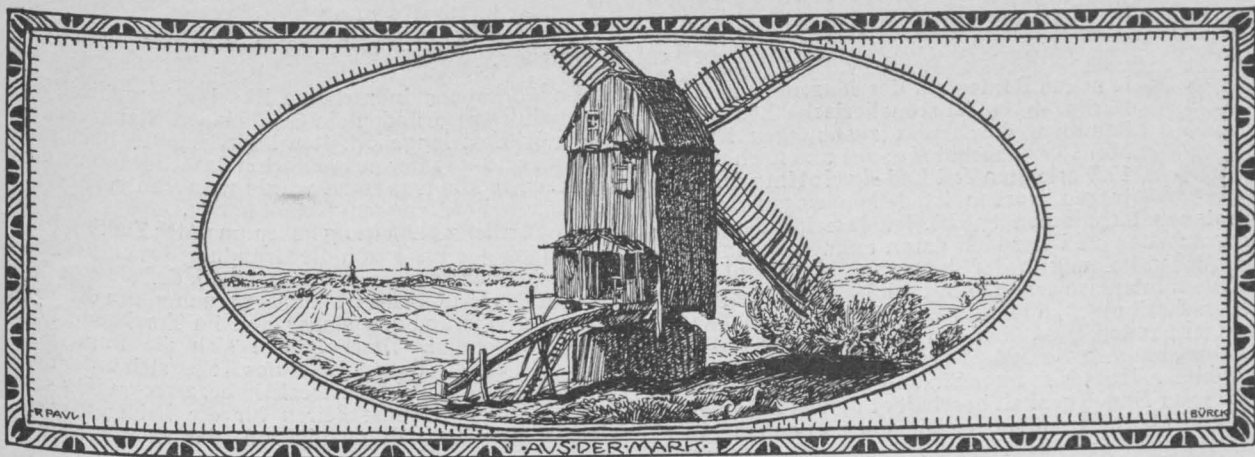
In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für die Errichtung eines Oesterreicher-Denkmales in Freiburg i. Br. zum Andenken an die im Jahre 1713 bei der Belagerung Freiburgs gefallenen kaiserlich-österreichischen Grenadiere, für das drei Plätze vorgeschlagen waren, liefen 57 Arbeiten ein. Den I. Preis von 500 M. gewann der Bildhauer Wilhelm Rahtz in Mannheim; den II. Preis von 300 M. der Bildhauer Karl Albicker in Ettlingen; den III. Preis von 200 M. der Architekt C. A. Meckel in Freiburg. Die Entwürfe der Bildhauer Arnold Rickert in München und Otto Feist in Karlsruhe wurden zum Ankauf empfohlen. Anstelle des an der Ausübung des Preisrichteramtes verhindert gewesenen Architekten Albert Hofmann in Berlin war Architekt Martin Reiher in Freiburg in das Preisgericht eingetreten. Wir glauben, daß noch ein engerer Wettbewerb zwischen den drei preisgekrönten Bewerbern stattfinden wird. —

Im Wettbewerb betr. die Bebauung der Schütte'schen Grundstücke in Bremen ist der Termin bis zum 10. März d. Js. erstreckt. —

Inhalt: Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf. — Zirkus Stosch-Sarrasani in Dresden. (Schluß.) — Schiffshebewerk mit Seitenschwimmern und verstellbaren Riegeln. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Neubau des Realgymnasiums in Wilmersdorf.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 16. BERLIN, DEN 22. FEBRUAR 1913.

Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf.

Architekt: Alfred Solbach, Regierungs-Baumeister a. D., Gemeinde-Baumeister in Schmargendorf.

(Schluß.) Hierzu die Abbildungen Seite 147, 148 und 149.



Der Festsaal ist 16 m breit und 24 m lang, hat also eine Fläche von 390 qm. Diese Abmessungen wurden gewählt, um auch bei Umwandlung der jetzigen Schule zu einer Doppelanstalt ausreichenden Platz für die Schüler zu haben. Zur Erzielung einer guten Akustik ist die obere Wandfläche mit einem etwa 6 cm starken Stipputz bekleidet worden. Die darin eingedrückten 3—4 cm tiefen Löcher und die raue Oberfläche des Putzes wirken schwammartig, fangen also die Töne auf. Die Akustik ist infolge dieser Wandbehandlung sehr gut. Für das Auge erscheint diese raue Fläche, die mit einem rautenartigen dunkelgelben Muster auf grünem Untergrund belebt ist, wie wenn sie mit Stoff bespannt wäre. Ein 2,6 m hohes Eichenpaneel faßt den unteren Teil des Saales ein. Die Decke ist weiß gehalten und mit altgoldartig gefärbten, kräftigen Ornamenten und Rosetten geschmückt. Der anschließende Gesangsraum bildet bei Oeffnung seiner Seitentüren mit dem Festsaal einen zusammenhängenden Raum. Den mit Wappen gezierten Fenstern des Festsaaes gegenüber liegt die Orgel-Empore, die in aufsteigenden Stufen Sitze für 160 Sänger hat.

Das Direktorzimmer hat nach außen hin eine besondere Betonung durch den Erker am westlichen Vorbau erhalten. Dieser und das Hauptportal heben sich von der sonst schlichten Behandlung des Äußeren besonders ab. Die Ornamente der Erkerbrüstung stellen die ernste Arbeit des Lehrers im Gleichnis des Landmannes dar: die Umgrabung des Bodens (der Grabende), die Ausstreuung der Samenkörner (der Säemann) und das Binden der Garben (Garbenbinder). Oben lauert die Katze auf die Maus, der Marder auf die junge Brut, um alles zu vernichten. Gewissermaßen das Böse im Gegensatz zum Guten darstellend. Der Haupteingang weist sowohl durch die Formgebung als auch durch Verwendung des echten Materiales auf seinen Charakter hin. In die Leibungen sind zwei Reliefs, der Eintritt des Kindes in die Schule und die Entlassung des gereiften Jünglings aus derselben, eingemeißelt. Die beiden darüber befindlichen Füllungen versinnbildlichen allegorisch das zarte Kindesalter durch einen biegsamen Weidenzweig, das hoffnungsvolle Jünglingsalter durch ein mit geschwellten Segeln gehendes Schiff.

Die Kapitelle in der Haupthalle sind mit lustigen Ranken und Blumen geschmückt, dazwischen hin und wieder Andeutungen aus dem Leben des Kindes. Im I. Hauptgeschoß ist versucht worden, auf die festliche Stimmung zum Festsaal durch Anbringung von Musikinstrumenten oder Köpfen vorzubereiten, deren Ausdruck und Mundstellung auf das Reden oder Singen hindeuten.

Im Westtreppenhaus ist besonderer Wert auf möglichste Abwechselung und Mannigfaltigkeit der Motive gelegt. Eichenblätter, Glockenblumen, Malven, Astern, Georginen, Weinranken, dann auch Vogelnester, Eidechsen, Schildkröten, Frösche, Mäuse, Heuschrecken, auch die Biene und Spinne, diese den Fleiß darstellend, sind angewendet worden. Damit auch die jüngsten Schüler zu ihrem Recht kommen, ist der Hoteingang zum Westtreppenhaus mit den verschiedensten Märchenbildern belebt.

Hinsichtlich des äußeren Aufbaues ist zu erwähnen, daß die Längsachse des vorderen Korridors mit derjenigen des Festsaaes zusammenfällt und die vor oder hinter jenem Korridor gelagerten Räume ohne weiteres die Tiefe des Festsaaes bedingen. So ergaben sich auch die beiden großen Vorbauten an der Cranzer-Straße.

Die Lage des Haupttreppenhauses, seine Raumgestaltung im Anschluß an die vorgelagerte 120 qm große Halle, ließen die Ausbildung eines Turmes an dieser Stelle erwünscht erscheinen. Hoch über das Ganze hinwegragend, bildet er eine Vermittelung zwischen den ihrer Bestimmung entsprechend wuchtig gehaltenen linken und rechten Flügelbauten. Die Anlage des Grundrisses ergab von selbst eine interessante Gliederung der Gebäudemassen, die an sich schon einen so klaren Ausdruck hatte, daß sie der Unterstützung durch reichere Architektur nicht bedurfte.

Mit der Schulhausgruppe ist das Direktor- und Lehrer-Wohnhaus, in Grundrissen und Ansichten S. 147 dargestellt, lose verbunden. Es erhebt sich in Untergeschoß, 3 Haupt- und in einem Dachgeschoß. Grundrisse und Ansichten zeigen schlichte, aber behagliche Wohnlichkeit. Der malerischen Erscheinung ist durch teilweise Verschiefung der Hauptfassade und der Giebel der Seitenfassaden Rechnung getragen.

Der Architekt hat so mit Erfolg versucht, mit einfachen Mitteln eine Schulhaus-Gruppe zu schaffen, die dem aufstrebenden Berliner Vorort eine Zierde, Lehrern und Schülern jedoch ein freundlich einladendes Heim ist.

Die Bauten auf der Museums-Insel in Berlin vor der Budget-Kommission des preußischen Abgeordneten-Hauses.

Die neuen Bauten auf der Museums-Insel zu Berlin, deren baukünstlerische Lösung bekanntlich durch den zuständigen Kultus-Minister zunächst Messel und nach dessen 1909 erfolgten Tod Ludwig Hoffmann übertragen worden ist, haben wegen der aufgetretenen technischen Schwierigkeiten bei den Gründungsarbeiten und der sich daran anknüpfenden ungewöhnlichen Polemik in der Tagespresse in Fachkreisen lebhaftes Interesse erregt.*) Mit Rücksicht auf die großen Ueberschreitungen, die sich aus der Bewältigung der Schwierigkeiten gegenüber den ersten Kostenanschlägen ergaben, hat sich die Budget-Kommission des preuß. Abgeordneten-Hauses in ihrer Sitzung vom 31. Januar ds. Js. mit dieser Angelegenheit beschäftigt und es haben dabei die Vertreter der zuständigen Ministerien, namentlich des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, sich erstmalig amtlich zu dieser Frage in der Öffentlichkeit geäußert. Ist damit die Frage auch noch keineswegs endgültig geklärt, so wird der nachstehende Auszug aus dem umfangreichen, jetzt vorliegenden Kommissionsbericht doch von allgemeinerem Interesse sein.

Der Berichterstatter der Kommission stellte nach einem kurzen Ueberblick über die Finanzlage der Museumsbauten und nach einer Darstellung der bisherigen Vorgänge bei den Gründungsarbeiten nach den Berichten der Tagespresse an den Minister der öffentlichen Arbeiten die Anfrage, wie es sich damit, namentlich auch mit den Unstimmigkeiten zwischen bisheriger Bauleitung und Ministerium der öffentlichen Arbeiten verhalte, die schließlich zu einer Uebernahme der Gründungsarbeiten durch das Ministerium selbst führten, und ob es richtig sei, daß eine Verzögerung der Arbeiten um 6 Monate eingetreten sei, die bei 2—3000 M. täglicher Wasserhaltungskosten der Grundwassersenkung dem Staat eine finanzielle Benachteiligung von mindestens 1 Mill. M. zufüge und wer die Schuld hieran trage.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten führte dazu aus, daß ebenso wie s. Zt. nach dem zwischen dem zuständigen Kultusminister und Messel abgeschlossenen Vertrag auch für den Vertrag mit Hoffmann die „Ausführung in Bezug auf Revision und Rechnungswesen der Ministerial-Baukommission, und, soweit es sich um Superrevision handele, dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unterstehe“. Ausführung und Abrechnung habe daher nach der Dienstanweisung der Lokalbaubeamten der Staats-Hochbau-Verwaltung zu erfolgen. Während Messel als „Architekt der kgl. Museen“ bei den Neubauten „die Geschäfte des staatlichen Baubeamten versehen sollte“, wurde im Vertrag mit Hoffmann (der ja der Berliner Stadtverwaltung angehört) bestimmt, „daß für die Bearbeitung des konstruktiv-technischen Teiles, für die spezielle Bauleitung, Abschluß der Verträge und für die Abrechnung neben Hoffmann (im Einvernehmen mit diesem) ein staatlicher Baubeamter bestellt werden solle, der für diese Arbeiten die alleinige Verantwortung übernehme“. Als ausführender Architekt wurde dann der bisher im städtischen Dienst stehende Bauinspektor Wille gewählt, der das Amt eines Architekten der kgl. Museen übernommen habe, also Staatsbeamter geworden sei. Bei den großen Schwierigkeiten, welche die Gründung über den vielbesprochenen Kolk boten, habe sich die staatliche Bauverwaltung schließlich verpflichtet gefühlt, einzugreifen und zeitweilig, soweit es sich um die Gründungsarbeiten handelte, die Museums-Bauverwaltung abzulösen. „Selbstverständlich sei dies ein sehr schwerwiegender und schwerer Entschluß gewesen, dessen Konsequenzen man voll übersehen habe, als man ihn faßte. Er betone, daß die staatliche Bauverwaltung nicht mit der geringsten Mißgunst auf die Museums-Bauverwaltung gesehen habe, die sich unter Leitung eines unserer führenden nicht beamteten Architekten befunden habe. Im Gegenteil, man könne sich nur freuen, wenn Staatsbauten, die für Jahrhunderte bestimmt seien, von solchen anerkannten Autoritäten ausgeführt würden, wie es der Geh. Baurat Hoffmann sei. Aus ihrem Eingreifen hätten der staatlichen Bauverwaltung auch gar keine Lorbeeren erwachsen können, weil alles, was dort von ihr geschaffen und gebaut sei, unsichtbar sei und bleibe“.

Ein Vertreter des Ministers der öffentlichen Arbeiten führt aus, daß man von vornherein mit schwierigen Gründungsarbeiten gerechnet und 560 000 M. dafür eingesetzt habe, die ohne den Kolk wohl auch gereicht hätten. Infolge der vom Landtag gewünschten Zerlegung

des Bauvorhabens in mehrere Abschnitte und weil aus wirtschaftlichen Gründen ein Gebäude der Steuerverwaltung möglichst lange erhalten bleiben sollte, habe man nicht gleich die später ausgeführten Bodenuntersuchungen machen können, sonst würde man von vornherein noch höhere Forderungen gestellt haben.

„Die örtliche Bauleitung habe nun unter Zustimmung der zuständigen Instanzen die Gründung des ersten Bauabschnittes derart in Angriff genommen, daß sie eine Absenkung des Grundwasserstandes vornahm, um die Fundamente von Grund aus sicher und im Trocknen ausführen zu können. Hierbei habe sich die Bauleitung überzeugt, daß es, da ein Zipfel des Kolks sich unter dem ersten Bauabschnitt hingestreckt habe, zweckmäßig sein würde, die Gründungsarbeiten für die beiden Bauabschnitte einheitlich durchzuführen, das Steuergebäude abzubauen, den Kolk genauer zu untersuchen und einen einheitlichen Entwurf für die Unschädlichmachung aufzustellen. Es handelte sich um einen Spalt von 30 bis 50 m Breite und über 60 m Tiefe dicht am Kupfergraben.“

Die Bauverwaltung — das heißt die örtliche Bauleitung, die Ministerial-Baukommission und die zuständige Hochbauabteilung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten — habe nun zunächst geglaubt, der entstehenden Schwierigkeiten selbst Herr werden zu können; aber die Sache habe sich als so verantwortungsvoll erwiesen, daß es erwünscht erschien, besondere Fachleute, die in so schwierigen Fällen bereits erfahren waren, zur Mitwirkung heranzuziehen. Zu diesem Zeitpunkt sei demnach vor etwa Jahresfrist die Wasserbau-Verwaltung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in die Prüfung und Erwägung und weitere Projektierung eingetreten.“

Redner wendet sich dann gegen den Vorwurf, daß durch 6 Monate Zeit und 1 Mill. M. an Unkosten verloren worden seien. Selbst wenn man die ganzen 6 Monate als verloren betrachte, so würden sich für die dann umsonst geleistete Wasserhaltung nur 400 000 M. ergeben, außerdem sei die Zeit zum großen Teil angefüllt gewesen mit Abbruchs- und Vorarbeiten, genauen Berechnungen und Projektierungsarbeiten. Die Prüfung der „eifrig durchgearbeiteten“ Vorschläge der örtlichen Bauverwaltung und ihres letzten „sehr sorgfältig aufgestellten Projektes, das aber bei Prüfung durch die Wasserbau-Verwaltung große Bedenken erregt habe“, habe viel Zeit in Anspruch genommen. Die Ausführung des Projektes der Wasserbau-Verwaltung habe dann aber nur die sehr kurze Zeit von 3 1/2 Monaten gefordert.

Die Kosten der bisherigen Arbeiten seien allerdings bedeutend gewesen, nämlich 300 000 M. schon für die Ueberdeckung eines Zipfels des Kolkes im ersten Bauabschnitt, 2,9 Mill. M. (wahrscheinlich noch 100 000 M. mehr) für die Arbeiten der örtlichen Bauleitung (Bodenuntersuchung, Abbruch, Ausschachtung usw.), 1,7 Mill. M. für die Ueberbrückung des Kolkes durch die Wasserbau-Verwaltung, im Ganzen also 4,9—5 Mill. M. Auch wenn man diese Kosten hätte voraussehen können, würde man trotzdem kaum eine andere Baustelle aufgesucht haben, einmal, weil dagegen der Generaldirektor der Museen wohl begründeten Widerspruch erhoben hätte, andererseits aus wirtschaftlichen Gründen, da für die 4000 qm erforderlichen Bauplatzes in der Gegend der Museums-Insel mindestens 40 Mill. M. hätten gezahlt werden müssen.

Die technische Seite der ganzen Frage solle demnächst eingehend in der Fachpresse dargestellt werden.

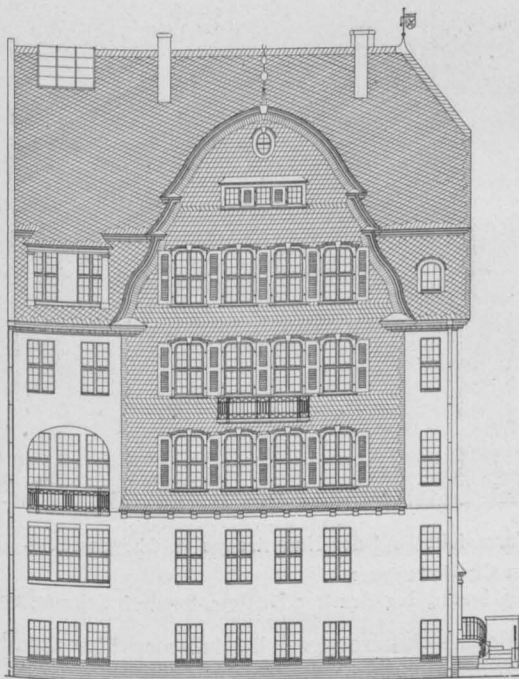
Ein anderer Vertreter des Ministers der öffentlichen Arbeiten erläuterte nunmehr den von der Museums-Bauverwaltung am 26. Juni 1912 eingereichten Hauptentwurf an der Hand eines Modells. „Der Kolk sei unter Grundwassersenkung bis zu einer Tiefe von 14,5 m unter dem gewöhnlichen Grundwasserspiegel abgegraben und habe durch 4 eiserne Zwillingsträger mit einer Spannweite von 49 m überbrückt werden sollen. Die Belastung dieser 4 Zwillingsträger sei außerordentlich hoch veranschlagt worden, nämlich auf 32 000 t. Zur Entlastung sei deshalb ein Schwimmkasten vorgesehen worden, dessen Wände aus Beton und Asphalttschichten bestehen sollten. Dagegen seien folgende Bedenken von der Wasserbau-Verwaltung geltend gemacht worden.“

Auf verhältnismäßig kleinen und leichten Fundamenten von je 6,2 m Breite hätten 32 000 t bei 8,5 kg Pressung auf 1 qcm Bodenfläche gelagert werden müssen. Drei gleich weit gespannte Brücken, mit den schwersten Lokomotiven und Wagen belastet, hätten nur 2000 t Gewicht, also nur den sechzehnten Teil. Man hätte damit rechnen müssen, daß die Träger sich bis 9,5 cm durchbiegen würden. Der Schwimmkasten wäre 2/3 so groß gewesen, wie das Schau-

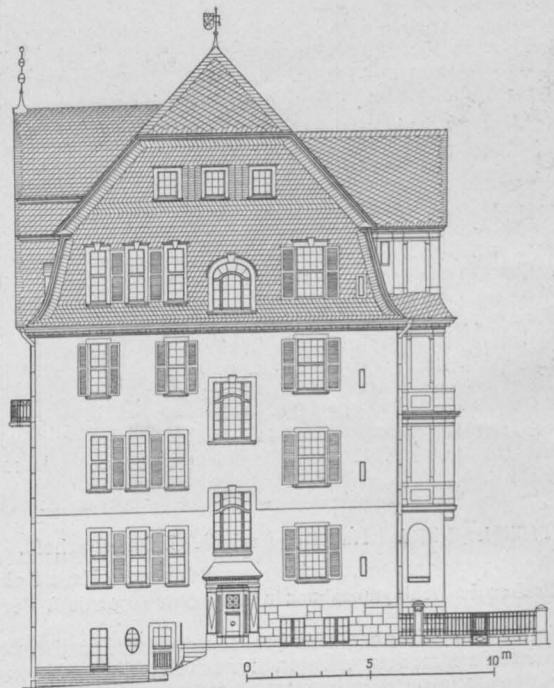
*) Vergl. unsere früheren Ausführungen (Jahrg. 1912, S. 738, 760, 775).



Festsaal. Blick gegen die Ostwand.

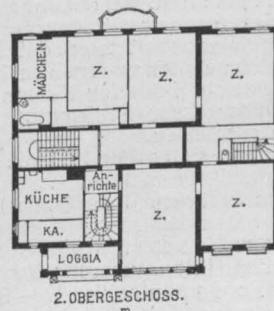
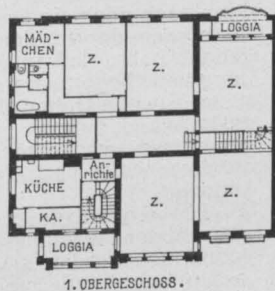
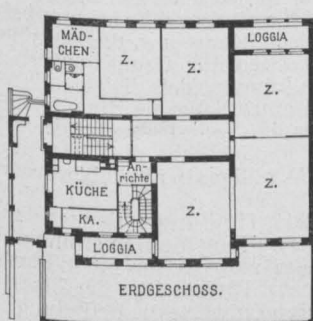


Südansicht (Gartenfront).



Ostansicht (Eingangsseite).

Direktor- und Lehrer-Wohnhaus.



Der Neubau
des Realgymnasiums
in Berlin-Schmargendorf.
Architekt: Alfred Solbach,
Regierungs-Baumeister a.D.
Gemeinde-Baumeister
in Schmargendorf.

spielhaus; die Breite dieselbe, die Länge hier 57 m, beim Schauspielhaus 75 m, und dieses sei 20 m hoch, während der Kasten 16 m hoch sei und 11,5 m tief im Grundwasser hätte stehen sollen, zumal mit Abmessungen der Wände, und in einer Form, die bei der Prüfung Bedenken erregt hätten.

Ob man einen solchen Kasten dicht herstellen könne, sei auch nicht zweifelsfrei. Risse im Beton seien schon bei der Ausführung zu erwarten. Das eindringende Wasser werde zur Rostbildung an den Eiseneinlagen führen und dann der Beton vollends abgesprengt werden. Die Zerstörung werde schnell voranschreiten. Man würde versuchen müssen, durch Lüften, Heizen die Zerstörung zu verzögern. Bei einem Monumentalbau, der für Jahrhunderte bestimmt sei, sei das keine unbedenkliche Lösung.

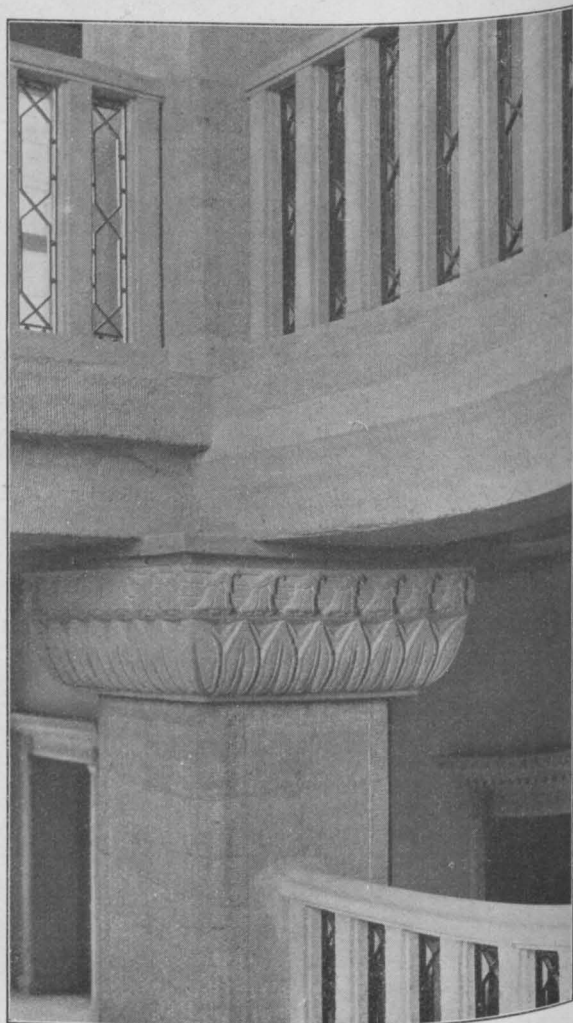
Während des Einbaues der Träger werde man gezwungen sein, das Grundwasser lange tief zu halten, wenigstens bis die aufgebaute Last dem Auftrieb mindestens das Gleich-

mauer des neuen Museums gefährdet hätten, wie sich bei der späteren Ausführung auch unzweifelhaft ergeben habe.

Man habe sich daher zunächst zu einer einfachen Gründungsart entschlossen, nämlich zur Ausführung einer unter Grundwasserhaltung fest einzuschlemmenden Sandschüttung auf der durch Pfahlrammung zu verdichtenden Schlemmasse. Auf der Sandschüttung sei eine druckverteilende Betonplatte vorgesehen. Die Arbeiten hätten wegen der Folgen der lange betriebenen Grundwassersenkung sehr schnell in Angriff genommen und ausgeführt werden müssen. Der Entwurf für das Projekt sei deshalb sofort aufgestellt und schon am 3. September mit der Ausführung begonnen worden. Die Befürchtung, daß bei dem Rammen durch die Erschütterungen das Museum in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, habe sich nicht verwirklicht; die Rammarbeiten seien ohne Schaden verlaufen. Durch die hierbei sich ergebende erweiterte Kenntnis der Baugrubenverhält-



Pfeilerkopf in der Haupttreppenhalle (I. Obergeschoß).



Turmpfeilerkopf der Haupttreppe (I. Obergeschoß).

Bildhauer: Hans Schellhorn in Charlottenburg.

Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf. Arch.: Alfred Solbach, Reg.-Bmstr. a. D., Gem.-Bmstr. in Schmargendorf.

gewicht halten könne. Sollte bei steigendem Grundwasser der Kasten wegen des geringen Sicherheits-Ueberschusses in Schwebbewegung geraten, so würde er leicht alsbald zerbrechen können. Aus diesen Gründen habe er das Projekt nicht für empfehlenswert gehalten. Zu erwähnen sei auch noch, daß die Brunnen der Grundwassersenkung von der Museums-Bauverwaltung so angelegt seien, daß über 30 Stück in den Schwimmkasten gefallen wären. Man habe also diese Brunnenrohre im Anschluß an den Kasten alle dichten müssen oder die Grundwasser-Senkungsanlage in diesem Teil ganz neu bauen müssen.

Redner erwähnt dann, daß er sich schon 1911 mit dem nächstliegenden Gedanken, den Kolk zu überbrücken, befaßt habe, es hätten aber damals für ihn die entsprechenden Unterlagen gefehlt. Auch hätten sich mangels genauer Kenntnis der Tiefenkurven des Kolkes zu große Spannweiten, oder nach einem Entwurf der Museums-Bauverwaltung zu große Tiefen der Fundamentsohle (10 m tiefer als jetzt ausgeführt) ergeben, die namentlich die Nordwest-

nisse habe sich herausgestellt, daß man über dem Kolk ein schiefes Gewölbe von nur 28 m Spannweite herstellen und mit dem Widerlager weit zwischen die Fundamente der schon ausgeführten Gebäude gehen konnte, wodurch auch Platz für diese geschaffen wurde. Daraufhin sei dann auch noch ein Entwurf für ein Gewölbe ausgearbeitet worden, der vor der Sandschüttung usw. die Vorzüge gehabt habe, daß in vier Wochen mit Grundwasserhebung habe begonnen werden können, daß die Gründung sechs Wochen früher als bei einer Sandschüttung fertiggestellt und daß die Hochbauten weit früher in Angriff genommen werden konnten; endlich habe die Gründung auf diese Weise noch 300000 M. billiger hergestellt werden können.

Ein Kommissions-Mitglied fragt danach an, warum der Museums-Bauverwaltung die Bauleitung abgenommen worden sei, warum man es ihr nicht überlassen habe, auf Grund der im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ausgearbeiteten Entwürfe die Gründungs-

Arbeiten auszuführen, und warum sich anscheinend das Kultusministerium um die ganze Sache nicht gekümmert habe. Die durch die Unschädlichmachung des Kolkes entstandenen Kosten seien ja ungeheuer, und die Frage sei nicht von der Hand zu weisen, ob die Bauverwaltung nicht die Schwierigkeiten zu spät erkannt habe.“

Der Minister der öffentlichen Arbeiten wies darauf hin, „daß die Museums-Bauverwaltung zweifellos auch die Gründung sachgemäß hätte ausführen können, wenn sich dem nicht ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten entgegen gestellt hätten. Zunächst habe diese Verwaltung sich auch bemüht, die schwierige Gründung allein durchzuführen, dann sei sie aber Ende 1911 mit dem Wunsch hervorgetreten, von Tiefbau-Sachverständigen unterstützt zu werden. Die von der Museums-Bauverwaltung dann ausgearbeiteten eigenen Vorschläge für die Unschädlichmachung des Kolkes seien aber im Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf begründeten Widerstand gestoßen. Er habe auf Grund des sachverständigen Gutachtens seiner Berater keine andere Stellung einnehmen können, als sich daraufhin für das jetzt ausgeführte Projekt zu entscheiden; denn dieses stamme von ersten, auf diesem Gebiete schon vielfach bewährten Kräften, und zwar von solchen, die ihm als Ressort - Chef verantwortlich seien.“

Ein Vertreter des Kultusministers betont, daß bei diesen großen technischen Arbeiten, für die das Ministerium der öffentl. Arbeiten die Verantwortung allein oder in erster Linie trage, dieses naturgemäß in den Vordergrund getreten sei, und daß das Kultusministerium da nicht habe eingreifen können, wenn ersteres die Ausführung ganz oder teilweise selbst „in die Hand nehmen wolle. Den Worten des Herrn Ministers der öffentl. Arbeiten habe er unter diesen Umständen um so weniger etwas hinzuzufügen, als dieser nicht nur der Tätigkeit des Geh. Baurates Hoffmann, sondern auch der Tüchtigkeit des Bauinspektors Wille Lob und volle Anerkennung gezollt habe.“

Seitens eines Vertreters des Finanzministers wurde noch hervorgehoben, daß der Finanzminister bei den großen Schwierigkeiten und vorausichtlichen Ueberschreitungen darauf habe dringen müssen, „daß der Minister der öffentl. Arbeiten die volle Verantwortung für die tiefbautechnischen Arbeiten übernehme“, besonders mit Rücksicht auf die weitgreifenden Wirkungen der Grundwasserspiegel-Senkung, die unter Umständen hohe Entschädigungs-Ansprüche hervorrufen konnten.

Der Berichterstatter wies schließlich noch darauf hin, daß nach einer Zeitungsmittelung der von den leitenden Architekten ausgearbeitete Gründungsentwurf von Autoritäten auf diesem Gebiete: Geh. Brt. de Thierry, Prof. a. d. Techn. Hochschule zu Charlottenburg, Wasser-Baudirektor Bubendey, Hamburg, und Geh. Hofrat Prof. Engels in Dresden, begutachtet worden sei. „Alle drei hätten das Projekt als den einzig gangbaren Weg bezeichnet, um der großen Terrainschwierigkeiten Herr werden zu können.“

Der Minister der öffentlichen Arbeiten bemerkte, „daß die Gutachten, von denen in dem erwähnten

Artikel die Rede sei, von Persönlichkeiten abgegeben worden seien, die ihm nicht verantwortlich seien. Dagegen seien ihm verantwortlich die Wasserbau-Abteilung mit ihrem Ministerialdirektor und ihren Referenten, und er kenne sie außerdem in ihren Bauausführungen seit Jahren. Die Wasserbau-Abteilung sei ihm dafür verantwortlich, daß der Bau so ausgeführt werde, daß er standhalte, und darum habe er das Gutachten und die technische Auffassung seiner Berater höher stellen müssen, als die anderer



Pfeilerköpfe in den Treppenhallen. Bildhauer: Hans Schellhorn in Charlottenburg.
Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf.

Autoritäten. Die in der Wasserbau-Abteilung tätigen Persönlichkeiten seien Praktiker und Theoretiker, vor allem, was besonders wichtig sei, hervorragende Statiker.“

Hierauf wurde die Etatforderung angenommen und die Sache damit vom etatrechtlichen Standpunkt aus erledigt. Für die Techniker wird sie ihre Erledigung aber erst finden, wenn von beiden Seiten die beteiligten Fachleute ihre Pläne veröffentlicht und begründet haben. Es wird dabei wohl auch die vom Minister der öffentl. Arbeit ausgesprochene Ansicht über das Gutachten von außerhalb der Verwaltung stehenden Sachverständigen beleuchtet werden, die in dieser allgemeinen Form doch recht bedenklich erscheint. —

Bauberatungsstelle und Verwaltung.

Der zielbewußten Arbeit der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ ist es gelungen, der Bedeutung der Bauberatungsstellen für die bauliche Entwicklung der Städte allgemeine Beachtung zu erringen. Die Tätigkeit von Bauberatungsstellen, die richtig in die Verwaltung eingefügt und taktvoll geleitet sind, wird von allen denen, die der Entwicklung der ganzen Bewegung mit mehr oder weniger wohlwollender Aufmerksamkeit gefolgt sind, nicht gering eingeschätzt werden können. Die Erfolge sind zumeist unverkennbar, zum Teil bedeutend.

Es ist nicht immer leicht, die Bauberatung einer Verwaltung gut und zweckmäßig einzufügen und eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Es ist deshalb notwendig, die Voraussetzungen für erfolgreiche Bauberatung klarzulegen. Der Erfolg hängt zunächst in hohem Maße von der Fähigkeit des Beraters ab, das volle Vertrauen der Architekten, Bauherren und Unternehmer zu gewinnen und zu rechtfertigen. Er ist abhängig von dem Maße, in dem es gelingt, eine lose, aber freudig-tätige, kollegiale Arbeitsgemeinschaft zwischen Verwaltung und Bauinteressenten und insbesondere den Architekten im Interesse der guten baulichen Entwicklung der Gemeinde zu schaffen.

In größeren Städten bietet die Angliederung der Bauberatung an die städtische Baupolizeiverwaltung ohne Zweifel sehr viele praktische Vorteile. Der Beratende muß die Bauordnung in jedem Falle völlig beherrschen. Die enge Verknüpfung der Bauberatung mit der Baupolizei sichert eine rasche Beratung, weil der Instanzenweg nicht verlängert wird und die Beurteilung der Verstöße gegen die Bauordnung gleichzeitig mit der beratenden Prüfung der Grundriß- (Wohnwesen!) und Aufriß-Entwicklung erfolgen kann. Sie hat den großen Gewinn, daß der Beratende, wenn er zugleich die Dienstgeschäfte der Baupolizei leitet oder in ihnen arbeitet, für die Wirkung, welche die Bestimmungen der Bauordnung auf die Gestaltung der Bauten notwendigerweise ausübt, ein ganz besonderes Interesse gewinnt und sie aus ganz anderen Gesichtspunkten heraus beobachtend verfolgt, als es im allgemeinen durch denjenigen Beamten der Baupolizei geschieht, der mit der Bauberatung nichts zu tun hat. Die Bauordnung kann durch die Berücksichtigung der Erfahrungen und Beobachtungen der Bauberatung in hohem Maße für die ästhetische, gute bauliche Entwicklung der Städte nutzbar gemacht werden. Es werden der Bauberatung sicherlich in Zukunft manche Anregungen, z. B. bezüglich Abstufung der Vorschriften über Konstruktionen nach Art und Größe des Neubaus usw. zu verdanken sein.

Verbindet sich mit diesem Interesse für das Bauordnungswesen ein gleiches Interesse für die Entwicklung

des Wohnwesens, die der Beratende durch die Verbesserung der Grundrißlösung, der Licht-, Luft- und Sonnenverhältnisse, der Hof- und Gartengestaltung praktisch wesentlich fördern kann, dann gestaltet sich die Bauberatung besonders segensreich.

Der Beratende muß ferner fähig sein, aus den Unterlagen eines Baugesuches heraus rasch und richtig — möglichst unter Ablehnung von leicht irre führenden oder falschen Schaubildern — den geplanten Bau in seiner körperlichen Wirkung vor seinem Geiste erstehen zu lassen, um mit Sicherheit beurteilen zu können, ob sich das Gebäude seiner näheren und weiteren Umgebung gut einfügt. Diese weitere und engere Umgebung muß ihm dazu bekannt, vertraut sein. Für die gute bauliche Weiterentwicklung der Städte auf Grund von Stadterweiterungs- und Bebauungsplänen kann die Bauberatung besonders erfolgreich tätig sein. Dazu ist es aber ebenfalls unbedingt erforderlich, daß ihre Tätigkeit sich auf der genauen Kenntnis des baulichen Organismus der Stadt, der Bebauungspläne und Stadterweiterungspläne, der Bauordnung und des Wohnwesens der Stadt aufbaut. Aus dieser Kenntnis, aus der praktischen Erfahrung auf diesen mannigfaltigen Gebieten heraus entspringen erst alle Richtlinien für eine wirklich groß aufgefaßte Tätigkeit der Bauberatung, ohne die sie ihre Kraft an Einzelheiten verpufft. Der Blick auf das Ganze muß sie leiten! Aus der im Geiste anschaulich und in großen Zügen erfaßten baulichen Ergänzung der Stadt, besser noch aus selbst erdachten Bebauungs- und Stadterweiterungsplänen, aus dem fruchtbaren Boden dieses lebendigen Erschauens heraus muß recht eigentlich die gesamte Arbeit der Bauberatung erwachsen.

Die Ausführungen in dem Vortrag des Beigeordneten Schmidt-Essen, den er in Berlin am 14. Dezember vorigen Jahres auf der Tagung des Bauberatungs-Ausschusses der Zentralstelle für Volkswohlfahrt gehalten hat, sprechen dasselbe aus.

Diese Erkenntnis legt aber auch zugleich dar, an welche Zweige städtischer Verwaltung die Bauberatung anzugliedern ist und welche Vorbedingungen Derjenige erfüllen muß, der die Bauberatung in der Gesamtheit ihrer Aufgaben ausüben oder leiten soll, Vorbedingungen, die für die leitende Persönlichkeit unerlässlich sind. Das Zusammenwirken aller Faktoren, die für die bauliche Entwicklung der Städte und des Wohnwesens von Bedeutung sind, kann nur unter der einheitlichen Oberleitung eines Architekten gesichert werden, indem dieser, von den Erfordernissen des Wohnwesens ausgehend, über die Aufstellung der Bebauungspläne hinweg und — ihre zukünftige Bebauung zugleich anschaulich erlebend und in der Bauordnung bestimmend — durch Ausübung der Baupolizei und Bauberatung dem hohen Ziele feste Wege

William Müller †.

Es gibt ein schönes französisches Wort, das lautet: „L'esprit n'attend pas le nombre des années“. Der Geist wartet nicht auf die Zahl der Jahre! Es findet eine treffende Anwendung auf den Berliner Baukünstler, der uns in verhältnismäßig jungen Jahren, nach langer, schwerer Krankheit aus der Fülle erfolgreichen Schaffens heraus entrisen wurde. Mit Schmerz nur kann man ermessen, was noch von ihm zu erwarten gewesen wäre, wenn das Schicksal diese feine Künstlernatur nicht vorzeitig gefällt hätte.

William Müller wurde am 31. Oktober 1871 in Großenhain als Sohn des dortigen Amtsbaumeisters geboren. Seine fachliche Bildung erlangte er unter Alfred Messel, der damals Lehrer an der Unterrichtsanstalt des königl. Kunstgewerbe-Museums in Berlin war. Dieser empfahl ihn Ludwig Hoffmann für den Neubau des Reichsgerichtes in Leipzig. Darauf war er für Messel tätig, machte sich aber von 1900 ab selbständig und arbeitete zunächst mit Hermann Jansen zusammen. Sein erster größerer Erfolg, der ihn in weiteren Kreisen bekannt machte, war der Entwurf für das Bismarck-Denkmal in Hamburg, für den er den II. Preis errang. Das Motiv war ein ruhender Löwe auf einem hohen Steinunterbau. Wir haben den Entwurf in Jahrgang 1902, Seite 45 unserer Zeitung veröffentlicht. Von ihm rühren ferner her eine Reihe von Bismarcksäulen, deren letzte der Entwurf für ein Bismarck-Denkmal bei Bingen war, das ihn bis zu seiner Erkrankung beschäftigte. Die Denkmalkunst scheint zunächst das Hauptschaffensgebiet des Künstlers gewesen zu sein, denn den Denkmälern für den großen Kanzler schlossen sich zahlreiche Grabdenkmäler in Berlin und in den Provinzen des Staatsgebietes an. Entsprechend seiner Aus-

bildung an einer kunstgewerblichen Lehranstalt war es zunächst das weite und vielseitige Gebiet der Kleinkunst, auf dem er seine Erfolge suchte und fand. Nach und nach schritt er zur völligen Beherrschung des inneren Ausbaues vor, den er mit vornehmer Einfachheit und mit erlesenem Geschmack behandelte. Einen Höhepunkt in dieser Entwicklung bezeichnet der Theaterraum der „Kammerspiele“, den er für Reinhardt schuf. Theatersaal und Vorraum sind Werke seines Geistes, während der Oberausbau des Hauses nicht zu Ende geführt wurde. Die künstlerische Verbindung mit dem seltenen Theaterregisseur Reinhardt, eines Theaterfachmannes von außerordentlicher Anregung, der den Mut besaß, neue Gedanken und Wege, die in der Theater-Literatur andeutet waren, in die Wirklichkeit zu übersetzen, und sie auch wirtschaftlich zu ermöglichen verstand, hatte einen großen Einfluß auf Müller ausgeübt. Reinhardt trug sich mit der Absicht, Müller zu den Entwürfen der Dekorationen seiner großen Ausstattungstücke heranzuziehen. Lange beschäftigte den Verstorbenen im Verein mit Reinhardt das große Problem des „Theaters der 10 000“.

Der architektonische Rahmen für die „Kammerspiele“ steht auf der Grenze zweier Entwicklungsperioden des Künstlers. Die „Kammerspiele“ schließen die Zeit des ausschließlichen Innen-Ausbaues ab und waren zugleich die Ursache für eine Reihe großer Aufträge, bei welchen der Künstler das Gesamt-Gebiet der architektonischen Gestaltung zu bewältigen hatte. Zunächst fand er in Geheimrat von Friedländer-Fuld in Berlin und Oberschlesien einen Bauherrn, der ihn zu einer Reihe von Aufträgen heranzog: zu einem Herrnsitz in Groß-Gorschütz in Oberschlesien, zu großen Gutsbauten in Lanke bei Bernau im Norden von Berlin, zu den baulichen Anlagen der Bergwerke der Emma-Grube, sowie zu verschiedenen Direktoren-, Beamten- und Arbeiterhäusern dieses bedeuten-

weist und es in energievoller, konsequenter Arbeit erreicht. Je höher hierbei die künstlerische Kraft des Geistes ist, die Aufgabe körperlich anschaulich zu denken, je stärker die Fähigkeit und die Energie sind, die einzelnen Gebiete zu überschauen und zu beherrschen und alle Faktoren dieser großen Aufgabe städtebaulicher Tätigkeit zu vereinen und nutzbar zu machen, desto höher wird der Erfolg sein.

Die Bauberaterung ist hierbei das letzte, aber praktisch sehr wichtige Glied der festen Kette, die die aufsteigende Arbeit dieser mannigfaltigen Gebiete verbinden muß. Sie muß die treue Wacht darüber führen, daß die körperlichen Gebilde, mit denen der Erfinder der Bebauungspläne diese — wenn sie etwas taugen sollen — in großen Umrissen beleben muß, den gedachten Vorbildern entsprechen, daß sie sich dem Gesamtcharakter des ganzen Planes gut einfügen und ihn nicht verletzen.

Bauordnungen und Gesetze, u. a. das Verunstaltungs-

Vermischtes.

X. Internationaler Wohnungs-Kongreß. Am 8. Sept. d. J. und den folgenden Tagen wird auf Einladung der Niederländischen Regierung und der Haager Gemeinde-Verwaltung im Kurhause zu Scheveningen der X. Internationale Wohnungs-Kongreß stattfinden. Die zur Verhandlung gelangenden Gegenstände sind: 1. Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande; 2. Verbesserung und Beseitigung schlechter Wohnungen; 3. Wohnungs-Ueberfüllung; 4. Stadterweiterung. Ferner wird den Kongreßteilnehmern durch Ausflüge Gelegenheit geboten werden, von dem, was in den letzten Jahren in verschiedenen Teilen Hollands auf dem Gebiete der Wohnungsreform und des Städtebaues geleistet ist, Kenntnis zu nehmen. Mit dem Kongreß wird eine Ausstellung verbunden sein, durch die die bedeutendsten in Holland auf dem Gebiet der Wohnungsreform erzielten Ergebnisse zur Veranschaulichung gelangen werden. Programme durch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin W., Augsburger-Straße 61. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Plänen für den Neubau eines Kreissparkassen- und II. Dienstgebäudes in Marienburg in Westpreußen wird vom Kreisausschuß zum 31. Mai d. J. für deutsche Architekten erlassen. Es gelangen 3 Preise von 2000, 1500 und 1000 M. zur Verteilung; 2 Ankäufe für je 500 M. sind außerdem in Aussicht genommen. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Geh. Brt. Dr.-Ing. h. c. Steinbrecht, Brt. Schmid, Kreisbmstr. Nitzsche in Marienburg, sowie Reg.- und Brt. Prof. Ehrhardt in Danzig. Unter den Stellvertretern Stadtbrt. Kleefeldt in Thorn. Unterlagen gegen 3 M., die zurückerstattet werden, durch den Kreisausschuß. —

den Kohlen-Industriellen. Für den jetzigen deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, baute er die Schloßanlagen in Kuchelna und Graetz in Oberschlesien um. Für den Prinzen Hohenlohe schuf er Schloß Koschen, ein Jagdschloß und ein Krankenhaus, für den Fürsten Hatzfeld baute er ein Wohnhaus in den Zelten in Berlin um. Ein Schloß in Nudersdorf für die Gräfin Limburg-Styrum, ein Sommersitz bei Fürstenstein für den Fürsten Pless, ein Schloß in Bärfelde und Gutsbauten in Büssow für den Industriellen Huldtschinsky, ein Jagdhaus in Teschlip in Pommern für den Sportsmann Suermondt bezeichnen die ausgebreitete Tätigkeit Müllers für die Geburts- und Finanz-Aristokratie Preußens. Seine ganze Sorgfalt wandte er auch dem Wohnhause zu. In dieser Beziehung bezeichnet das Wohnhaus des Dr. Troplowitz in Hamburg einen Höhepunkt an künstlerischer Reife. Die Landhäuser Schmidlein und Moll in Zehlendorf bei Berlin sind Beispiele für die Liebe, mit welcher der Künstler auch den weniger aufwandreichen Landhausbau behandelte. In dem Geschäftshaus der Verlagsbuchhandlung J. Springer in der Link-Straße in Berlin schuf er einen veredelten Geschäftshaus-Typus, zu dessen bescheidenen Schmuck er den Bildhauer Franz Metzner heranzuziehen wußte.

Die architektonische Ausbildung der „Zossener-Brücke“ in Berlin, die östlich der Belle-Alliance-Brücke im Zuge der Alten Jakob-Straße den Landwehr-Kanal überspannt, war sein Werk. Wie hierdurch, so war er an der Umwandlung des Berliner Straßenbildes auch durch eine Reihe neuer Zeitungskioske beteiligt, die sich durch einfache Form und große Ruhe auszeichnen. Die beiden Krematorien, die er in der Gerichts-Straße in Berlin und in Dessau erbaute — wir haben sie im Jahrg. 1911, No. 54 u. 53 veröffentlicht — sind charakteristische Beispiele für eine mehr malerische und auf das Gemütsleben berechnete Entwicklung des Künstlers bei der Außengestaltung.

Gesetz und die darauf sich gründenden Ortsstatute und besonderen „Anordnungen“ (durch den Regierungspräsidenten), vor allem aber das den Gemeinden zustehende Recht des Bauverbotes an unfertigen Straßen ermöglichen in fast allen Fällen, wenn die beratende Tätigkeit nicht zum Ziele führt, die mehr oder minder grobe Verunstaltung des Stadtbildes zu verhindern. Glücklicherweise lehrt die Erfahrung der meisten Bauberaterungsstellen, daß die praktische Ausübung von Zwangsmaßregeln selten notwendig wird, wenngleich die Wirkung nicht gering einzuschätzen ist, die allein darin liegt, daß sie angewendet werden können. Ihre Anwendung, insbesondere des Bauverbotes der Gemeinden, ist jedoch gegen unzuverlässige und Bauschwindel treibende Unternehmer durchaus geboten, wenn das die Bauberaterung fordert. —

K. Köster, Regierungsbaumeister a. D.
Vorstand der Baupolizei-Verwaltung und der Bauberaterungsstelle der Stadt Essen.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Anlage eines Hauptfriedhofes bei Cannstatt ist durch die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts am 13. Febr. d. J. beschlossen worden. Der Hauptfriedhof soll in einem Umfang von 10 ha und mit einer Summe von 1 100 000 M. auf dem Steinhalden-Gelände bei Cannstatt angelegt werden. Der zum 2. Juni d. J. fällige Wettbewerb für Bewerber deutscher Staatsangehörigkeit betrifft sowohl die Hochbauten, wie auch die gärtnerischen Anlagen des Geländes. Es gelangen 4 Preise von 4000, 2500, 1500 und 1200 M. zur Verteilung; 3 Ankäufe für je 750 M. Im Preisgericht u. a. die Hrn. städt. Brt. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München, Brt. Heim in Stuttgart, Prof. E. Hoegg in Dresden, Gartenarchitekt Hoemann in Düsseldorf, Ob.-Brt. Prof. H. Jassoy in Stuttgart und Stadtbrt. Pantle daselbst. Unterlagen gegen 8 M., die zurückerstattet werden, durch die städt. Registratur in Stuttgart, Rathaus. —

Ein Ideen-Wettbewerb über die Umgestaltung und Bebauung des Rhein-Vorgeländes in Andernach wird zum 1. Aug. d. Js. für Bewerber ausgeschrieben, die am Tage des Ausschreibens des Wettbewerbes bis zum Tage der Einlieferung der Entwürfe ihren Wohnsitz in der Rheinprovinz, im Regierungsbezirk Wiesbaden oder im Großherzogtum Hessen haben. Es gelangen drei Preise von 1500, 1000 und 500 M. zur Verteilung; das Preisgericht ist berechtigt, zwei nicht preisgekrönte Entwürfe zur Auszeichnung mit Anerkennungspreisen von je 300 M. der Stadtgemeinde Andernach zu empfehlen. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Reg.-Bmstr. a. D. E. Fabricius und kgl. Brt. Heimann in Köln, Prof. Friedr. Pützer in Darmstadt, Konservator Prof. Dr. Renard in Bonn, Geh. Brt. Thielen in Koblenz und Stadt-Bmstr. Stein in Andernach. Die Zeichnungen sind 1:1000 für den Lageplan, 1:100 für zwei Straßen-Querprofile, 1:200 für Grundrisse

In einem engeren Wettbewerb für das Vereinshaus der Rechtsanwälte in Berlin blieb Müller Sieger, erhielt aber nicht auch die Ausführung. Für den Gedanken eines großen Sport-Palastes, der in dem heutigen Eispalast auf dem Gelände des ehemaligen Admirals-Bades in der Friedrich-Straße in Berlin von anderer Seite verwirklicht wurde, hatte er schon vor 8 Jahren Entwürfe aufgestellt, zu deren Ausführung aber damals die Geldleute nicht zu finden waren.

Der Verstorbene war auch mehrere Jahre als Lehrer für den inneren Ausbau an der Kunst- und Handwerkerschule in Charlottenburg tätig, ohne aber in der Tätigkeit an dieser Anstalt volle Befriedigung zu finden. Als es sich um die Besetzung einer Professur für den inneren Ausbau an der Technischen Hochschule in Aachen handelte, war William Müller an erster Stelle vorgeschlagen. Das zuständige Ministerium besetzte jedoch die Stelle anderweitig. Es wäre auch fraglich gewesen, ob der Künstler seine Tätigkeit in Berlin mit einem neuen Wirkungsgebiet in Aachen vertauscht hätte.

William Müller war ein glänzender Darsteller, der Form und Farbe durchaus beherrschte und auf der einen Seite mit größter Leichtigkeit schuf, auf der anderen jedoch sich Wochen und Monate mit Einzelheiten, die ihn unbefriedigt ließen, quälen konnte. Die Form eines Stuhles konnte ihn lange Wochen beschäftigen, bis er sich anderen Aufgaben zuwandte. Dem eigentlichen Gebrauchsgegenstand suchte er den Ausdruck eines entwickelten Geschmacks zu verleihen. Auf diesem Wege kam er auch dazu, Innenräume für die Ausstellung in Berliner Warenhäusern zu schaffen.

Es war nicht seine Art, persönlich hervorzutreten. In stiller Genügsamkeit am eigenen inneren Wert schuf er für sich und blickte überlegen auf das Reklame-Getriebe um sich herab. So empfinden wir seinen Verlust in der doppelten Eigenschaft als Mensch wie als Künstler schwer. —

und Ansichten von Wohngebäuden verlangt. Dazu wird ein Schaubild gefordert. Es ist beabsichtigt, den Verfasser der anerkanntesten Stelle ausgezeichneten Arbeit zur Bearbeitung der öffentlichen Anlage und öffentlichen Bauten, die im Bereich des Wettbewerbs-Programmes liegen, heranzuziehen. Das ist in gleicher Weise dankenswert wie die weitere Absicht, die Bauherren für Privatbauten auf die Ergebnisse des Wettbewerbes hinzuweisen.

Der Wettbewerb ist dadurch veranlaßt worden, daß durch die Verlegung der Rhein-Werftanlagen mit den Eisenbahnanschlüssen und den Betriebsgleisen das vor der Stadt Andernach gelegene Rheinvorgelände frei geworden ist. Der größere Teil desselben soll in gärtnerische Anlagen umgewandelt werden; außerdem ist aus finanziellen Gründen sowie um die an der Molitor-Allee stehenden alten Häuser zwischen Neu-Gasse und „Von der Leyen-Straße“ zu verdecken, beabsichtigt, den anderen Teil des Geländes der privaten Bebauung zu erschließen. Die Käufer von Baustellen sollen sich verpflichten, die hier zu errichtenden bürgerlichen Ein- und Zweifamilienhäuser im Stil der rheinischen Bauweise zu halten und nach Möglichkeit harmonisch in das hervorragende Stadtbild von Andernach einzugliedern. Daher werden in erster Linie auch die rheinischen Baumaterialien empfohlen. Holzfachwerk kann in beschränktem Umfang angeordnet werden. —

Der Wettbewerb betr. Entwürfe für den Bau eines deutschen landwirtschaftlichen Arbeiterhauses mit Doppelwohnung und Stall für die landwirtschaftliche Sonderausstellung der Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913 will auch für sein Teil mitwirken an der Besserung der Wohnverhältnisse der handarbeitenden Klassen in Deutschland. Zur Teilnahme berechtigt sind Architekten und ausführende Firmen, die im Deutschen Reich ansässig sind. Wird der I. Preis zuerkannt, so werden dem Verfasser die Ausarbeitung der Werkpläne sowie die Oberleitung des Baues übertragen. Ist der Verfasser eine ausführende Firma, so wird dieser die Gesamtausführung zu den Preisen ihres Kostenanschlages übertragen. Dem Preisgericht gehören u. a. an Arch. R. Brachmann in Leipzig, Baumeister Sebastian in Groitzsch und Geh. Bt. Wanckel in Altenburg. Hauptzeichnungen 1:50; dazu ein Schaubild. Als Bauplatz ist Land in der Nähe eines Dorfes oder Gutes anzunehmen, das Eigentum des Gutsheeren ist. Mit dem Haus sind 6—700 qm Gartenland zu verbinden. Auf genügendes Licht, ausgiebige Lüftung, Beschränkung der Schornsteine, zweckmäßige Herd- und Ofenanlage, einfache Dachform, sowie insbesondere auf Isolierung gegen Kälte, Wärme und Feuchtigkeit wird großer Wert gelegt. Das Raumprogramm fordert eine Vorratskammer oder Vorratskeller von 6—8 qm, eine Wohnküche mit Speisekammer, eine Waschküche, oder statt Wohn- und Waschküche eine Stube und Küche mit Gelegenheit zum Wasche waschen, 2 Kammern, davon eine heizbar, 1 Räucherzimmer von 1 qm Fläche zur dauernden Aufbewahrung von Fleisch- und Wurstwaren, einen Bodenraum, einen Stall für 2 Ziegen oder 1 Kuh, einen Stall für 2—4 Schweine, einen Schuppen und ein Gefäß für Futter und Stroh von etwa 25 cbm, sowie Abort, Düngerstätte und Jauchengrube für 4malige jährliche Entleerung. Die Bauten müssen eine gute künstlerische Haltung zeigen und sich ländlicher Umgebung anpassen. Da überall in Deutschland geeignete Landarbeiter-Wohnungen fehlen, so können die Verfasser die bei ihnen heimische Bauweise berücksichtigen. „Zweckmäßig und billig“ ist der leitende Gedanke. Der Wert der freien Wohnung darf höchstens 20% des Arbeitsverdienstes von 1000 M. ausmachen. Der Wettbewerb soll ermitteln, ob es möglich ist, gute und zweckmäßige Wohnungen für die Bedürfnisse des Landarbeiters zu erstellen, die der Landflucht Einhalt tun können, aber keine erneute Belastung des Betriebes der Landwirtschaft mit sich bringen. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau des Schlachthauses von La Villette in Paris wird von der städtischen Verwaltung für Bewerber französischer Nationalität zum 21. Juni d. J. erlassen. Für den Neubau ist das um rd. 30 000 qm vergrößerte jetzige Gelände bestimmt. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau einer Volksschule in Weipert in Böhmen wird vom Bürgermeister zum 15. April 1913 für deutsch-böhmische Bewerber des In- und des Auslandes bei drei Preisen von 500, 400 und 300 K. erlassen. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Rathauses in Schwerte an der Ruhr sind, ein bedrückendes Zeichen der Zeit, 200 Arbeiten eingelaufen. I. Preis von 1500 M. dem Entwurf „Dem Ver-

dienste seine Krone“ des Hrn. Karl H. J. Schmitz aus Köln; II. Preis von 1200 M. dem Entwurf „Im Dreieck“ des Hrn. Friedrich Becker in Düsseldorf; III. Preis von 900 M. dem Entwurf „Glückauf“ des Hrn. Otto Groth in Dortmund, Mitarbeiter Jakob Pinand in Crefeld-Linn. Zum Ankauf empfohlen die Entwürfe „Urbi“, „Im Rahmen der Mittel“ und „Labor omnia vincit.“ —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein neues Gebäude der Handwerkskammer in Konstanz liefen 31 Arbeiten ein. Den I. Preis von 1000 M. gewann Architekt Fr. Bauer in Konstanz; den II. Preis von 800 M. Architekt Zimmermann in Ueberlingen unter Mitarbeit von Arch. Joh. Kühn in Konstanz; den III. Preis von 600 M. Architekt Glatz in Villingen im Schwarzwald. —

Engerer Wettbewerb betr. katholische Kirche mit Pfarrhaus und Vereinshaus in Hamborn-Bruckhausen. Die Liebfrauen-Kirchengemeinde zu Hamborn-Bruckhausen hatte unter rheinischen Architekten einen engeren Wettbewerb betr. Entwürfe zu einer katholischen Kirche mit Pfarrhaus und Vereinshaus ausgeschrieben. Bei diesem Wettbewerb, bei dem es sich zugleich um eine Platzgestaltung und Neuanlage einer Straße handelte, wurde der Entwurf des Architekten Aloys Böll in Köln a. Rhein als bester bezeichnet und für die Ausführung bestimmt. Dem Architekten wurde auch die Gesamtbauleitung übertragen. —

Wettbewerb Rathaus Zwenkau i. S. Rei einem von der Stadtgemeinde Zwenkau i. S. unter den Architekten der Stadt Leipzig und dem Bezirk der kgl. Amtshauptmannschaft Leipzig ausgeschriebenen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus wurde bei einer Beschickung mit 63 Arbeiten der I. Preis den Architekten Reichel & Kühn, der II. Preis dem Architekten Georg Müller und der III. Preis dem Architekten Fritz Drechsler, sämtlich in Leipzig, zuerkannt. Dem Preisgericht gehörten u. A. an Stadtbaurat, Oberbaurat Scharenberg und Baurat Kösser in Leipzig. —

In dem Preisausschreiben betr. den Sparkassen-Neubau in Wald in den Rheinlanden liefen, auch das ist bezeichnend für die Zeit, 113 Entwürfe ein. Für sie wurden 3 gleiche Preise von je 700 M. und zwar an die Hrn. Aug. Pramann in Düsseldorf, W. Schwagenscheid mit Kurt Amende in Buderich bei Neuß und Josef Köhs mit Joh. Schäfer in Düsseldorf verteilt. Angekauft wurden Entwürfe der Hrn. Hans Tietmann mit Josef Friedrich in Düsseldorf, sowie Gebr. Adam mit Fritz May in Wald. Die Bauausführung wurde Hrn. August Pramann in Düsseldorf nach seinem Entwurf übertragen. —

Im Wettbewerb um das Stipendium der Gottfried Semper-Stiftung der Stadt Dresden ist für 1913 der Architekt Paul Schulze in Dresden Sieger geblieben. —

Im Wettbewerb um den Entwurf zu einem Neubau der Königlichen Kunstakademie in Düsseldorf sind 87 Entwürfe eingeleistet worden. —

In dem Wettbewerb betr. die Warenbörse in Straßburg in Elsaß hatten die deutsch-elsässischen Architekten nach den Erfahrungen mit dem Wettbewerb für das Warenhaus Modern die Forderung nach einer anderen Zusammensetzung des Preisgerichtes, d. h. die Zuwahl zweier, mindestens aber eines weiteren deutschen Preisrichters aufgestellt und im Ablehnungsfalle die Teilnahme am Wettbewerb einmütig abgelehnt. Es haben darauf Verhandlungen mit dem Bürgermeister von Straßburg stattgefunden, der die Erklärung abgab, eine andere Zusammensetzung des Preisgerichtes sei nicht mehr zu ermöglichen, es werde aber im Falle nicht einstimmig getroffener Entscheidungen des Preisgerichtes für die Auswahl eines Entwurfes zur Ausführung ein Obergutachten von deutscher Seite eingeholt werden. Durch diese Zusicherung wurden die Bedenken der deutsch-elsässischen Fachgenossen zerstört und es wurde die Teilnahme am Wettbewerb beschlossen. —

Die Zusicherung des Bürgermeisters ging aber in erfreulicherweise noch weiter und dahin, daß er, soweit es in seiner Macht stehe, es vermeiden wissen wolle, daß französische Fachleute zur Beurteilung elsäß-lothringischer Wettbewerbe zugezogen werden. Ferner bekundete der Bürgermeister die Absicht, auch fernerhin städtische Bauaufgaben von besonderer Bedeutung auf dem Wege des Wettbewerbes der Lösung entgegen zu führen und für die Zusammensetzung der Preisrichte den Rat der einheimischen Architekten-Vereine einzuholen. —

Inhalt: Der Neubau des Realgymnasiums in Berlin-Schmargendorf. (Schluß). — Die Bauten auf der Museums-Insel in Berlin vor der Budget-Kommission des preussischen Abgeordneten-Hauses. — William Müller f. — Bauberatungsstelle und Verwaltung. — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



CHLOSS HIRSCH-
BERG AM HAARSEE
BEI WEILHEIM IN
OBERBAYERN. * AR-
CHITEKT: PROFES-
SOR KARL HOCH-
EDER IN MÜNCHEN-
NEUHAUSEN. * *
WESTSEITE MIT AN-
* * * FAHRT. * * *
=== DEUTSCHE ===
* * BAUZEITUNG * *
XLVII. JAHRG. 1913
* * * * N^o 17. * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. N^o 17. BERLIN, DEN 26. FEBRUAR 1913.

Ein Entwurf zur architektonischen Gestaltung des Urnenhaines des Friedhofes zu Tolkewitz bei Dresden.

Architekt: Willy Meyer in Dresden.

Hierzu die Abbildungen Seite 155, 156 und 157.



Im Urnenhain, welcher das Schumacher'sche Krematorium („Deutsche Bauztg.“, 1911, II., S. 485—489) umgibt, hatte man mit der Aufstellung von Gedenksteinen begonnen, welche in regelloser Art vor die schlanken Fichtenstämme gesetzt wurden. Es waren nun die Mehrzahl dieser Steine von so schlechter

Form und es war der allgemeine Anblick so unbefriedigend, daß sich die „Sächsische Landesstelle für das Kunstgewerbe“ Ende 1911 entschloß, ein Ausschreiben zu veranstalten, um Vorschläge für die Art der Beisetzung von Aschenresten zu erhalten. In diesem Ausschreiben hieß es unter anderem: „Das städtische Krematorium in seiner architektonisch-künstlerischen Gestaltung und mit seinem schönen Waldbestand soll zu einem vorbildlichen Friedhof ausgestaltet werden, einem stimmungsvollen Ruheplatz für die Dahingeschiedenen im Gegensatz zu den geschäftsmäßigen Anlagen unserer sonstigen Begräbnisstätten. An schönen Beispielen sollen die verschiedenen Möglichkeiten, Urnen beizusetzen, gezeigt werden. Für unser Kunsthandwerk ergeben sich hieraus dankbare Aufgaben, wenn von Anfang an auf würdige Qualitätsarbeit gesehen wird. In diesem Sinne vorzugehen, hat auch der Rat der Stadt Dresden in dankenswerter Weise beschlossen und ein Stück des Friedhofes zur Aufstellung vorbildlicher Beispiele zur Verfügung gestellt. Es ergeht daher die Aufforderung, Arbeiten einzusenden und zwar unter folgenden Bedingungen:

Erwünscht sind Entwürfe für Denkmäler, Modelle, Photographien, mit einer bindenden Erklärung, das Denkmal für einen bestimmten Preis zu liefern oder für die Musteranlage zur Verfügung zu stellen. Geldpreise werden nicht erteilt, die ausgewählten Arbeiten sollen jedoch als mustergültig und für das Dresdener Krematorium zugelassen dem Publikum vorgeführt, gegebenenfalls soll auch die Herausgabe eines billigen Heftes mit Abbildungen in die Wege geleitet werden. Die ausgewählten Arbeiten bleiben Eigentum der Urheber.“

Der ästhetisch unbefriedigende Anblick der regellos aufgestellten Steine sollte demnach durch bessere, künstlerische Eigenschaften oder durch andere Anordnung der Steine gehoben werden. An eine architektonische Gestaltung des Urnenhaines hatte dabei Niemand gedacht. Es blieb demnach der vom Preisgericht, bestehend aus den Hrn. Stadtrat Braun, Stadtbaurat Prof. Erlwein, Prof. Gussmann, Stadtbauinspektor Hirschmann, Hofrat Prof. Seiffert, Prof. Dr. Paul Schumann, Prof. Selmar Werner, ganz besonders ausgezeichneten, hier veröffentlichten Arbeit vorbehalten, einen brauchbaren Vorschlag zu machen, wie durch eine architektonische Gestaltung des Urnenhaines der unbefriedigende Gegensatz zwischen der feierlichen Architektur des Krematoriums und der natürlichen Unregelmäßigkeit des Waldes ausgeglichen werden könnte.

Im Erläuterungsbericht dieses Entwurfes wurde vorgeschlagen, für die ganze Anlage einen Rahmen zu bilden, dem sich die einzelnen Kunstwerke gut einfügen und bescheiden unterordnen können. Mit der bisherigen unglücklichen Art der Aufstellung der Gedenksteine sollte gebrochen werden. Künstlerisch wertvolle, freistehende Denkmäler in beschränkter Zahl sollen bevorzugte Stellen erhalten, wo sie gut wirken werden. Um die Trauernden den Blicken Neugieriger zu entziehen und den Grabstellen die Ruhe der Abgeschiedenheit zu sichern, wurde vorgeschlagen, den Hain mit Mauern zu umgeben und den ganzen Friedhof in kleinere stimmungsvolle Friedhöfe einzuteilen. Für diese Einteilung sollten künstlerische und praktische Gesichtspunkte maßgebend sein: Rücksicht auf das Gelände und die Bepflanzung, die Möglichkeit, sich leicht zurechtzufinden, die allmähliche Belegung der einzelnen Teile des Friedhofes usw. Die Mauern sollten, mit Ausnahme der Umfassung, auf beiden Seiten mit Urnen nischen versehen werden. Dadurch wird reichlich die doppelte Anzahl von Stellen geschaffen, als bei der bisher üblichen Aufstellung der Urnen vor den Bäumen. Man stelle, wurde vorgeschlagen, die Mauern je nach Bedarf in mehreren Bauperioden her und erhebe die Kosten von den Stelleninhabern, die ja in diesem Fall die Ausgaben für einen freistehenden

Stein ersparen und nur für eine Urne und für eine Bronzetafel zu sorgen haben. Anschließend an die Mauer könnten nach dem Vorschlag eine Reihe Erbbegräbnisse hergestellt werden. Für die Urnengräber ist ebenfalls eine einheitliche Anlage vorzusehen.

Die Stelleninhaber aber beschränken sich darauf, eine kleine Bronzetafel an der Betonmauer anzubringen, deren Kosten auf die Stelleninhaber verteilt werden. Als Abschluß nach Westen ist eine Urnenhalle als Ergänzung der Urnengräber vorgesehen. —

Die Aufhebung der Reichs-Zuwachssteuer.

Einsichtige und ruhige Beurteiler der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland, Beurteiler von neutraler Haltung, ohne wirtschaftspolitische Parteistellung sind schon längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß an dem wirtschaftlichen Niedergang alles dessen, was mit dem Grund- und Hausbesitz zusammenhängt, also in erster Linie des gesamten Bauwesens und der Geldwirtschaft, soweit sie mit dem Immobilienwesen in geschäftlicher Verbindung steht, die Reichs-Zuwachssteuer einen erheblichen, wenn nicht entscheidenden Anteil hat. Gewiß sprechen bei den Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, welche das Bauwesen so nachteilig beeinflussen, auch die allgemeinen politischen Verhältnisse mit. Eine der Hauptursachen aber für das mangelnde Leben im Grundstücksverkehr und für die seit Jahren fehlende geschäftliche Initiative in der privaten Bautätigkeit ist die Reichs-Zuwachssteuer. Aus zwei Gründen, die einmal in der erneuten Belastung des Grundbesitzes, zum anderen in der fast völligen Unsicherheit in ihrer gesetzlichen Handhabung liegen, sodaß bei geschäftlichen Vorgängen die finanzielle Tragweite ihres Einflusses nicht einmal geschätzt, geschweige mit einiger Zuverlässigkeit vorher bestimmt werden kann. Die Folge ist, daß zahlreiche Geschäfte auf dem Grundstücks- und Bauparkt, die nicht durch das „Muß“ des wirtschaftlichen Wettbewerbes oder durch andere besondere Umstände getrieben werden, überhaupt unterbleiben. Ist schon das direkte finanzielle Ergebnis der Steuer an sich ein gegen alle Erwartungen geringes, das durch die prozessuale Lage, welche die Anwendung der Steuervorschriften hervorgerufen hat, keineswegs gebessert wird, so ist der indirekte Ausfall an Steuererträgen, der dadurch hervorgerufen wird, daß alle die Geschäftszweige und Wirtschaftsgebiete, die mit den Erwerbskreisen zusammenhängen, die durch die Zuwachssteuer getroffen werden, in ihrer Tätigkeit stark zurückgegangen sind oder gar still liegen, so groß, daß das Erträgnis der Steuer nahezu aufgehoben wird. Diese Verhältnisse und Bedenken sind bei den Vorberatungen, die vor Einführung der Steuer in technischen Kreisen in ausgedehntem Maße gepflogen wurden, eingehend erörtert und zur Kenntnis des Reichstages gebracht worden. Leider mit nur geringem Erfolg. Denn die verheerende Wirkung der Steuer für eine Reihe von Tätigkeitsgebieten zeigt sich täglich mehr. Davon wird namentlich auch die Tätigkeit des Privatarchitekten betroffen. Unsere Ständesvertretungen freilich haben sich bisher diesen Schäden am Wirtschaftsleben des Architekten gegenüber passiv verhalten. Sie erörtern wohl mit schönem Eifer Ständesfragen; Existenzfragen aber, die sich aus der deutschen Steuerpolitik der Gegenwart ergeben haben zu behandeln — ach nein, das ist nicht ideal. Und der in Vereinen und Verbänden zusammengeschlossene deutsche Techniker soll nur ideale Interessen verfolgen, wenn auch oft unter Entbehrungen oder hungernd. Von dieser Seite also ist bei der bisherigen Untätigkeit trotz des erkannten Notstandes des Bauwesens nichts zu erwarten.

Nicht ohne neidvolle Anerkennung kann man da beobachten, wie die Gegner, auf deren Agitation hin unter Ausnutzung eines geschickten Schlagwortes die Steuer geschaffen wurde, auch heute noch für diese kämpfen, obwohl sie es mit dem Bewußtsein tun, für eine verlorene Sache zu wirken. Ein soeben durch verschiedene Tagesblätter gehender Aufsatz von Adolf Damaschke, dem Vorsitzenden des „Bundes Deutscher Bodenreformer“, behandelt nicht etwa die Reichs-Zuwachssteuer mit der Hauptsache in ihrem finanziellen Ergebnis — dieses wird nur gestreift —, sondern „als Erzieherin“. Unter Anführung einiger ausgesuchter Beispiele wird darzulegen versucht, welchen Schäden in der Praxis die Zuwachssteuer durch ihre „erziehlische Bedeutung“ abgeholfen habe. Es ist jedem Kundigen bekannt und es wäre müßig zu leugnen, daß sich mit der Zeit auf den von der Zuwachssteuer betroffenen Gebieten schwere Schäden entwickelt haben. Jedoch nur auf diesen Gebieten? Und ist die Steuer deshalb eingeführt worden, um hier zu gesunden? Wir meinen, sie wäre eingeführt worden, um ein Erträgnis zu liefern, das der Geldnot des Reiches dienen könnte. Aber Damaschke sagt selbst: „Der finanzielle Erfolg dieser so

viel umkämpften Steuer ist bescheiden“. Um so wichtiger aber sei die erziehlische Bedeutung. Es werden dann hierfür einige wenige Fälle angeführt und es wird schließlich gesagt: „Die Geschäfte, die durch diese Steuer erschüttert werden, die müssen erschüttert werden, wenn überhaupt ein Gesundungsprozeß auf unserem großstädtischen Grundstücksmarkt einsetzen soll“. Trotz dieses summarischen Urteiles für die Steuer aber kommt der Verfasser zu dem Schluß: „Eine Reform des Gesetzes wird allerdings eintreten müssen, wenn vielleicht noch die Erfahrungen von zwei oder drei Jahren vorliegen. Diese Reform wird vor allem eine Vereinfachung der Durchführungs-Bestimmungen bringen müssen, ein Ausschalten all der kleinen und kleineren Geschäfte“. Was aber von den Erträgen der Steuer dann noch übrig bleiben würde, sagt der Verfasser nicht. Ihm genügt die Eigenschaft der Reichs-Zuwachssteuer „als Erzieherin“.

Sehr vorteilhaft heben sich von diesen agitatorischen Äußerungen die Ausführungen über die Steuer ab, die von dem Abgeordneten Bartscher in der 131. Sitzung des preußischen Hauses der Abgeordneten am 13. Febr. 1913 gemacht wurden. Hr. Bartscher bezeichnet sich als alten Grundbuchführer und macht seine in hohem Grade beachtenswerten Ausführungen auf Grund der Kenntnisse und Erfahrungen, die er in dieser Eigenschaft in Steuer- und Stempelsachen gesammelt hat. Er bezeichnet sich zugleich in dieser Frage als objektiv, denn er besitzt weder Ar noch Halm und vertrete obendrein einen großindustriellen Wahlkreis. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände erscheinen uns die Ausführungen Bartschers so wertvoll und in so hohem Grade beachtenswert, daß wir sie mit nur ganz geringen Auslassungen hier wiedergeben:

„Es wird gewiß Niemand behaupten wollen, daß die Erwartungen, die man an die finanziellen Ergebnisse der Zuwachssteuer geknüpft hat, auch nur einigermaßen in Erfüllung gegangen sind. Trotzdem die Steuer sich gleichsam schon im Beharrungszustande befindet, sind ihre Erträge überaus gering. Dies und einige andere Umstände veranlassen mich, der Zuwachssteuer einige Betrachtungen zu widmen.

Unzweifelhaft ist die Reichs-Zuwachssteuer von einschneidendster Bedeutung für unser ganzes Wirtschaftsleben geworden. Wenn je, so hat gerade diese Steuer gezeigt, daß eine an sich durchaus gesunde Idee, nämlich die Besteuerung des unveränderten Wertzuwachses, gesetzlich verwirklicht, überaus böse Folgen zeitigen kann. Die Bodenreformer versprachen sich von der Wertzuwachssteuer eine Gesundung der Bodenspekulation und damit eine Verbilligung von Grund und Boden, insbesondere auch der Mieten. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Spekulation es meisterhaft verstanden hat, die Steuer abzuwälzen, ja sich ihr direkt zu entziehen. Ich erinnere in letzterer Beziehung nur an die gerichtlichen Zwangsversteigerungen, die hier in Berlin hinsichtlich des sogenannten herrenlosen Landes vorgenommen worden sind. Grund und Boden sowie die Mieten sind aber durch die Wertzuwachssteuer nicht nur nicht billiger, sondern teurer geworden. Das ist auch ganz natürlich; denn jede Steuer muß notwendig verteuern wirken.

Am schwersten getroffen worden sind aber durch die Zuwachssteuer der ehrliche Grundstückshandel sowie das Baugewerbe. In vielen Gegenden ist eine vollständige Lähmung des Grundstückshandels und damit der Bautätigkeit eingetreten. Dies wird sich insbesondere auch aus den Ergebnissen der Katasterämter näher nachweisen lassen. Dazu kommt die ungeheure Belästigung und Beunruhigung derjenigen, die Kaufgeschäfte über Liegenschaften abschließen. Um den Wertzuwachs einigermaßen genau ermitteln zu können, sind die Zuwachssteuerämter zu zahlreichen Ermittlungen gezwungen. Das hat viel Scherereien und Laufereien des Publikums, sowie viel Ärger und Verdruß im Gefolge.

Am übelsten sind die Notare daran. Der Notar soll alles wissen; von ihm wird auch verlangt, daß er beim Kaufabschluß genau die Höhe der Zuwachssteuer angibt. Das ist jedoch in den meisten Fällen einfach unmöglich. Aber Käufer und Verkäufer haben zweifellos das größte

Interesse daran, genau zu wissen, wie hoch die gesamten Kosten des Verkaufes sich stellen. Man versteht es dann einfach nicht, wenn der Notar, der doch das Gesetzbuch

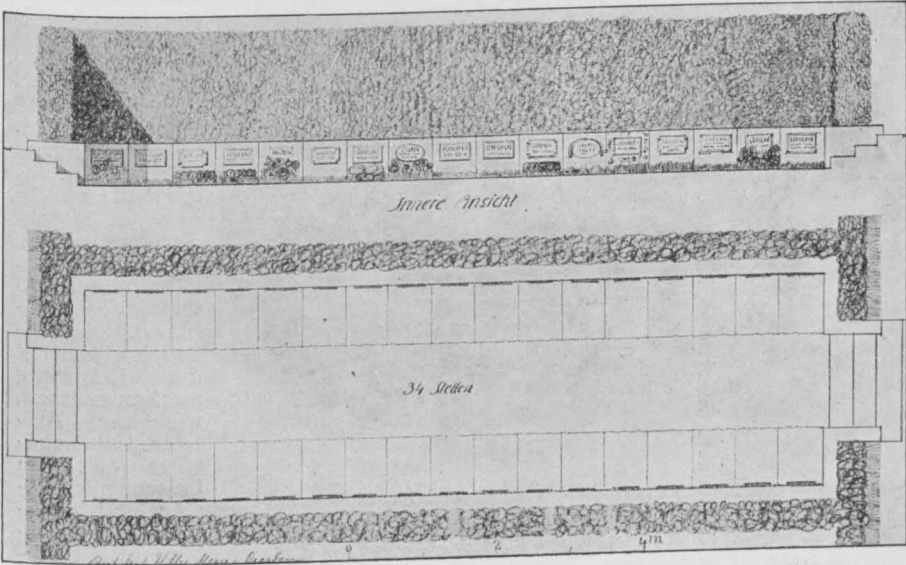
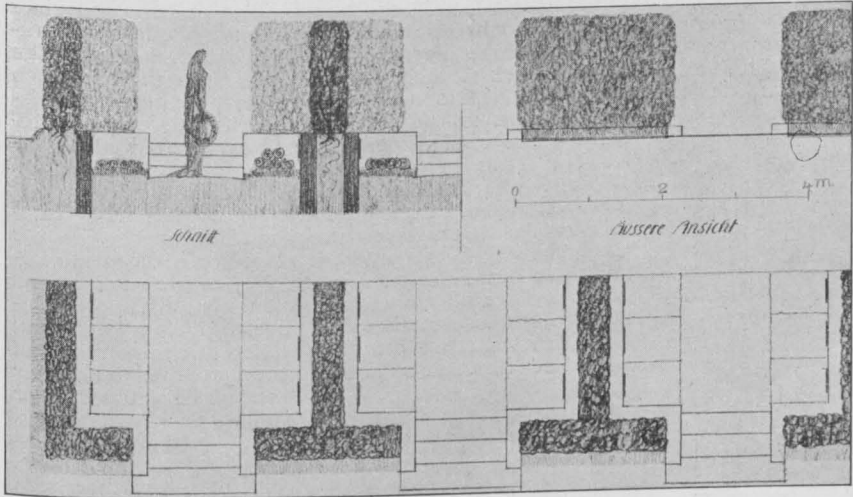
gezogen. Aber auch deren Arbeit ist nicht gering. Denn die Mitteilungen der Eigentumsveränderungen an die Zuwachssteuerämter, die Feststellung des früheren Wertes usw. verursachen viel Schreibwerk und Mühe. Ganz gewaltige Kosten werden allein durch diese gerichtliche Tätigkeit verschlungen.

Die Mühlen und Arbeiten der Zuwachs-Steuerämter will ich gar nicht erst näher schildern. Ich glaube aber nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß in 90 von hundert Fällen alle Arbeit obendrein umsonst geleistet wird, weil kein zu versteuernder Wertzuwachs in Frage kommt. Welche Kraft und wieviel Geld werden also unnütz durch dieses Gesetz aufgewendet! Da aber, wo eine Veranlagung vorgenommen wird, ist in den meisten Fällen noch eine Klage mit allen ihren Unannehmlichkeiten und Kosten die Folge.

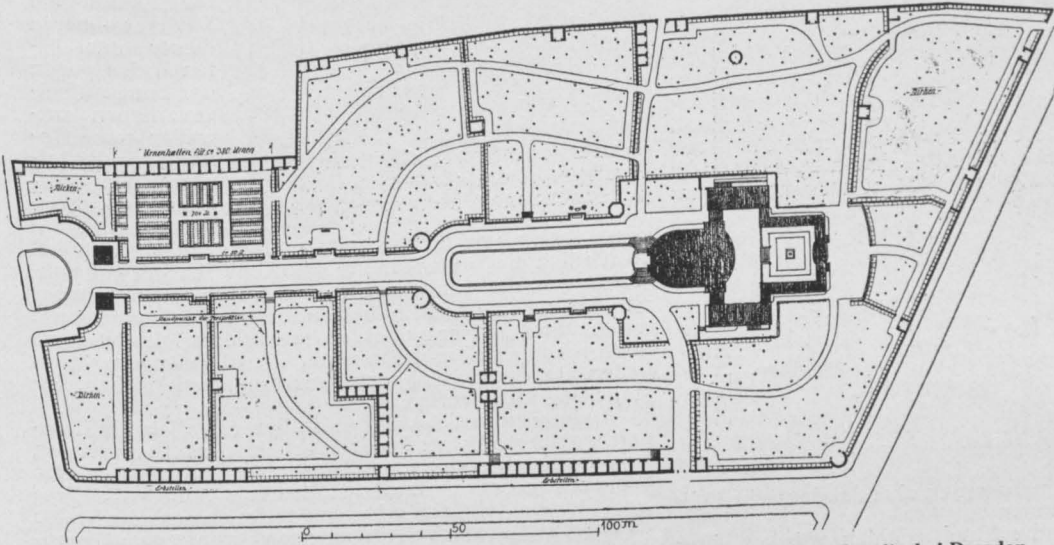
Ich bin gezwungen, in diesem Zusammenhang noch auf etwas Anderes hinzuweisen. Die Zuwachssteuer war gedacht als Ersatz für die Reichs-Umsatzsteuer. Letztere ist im Jahre 1909 vom Reich eingeführt worden und beträgt $\frac{2}{3}\%$. Bei Inkrafttreten der Zuwachs-Steuer, spätestens aber im Jahre 1912, sollten nach gesetzlicher Bestimmung $\frac{1}{3}$ der Umsatzsteuer in Wegfall kommen. Die Umsatzsteuer sprang nun aber gleich mit beiden Füßen in den Beharrungszustand. Der Stempel brachte etwas ein, und so ist es denn auch durchaus erklärlich, daß das Reichsschatzamt die vollen $\frac{2}{3}\%$ der Umsatzsteuer neben der Zuwachssteuer beizubehalten wünschte; dies um so mehr, als man im Reichsschatzamt auf die Einnahmen aus der Zuwachssteuer wohl von vornherein keine allzu großen Hoffnungen gesetzt

hat. Die Zuwachssteuer ist für das Jahr 1913 mit 18 Millionen veranschlagt; sie steht also in gar keinem Verhältnis zu den Erhebungs-Kosten usw. Wegen ihres geringen Betrages ist denn auch der volle Umsatzstempel mit $\frac{2}{3}\%$ neben der Zuwachssteuer vorerst vom Reich beibehalten worden. Nun liegen die Dinge aber doch so: es war nur eine Besitz-Steuer vom Grundbesitz geplant und zwar die Zuwachs - Steuer. Jetzt aber werden vom Reich zwei Besitzsteuern vom Grundbesitz erhoben, nämlich die Zuwachs - Steuer

und die Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer war aber nur als Notbehelf gedacht, sie sollte nur so lange bestehen — das ist ausdrücklich im Gesetz gesagt —, bis die Zuwachssteuer sich bezahlt machen würde. Man hoffte, im Jahre 1916 sie wieder ganz beseitigen zu können; 1912 sollte das



Anordnung der Urnengräber.



Ein Entwurf zur architektonischen Gestaltung des Urnenhaines des Friedhofes zu Tolkewitz bei Dresden.
Architekt: Willy Meyer in Dresden.

vor sich liegen hat, den Wert der Zuwachssteuer nicht berechnen kann.

Aber nicht nur den Notaren, nein, auch den Behörden macht das Gesetz die allergrößten Schwierigkeiten. Am wenigsten werden noch die Gerichte in Mitleidenschaft

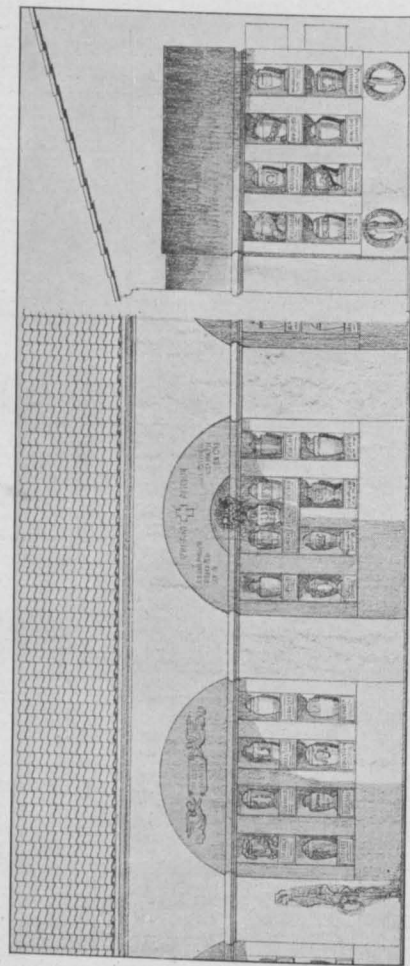
erste Drittel und im Jahre 1916 das zweite Drittel fortfallen. Die bisherigen Ergebnisse der Zuwachssteuer haben nun aber unzweideutig dargetan, daß diese Steuer niemals das einbringen wird, was man von ihr erwartet hatte. Trifft das aber zu, dann sollte man meines Erachtens auch die Konsequenzen ziehen, das heißt, man sollte die wie ein schwerer Alp auf dem gesamten Wirtschaftsleben lastende Zuwachssteuer wieder beseitigen. Das Reichsgesetzblatt würde dann

worden, von der Zuwachssteuer überhaupt abzusehen und statt dessen $\frac{1}{3}\%$ zu dem bestehenden $\frac{2}{3}\%$ igen Umsatzstempel zu schlagen, sodaß man es also da mit einem runden und leicht zu erhebenden 1% Stempel zu tun gehabt haben würde. Ich für meine Person habe es lebhaft bedauert, daß dieser Gedanke seinerzeit nicht verwirklicht worden ist, denn Steuergesetze sollen doch vor allen Dingen auch einfach, klar und praktisch zu handhaben sein; jedenfalls sollen sie nicht neben der Abgabe noch zu einer ungewöhnlichen Belästigung des Publikums führen und die Erhebungskosten zum großen Teil wieder verschlingen. Das alles aber ist beim Zuwachssteuergesetz der Fall.

Wenn ich die Verwirklichung des damals in der Kommission des Reichstages erwogenen Gedankens, $\frac{1}{3}\%$ zur Umsatzsteuer zu schlagen, jetzt noch als die beste Lösung der Zuwachssteuerfrage halte, so bitte ich daraus nicht den Schluß ziehen zu wollen, als ob ich einer Besteuerung des Grundbesitzes überhaupt das Wort rede; eher möchte ich das Gegenteil tun, und zwar auf Grund der Kenntnisse und Erfahrungen, die ich als alter

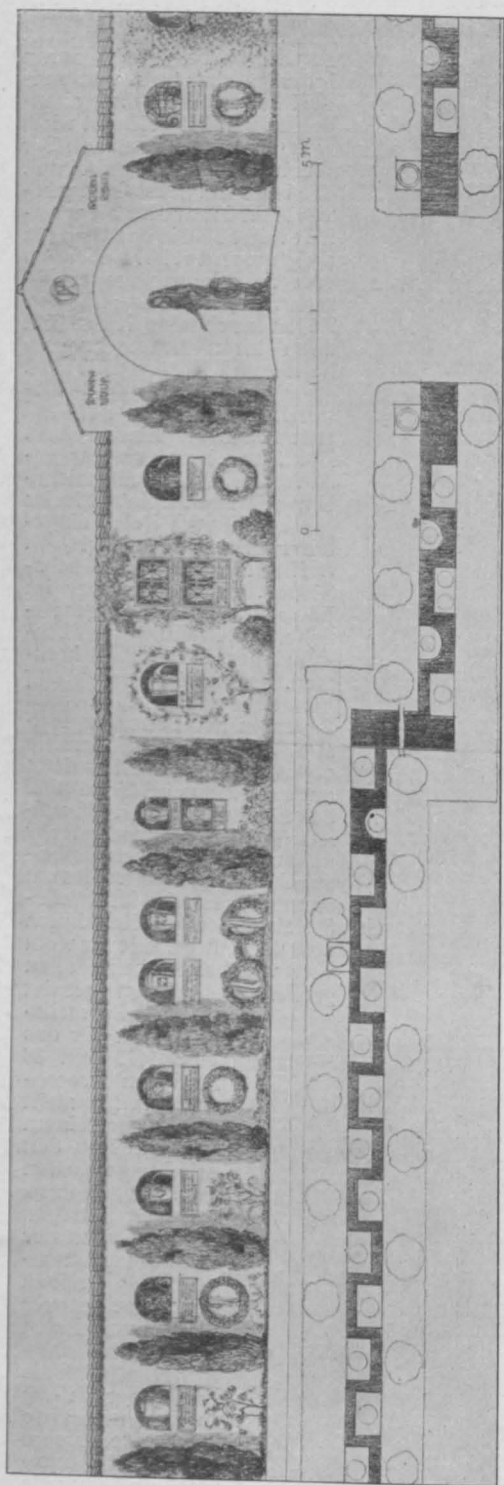
Grundbuchführer in Steuer- und Stempelsachen gesammelt habe. Als solcher habe ich nicht nur die Stempel-Berechnung zu besorgen, sondern ich bin auch in die Lage versetzt, dem Publikum in den verwickelten Stempelfragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In diesem Zusammenhang darf ich wohl eins einschalten. In meiner Versammlungstätigkeit habe ich wiederholt die Erfahrung machen müssen, wie manche Agitatoren die Landwirte gleichsam frei von allen Lasten und oben-dreien noch als geborene Steuer-

Drückeberger hinstellen. Die so reden und die Stadtbewohner in dieser unerhörten Weise gegen das Land aufhetzen, haben entweder keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen, insbesondere von un-



serer Steuer- und Stempelgesetzgebung, oder sie stellen absichtlich die Tatsachen auf den Kopf. Ich will ganz absehen von der Einkommen- und der Ergänzungssteuer und der vielfach recht hohen Grund- und Gebäudesteuer, welche die Agrarier zu zahlen haben; aber ich muß doch hervorheben, daß manchmal der Grundbesitz einer doppelten, ja dreifachen, manchmal sogar vierfachen Besteuerung unterworfen ist.

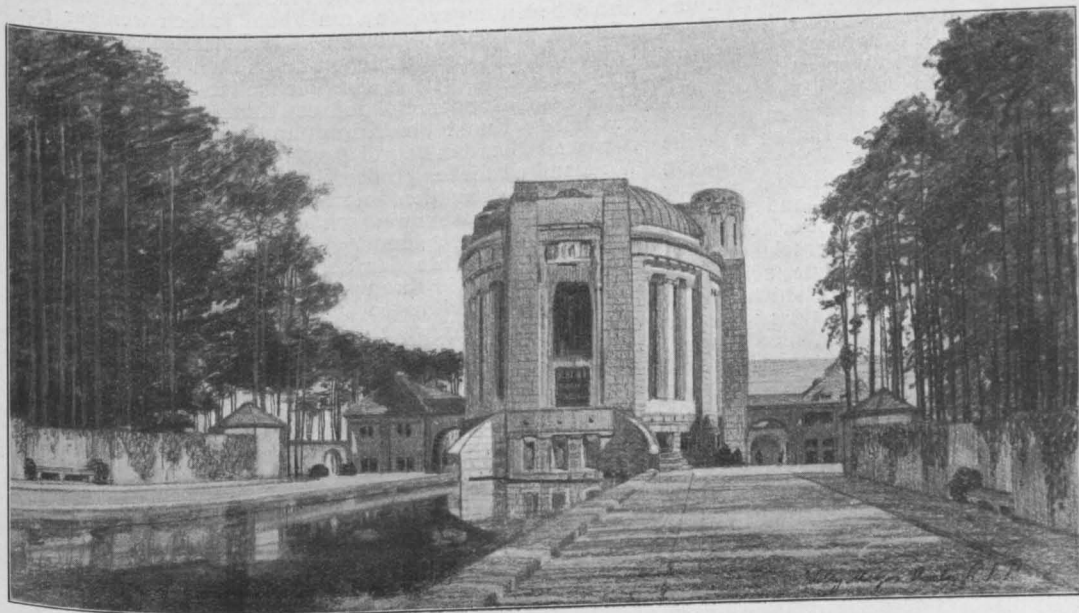
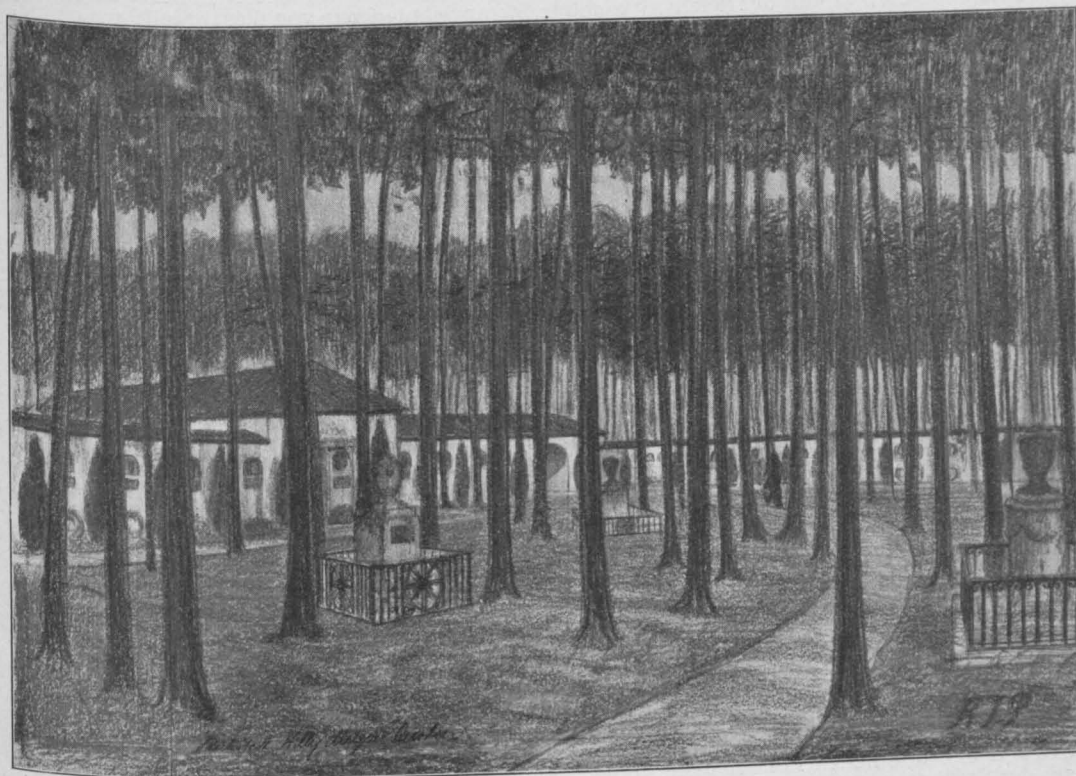
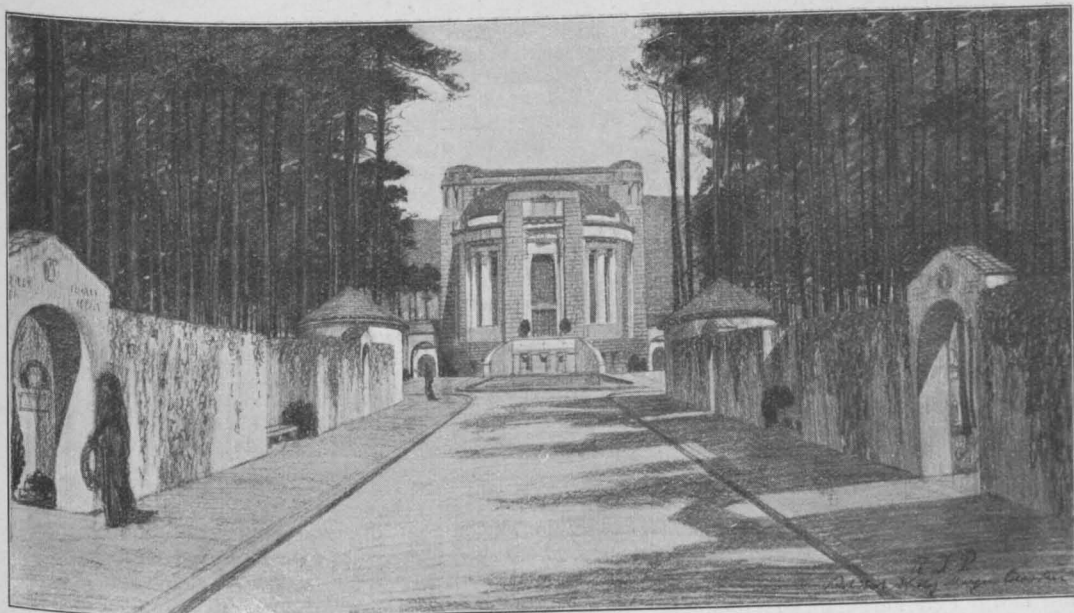
Beim Grundstücksverkauf stellen sich allein die Stempelabgaben wie folgt: Preußen erhebt einen Stempel von 1% , das Reich erhebt einen Umsatzstempel von $\frac{2}{3}\%$, die Gemeinde erhebt in der Regel ebenfalls einen vollen Prozent Stempel, vielfach erheben dazu auch noch die Kreise einen vollen Prozent Stempel, sodaß von jedem Grundstücksverkauf allein an Stempelabgaben vielfach $3\frac{2}{3}\%$ zuweilen noch mehr, zu entrichten sind. Dazu kommt in vielen Fällen auch noch die Wertzuwachssteuer, die bekanntlich $10-30\%$ beträgt. Aber damit sind die Abgaben noch lange nicht erschöpft. Es kommen weiter hinzu die hohen Notariats- und Gerichtskosten. In der Regel wird ein Kaufvertrag getätigt, für den die sehr hohe doppelte Gebühr des § 34 preussischen Gerichtskostengesetzes erhoben wird; für die Eintragung des Eigentümers in das



Ein Entwurf zur architektonischen Gestaltung des Urnenhofes zu Tolkewitz bei Dresden. Architekt: Willy Meyer in Dresden.
Anordnung der Mauernischen.
Urnenhalle.

zwar um ein Gesetz ärmer werden, aber das deutsche Volk würde erleichtert aufatmen.

Ich glaube auch, die Bundesstaaten würden einer solchen Maßnahme freudig zustimmen, weil ihnen die größten Unkosten durch die Steuer erwachsen. Doch da erhebt sich die Frage: wie soll der Ausfall gedeckt werden? An sich ist der Ausfall nicht groß, aber auch diese Frage läßt sich lösen. Als die Zuwachssteuer in der Kommission des Reichstages beraten wurde und die ungeheuren Schwierigkeiten dieser gesetzgeberischen Materie sich so recht zeigten, ist ernstlich der Gedanke erwogen



Grundbuch wird die hohe Gebühr des § 58 jenes Gesetzes gefordert. Nun bildet es weiter die Regel, daß aus Anlaß des Kaufvertrages noch andere

Rechtsgeschäfte getätigt werden müssen, weil in 90 von Hundert Fällen der Käufer den Kaufpreis nicht oder nicht ganz bezahlen kann. Dadurch entstehen weitere hohe Notariatsgerichtskosten und Stempel.

Nur einen Fall will ich anführen, der durchweg die Regel bildet. Zugleich mit der Eintragung des Eigentümers wird auch eine Hypothek eingetragen. Das erfordert die Aufnahme einer Schuldurkunde, wofür die volle Gebühr des § 34 des preußischen Gerichtskosten-Gesetzes erhoben wird. Dazu kommt zweitens die Stempelgebühr für Schuldverschreibungen nach Tarifstelle 58 des preußischen Stempelgesetzes mit $\frac{1}{12}$ vom Hundert, drittens kommt hinzu die Gebühr für Eintragung der Hypothek in das Grundbuch gemäß § 59 des preußischen Kosten-Gesetzes und viertens die Gebühr für Bildung des Hypothekenbriefes nach

Ein Entwurf zur Gestaltung des Urnenhaines des Friedhofes zu Tolkewitz bei Dresden.

Architekt:
Willy Meyer
in Dresden.

§ 67 jenes Gesetzes. Nicht selten müssen aber zugleich noch Vorrangs - Einräumungen, Nachverpfändungen, Pfand-Entlassungen und dergl. getätigt werden. Das alles erfordert wieder viele hohe Notariats- und Gerichtskosten und häufig auch Stempel. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Kreditnot nicht nur für den städtischen, sondern namentlich auch für den ländlichen Grundbesitz recht groß ist. Sie ist namentlich im Westen der Monarchie noch verschärft worden durch das neue Sparkassengesetz, das es dem Bürgertum in Stadt und Land sehr erschwerte, Kredit zu bekommen. Vielfach ist das jetzt nur durch Vermittelung der Makler möglich, die natürlich eine Maklergebühr erheben, die nicht selten 2% und mehr ausmacht. Aus alledem ergibt sich klar und unzweideutig, daß der Grundbesitz, nicht zuletzt gerade infolge von Stempelabgaben, an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist. Ich glaube, in dieser Frage ganz objektiv zu sein; denn ich besitze weder Ar noch Halm und vertrete einen großindustriellen Wahlkreis. Aber auf Grund meiner Studien und praktischen Erfahrung muß ich diese Feststellung über die schwere Belastung des Grundbesitzes treffen. Wenn häufig das Gegenteil behauptet und betont wird, der Grundbesitz sei gar nicht stark belastet, so geschieht es wohl meist aus Unkenntnis, vielfach leider aber auch aus agitatorischen Gründen.

Aus dem von mir Dargelegten ergeben sich folgende Schlussfolgerungen: Die Stempelgesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten ist nachgerade so verwickelt geworden, daß nur noch ganz wenige Spezialisten den Stoff beherrschen. Schon aus gesetztechnischen Gründen dürfte daher ernstlich zu erwägen sein, die Stempelsteuern, zumal es sich um indirekte Abgaben handelt, ganz dem Reich zu überlassen. Dem Reich würde dann die Aufgabe obliegen, die bestehenden Reichs-Stempelgesetze mit den bundesstaatlichen Stempelgesetzen möglichst zu einem Gesetze zu verschmelzen. Das würde den Behörden und

Notaren die praktische Handhabung der Stempelsteuern ungemein erleichtern. Dabei müßte insbesondere auch auf die Beseitigung verschiedener Härten und Mängel der bestehenden Stempelgesetze Bedacht genommen werden. Vor allem müßten die Stempelsteuern da, wo es bei einigen Tarifstellen noch nicht der Fall ist, sozial gestaltet werden. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen. Sowohl die Reichsumsatz- wie die Zuwachssteuer haben die soziale Bestimmung, daß der Stempel nicht zu erheben ist, wenn der Käufer kein höheres Einkommen als 2000 M. hat, wenn er ferner den Grundstückshandel nicht gewerbsmäßig betreibt, und das Grundstück, falls es bebaut ist, keinen höheren Wert als 20000 M. und, falls es unbebaut ist, keinen höheren Wert als 5000 M. hat. Das hat die segensreiche Wirkung — ich kann das in meiner Tätigkeit als Grundbuchführer alle Tage beobachten —, daß die kleinen Leute, die Arbeiter, die kleinen Handwerker, kurz der Mittelstand in seiner Allgemeinheit fast ausnahmslos von den erwähnten Reichs-Stempelsteuern befreit sind. Das preuß. Stempelgesetz kennt diese soziale Bestimmung beim Stempel für Kaufverträge von Grundstücken nicht. Schließlich müßten bei der Neugestaltung der Stempelgesetze verschiedene Tarifstellen, die wenig oder nichts einbringen, aber zu einer Belästigung des Wirtschaftslebens führen und die praktische Handhabung des Gesetzes erschweren, gänzlich beseitigt werden. Ich habe geglaubt, die gewiß nicht leichte, aber für unser ganzes Wirtschaftsleben ungemein wichtige Stempelsteuerfrage von dieser Stelle aus einmal erörtern zu sollen, und gebe mich der Hoffnung hin, daß diese Erörterung praktische Folgen zeitigen möge.

Die gesamte Bauwelt kann nur hoffen und wünschen, daß die Anregungen dieses kundigen Redners der Einsicht der betreffenden staatlichen Stellen begegnen und von schnellem Erfolg begleitet sind. Denn die verheerenden Wirkungen der hier berührten Steuer- und Stempelgesetzgebung machen sich täglich fühlbarer und drohen zu ernststen Katastrophen zu führen. —

Zum 70. Geburtstag von Alexander Schnütgen in Köln.



Am 22. Februar feierte einer der bedeutendsten Vertreter der deutschen Kunstgeschichte der Gegenwart, der Domkapitular Professor Dr. Alexander Schnütgen, seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar wurde am 22. Februar 1843 in Steele a. d. Ruhr geboren und kam früh als Vikar an den Dom in Köln. Wie er sich hier entwickelte und was er in seiner besonderen Stellung für die Kunstgeschichte leistete, das ist in einer warm geschriebenen Widmung der „Köln. Ztg.“ gesagt, der wir folgendes entnehmen:

„Lange Jahre hindurch genoß jenes unscheinbare Haus im Hintergrund vom Margarethen-Kloster den Ruf, daß dort kein gewöhnlicher Mann, auch kein gewöhnlicher Domherr säße, wie der Zusammenhang mit den sogenannten Domkurien hätte schließen lassen, sondern ein gelehrter Herr, zu dem nicht nur Gelehrte aller Zungen kamen, um die Behausung zu sehen, in der sich die Altertümer christlicher Kunst häuften, bis erst das an das Kunstgewerbe-Museum angeschlossene und am 26. Oktober 1910 eingeweihte Schnütgen-Museum diesen gewaltigen Schätzen auf Grund der fürstlichen Freigebigkeit des Besitzers, der sie der Stadt schenkte, mehr Luft und rasch volkstümlichen Ruhm gewann. Aber Schnütgen ist etwas ganz Anderes und viel Bedeutenderes als nur ein Liebhaber-Sammler: Schnütgen war von Anfang an ein zielbewußter Gelehrter, dem es nicht so sehr galt, irgend eine kostspielige Seltenheit zu erwerben, der vielmehr aus seinem Priesterberuf heraus die Liebe zur Sache gewonnen hatte und sie dann in einer Weise verfolgte, die eben nur der katholische Priester so mit eigener Empfindung und nicht bloß mit gelehrtem Verstand gestalten kann. Ueber den Sammler hinaus aber ist er zeitlebens der Kunstgelehrte gewesen, der in den verschiedensten Zeitschriften seine Forschungen niederlegte, selbst der Führer einer bedeutenden Zeitschrift für christliche Kunst wurde und zugleich der einflußreiche und eifrige Berater der Behörden sowohl wie anderer Kreise in allen Dingen, welche die alte Kunst, namentlich des romanischen und gotischen Stiles, angingen. Die Wirksamkeit, die durch solche Einflüsse innerhalb der Rheinlande und Westfalens geübt wurde, läßt sich nicht im Einzelnen nachweisen, ist aber immer sehr mächtig gewesen und hat großen Segen gestiftet angesichts der Verwilderung und Verflachung, wie sie in der christlichen Kunst seit geraumer Zeit eingerissen waren. Die christliche Kunst, sowohl auf katholischer wie auf protestantischer Seite, war in vollständige Abhängigkeit von dem sogenannten Nazarenertum, der romantischen Periode des vorigen Jahrhunderts,

geraten, das wiederum trotz mancher zweifelloser Verdienste nur die verbesserte Nachfolge der italienischen Primitiven, Giotto u. a., bedeutete. So entstand eine süßliche Schwächlichkeit, die noch verschlimmert wurde durch die fabrikmäßige Herstellung von ganzen Kirchen-Innenen, wozu sich eine höchst zweifelhafte gotisierende Außenarchitektur gesellte. Diese vollständig verkehrte Richtung wurde förmlich zum Dogma religiöser Kunst erhoben. Ohne eine eigentliche Kampfstellung einzunehmen, wirkte Schnütgens überlegene Kenntnis jener Kunstperioden, die man als Muster für diese Entartung angab, läuternd, indem der Nachweis des ungeheuren Mißverständnisses erbracht wurde, das dieser üblen Entwicklung zugrunde lag. In künstlerischen Kreisen hat man es manchmal Schnütgen zum Vorwurf gemacht, daß er seinen Einfluß zu einseitig für romanischen und gotischen Stil geltend mache; das lag aber naturgemäß in den Verhältnissen in Rheinland und Westfalen, wo die ganze Ueberlieferung im Gegensatz zum katholischen Süddeutschland und zu Oesterreich auf diese beiden Stilarten hinweist und in der Tat die Renaissance und das Barock nur als fremdartige Ausnahmen, als Einschießel, in Frage kommen. Es ist aber bemerkenswert, daß Schnütgen in höheren Jahren auch das Interesse für den in der Kirchenkunst bedeutungsvollen, am Rhein jedoch weniger gepflegten Barockstil gewann. Die literarische Tätigkeit Schnütgens in verschiedenen Zeitläuten ist in ihrer Bedeutung allerdings nur den Fachleuten bekannt. Dabei spielt eine besondere Rolle die von Kunst Kennern sehr hoch geschätzte Kunst der Anordnung wertvoller Kataloge. Also weit über den Begriff des Sammlers hinaus reicht die Wirksamkeit dieses großen Gelehrten. Seine Sammlung selber gehört zu den interessantesten Besonderheiten deutscher Kunstsammlungen, weil sie nicht am einzelnen Gegenstand haftet, sondern mit feiner Absicht die Entwicklungsgeschichte der christlichen Kunst vor der Reformation bietet in ihren gegenständlichen Wandlungen, die zugleich Wandlungen des religiösen Empfindens bedeuten, wie der Weg der Kruzifixe von dem Gekreuzigten als gekrönten König bis zum blutigen armen Dulder. Alle Handwerke zeigen ihre Wandlungen und Entwicklungen, und das Ganze bietet jenes wundersame, altväterische Bild des stillen Gelehrten, der ein ganzes Leben einer edlen, der gemeinen Menschheit fern liegenden Sache in stiller Liebe und heimlichem Fleiß widmet. Früher waren diese Gestalten im katholischen Klerus vielleicht nicht so selten wie heute, die sich gar nicht kümmerten um den Tageskampf, sondern neben ihrer priesterlichen Pflicht still allerlei Gelehrsamkeit nachgingen und darin fanden, was ihnen an Lebensgenuß erlaubt war und ihrem feinen, von irdischer Sorge befreiten Geist auch volles Genügen bot.“ —

Die geplanten Argen-Werke in Oberschwaben.

Von Regierungs-Baumeister Hermann Werner in Stuttgart.

Gleich seinen beiden Nachbarn Bayern und Baden geht nunmehr auch Württemberg daran, die Wasserkraft seines Landes planmäßig auszunützen. Die derzeitige Wasserkraftnutzung des Landes geht in regelloser Weise vor sich. Es sind eine große Menge

gen wie die Gefällshöhen nur unvollkommen verwerten. Im Anschluß an diese kleineren Triebwerke sind nun seit ein bis zwei Jahrzehnten eine große Anzahl kleiner örtlicher Zentralen entstanden, welche ihre nächste Umgebung mit elektrischer Kraft versorgen. Indessen hat sich in den letzten Jahren immer mehr die Erkenntnis Bahn

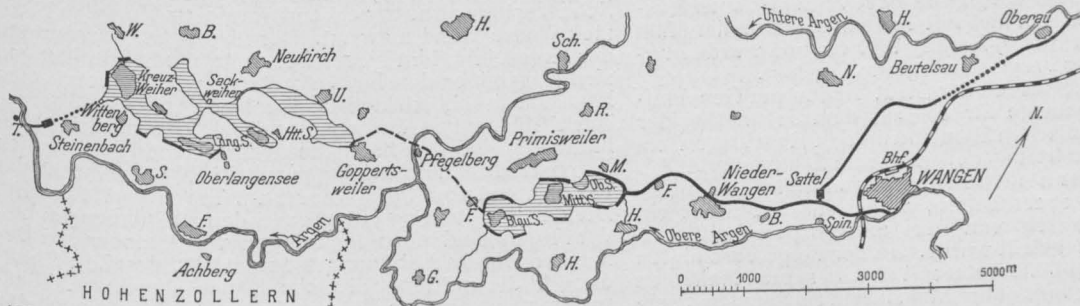


Abbildung 7. Lageplan des Argen-Gebietes mit Eintragung der Kraftwerks-Anlagen.

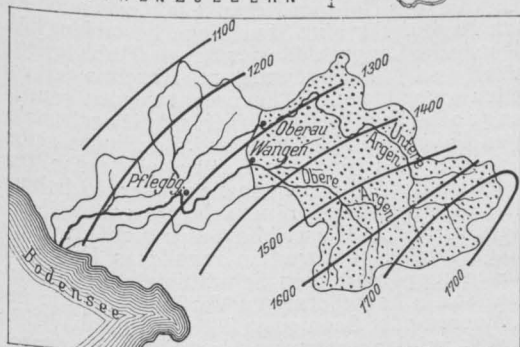


Abb. 1. Einzugsgebiet der oberen und unteren Argen.

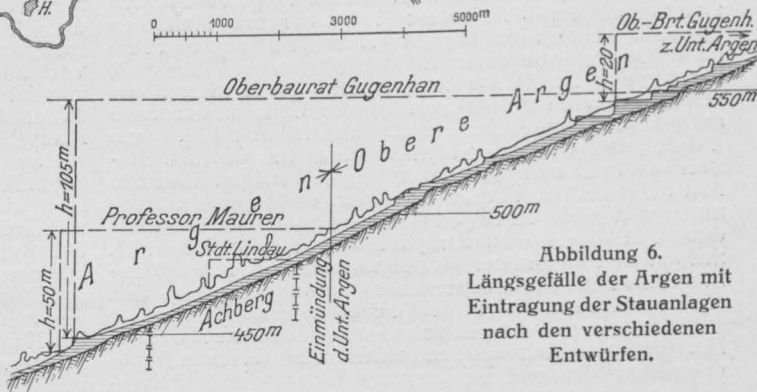


Abbildung 6. Längsgefälle der Argen mit Eintragung der Stauanlagen nach den verschiedenen Entwürfen.

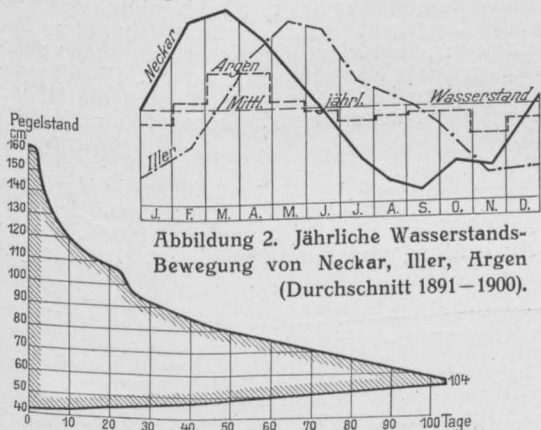


Abbildung 2. Jährliche Wasserstands-Bewegung von Neckar, Iller, Argen (Durchschnitt 1891-1900).

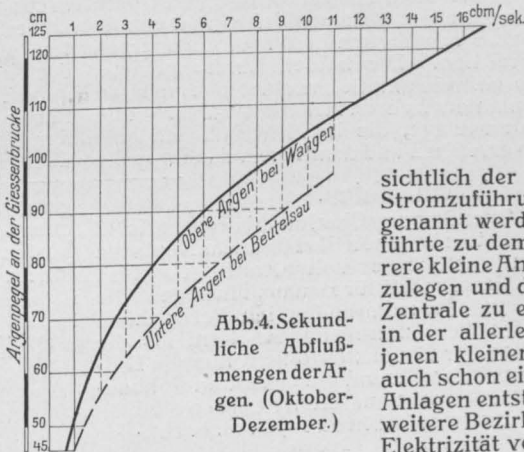


Abb. 4. Sekundäre Abflüsse der Argen. (Oktober-Dezember.)

gebrochen, daß ein derartiger Betrieb weder hinsichtlich der Ausnützung der Wasserkraft, noch auch hinsichtlich der Anlagen für die Stromzuführung wirtschaftlich genannt werden kann. Dieses führte zu dem Bestreben, mehrere kleine Anlagen zusammenzulegen und durch eine einzige Zentrale zu ersetzen. So sind in der allerletzten Zeit neben jenen kleineren älteren Werken auch schon eine Reihe größerer Anlagen entstanden, die jeweils weitere Bezirke des Landes mit Elektrizität versorgen.

Diesen größeren Werken reiht sich nunmehr ein neuer Entwurf an, der alle bisherigen derartigen Unternehmungen Württembergs weit hinter sich läßt und sich den großen Hochdruck-Anlagen Bayerns und der Schweiz würdig an die Seite stellen kann: es ist das neugeplante Argen-Kraftwerk in Oberschwaben. Zur Verwirklichung dieses Gedankens hat sich im Jahre 1910 aus insgesamt 15 Oberämtern ein „Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke“ (O. E. W.) gebildet, der im vergangenen Sommer mit einer überaus beachtenswerten Denkschrift über die geplante Anlage*) an die Öffentlichkeit getreten ist.

Der Entwurf, der nachstehend kurz besprochen sei, setzt sich aus einem wasserbautechnischen und einem elektrotechnischen Teil zusammen. Der erstere ist durch den Vorstand des württembergischen Wasserkraftamtes, Ob.-Brt. Gugenhan-Stuttgart, bearbeitet worden, der letztere stammt von Ing. Emil Wahlström, ebenfalls in Stuttgart.

1. Die Vorgeschichte des Entwurfes führt auf das Jahr 1907 zurück, in welchem zum erstenmal der Gedanke einer Ausnützung des Gefälles der Argen auftauchte, und zwar seitens der bayerischen Stadtgemeinde Lindau sowie der Argental-Werke G. m. b. H. in Stuttgart. Beide suchten damals bei der kgl. Regierung des Donaukreises um Genehmigung von Wasser-Triebwerken an der Argen nach, wobei an verschiedene Stauetufen gedacht

*) Denkschrift über die vom Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke (O. E. W.) geplante Ueberlandzentrale. Stuttgart 1912.

Abb. 3. Mittlere jährliche Dauer der Wasserstände der Argen im Durchschnitt d. J. 1906-1909.

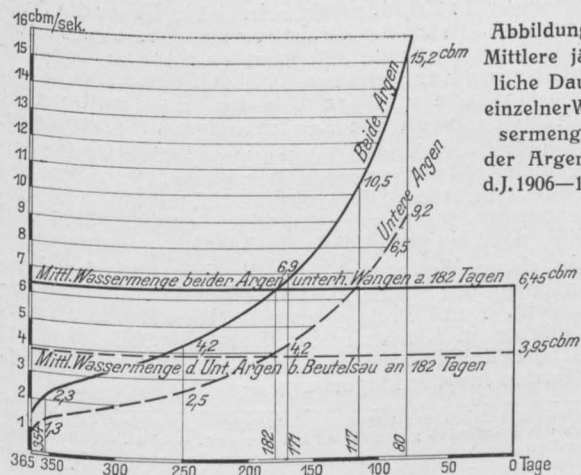


Abbildung 5. Mittlere jährliche Dauer einzelner Wassermengen der Argen in d. J. 1906-1909.

kleinerer, von dem Müllereigewerbe und der Industrie benützter Triebwerke vorhanden, welche — häufig nach Oberamts- ja sogar Markungsgrenzen getrennt —, die Wasserkraft in Planlose verzetteln und die Abflüssen-

war. Dadurch wurden die drei nächstbeteiligten Amtskörperschaften Ravensburg, Tettnang und Wangen veranlaßt, über eine Ausnützung der Argen für ihre eigenen Zwecke in Beratungen einzutreten und sich zu diesem Zweck mit den staatlichen Behörden ins Benehmen zu setzen. Auf Grund hiervon erhielt durch die General-Direktion der Staatseisenbahnen, die sich wegen etwaiger Elektrisierung des Bahnbetriebes für die Frage interessierte, im Jahre 1908 Prof. Baurat Maurer in Stuttgart den Auftrag zur Ausarbeitung eines Planes für ein Argen-Kraftwerk. Dieser Plan ging in zwei verschiedenen Ausarbeitungen (das ein Mal mit Talsperre, das andere Mal mit 7 km langem Kanal) Anfang 1909 ein und wurde nunmehr den bei der Frage Beteiligten vorgelegt.

Ein erneutes Gesuch der Stadt Lindau um Genehmigung einer Stauanlage für ein auf dem linken Ufer der Argen im preussischen Gemeindebezirk Achberg zu erbauendes Wassertriebwerk fand seine Erledigung durch eine Einigung der Stadt Lindau mit den drei württembergischen Amtskörperschaften, wobei für die Stadt ein späterer Strombezug von dem amtskörperschaftlichen Werk ins Auge gefaßt wurde. In der Folge vereinigten sich nun die drei Oberämter mit dem in seinen Anfängen ebenfalls schon aufs Jahr 1907 zurück reichenden „Verband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke Rißtissen“, der für eine Anzahl Oberamtsbezirke im Norden Oberschwabens eine größere elektrische Ueberlandzentrale auf genossenschaftlicher Grundlage erstellen wollte. Diese Vereinigung erfolgte auf Grund eines von Ob.-Brt. Gugenhan in Erweiterung der beiden seitherigen Entwürfe neu aufgestellten Planes zu einer umfassenden Ausnutzung der beiden Argen unter weitgehender Verwendung von Wasseraufstauung in Seen und entwickelte sich mit der Zeit zu den bereits oben genannten, 12 württembergische und 3 hohenzollernsche Oberämter umfassenden „Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitäts-Werke.“

2. Der wasserbautechnische Teil der Anlage. Die Argen entsteht aus den beiden im bayerischen Algäu entspringenden und bei Isny und Wengen ins württembergische Gebiet eintretenden Flüssen Untere und Obere Argen, die bei Pflögelberg zusammenfließen und von da ab nach 23 km langem vereinigt Lauf bei Langenargen den Bodensee erreichen. Die beiden Einzugsgebiete, (Abbildung 1), die teilweise stark bewaldet sind, messen bis zu den neu geplanten Wehren zusammen 435 qkm und haben Jahresniederschläge, die im Mittel jährlich eine Höhe von 1400 mm erreichen und damit etwa das Doppelte

des Landesdurchschnittes betragen, müssen also für den Zweck einer Wasserkraftanlage als ausnehmend günstig bezeichnet werden. Die Wasserführung der Argen (Abbildung 2) erreicht im März und April ihren Höchstwert; das hat darin seinen Grund, daß die Argen mit ihren Quellflüssen in die Voralpen reicht, mit ihren Nebenflüssen dagegen dem Mittelgebirge angehört. Ein Vergleich mit dem als Mittelgebirgsfluß zu bezeichnenden Neckar sowie der den Alpen entströmenden Iller zeigt, daß der erstere im Februar oder März, die letztere, dem Fortschreiten der Schneeschmelze entsprechend, im Mai und Juni den höchsten Wasserstand aufweist. Der niedrigste Wasserstand der Argen findet im November statt, die Schwankungen sind gegenüber den beiden anderen württembergischen Flüssen beträchtlich kleiner, aber immer noch groß genug. Nach Ablesungen an dem Pegel bei Gießenbrücke (Abbildung 3) ist der häufigste Wasserstand der jährlich durchschnittlich an 104 Tagen auftritt, 55 cm, während der Höchststand von 160 cm nur an 2 Tagen erreicht wird. Die der Pegelteilung entsprechenden Abflußmengen bei der Argen sind nach Messungen von Oktober und Dezember 1909 in Abbildung 4 dargestellt, desgl. in Abbildung 5 die mittlere jährliche Dauer einzelner Abflußmengen sowohl der Unteren Argen allein, als auch der vereinigten Argen. Für eine Stauanlage besonders günstig ist das starke Längsgefälle der Argen (Abbildung 6), das an sich schon 4%₀₀ beträgt und durch Abschneiden von Flußschleifen sogar bis auf 6%₀₀ gebracht werden kann.

Seiner geologischen Beschaffenheit nach ist das ganze Argen-Gebiet altes Gletscherland. Das Flußtal selbst ist in die Molasse des jüngeren Tertiärs eingeschnitten, während sich an den Talhängen sowie auf der Hochebene über der Argen überall der Moränenschutt des alten Rheintalgletschers vorfindet. Dieser bildet aber nicht etwa eine gleichmäßige Decke, sondern ein regelloses Haufwerk von zahllosen kuppenförmigen Schutthügeln, sogenannten Kapfen, sowie kesselförmigen Vertiefungen, die mit Sümpfen, Mooren oder Seen ausgefüllt sind (Abb. 7). So befinden sich auf der genannten Hochebene im ganzen sechs verschiedene Seen, nämlich bei Primisweiler der Obere, Mittlere und Blaue See und bei Neukirch der Hütten- und der Langen-See sowie ein künstlicher Stau-See, der Kreuzweiher, der für drei am Kreuzweiherbach gelegene Triebwerke als Wasserausgleich dient. Die Wasseroberfläche dieser Seen beträgt zusammen 38 ha, die Höhen der Wasserspiegel schwanken zwischen 543 und 538 m über N.N. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg. „In No. 13 Ihres geschätzten Blattes ist ein Artikel über das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg enthalten, worin gesagt ist, daß die „Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen“ die Ausschachtungs- und Maurerarbeiten bis Parketthöhe übernahm. Dies ist nicht zutreffend, insofern, als die Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen nur die Erdarbeiten ausgeführt hat, während die gesamten Rohbauarbeiten durch unsere Firma ausgeführt worden sind.

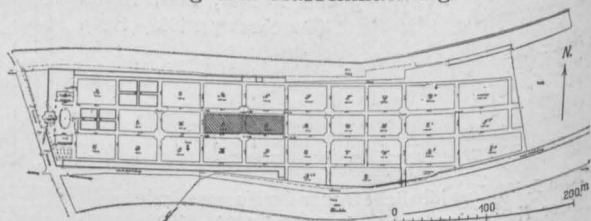
Boswau & Knauer, G. m. b. H. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Skizzen für den Neubau einer katholischen Kirche in St. Johann-Saarbrücken wird vom Kirchenvorstand unter den in Deutschland ansässigen deutschen Architekten zum 16. Juni d. Js bei drei Preisen von 4000, 2500 und 1500 M. erlassen. Auf Vorschlag des Preisgerichtes können außerdem bis zu vier Entwürfen für je 500 M. angekauft werden. Die Kirche soll auf dem alten Friedhof am Rotenberg im Stadtteil St. Johann erbaut werden. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. kgl. Bt. Hamm in Saarbrücken, Dombmstr. Hertel in Köln, Geh. Ob.-Brt. Hossfeld in Berlin, Dombmstr. Knauth in Straßburg und Reg.- und Bt. Schmitz in Metz. Unter den Stellvertretern sind genannt die Hrn. Reg.-Bmstr. Schenck in Saarbrücken, Reg.-Bmstr. Gildenpfennig in Essen, Stadtbauinsp. Ammer in Saarbrücken, Geh. Ob.-Brt. Prof. Hofmann in Darmstadt, Prof. Hausmann in Aachen und Beigeordneter Schilling in Trier. Unterlagen gegen 3 M., die zurück erstattet werden, durch das katholische Pfarramt in Saarbrücken, Gerberstr. 31. —

Wettbewerb Rede- und Leichenhalle Meerane. Die Halle soll auf den im Lageplan näher bezeichneten Gräberfeldern errichtet werden, Haupteingang gegen den Friedhof-Eingang gerichtet. Die architektonische Gestaltung ist frei gestellt; als Material wird Edelputz mit teilweiser Verwendung von Werkstein gewünscht. Das Gebäude soll aus einer Rede- und einer Leichenhalle bestehen, beide getrennt, aber durch einen gedeckten Bogen-

gang verbunden. Eine später auszuführende Verbrennungsanlage ist in den Entwurf aufzunehmen. Gesamtkosten 100 000 M. für den Rohbau und 20 000 M. für die innere Ausstattung und Ausschmückung. Die Haupt-



zeichnungen 1:200, dazu ein Schaubild. Ueber die Ausführung behält sich der Kirchenvorstand freie Hand vor, doch ist in Aussicht gestellt, dem Verfasser des zur Ausführung bestimmten (preisgekrönten? Die Red.) Entwurfes die weitere Bearbeitung und unter Umständen auch die Bauleitung zu übertragen.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Stadttheaters in Pforzheim ist vom Stadtrat beschlossen worden. Die Bausumme ist mit etwa 1 Mill. M. angenommen. Es werden 3 Preise von 4000, 3000 und 2000 M., dazu einige Ankäufe, in Aussicht genommen. —

In einem Wettbewerb um die künstlerische Ausschmückung des Schillerplatzes in Rossau liefen 76 Arbeiten ein. Den I. Preis gewann Hr. Kurt Heidenhain, Stadtgärtner in Allenstein; den II. Preis Hr. Wilh. Meyer, Gartenarchitekt in Berlin; den III. Preis Hr. Paul Lässig, kgl. Garten-Insp. in Magdeburg. —

Inhalt: Ein Entwurf zur architektonischen Gestaltung des Urnen-Haines des Friedhofes zu Tolkewitz bei Dresden. — Die Aufhebung der Reichs-Zuwachssteuer. Die geplanten Argen-Werke in Oberschwaben. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Schloß Hirschberg am Haarsee bei Weilheim in Oberbayern.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

BEILAGE 6 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. ZU NO. 11 VOM 5. FEBRUAR 1913.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Verfahren um aus überbelichteten Kopien gebrauchsfähige Lichtpausen wieder herzustellen. Bei kleinen und auch mittelgroßen Betrieben, in denen noch heute mit gewöhnlichen Pausapparaten mit Sonnenlicht gearbeitet wird und die Beaufichtigung bei den Pausen nicht ständig sein kann, tritt sehr oft der Fall ein, daß eine Überbelichtung der Kopien stattfindet. Diese Pausen wurden bisher als wertlos betrachtet. Dieser Uebelstand kann durch folgendes einfache, für den Lichtpauser verständliche Verfahren, beseitigt werden. Besonders bei Negativ-Pausen, bei denen ein reines Wasserbad verwendet wird, bringt man die Pausen nach der Belichtung nicht gleich in das Bad, sondern zunächst einige Stunden in einen dunklen Raum, Schrank oder dergleichen. Die Zeit der Aufbewahrung richtet sich immer nach dem Grade der Überbelichtung. Dabei ist nicht zu befürchten, daß bei einer Versäumnis von einer Stunde oder mehr Zeit die Kopien wieder zu wenig belichtet erscheinen. Jedenfalls ist es ratsam, die Pausen so lange in der Dunkelkammer zu lassen, bis die Linien deutlich sichtbar werden oder besser den gelben Ton wieder zeigen. Sodann kann das Wasserbad in Anwendung gebracht werden. — O. V.

Chronik.

Monumentalbrunnen Frankfurt a. M. Die Stadt Frankfurt a. M. übertrug dem Arch. C. Lennartz und Bildhauer Emil Hub die Ausführung eines Monumentalbrunnens auf dem Kurfürsten-Platz zu Frankfurt a. M. Bockenheim. Die Kosten werden sich auf etwa 30 000 M. belaufen und es soll die Anlage im Laufe dieses Sommers fertig werden. —

Ein Denkmalbrunnen für Bürgermeister Mönckeberg in Hamburg soll mit einem Aufwand von rd. 280 000 M. auf einem Platz an der Mönckeberg-Straße errichtet werden. Der Brunnen soll in einer architektonischen Anlage nach dem Entwurf des Baudirektors Prof. Fritz Schumacher in Hamburg bestehen, die von einem Löwen als Sinnbild der Bürgerkraft gekrönt wird, und Gelegenheit zur Aufstellung von Büsten sowie zur Anbringung von Ehrentafeln für hervorragende Hamburger Bürger darbietet wird. Der plastische Teil der Denkmal-Anlage wird dem Bildhauer Prof. Georg Wrba in Dresden anvertraut. —

Die Anlage eines Ratskellers im Untergeschoß des Rathauses in Augsburg ist mit einem Aufwand von etwa 140 000 M. nach den Entwürfen des Stadtbaurates Holzer in Augsburg geplant. Der Ratskeller soll einen großen Saal für allgemeinen Besuch, ein Rats- und sonstigen Nebenräume erhalten. Von der Küche aus sollen auch die Festessen im „Goldenen Saal“ bedient werden können. Es sind Eingänge vom Fischmarkt, vom Eisenberg und vom Elias Holl-Platz geplant. Die stilistische Haltung des Ratskellers wird sich den übrigen Teilen des Rathauses in der Art der Renaissance in Augsburg anpassen. —

Der Bau der Rheinwerft der Stadt Hamborn bei Alsum ist soweit vorgeschritten, daß der Betrieb spätestens Ende April, anfangs Mai ds. Js. aufgenommen werden kann. Auch der neu zu beschaffende elektrisch betriebene fahrbare Vollportal-Drehkran kann bis dahin in Benutzung genommen werden. Mit dem Bau eines Güterschuppens und der nötigen Büroräume ist bereits begonnen worden, nachdem die Kaimauer schon seit einiger Zeit fertiggestellt ist. Ab Ostern ds. Js. wird auch der Fährbetrieb Hamborn-Alsum-Baerl-Binsheim eröffnet werden, zu welchem Zweck ein Motorboot — 30 PS. — für 80 Personen von der Stadt Hamborn in Auftrag gegeben ist. —

August Wolfsholz Preßzementbau

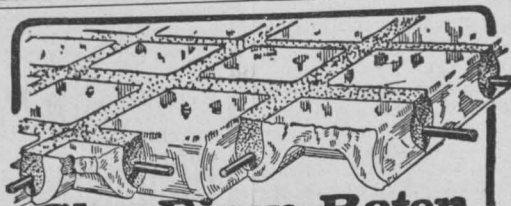
BERLIN W. 9
Link - Straße Nr. 38

Ges. m. b. H.

:: WIEN II ::
Tabor-Straße Nr. 29

Wiederherstellung und Verstärkung
schadhafter Bauwerke, Brücken, Pfeiler, Türme und Fundamente.
Trockenlegung und Sicherung von Tunnels, Schächten und Grundbauten.

Dichtung von Docks, Brunnen und Behältern.
Fundierungen und Versteinerungen des Untergrundes.
In- und ausländische Patente. Erste Empfehlungen.



Glas-Eisen-Beton
(System Keppler)
Für Fußböden, Dächer, u. Wände.

Grosse Tragfähigkeit. Billig i. d. Herstellung.
Minimale Unterhaltungskosten. Leicht zu reinigen. Kein Anstrich nötig.

Deutsches Luxfer Prismen Synd. GmbH
Berlin SW. 68, Friedrichstr. 204

GEBR. WICHMANN
SPECIALGESCHÄFT FÜR BERLIN, N.W. 6. KARL-STR. 13.
ZEICHENBEDARF.

Johann Odorico

Frankfurt a. M. Dresden Leipzig

Unternehmung für

Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten

Mosaik-Terrazzoböden.

Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.

BETON UND EISENBETON

[237 II]

HOCH- u. TIEFBAU

BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN

ZEMENTWARENFABRIKEN

GEGRÜNDET
1870

HÜSER u. CIE.
OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET
1870

Eine Reformations-Gedächtniskirche in Nürnberg gelangt nach den Entwürfen des Architekten Prof. Jos. Schmitz in Nürnberg gegenüber dem Max-Feld zur Errichtung. Die Einweihung wird am 31. Okt. 1917, zum vierhundertjährigen Jubiläum der Reformation, erfolgen. —

Literatur.

Hirsch-Wilking, Elektro-Ingenieur-Kalender 1913. Bearbeitet von Dipl.-Ing. Arthur H. Hirsch und Ing. Max Barth. Text in Kunstleder nebst 2 broschierten Notizblocks zum Einhängen. Berlin W. 30. Oscar Coblentz. Pr. 2,50 M.

Deutscher Ziegler-Kalender für das Jahr 1913. Herausgegeben von der Redaktion der „Deutschen Töpfer- und Ziegler-Zeitung“ in zwei Teilen. Halle a. S. Wilhelm Knapp. Pr. 1,20 M.

13. Mitteilung aus dem mechanisch-techn. Laboratorium der k. k. techn. Hochschule in Wien. Ueber den Einfluß der Feuchtigkeit auf die dynamische Biegearbeit von Eschenholz. Bericht der Kommission 13 (Ceipek, Karrer, Leon, Rohrbacher) des österreich. Verbandes für die Materialprüfungen der Technik auf der IV. Verbandsvers. erstattet von Dr. A. Leon. Sonderabdruck aus dem Protokoll der IV. Verb.-Vers. Wien 1911. Lehmann & Wentzel (Paul Krebs).

14. Desgl. Ueber die Zerstörungen in tunnelartig gelochten Gesteinen. II. Teil. Von A. Leon und F. Willheim. Hierzu 11 Textfig. und 1 Taf. Sonderdruck aus der „Oesterr. Wochenschrift für den öffentl. Baudienst“, Heft 16, Jahrg. 1912. Wien 1912. Lehmann & Wentzel G. m. b. H.

Sammlung Götschen. Band 589: Praktisches Maschinenzeichnen von Ob.-Ing. Rich. Schiffer. I. Grundbegriffe, Einfache Maschinenteile bis zu den Kupelungen. Mit 60 Taf. — Bd. 598: Der Landstraßenbau von Ob.-Ing. a. D., kgl. Oberlehrer A. Liebmann. Mit 44 Abbildgn. — Band 603: Graphische Statik mit besonderer Berücksichtigung der Einflußlinien von Oberlehrer Dipl.-Ing. Otto Henkel. I. Teil. Zusammensetzung und Zerlegung der Kräfte in der Ebene. Schwerpunkte, Trägheitsmomente, Spannungen in geraden Stäben. Der einfache Vollwand- und Fachwerkträger. Der Dreigelenkbogen. Gewölbe. Mit 121 Fig. — Bd. 604: Die Geschwindigkeitsregler der Kraftmaschinen von Dir. Dr.-Ing. H. Kröner. Mit 33 Fig. — Bd. 609: Einführung in die moderne Hochspannungstechnik von Dr.-Ing. K. Fischer. Mit 92 Fig. — Bd. 620: Die Akkumulatoren für Elektrizität von kaiserl. Reg.-Rat Dr.-Ing. Richard Albrecht. Mit 52 Fig. — Bd. 626: Militärische Bauten von Reg.-Bmstr. Robert Lang. I. Mit 59 Abbildgn. — Band 627: Eisenbetonbrücken von Dr.-Ing. K. W. Schaechterle. Mit 106 Abbild. — Bd. 630: Erdbau von Reg.-Bmstr. Erwin Link. Mit 72 Abbildgn. Leipzig 1912. G. J. Götschen's Verlagsbuchh. G. m. b. H. Pr. des Bändchens geb. 80 Pf.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Den Reg.-Bmstrn. Winkelhaus und Klockow in Diedenhofen, Richard in Straßburg, dem Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Spach in Luxemburg bei den Reichseisenb. ist der Char. als Brl. mit dem persönl. Rang eines Rates IV. Kl. verliehen. Der Reg.-Bmstr. a. D. Penners ist zum etatm. Reg.-Bmstr. beim Garn.-Bauwesen der kais. Marine ernannt.

Dem Postbrt. Wittholt in Berlin ist die bautechn. Hilfsarb.-Stelle im Reichs-Postamt übertragen.

Baden. Die Bauinsp. Kieser bei der W.- u. Straßenbauinsp. Bonndorf und Gaberdiel bei der Kult.-Insp. Tauberbischofsheim sind unter Verleih. des Tit. Ob.-Bauinsp. zu Vorst. ernannt.

Der Ob.-Bauinsp. Frz. Schmitt bei der Gen.-Dir. ist zum Vorst. der Bahnbauinsp. I in Basel, die Reg.-Bmstr. Seiz bei der Ob.-Dir. des W.- u. Straßenbaues und Benstz in Lörrach sind zu Bauinsp. ernannt.

Der Brl. Fliegau in Karlsruhe ist gestorben.

Bayern. Ernannt sind: der Bauamtman Gülich zum Reg.- u. Brl. bei der Reg. von Mittelfranken; der Bez.-Kult.-Ing. Fr. Meyer zum Bauamt. und Vorst. beim Kult.-Bauamt Homburg.

Den Bez.-Kult.-Ing. Peruzzi in Donauwörth und Schultheiss in Bamberg ist der Tit. u. Rang eines Bauamt. verliehen.

Hamburg. Der Brl. Dr.-Ing. Ruppel ist zum Brl. u. Dez. bei der I. Sekt. der Bau-

Liborius & Püschel, Magdeburg

Telephone: Nummer 7119 Askanischer Platz 3 Telegr.-Adr.: Elektroboten

Bauausführungen in

Beton u. Eisenbeton für Hochbau-, Tiefbau-, Brücken- u. Wasserbau

Ueberrahme kompletter Industriebauten

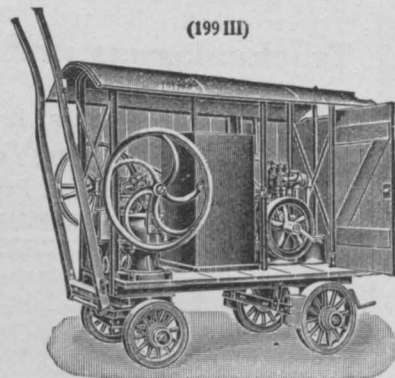
Spezialität: Trägerlose Hohlkörperdecke System „Wörner“

D. R. P. 240007 und 247783 und Auslandspatente.

(313)

Patent-Diaphragma-Pumpen

(199 III)



Leistungen von

5000—80000 Liter stündlich.

Spezial-Pumpe für Bauzwecke.

Fahrbare Pumpwerke

mit Explosions- und Elektromotor
stets sofort lieferbar.

Hammelrath & Schwenzer, Düsseldorf 60 I. Telephone Nr. 1015.

Fillale: BERLIN SW., Besselstr. 6.

Abwässer-Reinigungs-Anlagen

nach dem biologischen Faulkammer-Verfahren

D. R. P. 147751. ♦ Schutzmarke No. 39847.



Enteisungs-Anlagen.

Entsäuerungs-Anlagen.

Kanalisationen.

Silberne Medaille

der deutschen

Städte-Ausstellung 1908

zu Dresden.

Silberne Medaille

der

Fischerei - Ausstellung

1908 zu Berlin.

Schweder & Cie.,

Groß-Lichterfelde,

Ring-Strasse 106/107.

Telephon-Amt:

Groß-Lichterfelde No. 12.

König, Rükken & Co., Berlin N. 20².

Abteilung I.

Wellblech- und Eisenkonstruktionen. — Eiserne Roll-Jalousien Wellblech-

Häuser und Buden. Eiserne Treppen. Eiserne Fenster, Oberlichte und Türen.

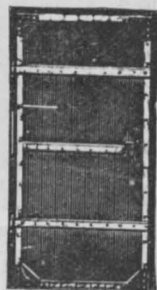
Zusammenschlebbare Bostwickgitter.

Versenkbare Fenster- und Schaufenster-Vorsetzer.

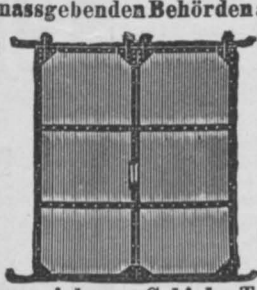
Abteilung II.

Feuersichere Türen und Schränke „Patent Rükken“

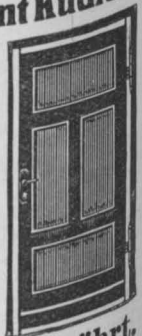
von allen massgebenden Behörden anerkannt.



ca.
35 000
Stück
im Ge-
brauch



ca.
35 000
Stück
im Ge-
brauch



Feuersicheres Schiebe-Tor.

Bei grossen Bränden wiederholt glänzend bewährt.

Geprüft vom Königl. Materialprüfungsamt der Königl. Techn. Hochschule.

(2911)

Original-Zeugnisse zur Einsicht zur Verfügung.

Deputation, die Bauinsp. Holthusen und Düwel bei der Stadtwasserkunst, Groth bei der Baupolizei und Schuback bei den Landherrenschaften sind zu Brtn., der Dipl.-Ing. Stoß ist zum Bmstr. bei der 1. Sekt. der Baudeput. ernannt.

Hessen. Dem Reg.-Bmstr. Pietz in Mörs ist die Erlaubnis zur Ann. und zum Tragen des ihm verlieh. kgl. preuß. Kronen-Ordens IV. Kl. erteilt. — Der Reg.-Bmstr. Sehr in Darmstadt ist zum Brandversch.-Insp. ernannt. Der Bauass. Bauinsp. Schön in Gießen ist auf sein Nachsuchen aus dem Staatsdienst entlassen.

Mecklenburg-Schwerin. Der Distr.-Bmstr. Wachenhusen ist zum Baudir. und Vorst. des Staatsbaudistr. Rostock ernannt.

Oldenburg. Dem Ob.-Brt. Schmitt in Oldenburg und dem preuß. Geh. Brt. Koch bei der Int. des X. Armee-korps in Hannover ist das Offizierkreuz des Haus- und Verdienst-Ordens, dem Ob.-Brt. Rieken in Oldenburg das Ehrenkreuz I. Kl. desselben Ordens verliehen.

Der Ob.-Brt. Freese in Oldenburg ist zum Geh. Ob.-Brt. befördert.

Preußen. Dem kgl. bayer. Brt. u. Kommerzienrat Lechner, Dir. der Lokalbahn-A.-G. in München ist der kgl. Kronen-Orden III. Kl. verliehen.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verlieh. nichtpreuß. Orden ist erteilt und zwar: dem Geh. Reg.-Rat Hartung, Prof. an der Techn. Hochschule zu Berlin des Offizierkreuzes des kgl. sächs. Albrechts-Ordens, dem Brt. Herold in Allenstein des Ritterkreuzes mit der Krone des großherz. mecklenburgischen Greifen-Ordens und dem Reg.-Bmstr. Rost in Colmar i. E. des Ritterkreuzes dess. Ordens, dem Ob.- u. Geh. Brt. v. Bose in Straßburg i. E. des Kommandeurkreuzes des großherz. luxemburg. Ordens der Eichenkrone, dem Reg.- u. Brt. Scheuffele in Straßburg i. E. des Offizierkreuzes desselben Ordens und dem Reg.-Bmstr. Jüsgen in Luxemburg des Ritterkreuzes des gleichen Ordens.

Den Brtn. Prof. Cremer in Berlin und Wolfenstein in Charlottenburg a. o. Mitgl. der Akademie des Bauwesens ist der Char. als Geh. Brt. verliehen.

Der Reg.-Bmstr. Fritzen in Leipzig ist als Vorst. der Eisenb.-Bauabt. nach Düsseldorf versetzt.

Der Reg.-Bfhr. Hans Dempwolff aus Hamburg ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Reg.-Bmstr. S. in Aurich. Die Bestimmung, daß den nicht etatm. Regierungs-Bauameistern, die noch nicht unwiderruflich beschäftigt werden, Umzugskosten-Beihilfen gewährt werden können, ist von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für die ihm unterstellten Ressorts getroffen. Sie findet sich u. a. in der Dienstanweisung für die Ortsbau-beamten der Staats-Hochbauverwaltung — Anhang S. 9 b — und in der Finanz-Ordnung für die Preussische Staatseisenbahn-Verwaltung — Teil XII, S. 87. Eine gesetzliche Bestimmung oder Verordnung besteht nicht. Für die außeretatmäßig beschäftigten Regierungs-Baumeister, soweit ihnen die Aussicht auf dauernde Verwendung ausdrücklich eröffnet ist, ist die Gewährung von Umzugskosten durch Gesetz vom 24. August 1896 geregelt. —

Rechtsauskunft.
Bearbeitet von Justizrat Professor Dr. Paul Alexander-Katz, Berlin W. 66.

Hrn. Arch. G. in Hannover. Vom öffentlich-rechtlichen Standpunkt aus bedeutet die Unterschrift von Zeichnungen, welche nach irgend einer Richtung hin die polizeiliche Genehmigung gefunden haben, daß der Unterzeichnete die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Zeichnung übernimmt und Maßgabe des öffentlichen Rechtes. Daher hat eine solche Unterschrift keine privatrechtliche Bedeutung und insbesondere nicht die Bedeutung, daß sie den Urheber der Konstruktion als vom Publikum mißverstanden wird, so trifft die Schuld daran nicht Denjenigen, der die Zeichnung unterschrieben hat. Im vorliegenden Fall hat aber der entwerfende Architekt die Anfertigung der betreffenden Zeichnung der Polizei zu genehmigenden Zeichnung verweigert, obwohl diese Zeichnung der Bauherr nach polizeilicher Vorschrift anfertigen mußte. Daher war der Bauherr berechtigt, um dem öffentlichen Recht zu genügen, die Zeichnung anderweit anfertigen zu lassen, und Derjenige, welcher sie anfertigte, war berechtigt und verpflichtet, gegenüber der Polizeibehörde die Verantwortung für die Richtigkeit der Zeichnungen durch seine Unterschrift zu übernehmen. —

Baumeister
Architekten
Bauunternehmer

Wenn Sie wirklich **bauen** wollen, so liegt es in Ihrem vorteilhaft und gut **eigensten Interesse**

mit Rheinischen Schwemmsteinen

die sich glänzend bewährt haben und seit langem von Fachautoritäten (Architekten, Wohnungshygienikern, Medizinnern und dergl.) hervorragend begutachtet werden,

hygienische, trockene und schallsichere Wohnungen zu errichten.

Auch für landwirtschaftliche, industrielle und Geschäftsgebäude hervorragend geeignet, bei **geringstem** Kostenaufwand (408)

unerreicht niedriges Gewicht: 650 kg/cbm — Mauerwerk i. M. 850 kg/cbm.

Drucksachen, jede gewünschte technische Auskunft, auch Ingenieurbesuch, kostenlos.

Rheinisches Schwemmstein-Syndikat, Neuwied.

Fernsprecher: Nummer 93 u. 57. **Techn. Abteilung.** Telegr.-Adr.: Syndikat, Neuwied.

Schmiedeeiserne Fenster

Fensterwerk
R. Zimmermann, Bautzen.

Die **billigste** und **schallsicherste Zwischendecke** unter **Beton** ist die

Bacula-Decke

bei Verwendung unserer **Bacula-Träger-Hülse** (D. R. P. und Ausl. Pat. angem.)

Garantiert sicherste Aufhängevorrichtung.

Verlangen Sie Muster und Prospekt E.

Deutsche Bacula-Industrie, Mainz

Kgl. Bayerische Hof-Mosaik-Kunstanstalt München-Solln II

für monumentale musivische Arbeiten mit Glaspasten. :: Figurallische Darstellung.

Mosaik-Dekorationen für Kirchen- und Profanbauten.

Ausschmückung von Fassaden, Absiden, Friesen und Altären etc. (407)

S. TH. RAUECKER.

Carl Hauer

Gegründet 1873 Königlicher Hoflieferant

Ausführung von Bildhauer-, Modell-, Antrage-, Stuck-, Kunstmarmor-, Stuckolustro-, Steinmarmor-, Rabitzarbeiten und äußeren Baudekorationen aller Art.

BERLIN

Dennewitzstr. Nr. 32. Amt Lützow, 4936. (202)

Gegründet 1873

KOCH & BEIN

Gegründet 1857.

Firmen-Schilder u. Schilder aller Art.

Metall-, Holz- und Glasbuchstaben in allen Größen und Schriftformen.

Elektrische Reklame-Beleuchtung.

Laternen und Transparente nach besonderen Entwürfen. (271)

Wappen- und Medaillen-Gießerei.

Berlin SW. 68
Ritter-Str. 49

Zur Anfrage 1 in Beilage 2 zu No. 3.
1. Meines Wissens beziehen sich die auf offene Feuer bezüglichen Bauvorschriften innerhalb des östlichen und des mittleren Teiles des Deutschen Reiches nur auf offene Herd- und Schmiedefeuer. Das Gleiche wäre mit gewisser Beschränkung auch bezüglich der westlichen Teile des Deutschen Reiches anzuführen, nachdem daselbst an vielen Orten die französische Bauart beibehalten blieb, auch nachdem diese Reichsteile deutscher Gesetzgebung unterstellt worden sind. In Frankreich und England werden hingegen auch jetzt noch zahlreiche offene Kaminfeuerungen hergestellt. Der Kamin-Querschnitt beträgt bei den kleinsten Feuerungs-Anlagen 35/35 bis 40/40 cm oder 25/50 bis 30/45 cm. Die Kamin-köpfe müssen vollkommen unbehinderten Rauchabzug ermöglichen und müssen angrenzende Dachflächen wesentlich überragen. Dadurch verraten mit derartigen Feuerungen bedachte Gebäude schon in ihrer äußeren Gestaltung bestimmte Kennzeichnung. Feuchtes Holz darf nur in bereits scharf glühendes Kaminfeuer verbracht werden, und es muß letzteres scharfen Zug oder Abzug haben. Niedere Kamine können solche Anforderungen nur bei hoch und freiliegenden Gebäuden befriedigen. — B. H.

2. Bei der alten Bauweise für offene Kamine für Holzfeuerung werden die Seitenwände und die Vorderwand des Kamines rauchfangartig zu einem Schornstein zusammen- und so über Dach geführt. Diese alte Bauweise ist jetzt nicht mehr üblich. Der durch das Feuer berührte Teil des Mauerwerkes ist sehr groß, man hat somit immer einen großen, schwarzen Rußfleck vor sich; außerdem machen sich recht lästige Zugscheinungen bemerkbar. Daher wird heutzutage die eigentliche Feuerstätte für den Kamin wesentlich verkleinert durch eine vordere Oeffnung von vielleicht 40—60 cm im Quadrat oder Rechteck. Diese Oeffnung erhält eine Metalleinfassung mit kleinem Dachvorsprung, um das Herausschlagen der Flamme zu verhüten. Sehr empfindlich ist ein solcher Kamin gegen schlechte Zugverhältnisse. Hier muß von vornherein alles getan werden, um denkbare Störungen fern zu halten. Den Rohrquerschnitt würde ich nicht unter 27/27 cm wählen. Zweckmäßigerweise wird dann leicht erreichbar ein Schieber im Rohr angebracht, um lästige Zugscheinungen bei Nichtbenutzung des Kamines zu verhüten.

Eine sehr schöne Kamin-Anlage hat der Architekt Grisebach (†) in seinem früheren Hause in der Fasanen-Straße in Charlottenburg in der ebenfalls sehenswerten Halle angebracht, nach französischem Vorbild. Vielleicht gelingt es Ihnen, Zutritt zu dem Privat-hause zu erlangen.

Die Rückwand der Feuerung muß mindestens 1 Stein stark sein, auch wird hier meistens eine gußeiserne Platte zum Schutz des Mauerwerkes angebracht. Schließlich wird sich auch empfehlen, den Schornstein oben mit einer kleinen Verdachung oder Platte zu schließen, sodaß direkte Windstöße nicht im Rohr herunterfahren können. Wenn das Schornsteinrohr aus irgend welchen Gründen an eine Außenwand zu liegen kommen muß, so ist eine Isolierung mittels Luftschicht erforderlich. — S.

3. Vorschriften über Kamine in Zimmern, bekanntlich als offene Feuerstellen anzusehen, sind mehr oder weniger in allen Baupolizei-Ordnungen enthalten. In der Regel wird verlangt, daß die Kamine entweder einen mit eiserner Klappe verschließbaren und bestiegbaren oder einen 25 cm im Lichten weiten, engen Schornstein erhalten, oben mit einem massiven oder eisernen Rauchmantel abgeschlossen werden, sowie eine absolut feuersichere Unterlage haben müssen.

Um Rauchbelästigungen, besonders bei Verfeuerung nicht völlig trockenen Holzes, zu vermeiden, ist einfach dasselbe zu beachten, was für jede gewöhnliche Ofenheizung Bedeutung hat. Jedoch empfiehlt sich bei uns, in unserem nordisch angehauchten Klima im Gegensatz zu südlichen Ländern, stets der Einbau eines modernen, fertig zu beziehenden „Kaminofens“, dessen Heizwirkung eine weit größere ist, als diejenige eines wirklichen Kamins, und der dabei die gleichen Annehmlichkeiten bietet. — B. in H.

Anfragen an den Leserkreis.

Es soll eine Dachdeckung geben, die aus dünnen, geteerten und wieder getrockneten Schwarzblechtafeln besteht und sich besonders als Deckung leichteren Gewichtes bewährt hat. Wo ist die Bezugsquelle? — Pf. in W.

Zementbaugeschäft Rud. Wolle, Leipzig.

Spezialausführung von
Beton- und Eisenbetonbauten
für Hoch- und Tiefbau.

Preisgekrönt:



Leipzig 1897.



Dresden 1903.



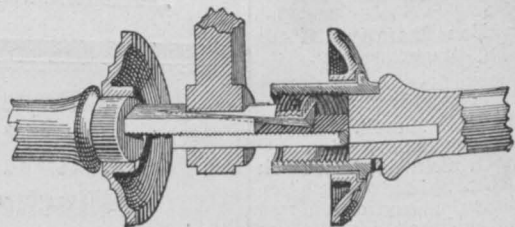
Dresden 1911.

**Korkstein-
Fabrik**

**Grünzweig &
Hartmann G.m.
Ludwigshafen a/Rh., Berlin.
Hamburg, München, Düsseldorf.
Dresden.**

Bei weitem
bestes
System.

Hoch solid.
Einfach.



Für jedes
Schloss
passend.
Auf 30 Jahre
Haltbarkeit
geprüft.

Drückerbefestigung „Issleib & Bebel“

Issleib & Bebel, Baubeschlag-Fabrik, Leipzig

Neuer Prachtkatalog auf Verlangen.

Schlummernde Wünsche

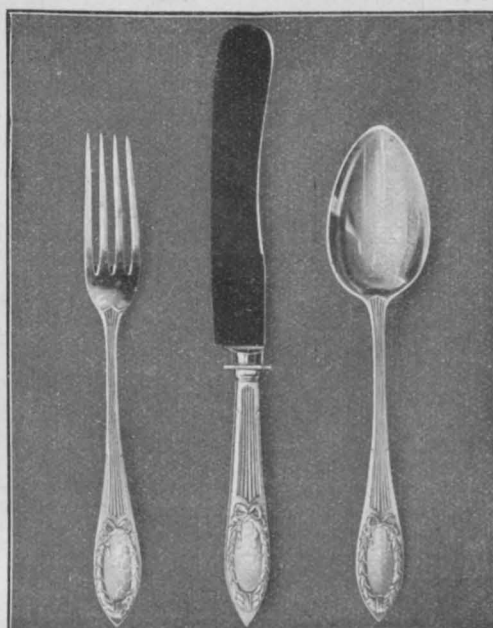
sei ihr Gegenstand ein Haushaltsstück, persönlicher Luxus oder irgendwelcher Bedarf, erfüllen wir gediegen, preiswert und gegen bedingte langfristige Amortisation. Prüfen Sie unsere Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit an Hand unserer Kataloge.

Bei Angabe des Artikels an ernste Reflektanten kostenfrei Kataloge:
Katalog U 64: Silber-, Gold- u. Brillantschmuck, Glashütter u. Schweizer Taschenuhren, Grossuhren, echte u. silberplattierte Tafelgeräte, echte u. versilberte Bestecke.
Katalog H 64: Gebrauchs- u. Luxuswaren: Artikel für Haus und Herd. Geschenkartikel jeder Art.
Katalog R 64: Moderne Pelzwaren.
Katalog S 64: Beleuchtungskörper.
Katalog P 64: Photographische und optische Waren.
Katalog L 64: Lehrmittel und Spielwaren.
Katalog T 64: Teppiche, deutsche und echte Perser.

STÖCKIG & CO.
HOFLIEFERANTEN

Dresden-A. 16 (f. Deutschland)

Bodenbach i. B. (f. Oesterr.)



BEILAGE 7 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. ZU NO. 13 VOM 12. FEBRUAR 1913.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Die Ransome-Spundwand. Anstelle der Verwendung hölzerner Spundwände zur Umschließung von Baugruben wird man in vielen Fällen, in denen es sich um schweren Boden (Kies) handelt, oder stärkere Erschütterungen benachbarter Gebäude vermieden werden sollen, oder wo in sehr tiefen Baugruben die Spundwand gleichzeitig eine kräftige Absteifung des Bodens bilden muß, eiserne Spundwände mit Vorteil verwenden. In Deutschland hat man zuerst solche Wände, die sich abwechselnd aus größeren und kleineren I-Profilen zusammensetzen, angewendet, die aber den Nachteil besitzen, daß sie mangels einer sicheren Führung nicht dicht schließen, also namentlich nicht wasserdicht sind. Man hat dann zu komplizierten vernieteten Formen gegriffen, bis man zuerst in Amerika geeignete Profile gewalzt hat, die bei geringem Volumen, großer Widerstandskraft auch eine sichere Führung der einzelnen Eisenprofile besitzen, die dicht in einander greifen und dementsprechend auch wasserdicht sind. Eine Spundwand dieser Art ist die Ransome-Spundwand, die von der Fa. Philipp Deutsch & Co., G. m. b. H., Berlin W., in den Handel gebracht wird und auch in Deutschland eingeführt ist. Wie die Abb. zeigt, ist bei der Profilbildung Wert darauf gelegt, daß die neutrale Achse des einzelnen Profiles oder Pfahles zusammenfällt mit der Spundwandachse, wodurch Formenänderungen beim Einrammen vermieden werden. Durch Verlasungen lassen sich Spundwände dieser Art in Längen bis zu 20 m ausführen. Die Spundwand ist u. a. mit bestem Erfolg angewendet worden bei Schleusenbauten in Fürstenberg a. O., wo bei 4 m Unterschied des Innen- und Außenwasserstandes eine vollkommen dichte Baugrube erzielt wurde, ferner beim Umbau der Schloßbrücke in Berlin.

Trotz des dichten Ineinandergreifens der einzelnen Profile gestatten diese eine Drehung derselben gegeneinander, so daß die Wände in Krümmungen bis zu 0,9 m kleinstem Halbmesser ausgeführt werden können. Gegenüber genieteten Profilen besitzt das Walzprofil den Vorzug der Gewichtersparnis und des geringen Preises, der leichteren Einrammung und des leichteren Wiederausziehens, der größeren Widerstandsfähigkeit durch Fortfall der Niete, die beim Rammen abplatzen können, oder später dem Rostangriff ausgesetzt sind.

Die Spundwand wird z. T. nur in einem Profil gewalzt, das 365 mm Breite, 80 mm Höhe und rd. 49 kg Gewicht für 1 m bewand. Dieses Profil bietet für das lfdm. Spundwand ein Widerstandsmoment von 335 cm³. Für besonders schwierige Verhältnisse können doppelte Spundwände durch Aufeinandernieten je zweier Profile oder noch schwerere Konstruktionen

GEHR. WICHMANN
BERLIN N.W. 6. Karl-Str. 13.

Zeichenpapiere, Pauspapiere, Lichtpaspapiere sowie sämtliche ZEICHENMATERIALIEN.

KATALOG FREI!

Antiquariatsofferten erbittet Ernst Wasmuth Berlin, Markgrafenstr. 53.



Johann Odorico
Glasmosaik-Werkstatt
Berlin W., Potsdamerstr. 127/128

Gegründet 1873

Carl Hauer

Gegründet 1873

Königlicher Hoflieferant

Ausführung von Bildhauer-, Modell-, Antrage-, Stuck-, Kunstmarmor-, Stuckolustro-, Steinstuck-, Rabitzarbeiten und äußeren Baudekorationen aller Art.

BERLIN

(202)

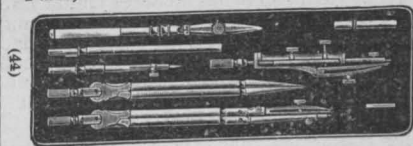
Dennewitzstr. Nr. 32. Amt Lützow. 4936.

DRESDEN

Seilergasse Nr. 14. Amt I. 1249.

Präzisions-Reißzeuge

GRAND PRIX: Paris, St. Louis, Lüttich, Brüssel, Turin.



Clemens Riefler Nesselwang und München, Bayern.
(Die echten Rieflerzirkel tragen am Kopf den Namen „RIEFLER.“)

W Siegersdorfer Werke

Siegersdorf i. Sgl.

Verblendsteine, Formsteine, Terrakotten, Dachfalzziegel, Gieberschwänze in Naturfarben und Glasuren jeder Tönung, Eisenklinker, (497)

Badeanstaltsteine

für Volksbäder, Brausezellen, Waschküchen pp.

Moderne Baukeramik,

Platten etc. für Fassaden u. Innenausstattungen, Wandbekleidungen. Wandbrunnen, Kamine.

BETON UND EISENBETON

[237 II]

HOCH- u. TIEFBAU

BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN
ZEMENTWARENFABRIKEN

HÜSER u. Cie.

GEGRÜNDET

GEGRÜNDET 1870

OBERCASSEL-SIEGKREIS.

1870

durch Einschiebung von C-Eisen zwischen die zusammenzunietenden Profile gebildet werden. Es entstehen dann tragfeilerartige Konstruktionen, die allerdings nicht mehr die vorher als besonderen Vorteil hervorgehobene Nietlosigkeit besitzen. —

Chronik.

Die Errichtung eines Denkmals in Aschersleben zur Erinnerung an die Siege des Jahres 1813 ist nach den Entwürfen des Bildhauers Professor Georg Wrba in Dresden beschlossen worden. —

Die Einweihung der neuen Stadtbibliothek in Mainz hat Mitte Januar stattgefunden. Das mit einem Aufwand von rd. 600 000 M. nach den Entwürfen des Stadtbaurates Gelius errichtete Gebäude umfaßt die etwa 240 000 Bände starke städtische Bibliothek, sowie das Gutenberg-Museum. Hierzu treten Räume für ständige und wechselnde Ausstellungen, sowie Räume für eine Münzen-Sammlung. Das Bücher-Magazin ist in feuersicherer Abtrennung in 9 Geschossen als ein nach rückwärts sich entwickelnder Flügel angelegt. Die Bauanlage liegt in der Rhein-Allee und wendet ihre Hauptfassade dem Rheinstrom zu. Für später ist die Einrichtung einer Volksbibliothek im Erdgeschoß des Hauptgebäudes in Aussicht genommen. —

Baumaterialien.

Die Preise für Ziegelsteine, Zement und Gips in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1913 im Verkehr zwischen Steinhändlern und Konsumenten bei größerem Baubedarf sind von der bei den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin bestehenden ständigen Deputation für Ziegelindustrie und Ziegelsteinhandel wie folgt ermittelt worden:

für Hintermauerungssteine I. Klasse ab Platz . . . M.	21,75 — 23
desgl. Bahnsteine . . .	21,75 — 23,50
(Hintermauerungssteine II. Kl. sind 1 M. billiger)	
Hintermauerungsklinker I. Klasse . . . M.	24 — 28
Brettsteine von der Oder	
Hartbrandsteine vom Frelenwalder Kanal und von der Oder	25 — 36
Klinker	
Birkenwerder Klinker . . .	26 — 38
Rathenow. Handstrichsteine	36 — 65
desgl. zu Rohbauten . . .	38 — 42
desgl. Maschinensteine Ia	40 — 48
Verblender	
desgl. Maschinensteine II	46 — 50
desgl. Dachsteine . . .	40 — 46
poröse Vollsteine . . .	35 — 38
desgl. Lochsteine . . .	30 — 33
Chamottesteine . . .	25 — 28
Lausitzer gelbe Verblender	80 — 100
Berliner Kalksandsteine . .	50 — 60
Zement für 170 kg netto . .	19 — 22
Stern-Zement f. 170 kg netto	5,75 — 6,50
Putz-Gips f. 1 Sack = 75 kg frei Bau einschließl. Sack	6 — 6,75
Stuck-Gips f. 1 Sack = 75 kg frei Bau desgl.	1,60 — 1,70
	1,75 — 1,80

Die Preise verstehen sich für Wasserbezug in Ladungen frei Kahn ausschließlich Ufergeld; für Bahnbezug frei Waggon, Eingangsbahnhof; ab Platz erhöhen sich die Preise um M. 0,50—1,0 für Taus. für Wasserbezug. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Den Regier.-Räten Schwantes, Jobst, List, Hausknecht und Boy, Mitgl. des kais. Pat.-Amtes, ist der Char. als Geh. Reg.-Rat verliehen.

Der Mar.-Brt. Breymann in Tsingtau ist nach Kiel versetzt und anstelle des Brt. Berling der Insp. des Torpedowesens überwiesen. Der Mar.-Brt. Hartmann ist nach Tsingtau kommandiert und übernimmt die Geschäfte des Dir. der Werft das.

Der Mar.-Schiffbmstr. Wigger im Reichs-Mar.-Amt ist nach Kiel versetzt. Der Bmstr. des Schiffbchs. Betzhöld in Kiel ist zum Reichs-Mar.-Amt kommandiert.

Der Geh. Brt. Kahrstedt, früher in Neisse, ist gestorben.

Baden. Der Ob.-Masch.-Insp. Landwehr bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. ist zum Hilfsreferenten und Insp.-Beamten bei der Ob.-Dir. des W.-u. Straßenbaues ernannt.

Der Brt. Nebenius in Emmendingen ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Bayern. Verliehen ist: dem Min.-Rat Wicklein im Staatsmin. für Verkehrs-Angelegenh. das Ehrenkreuz des Verdienst-Ordens vom hl. Michael, dem Min.-Rat Dr. Gleichmann die III. Kl. des gleichen Ordens; den Reg.-Räten Dantscher und Wetzlar im Staatsmin. f. Verkehrsangelegenh.; Hafner in München, Hübler in Augsburg und



Unerreicht ist der Klosettspüler Flushometer „Isaria“

Modern!
Dauerhaft!
Hygienisch!

Bayer. Metallindustrie München

Tobias Forster & Co., München.

Es darf kein ähnlicher Klosettspüler als „Flushometer“ verkauft oder angeboten werden. • Name geschützt. • Apparat patentiert.

Schwemmsteine ■ Bimskies

J. MEURIN Trasswerke Andernach a. Rh.



WUNSTORFER
PORTLAND-CEMENT,

KLEEBLATT-MARKE

TELEGR. ADR.:
CEMENTWERKE WUNSTORF
A B C. CODE, 5. AUSG.
CARLOWITZ CODE

FERNSRECHER:
AMT WUNSTORF Nr. 2
POSTScheckkonto:
HANNOVER Nr. 82.

zeichnet sich aus durch hohe Festigkeiten, Volumbeständigkeit, feine Mahlung, Gleichmäßigkeit und rein graue Farbe. Er ist bekannt und bewährt seit 1889 bei aller Art Bauten, Dock- und Hafenbauten, an der Nordseeküste besonders anerkannt und wird vermöge seiner zuverlässigen, langsamen Bindefzeit für Beton- und Eisenbeton-Arbeiten, für Magens Transport-Beton und zur Cementwaren-Herstellung vielfach bevorzugt.

WUNSTORFER PORTLAND CEMENTWERKE A.G.
WUNSTORF.



Müllschlucker „Columbus“

D. R. P. Silberne Medaille.

Mehrere Auslandspatente.

Columbus ist der einzigste Müllschlucker, der seit Jahren seine Position behauptet hat.

Columbus wird von Autoritäten als äußerst praktisch u. brauchbar empfohlen.

Columbus ist im Vollbade verzinkt. Viele Anerkennungsschreiben liegen vor.

Kostenanschläge und Prospekte kostenlos durch

Wiegand & Co., Bremen.

Schremmer in München, dem Ob.-Postrat Gresbeck in Würzburg die IV. Kl. mit der Krone desselben Ordens; den Dir.-Räten Chormann in Kaiserslautern und Fleidl in Lichtenfels die IV. Kl. dieses Ordens; — dem Min.-Rat v. Weiß im Staatsmin. für Verkehrsangelegenh. der Tit. u. Rang eines kgl. Geh. Rates; dem Reg.-Rat Hogenmüller in Weiden der Tit. u. Rang eines Ob.-Reg.-Rates, den Dir.-Räten Gg. Kuffer in Ingolstadt und Beilback in München desgl. eines Reg.-Rates.

Der Bauamtsass. Blanck beim Wasserversorg.-Bur. ist zum Bauamt. befördert.

Preußen. Dem Brt. Graebner in Paderborn, dem Reg.-Bmstr. Alfr. Schubert z. Zt. in Duala (Kamerun) und dem Reg.-Bmstr. a. D. Semke in Charlottenburg ist der Rote Adler-Orden IV. Kl., dem Brt. Rokohl in Spandau der kgl. Kronen-Orden III. Kl. verliehen.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr. Dr. Kohl der Reg. in Königsberg i. Pr., Stoltzfoht desgl. in Bromberg, Poppendieck in Wiesbaden und Lahr der Wechselstrom-Bauverw. in Danzig.

Die Reg.-Bfhr. Emil Erbe aus Oberrad, Konrad Haberland aus Wandsbek und Paul Winde aus Kornelmünstes (Eisenbfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Den Reg.-Bmstrn. Aug. Becker in Idar, Artur Müller in Hamburg und Engberding in Badbergen ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst erteilt.

Der Reg.- u. Brt. Michaelis in Magdeburg ist gestorben.

Sachsen. Die Wahl des Prof. Foerster zum Rektor der Techn. Hochschule in Dresden für das Jahr 1. März 1913 bis dahin 1914 ist bestätigt worden.

Versetzt sind: der Brt. Köpcke zur Gen.-Dir. der Staatseisenb., der Reg.-Bmstr. Sorger beim Masch.-techn. Bur. zum Kommissariat für elektrische Bahnen, die Bauamt. Hildebrand in Plauen zur B. D. Leipzig und Uhlfelder in Freiberg zum Bauamt Greiz. Der Geh. Brt. Andrae in Dresden und der Fin.- u. Brt. Krüger in Meissen sind gestorben.

Württemberg. Dem Dir. Erhard am städt. Elektrizitätswerk in Stuttgart ist das Ritterkreuz des Ordens der Württemberg. Krone verliehen.

Der Abt.-Ing. Lindner bei der Gen.-Dir. ist zu der Eisenb.-Bauinsp. Mühlacker versetzt.

Bei der Staatsprüfung im Masch.-Ingfch. sind für befähigt erklärt und haben die Zeichnung Reg.-Bmstr. erhalten: die Kand. Gottlob Bullinger aus Hohebach, Otto Geißler aus Heilbronn, Ferd. Höring aus Neresheim, Alfr. Otto aus Frickenhausen und Max Wilhelm aus Stuttgart.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Dipl.-Ing. Pr. in K. Die Beantwortung Ihrer Anfrage an den Leserkreis durch diesen oder durch uns würde der Verfassung der Reiseberichte gleich kommen, zu dem Briefkasten mit seinem beschränkten Raum doch wohl nicht der Ort ist, um so mehr nicht, als es über das von Ihnen zu be-reisende Gebiet gute Reisehandbücher gibt. Wir nennen Ihnen in deutscher Sprache Baedeker's „Riviera, Südost-Frankreich und Korsika“. 4. Auflage 1906. Preis 6 M. Le-gen Sie aber Wert auf eine spätere Auflage, so käme der französisch geschriebene Baede-ker: „Le Sud-Est de la France, du Jura à la Méditerranée“, 9. Aufl. 1910, in Betracht. Preis ebenfals 6 M. —

Rechtsauskunft.

Bearbeitet von Justizrat Professor Dr. Paul Alexander-Ratz, Berlin W. 66.

Hrn. Arch. M. & Sp. in Kassel. Der bau-leitende Architekt haftet bei Erfüllung seiner Obliegenheiten für jedes Verschulden, also für Vorsatz und jede Fahrlässigkeit. Er haf-tet aber nicht dafür, daß die mutmaßlichen Baukosten nicht überschritten werden, wenn er nicht eine derartige Haftung übernommen hat. Eine solche Haftung findet insbeson-dere dann nicht statt, wenn sich die Bau-immer darum erhöhen, weil der Bauherr Aufwendung von Mehrkosten erfüllt werden können.

Frühere Beantwortungen ähnlicher Art fin-den Sie im Jahrg. 1912, Beilage, S. 88 und 136; den Sie selbst erkennen, wenn Sie dort nach-lest. Im übrigen empfehlen wir, stets zu-zuforschen, wenn Ihnen „etwas erinnere-lich“ ist, das müssen auch wir tun. —

Hrn. Arch. W. N. in S. Der Mieter einer Wohnung ist nicht ohne Weiteres berech-tigt, in der Wohnung bauliche Veränderungen ohne

Belegte Massivtreppen in Kunststein und Eisenbeton. (Vor Nachahmung wird gewarnt!!)

Patentinhaber liefert die Formdübel und die Befestigungsdübel. Einheimische Unternehmer sind die Ausführenden.



Verwaltungsgebäude. Berga a. Elster: Rathaus. Chemnitz: Handelskammer, Rathaus, Elektrizitäts werk, Krankenhaus im Küchwald. Essen a. d. Ruhr: Fr. Krupp, A.-G., Verwaltungs- und andere Gebäude 1909—1912. Gera: Geraer Elektrizitätswerk und Straßenbahn-Aktiengesellschaft. Greiz i. V.: Justizgebäude. Hamburg: Polizei-Gebäude, slaatl. Verwaltungsgebäude. Köln a. Rh.: Oberzoll-direktion. Leipzig: Kgl. Intendantur, Kgl.-Sächs. Eisenbahn-Verwaltungsgebäude I, Verwaltungs- gebäude der Stadt. Meppen i. Han.: Rathaus. Nordenham: Amts- und Amtsgerichtsgebäude. Zwicknitz i. Sa.: Kgl. Amtsgericht.

Patent-Diaphragma-Pumpen

für Förderhöhen bis 12 Meter.

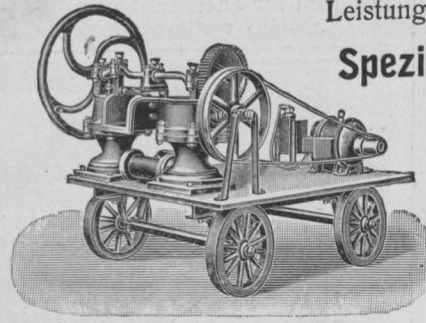
Leistungen von 5000—80000 Liter stündl.

Spezialpumpe für Bauzwecke.

Fahrbare Pumpwerke

mit Explosions- und Elektromotor

stets sofort lieferbar.



Hammelrath & Schwenzer, Düsseldorf 60 J. Telephone Nr. 1015.

Fillale: BERLIN SW., Besselstr. 6. (199 II)

Schmidt & Meldau, Baubeschlag-Fabrik, Köln a. Rh.

unterhalten großes Lager und liefern zu Fabrikpreisen:



Original Y. & T. Blount-Türschließer

Große Auswahl vorzüglicher „Frappantum“.

Schiebe-Beschläge

für Schranktüren etc. mit Kugellager.

Geräuschlos laufend.

Beste Qualitäten, billigste Preise.



Original Schiebetür-Beschläge „COLONIA“ D. R. G. M.

aus Stahl, verstellbar und geräuschlos laufend.

Amerikanische Tür-Beschläge

Sämtl. Fabrikate der Yale & Towne Mfg. Co.

Prämiert „Silberne Medaille Düsseldorf 1902“.

KOCH & BEIN

Berlin SW. 68 Ritter-Str. 49

Gegründet 1857.

Firmen-Schilder u. Schilder aller Art.

Metall-, Holz- und Glasbuchstaben in allen Größen und Schriftformen.

Elektrische Reklame-Beleuchtung.

Laternen und Transparente nach besonderen Entwürfen. (271)

Wappen- und Medaillen-Gießerei.

K

B

Zustimmung des Hauseigentümers vorzunehmen. Als eine solche bauliche Veränderung ist es auch anzusehen, wenn er die Fußböden mit Linoleum derart belegt, daß das Linoleum mit dem Fußboden fest verbunden ist; denn hierdurch wird der Fußboden selbst verändert und es wird in einem neu gebauten Hause der Trocknungsprozeß erschwert. Auch wird die Gefahr der Beschädigung der Fußböden durch die im Hause befindliche Feuchtigkeit erhöht. Ein Mieter, welcher gleichwohl ohne Zustimmung des Hauseigentümers Fußböden mit Linoleum fest belegt, haftet für den dadurch entstehenden Schaden. —

Hrn. Arch. O. B. in Hannover. Wenn nichts Anderes vereinbart ist, muß der Zimmermeister für den Dachstuhl borkenfreies Holz liefern. Die Borke am Bauholz ist immer ein Fehler, welchen der Zimmermeister beseitigen muß. Es ist also durchaus ungerechtfertigt, wenn der Zimmermeister verlangt, daß der Dachdecker und der Bauherr zu den Kosten der Beseitigung der Borke von der Dachstuhlkonstruktion beitragen.

Sitzt der Holzwurm in der Dachstuhlkonstruktion, so ist das ein Mangel. Tritt dieser Mangel während der Garantieliste auf, so ist der Zimmermann verpflichtet, ihn zu beseitigen. Diese Verpflichtung fällt fort, wenn der Mangel von dem Zimmermeister darum nicht zu vertreten ist, weil der Holzwurm durch anderweitige Lieferungen, z. B. die Lieferung der Dachlatten, in den Bau hineingebracht ist. Diese Behauptung stellt sich jedoch als ein Einwand dar gegen die an sich anzunehmende Verpflichtung des Zimmermeisters zur Beseitigung des Mangels. Diesen Einwand muß der Zimmermeister darlegen und beweisen. Durch die bloße Behauptung, daß der Holzwurm durch den Dachdecker in den Bau eingebracht sei, kann sich der Zimmermeister von seiner rechtlichen Verpflichtung nicht befreien. Eine Klage gegen den Zimmermeister wird daher Aussicht auf Erfolg haben, wenn nicht dem Zimmermeister der Beweis gelingt, daß der Holzwurm durch die Dachlatten in den Bau eingeschleppt ist. —

Verband der Bauarbeitgeber in L. Die Vorschrift des § 648 BGB. ist nicht zwingender Natur. Die Parteien können vereinbaren, daß die Eintragung einer Sicherungshypothek auf dem Baugrundstück des Bestellers zu Gunsten des Unternehmers des Bauwerkes nicht statthaft sein soll. Für die Annahme, daß ein solcher Vertrag wider die guten Sitten verstoße, fehlt jeder Anhalt. Daher sind auch keinerlei Urteile bekannt geworden, die die Vereinbarung der Unzulässigkeit der Sicherungshypothek für unsittlich erklären. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu Anfrage 2 in Beilage 1 zu No. 1. Eine Ausführung von Schießstands-Anlagen in Eisenbeton ist in „Beton und Eisen“ 1910, S. 16 und S. 115 enthalten. Es handelt sich hier um Herstellung von etwa 5000 lfdm Eisenbetonwänden einschließlich Gründung für den Neubau der Schießstands-Anlagen am Kaiser Wilhelm-Kanal in Holtenau bei Kiel. Die Wände haben eine Höhe von 3,25 bis 5,25 m. Der Aufsatz enthält die Baubeschreibung mit Abbildungen und die statische Berechnung. —

Zu Anfrage 2 in Beilage 2 zu No. 3. Einfach kohlenstoffsaures Wasser greift Beton nicht an, sondern es verkittet vielmehr seine Außenhaut. Abweichend hiervon zersetzt doppelkohlenstoffsaures Wasser selbst den besten Beton alsbald sehr energisch, wie dies bei Hochbehältern von Wasserleitungen nicht selten nachzuweisen war. —

Zu Anfrage in Beilage 3 zu No. 5. Als Feuer-Anlagen auf Bismarck-Säulen haben sich bisher solche Vorkehrungen bewährt, mit deren Anwendung die der Hitze und dem Rauch des Feuers zunächst liegenden Teile der Türme tunlichst nur mittelbar und geringfügig beeinträchtigt werden. Hierzu eignen sich nur Pfannen oder flache Kessel, die von der Turmplattform frei und hoch abstehen, und die mit dieser nur mittels Dreifuß oder sonstiger Stütze verbunden sind. Diese werden von in der Turmplattform befestigten Pratzen oder Schleifen gehalten und sind von diesen auch leicht zu lösen. B. H.

Anfragen an den Leserkreis.

Wie können Zementstufen, die gegen Witterungseinflüsse geschützt in einem geschlossenen Raum liegen, mit einem dauerhaften Oelfarbenanstrich versehen werden? —

H. B. in B. Nachschrift der Redaktion. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, Zementstufen mit einem Anstrich zu versehen, der dem abnutzenden Einfluß des Begehens widersteht. —

Zementbaugeschäft Rud. Wolle, Leipzig.

Spezialausführung von
Beton- und Eisenbetonbauten
für Hoch- und Tiefbau.

Preisgekrönt:



Leipzig 1897.



Dresden 1903.



Dresden 1911.

Obernkirchener Sandsteinbrüche, A.-G.

Obernkirchen, Grafschaft Schaumburg,
empfehlen ihr anerkannt vorzügliches, absolut wetterbeständiges **Sandstein-Material.**

Broschüre =
kostenfrei.

Grossisten bedeutende Vorteile!



Grossisten bedeutende Vorteile!

Wer einen unverwüstlichen Klosettsitz wünscht verlange
Preisliste und Muster von der Klosettsitzfabrik:

Harry Held, G. m. b. H., Ludwigshafen a. Rh.

Regensichere Dachlüftung



Hürtgenluffer



Sternluffer

C. Hürtgen, Mönnig & Co Köln-Lindenthal

Prima rheinische

Schwemmsteine

zu Decken, Wänden, Gewölben, Erkervorbauten,
Aussenmauerwerk etc.

trocken

□ warm

□ schallsicher

Verlangen Sie alle Details von

Prüss'sche Patentwände G. m. b. H., Berlin SW. II.

General-Vertrieb des Rheinischen Schwemmstein-Syndikats für Groß-Berlin.

BEILAGE 8 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. ZU NO. 15 VOM 19. FEBRUAR 1913.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Versalträger. Die von der „Deutschen Versalträger-Industrie“, G. m. b. H. in Düsseldorf in den Handel gebrachten Träger sollen einen Ersatz für Holzbalken liefern; deren Vorzüge — leichte Befestigung der Fußböden und der Decken — sind beibehalten, ohne ihre Nachteile — Angriff der Balken durch Schwamm, Schwächung durch Rissigwerden, Unbequemlichkeit der Schwindungserscheinungen usw. — zu besitzen. Die Träger werden in der gleich bleibenden Höhe von 26 cm aus Flußeisenblechen

von 1,5, 2, 2,5 und 3 mm Stärke, wie der Querschnitt zeigt, kalt gebogen und durch ebenfalls kalt eingenietete Verstärkungs - Winkel (Niete von 6,5 mm Durchm.) zu einem Γ -förmigen Träger verbunden, der in entsprechenden Längen abgepaßt zur Baustelle geliefert wird. Das Widerstandsmoment wird durch die verschiedenen Blechstärken und Flanschbreiten der Belastung angepaßt. Zwischen die beiden Träger-Teile werden oben und unten Holz-Latten eingelegt, deren Stärke auf das zur Nagelung erforderliche Mindestmaß (50 - 50 mm Querschnitt) eingeschränkt ist. Der aus der Seitenfläche der Stege hervortretende Vorsprung dient dazu,



die Stakhölzer von Holzdecken (vergl. Abbildung), oder bei Massivdecken Ein- oder Schubplatten beliebigen Materiales, oder zu tragen. Die Träger sind nur für Decken für 250 kg/qm Höchstlast berechnet. Eine Decke vorgenannter Art mit Versal-50 kg/qm ist dann nach Angabe der Firma Holzbalckendecke. Es sind von der Firma statische Tabellen aufgestellt, wobei die Beanspruchungen mit 1000, Ab-1600 kg/qcm angesetzt sind. Von einigen allgemeinen Genehmigungen für bestimmte Spannweiten und Balkenabstände erteilt worden, z. B. für Berlin, Köln, Hannover usw. Es erübrigt in diesen Fällen die Beibringung einer besonderen statischen Berechnung, was auch für die Einführung der Träger von Vorteil sein dürfte.

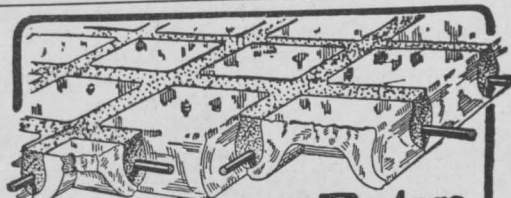
Chronik.

Die Errichtung einer Gemälde-Galerie der Stadt Mainz ist vom Oberbürgermeister Dr. Göttemann in Mainz als der letzte Schritt Sammlungen würdige Unterkunftsstätten zu bereiten. Mit der Gemälde-Galerie wird die Sammlung für plastische Kunst vereinigt werden, die zurzeit im neuen Bibliothek-Gebäude am Rhein eine vorübergehende Unter- gefunden hat.

GEBR. WICHMANN

SPECIALGESCHÄFT FÜR BERLIN, N.W.6. KARL-STR.13.

ZEICHENBEDARF.



Glas-Eisen-Beton (System Keppler)

Für Fußböden, Dächer, u. Wände.

Grosse Tragfähigkeit. Billig i. d. Herstellung.
Minimale Unterhaltungskosten. Leicht zu reinigen. Kein Anstrich nötig.

Deutsches Luxfer Prismen Synd. G.m.b.H.
Berlin SW. 68, Friedrichstr. 204

Baumeister Architekten Bauunternehmer
Wenn Sie wirklich **bauen** wollen, so liegt es in Ihrem vorteilhaft und gut **eigensten Interesse**

mit Rheinischen Schwemmsteinen

die sich glänzend bewährt haben und seit langem von Fachautoritäten (Architekten, Wohnungshygienikern, Mediziner und dergl.) hervorragend begutachtet werden,

hygienische, trockene und schallsichere Wohnungen zu errichten.

Auch für landwirtschaftliche, industrielle und Geschäftsgebäude hervorragend geeignet, bei **geringstem Kostenaufwand** (408) **unerreicht niedriges Gewicht:** 650 kg/cbm — Mauerwerk i. M. 850 kg/cbm.

Drucksachen, jede gewünschte technische Auskunft, auch Ingenieurbesuch, kostenlos.
Rheinisches Schwemmstein-Syndikat, Neuwied.
Techn. Abteilung. Fernsprecher: Nummer 93 u. 57. Telegr.-Adr.: Syndikat, Neuwied.

Gegründet
1873

Carl Hauer

Gegründet
1873

Königlicher Hoflieferant

Ausführung von Bildhauer-, Modell-, Antrage-, Stuck-, Kunstmarmor-, Stuck-olustro-, Stein- und Ritzarbeiten und äußeren Baudekorationen aller Art.

BERLIN

(202)

DRESDEN

Dennewitzstr. Nr. 32. Amt Lützow, 4936.

Seilergasse Nr. 14. Amt I, 1249.

BETON UND EISENBETON

[237 II]

HOCH- u. TIEFBAU
BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN
ZEMENTWARENFABRIKEN

GEGRÜNDET
1870

HÜSER u. CIE.
OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET
1870

Die Wiederherstellung des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz, die seit dem Schluß der neunziger Jahre mit einem Aufwande von 1200 000 M. betrieben wird, von dem das Reich und das Großherzogtum Hessen 600 000 M., die Stadt Mainz gleichfalls 600 000 M. tragen, geht ihrem Abschluß entgegen. Mit dem Auszug des Naturhistorischen Museums in das Klara-Kloster, der Bibliothek und des Gutenberg-Museums in ihren fertig gestellten Neubau und der Gemälde-Galerie in das geplante neue Haus werden die Räume des Schlosses für das Römisch-Germanische und das Altertums-Museum frei. Mit dem Abschluß der Wiederherstellung erhalten diese wertvollen Sammlungen eine würdige Unterkunft.

Ein großes Geschäftshaus, der „Handels-hof“ in Essen (Ruhr), das einen ganzen Bau-block gegenüber dem Hauptbahnhof einnimmt und von den Kölner Arch. Reg.-Bmstr. Moritz und W. Stahl errichtet worden ist, konnte kürzlich seiner Bestimmung übergeben werden. Das von 4 Straßen umzogene Gebäude hat 2550 qm Grundfläche (nutzbare Grundfläche in 6 Geschossen und Keller rd. 15000 qm) und erforderte einen Kostenaufwand von 5,6 Mill. M. Das Gebäude soll in erster Linie Handelszwecken dienen, enthält aber u. a. auch ein Lichtspiel-Theater mit 650 Sitzplätzen, ein Hotel mit 50 Zimmern usw. Eigentümerin ist die Essener Grundbesitz-Gesellschaft. Die Stadtgemeinde Essen hat sich daran durch Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft für 4,5 Mill. M. beteiligt. Nach 60 Jahren geht der Handels-hof in den Besitz der Stadtgemeinde über.

Literatur.

Jahrbuch für die Gewässerkunde Nord-deutschlands. Herausgegeben von der Preußischen Landesanstalt für Gewässerkunde. Abflußjahr 1910. Allgemeiner Teil. Heft I: Memel-, Pregel- und Weichsel-Gebiet. Heft II: Oder-Gebiet. Heft III: Elbe-Gebiet. Heft IV: Weser- und Ems-Gebiet. Heft V: Rhein-Gebiet und preuß. Gebietsanteil der Vechta, Maas und Donau. Heft VI: Küstengebiet der Ost- und Nordsee. Berlin 1912. Ernst Siegfried Mittler und Sohn. Kgl. Hofbuchhandl. Pr. 30 M.

Beetz, Max, Brt. Kleinwohnungs-Häuser. Praktische Anleitung und Musterbeispiele für den Bau billiger Ein- und Mehrfamilienhäuser für Arbeiter, Handwerker usw. durch Private, Bauvereine und Genossenschaften. Mit einer allgemein verständlichen Anweisung zur Gründung gemeinnütziger Bauvereine in Stadt und Land nebst Musterstatuten-Entwurf von Landes-Wohnungs-Insp. Gretzschel. Mit 50 Seiten Abbildgn. 3. Aufl. Wiesbaden 1910. Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Pr. 1,80 M., geb. 2,40 M.

Bericht über den II. internationalen Hausbesitzer-Kongreß vom 5. bis 9. Mai 1912 in Berlin. Herausgegeben vom Arbeitsausschuß des Kongresses. I. Bd.: Organisation des Kongresses. Eröffnungssitzung. Verzeichnis der Mitglieder und sonstiges. II. Bd.: Heimstättenrecht. III. Bd.: Die Realkreditfrage und ihre beste Lösung für den Hausbesitz. IV. Bd.: Vergleichende Wohnungs-Statistik. Berlin 1912. Julius Springer. Pr. 10 M.

Boerschmann, Ernst, Reg.-Bmstr. Chinesische Architektur. Begleitwort zu der Sonder-Ausstellung: Chinesische Architektur in Zeichnungen und Photographien nach Aufnahmen von Reg.-Bmstr. Ernst Boerschmann, veranstaltet in den vorderen Ausstellungsräumen des kgl. Kunstgewerbe-Museums zu Berlin vom 4. Juni bis 20. Juli 1912.

Bund Deutscher Architekten. Sieben Fragen für jeden, der zu bauen beabsichtigt. Herausgegeben von der Ortsgruppe Sachsen-Anhalt, Sitz in Halle a. S. Verfasser: Arch. Gustav Wolff. Halle a. S. 1912. Gebauer-Schwetschke. Pr. 25 Pf.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Zu Mitgl. der künstlerischen Sachverständigen-Komm. der Reichsdruckerei für die Jahre 1913-1915 sind ernannt: der kgl. Reg.- u. Brt. a. D. Hasak und der Prof. Paul, Dir. der Unterrichtsanstalt des kgl. Kunstgewerbe-Museums in Berlin.

Der Brt. Rudelius ist zum Int.- u. Brt. bei der Int. des Gardekörps ernannt. Dem Int.- u. Brt. Feuerstein ist bei seiner Versetzung in den Ruhestand der Char. als Geh. Brt. verliehen.

Die Reg.-Bmstr. Gottke in Posen I und Zimmermann in Straßburg i. E. sind zum 1. April d. J. gegenseitig und der Reg.-Bmstr.

Austrocknungs-

Gesellschaft
m. b. H.
Charlottenburg

Galvani-Str. 8

Telefon:
Amt Wilhelm 1669

D.
R.
P.

Tüchtige Vertreter allerorts gesucht.

D.
R.
G.
M.

Kürzlich
u. a.
mit der

Austrocknung für die Königl. Regierung beschäftigt gewesen.

Liborius & Püschel, Magdeburg

Telephon: Nummer 7119 Askanischer Platz 3 Telegr.-Adr.: Elektrobeton

Bauausführungen in
Beton u. Eisenbeton für Hochbau-, Tiefbau-,
Brücken- u. Wasserbau

Uebernahme kompletter Industriebauten

Spezialität: Trägerlose Hohlkörperdecke System „Wörner“

D. R. P. 240007 und 247783 und Auslandspatente.

(313)

Ullersdorfer Werke

Kunstziegel-u. Tonwarenfabrik, Akt. Ges.

Nieder-Ullersdorf, Kreis Sorau-Lausitz

Verblend-u. Formsteine, Terrakotten

Glasuren, Engoben, moderne Glasuren.

Badeanstaltsteine - Dachsteine.

B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden

Bauausführungen

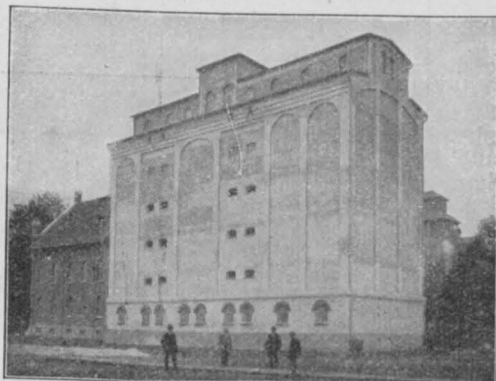
in

Beton, Eisenbeton und ..
Zement-Bruchsteinmauerwerk

für

Brücken-, Hoch- u. Tiefbauten
jeder Art.

Spezialität seit 1873 ..



Getreide-Silo f. d. Gräfl. v. Bennigsen'sche Mühle Banteln.

Brücken, Hallen, Silos und Fabrikbauten aus Eisenbeton. Talsperren, Wasserkraftanlagen, Filter, Wasserbehälter, Stützmauern, Deckenkonstruktionen, Kanalisationen. Röhren-, Platten- und Kunststein-Fabrik.
Eisenbeton-Rammpfähle.

(310 11)

Klewitz in Karlsruhe ist zum 1. März als Vorst. d. Mil.-Bauamtes nach Bromberg versetzt.

Der Mar.-Masch.-Bmstr. Bröking in Wilhelmshaven ist nach Kiel zur Insp. des Torpedowesens versetzt. — Der Bmstr. des Schiffbchs. Techow in Wilhelmshaven ist zum Reichs-Mar.-Amt Berlin kommandiert.

Baden. Versetzt sind: die Masch.-Insp. Noll in Offenburg nach Mannheim, Nuß in Konstanz nach Karlsruhe und Karl Stratt- haus in Karlsruhe nach Freiburg; die Bau- Insp. Strack in Eberbach nach Mannheim, Burger in Durlach nach Eberbach und Eisenlohr in Rastatt nach Karlsruhe; die Eisenb.-Ing. Klute in Freiburg nach Basel und Wolff in Karlsruhe nach Basel.

Elsaß-Lothringen. Der Reg.-Bfhr. Friedr. Horning ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Hessen. Dem Reg.- u. Bt. Stieler in Frankfurt a. M. und dem Eisenb.-Dir. Zimmermann in Gießen ist die Erlaubnis zur Ann. und zum Tragen des ihm verlieh. kgl. preuß. Roten Adler-Ordens IV. Kl. erteilt.

Der Bt. Opfermann in Mainz ist gestorben.

Preußen. Dem Geh. Bt. Leibbrand in Sigmaringen ist der Rote Adler-Orden IV. Kl. mit der Schleife verliehen.

Aus Anlaß der 100 jährigen Gedenkfeier der nationalen Erhebung Preußens haben Auszeichnungen erhalten:

Der Ob.- u. Geh. Bt. Blunck und der Geh. Bt. Schüler bei der Eisenb.-Dir. in Königsberg den Roten Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife; — der Bt. Aschmoneit in Labiau, die Reg.- u. Bt. Freytag in Allen- stein, Gentz in Osterode und Hasenwin- kel in Allenstein, der Kr.-Bmstr. a. D. Krause in Braunsberg, der Mag.-Bt. Kuck in Kö- nigsberg, der Bt. Luedecke, Mil.-Bauamt III in Königsberg, die Reg.- u. Bt. Michaelis und Weiß in Königsberg den Roten Adler- Orden IV. Kl.; — die Reg.- u. Bt. Dohr- mann und Harms, der Int.- u. Bt. Koppen, der Reg.- u. Bt. Ladisch und der Geh. Bt. Lehmann, sämtlich in Königsberg, der Reg.- u. Bt. Sarng in Allenstein den kgl. Kronen- Orden III. Kl.;

der Reg.- u. Bt. Knauer in Königsberg den Char. als Geh. Bt. und der Dir. der Immobilien- und Baugesellschaft Kretsch- mann in Königsberg den Char. als Bt. —

Die Bt. Wellmann in Swakopmund und Schönsee in Celle, der Reg.- Bmstr. Grube in Berlin sind zu Reg.- u. Bt. ernannt.

Der Reg.- u. Bt. Schönsee ist der Reg. in Schleswig überwiesen.

Versetzt sind: der Bt. Busse in Diep- holz als Vorst. des Poliz.-Bauamtes VIII. nach Berlin; die Reg.-Bmstr. Gerstenhauer in Angerburg als Vorst. des Hochbauamtes nach Diepholz, Ertz in Osnabrück als Mitgl. (auftrw.) der Eisenbahn-Dir. nach Hannover, Woltmann in Düsseldorf als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes I nach Osnabrück, Giese- ler in Spandau zur Eisenb.-Dir. nach Berlin, Goerke in Fulda zum Betr.- Amt nach Ostrowo und Johs. Schröder in Ostrowo in den Bez. der Dir. Hannover.

Dem Dipl.-Ing. Konrad Matschoss und dem Konstr.-Ing. Dr. Stephan Löffler an der Techn. Hochschule in Berlin ist das Präd. Prof. beigelegt.

Die Reg.-Bfhr. Herm. Fritzel aus Frank- furt a. M. (Hochbch.), Paul Schilling aus Rotenditmol (W.- u. Straßenbch.), Heinr. Rempp aus Mörchingen und Paul Klipps aus Gransee (Eisenbch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Geh. Bt. Roth in Magdeburg, der Bt. Lürig in Aachen, der Reg.-Bmstr. Fr. Förster, Vorst. der Betr.-Leitung der Bran- denburgischen Städtebahn, und der Landes- Bt. Oehme in Posen sind gestorben.

Sachsen. Der Reg.- u. Bt. Dressel ist den techn. vertr. Räten im Fin.-Min., insbe- sondere dem vertr. Rat in Wasserbausachen, zur Unterstützung und Vertretung beigegeben.

Der Reg.-Bmstr. Voigt beim Str.- u. Wasser- bauamt Leipzig ist etatsm. angestellt.

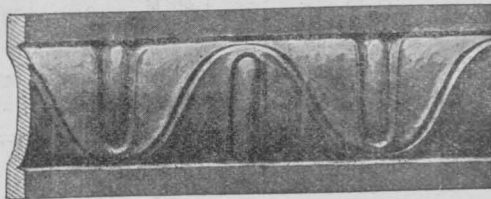
Dem Bauamt Dr.-Ing. Bloß ist die Stell- vertretung des Reg.-Komm. für elektr. Bah- nen übertragen.

Dem Bauamt Uter in Leipzig ist die nachges. Versetzung in den Ruhestand ge- nehmigt.

Brief- und Fragekasten.

Stadtbauamt Sch. Wir bedauern, Ihnen sagen zu müssen, daß wir gänzlich außer Stande sind, die von Ihnen gewünschte Prüfung des Honoraraufstellung vorzunehmen oder unsere Meinung dazu zu äußern. Wir können im Briefkasten nur Fälle von allgemeiner Bedeutung und auch nur in gewissen Gren- zen behandeln. Der Fall scheint hier so zu liegen, daß ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Architekten zu empfehlen sein dürfte. —

NEUE MANNSTAEDT-
ZIEREISEN □ ENTWURF
PROF. PETER BEHRENS



SONDERDRUCK WIRD
KOSTENLOS UEBERSANDT

FAÇONEISEN-WALZWERK
L. MANNSTAEDT & CIE
A-G,
KÖLN-KALK

Johann Odorico

Frankfurt a. M. Dresden Leipzig

Unternehmung für

Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten

Mosaik-Terrazzoböden.

Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.

Schmiedeeiserne Fenster
Fensterwerk
R. Zimmermann, Bautzen.

KOCH & BEIN Berlin SW. 68
Ritter-Str. 49

Gegründet 1857.

K Firmen-Schilder
u. Schilder aller Art.

Metall-, Holz- und Glasbuchstaben
in allen Größen und Schriftformen.

Elektrische Reklame-Beleuchtung.

Laternen und Transparente
nach besonderen Entwürfen. (271)

Wappen- und Medaillen-Gießerei.

B

Mit Recht weigert sich der Bauherr, dieses Gehalt zu zahlen, wenn der Bauführer solche Fehler macht, für die der Architekt einstehen muß. Der Architekt muß aber nach § 278 BGB. für jedes Verschulden des von ihm angestellten Bauführers einstehen.

Anderseits haftet der Bauführer dem Architekten für jedes Verschulden, das ihm zur Last fällt. Den hieraus sich ergebenden Schaden kann der Architekt dem klagenden Bauführer gegenüber zur Aufrechnung bringen.

In Ihrem Falle müssen Sie sich also auf die Klage des Bauführers einlassen; Sie sind ihm gegenüber der richtige Beklagte, Sie können aber der Klage den Einwand entgegenzusetzen, daß der Bauführer solche Fehler gemacht hat, für welche Sie haben einstehen müssen. In derselben Höhe, in welcher Ihnen der Bauherr mit Recht Abzüge gemacht hat, können Sie die Abzüge dem Bauführer machen. —

Hrn. Arch. W. O. in Bielefeld. Die Antwort auf die Frage ergibt sich aus § 142, 143 ALR. 1/8. Wenn das vordere Eckzimmer auch von zwei Seiten Licht erhält, so darf das Fenster an der Grenzezeit gleichwohl nicht zugebaut werden, vielmehr muß die Grenz wand des Neubaus so geplant werden, daß der Nachbar aus dem ungeöffneten Fenster des I. Stockwerkes den Himmel sehen kann. Entscheidend ist im allgemeinen die Augenhöhe eines aufrecht stehenden Menschen. Die Vorschriften befinden sich neben dem BGB. in voller Gültigkeit. (Vergleiche auch Alexander-Katz, Grundriß des preussischen Baurechts, S. 35.)

Hrn. Reg.-Bmstr. G. L. in Leipzig. Der Verein Heimatschutz ist nicht berechtigt, Pläne von Architekturarbeiten, welche nach Maßgabe des Gesetzes betreffend das Urheberrecht der bildenden Künste und der Photographie geschützt sind und von denen er amtliche Kenntniss erhalten hat, ohne Wissen des Architekten zu veröffentlichen. Dagegen ist er befugt, die äußere Ansicht von Bauwerken, welche sich bleibend an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden, durch Photographie zu vervielfältigen und solche Vervielfältigungen vorzuführen. Im übrigen hat dagegen der Urheber eines architektonischen Entwurfes die ausschließliche Befugnis, das Werk zu vervielfältigen und gewerbsmäßig mittels mechanischer oder optischer Einrichtungen vorzuführen (§§ 2, 15, 20 des Kunstgesetzes vom 9. Januar 1907).

Fragebeantwortungen aus dem
Leserkreise.

Zur Anfrage in Beilage 5 zu No. 9 betr. Streitfrage über die Verrechnungsweise für Eisenbetondecken erhalten wir von verschiedenen Seiten so eingehende Zuschriften, daß wir sie unmöglich wörtlich veröffentlichen können. Alle Äußerungen stimmen darin überein, daß der Begriff der „Massivdecken“ auch die trägerlosen Eisenbetondecken umfasse, daß nach dem klaren Wortlaut der Bedingungen, falls diese vom Unternehmer ohne Vorbehalt unterschrieben, also anerkannt worden sind, das formale Recht jedenfalls auf Seite der Verwaltung liege, der Unternehmer keinen rechtlichen Anspruch auf eine abweichende Berechnung unter Einbeziehung der Auflager habe. Während aber Einige für eine glatte Abweisung der Nachforderung eintreten, wird von anderer Seite doch anerkannt, was in der Nachschrift der Redaktion ausgesprochen war, daß es an sich üblich und berechtigt sei, bei Eisenbetondecken die Auflager mitzumessen, und daß die Verwaltung daher dem Unternehmer entgegen kommen sollte, namentlich wenn ein niedriges Angebot den Preiszuschlag rechtfertigt. Von Hrn. B. in H. wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Sachlage sich jedenfalls zugunsten des Unternehmers wesentlich ändere, wenn er etwa die Bedingungen nicht ausdrücklich unterschrieben und die Verwaltung ursprünglich eine andere Art der Massivdecke vorgeschrieben habe, die dann erst auf Grund nachträglicher Verhandlungen durch eine Eisenbetondecke ersetzt wurde.

Wir werden der anfragenden Verwaltung die Antworten ohne Namensnennung einsenden. —

Dresden 1911.

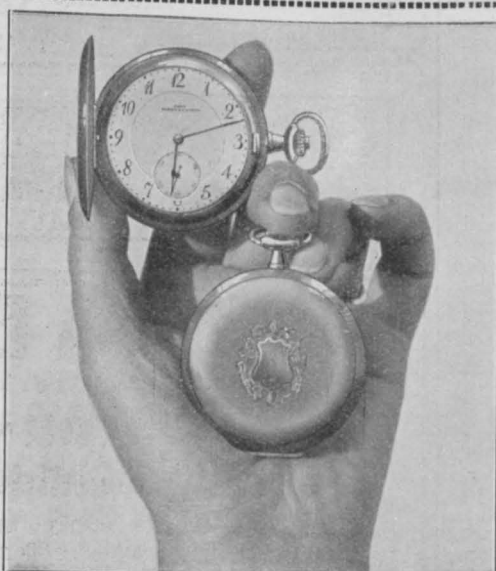
S. TH. RAUECKER.



Auf 30 Jahre
Haltbarkeit
geprüft.

Issleib & Bebel, Baubeschlag-Fabrik, Leipzig^{6a}

Neuer Prachtkatalog auf Verlangen.



Ein halbes Menschenalter

nämlich 20 Jahre lang leisten wir Qualität für unsere goldplattierten Taschenuhren. Ihr Gehäuse bleibt in normalem Gebrauch unverwundet, weil es aus Stahl besteht, auf den eine 14 karätige Goldauflage gewalzt und geschweißt ist. So entsteht eine Kombination von zähem Hart- und weichem Edelmetall, die jedem verheerenden Ansturm trotzt: ihre Haltbarkeit ist verblüffend. Diese starken Gehäuse sind modern geformt und vornehm künstlerisch dekoriert; sie sind im Aussehen den echt goldenen völlig ebenbürtig und umschließen schützend einen immerwährend punktfestesten Zeissmeister mit vorzüglichem Ankerwerk, das eine selbst minutöse Präzisions-Reglage aufweist. Dünne 8- oder 14 karätigen Goldgehäusen sind unsere goldplattierten, unbegrenzt widerstandsfähigen Kombinationen glänzend überlegen.

Bei Angabe des Artikels an ernste
Reflektanten kostenfrei Kataloge:
Katalog U 64: Silber-, Gold- und Brillant-
schmuck, Taschen-Uhren, Gross-
Uhren, Tafelgeräte, Bestecke.
Katalog R 64: Moderne Pelzwaren.
Katalog H 64: Gebrauchts- und Luxus-
waren; Artikel für Haus und Herd.
Geschenkartikel jeder Art.
Katalog S 64: Beleuchtungskörper.
Katalog P 64: Photographische und Opti-
sche Waren.
Katalog L 64: Lehrmittel und Spielwaren.
Katalog T 64: Teppiche, deutsche und
echte Perser.



STÖCKIG & CO.

Hoflieferanten

Dresden - A. 16 (für Deutschland)
Bodenbach i. B. (für Oesterreich)

BEILAGE 9 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLVII. JAHRGANG. ZU NO. 17 VOM 26. FEBRUAR 1913.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Ein neues Verfahren zur autogenen Schweißung von Kupfer. Vom „Zentral-Büro für Acetylen und autogene Metall-Bearbeitung“ in Nürnberg erhalten wir folgende Mitteilung: Zur Verbindung von Kupferteilen wurde bisher die Hartlötung verwendet, bei der zwischen die Kupferteile ein Fremdmittel eingeschmolzen wurde. Wenn eine solche Verbindung mit einer Flüssigkeit in Berührung kommt, in der eine Säure gelöst ist, wie z. B. mit Seewasser, so tritt die Bildung galvanischer Ketten ein, die zur Zerstörung der Verbindung führt. Die gleiche Erscheinung zeigt sich bei der Einwirkung von Regenwasser in industriellen Gegenden, welches immer Spuren von schwefliger Säure enthält, die aus der Luft aufgenommen werden. Diesem Uebelstande kann nur dadurch abgeholfen werden, daß eine unmittelbare Verbindung der Kupferteile ohne Zwischenschmelzung eines Lotes aus fremden Metallen erfolgt. Mit der autogenen Schweißung ist ein Verfahren geschaffen worden, welches diese Bedingungen erfüllt. Hierbei muß das Kupfer örtlich zum Schmelzen gebracht werden, und infolge des Umstandes, daß Kupfer bei einer unterhalb seines Schmelzpunktes gelegenen Temperatur sich mit Sauerstoff verbindet und verbrennt, tritt eine Struktur-Veränderung neben der Schweißnaht ein, sodaß der Körper an diesen Stellen brüchig wird. Es ist nun gelungen, diesem Uebelstande durch die Verwendung geeigneten Zusatz-Materials abzuhelfen. Das „Zentralbüro für Acetylen und autogene Metallbearbeitung“ in Nürnberg ist bestrebt, solche Arbeitsmethoden zur allgemeinen Durchführung zu bringen und dahin zu wirken, daß geeignete Zusatzmaterialien zu angemessenen Preisen von geeigneten Fabrikanten in den Handel gebracht werden. —

Chronik.

Ueber Wasserkraftanlagen im Gebiete der Rhône entnehmen wir einem ausführlichen Aufsatz der „Frankfurter Ztg.“, daß zurzeit von der Rhône und ihren linken Nebenflüssen Arve, Fier, Guiers, Isère, Drome, Durance über 5 Mill. PS. in Werken der verschiedensten Art ausgenutzt werden, während etwa 100.000 PS. augenblicklich installiert werden und verschiedene Pläne mit zusammen etwa 700.000 PS. der Prüfung unterliegen. Nach dem einen Plan will man im Oberlauf der Rhône selbst, bei Bellegarde, wo sich eine der ältesten Kraftanlagen Frankreichs mit 8000 PS. befindet, ein Gefälle von 65 m ausnützen. Da während 10 Monaten Wasserströmen von über 200 cbm/Sek. zur Verfügung stehen, so ist die zu gewinnende Kraft mit 120.000 PS. veranschlagt. Erforderlich ist die Anlage eines Stauwerkes und eines Kraftstollens. Die zu gewinnende Kraft ist für Paris bestimmt. Die Konzessionierung solch einer Anlage begegnet aber in Frankreich mangels ausreichender gesetzlicher Bestimmungen großen Schwierigkeiten, sodaß die Verwirklichung des Unternehmens nicht so bald zu erwarten ist. —

Ueber die Entwicklung des Elektrizitäts-werkes Mark, das bekanntlich eine kommunale Gründung der Stadt- und Landkreise Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Altena ist und seit 4 Jahren besteht, entnehmen wir dem Geschäftsbericht, daß diese eine außerordentlich Kraftzentrale gewesen ist. Begründet mit einer mit einer Turbine von 3000 Kilowatt, folgte bald die 2. Turbine, dann die 3. mit 5000 und die 4. mit 7500 Kw. Gegen Ende des 3. Geschäftsjahres 1911 wurde bereits die Errichtung eines größeren Kraftwerkes bei Elver-

August Wolfsholz Preßzementbau

BERLIN W. 9
Link - Straße Nr. 38

Ges. m. b. H.

WIIEN II
Tabor-Straße Nr. 29

Wiederherstellung und Verstärkung
schadhafter Bauwerke, Brücken, Pfeiler, Türme und Fundamente.

Trockenlegung und Sicherung von Tunnels, Schächten und Grundbauten. (580)

Dichtung von Docks, Schleusen, Sperrmauern, Brunnen u. Behältern.

Fundierungen und Versteinerungen des Untergrundes.

In- und ausländische Patente.

Erste Empfehlungen.



GEBR. WICHMANN
BERLIN NW 6, Karl-Str. 13.

Zeichenpapiere, =
Pauspapiere,
Lichtpauspapiere
sowie sämtliche
ZEICHENMATERIALIEN.
KATALOG FREI!

Obernkirchener Sandsteinbrüche, A.-G.

Obernkirchen, Grafschaft Schaumburg, 377
empfehlen ihr anerkannt vorzügliches, absolut wetterbeständiges **Sandstein-Material.** = Broschüre =
kostenfrei. =

BETON UND EISENBETON

[237 II]

HOCH- u. TIEFBAU
BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN
ZEMENTWARENFABRIKEN

GEGRÜNDET
1870

HÜSER u. CIE.
OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET
1870

KOCH & BEIN

Berlin SW. 68
Ritter-Str. 49

Gegründet 1857.

Firmen-Schilder
u. Schilder aller Art.

Metall-, Holz- und Glasbuchstaben
in allen Größen und Schriftformen.

Elektrische Reklame-Beleuchtung.

Laternen und Transparente
nach besonderen Entwürfen. (271)

Wappen- und Medaillen-Gießerei.

lingen an der Lenne beschlossen. Das Werk wurde mit 2 Turbinen von 7500 und 12500 Kw. in Betrieb gesetzt, aber die Entwicklung hat diesen Ausbau bereits überholt, sodaß in Herdecke eine 5. Turbine mit 12500 (wofür allerdings die beiden ältesten Turbinen auscheiden), in Elverlingen eine dritte mit 20000 Kw. Leistung aufgestellt werden. Die Stromerzeugung ist von 36146000 Kilowatt-Stunden Ende 1911 auf 56296000 Kwstd. Ende 1912 gestiegen, die Zahl der Abnehmer auf 4747. Das Werk arbeitet jetzt mit einem Kapital von 18—19 Mill. M., von dem der größere Teil durch Anleihen usw. unter Bürgschaft der beteiligten Gemeinden, etwa $\frac{1}{4}$ durch Aktien, aufgebracht ist, die sich günstig verzinsen. —

Die Grande-Chartreuse im Rhône-Tal, die bekannte Benediktiner-Abtei, ist auf Antrag des französischen Unterstaatssekretärs der Schönen Künste unter die geschichtlichen Denkmäler Frankreichs aufgenommen worden. —

Literatur.

Der Unterricht an Baugewerkschulen. Herausgeber: Prof. M. Girndt. Heft 1: Leitfaden der Baustofflehre für Baugewerkschulen und verwandte bautechn. Fachschulen von Reg.- u. Gew.-Schulrat K. Jessen u. Oberlehrer Prof. M. Girndt. 4. vermehrte Auflage. Mit 107 Fig. im Text. Pr. 2,40 M. — Heft 8: Grundbau I (Hochbau) von Oberl. Prof. M. Benz. 3. verbesserte Aufl. Mit 150 Abbildgn. im Text. Pr. 1,60 M. — Heft 14: Das Feldmessen des Tiefbautechnikers. Methodisches Taschenbuch für den Gebrauch an techn. und verwandten Fachschulen und in der Praxis von Oberlehrer Prof. Hans Friedrichs. I. Teil, Reine Flächenaufnahme. 2. Aufl. Mit 177 Textabbildgn. und einem Plan in mehrfarbiger Lithographie. Pr. 3,20 M. — Heft 21: Raumlehre für Baugewerkschulen und verwandte bautechn. Lehranstalten von Oberlehrer Prof. Martin Girndt. 2. Teil. Dreiecksberechnung und Körperlehre. Mit 97 Fig. im Text und zahlreichen Aufgaben aus der Baupraxis. 4. umgearbeitete und vermehrte Auflage. Pr. 1,40 M. — Heft 26: Das Veranschlagen von Hochbauten von Oberlehrer G. Blume. 3. vermehrte Auflage. Mit 3 Taf. und 17 Abbildgn. im Text. Pr. 1,80 M. — Heft 37: Baukonstruktionslehre von Oberlehrern Otto Frick und Karl Knöll. V. Teil. Mit 244 Fig. im Text. 3. Aufl. Preis 2,60 M. — Heft 47: Statik von Reg.-Bmstr., Dir. A. Schau. II. Teil Festigkeitslehre. Zug- und Druckfestigkeit, Schubfestigkeit, Biegezugfestigkeit und Knickfestigkeit. Mit 205 Abbildgn. im Text. Pr. 3 M. Leipzig 1912 und 1913. B. G. Teubner.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Dem Mar.-Int.-u. Bt. Zimmermann ist der Char. als Geh. Bt. verliehen.

Dem Mar.-Ob.-Bt. und Schiffbau-Betr.-Dir. Geh. Mar.-Bt. Krieger ist die nachges. Entlass. aus dem Reichsdienst erteilt.

Baden. Dem Ob.-Bauinsp. Kinzler in Donaueschingen ist die Erlaubnis zur Ann. und zum Tragen des ihm verlieh. kgl. preuß. Roten Adler-Ordens IV. Kl. erteilt.

Der Reg.-Bmstr. a. D. Platz in Hamburg ist z. techn. Leiter der Ortsbaukontrolle (Baupflege und Baupolizei) in Mannheim gewählt.

Bayern. Dem Reg.-Bmstr. Batzner in Tabora (Deutsch-Ostafrika) ist die Bewilligung zur Ann. und zum Tragen des ihm verlieh. kgl. preuß. Kronen-Ordens IV. Kl. erteilt.

Verliehen ist: dem Prof. Dr. Pressel an der Techn. Hochschule in München die IV. Kl. mit der Krone des Verdienst-Ordens vom hl. Michael; — den Prof. Dr. Max Schmidt und Wilh. Dietz an der Techn. Hochschule in München der Tit. und Rang eines Geh. Hof-Rates und dem Arch. Otto Lasne in München der Tit. eines kgl. Prof.

Der Bauamtsass. Haberl in Amberg ist dem Str.-u. Flußbauamt München zur Förderung der Isar-Korrektion zugeteilt.

Der Eisenb.-Ass. Joh. Weiß in Nürnberg ist zum Dir.-Ass. ernannt. Der Ob.-Bauinsp. Schlier in Nürnberg ist als Vorst. an die Bahnstat. Treuchtlingen versetzt.

Hamburg. Der Dipl.-Ing. Hauschild ist zum Bmstr. bei der Baupolizeibehörde ernannt.

Preußen. Verliehen ist: dem Int.-u. Bt. a. D., Geh. Bt. Karl Meyer in Schöneberg der kgl. Kronen-Orden II. Kl. und dem Gem.-Bmstr. Bräuning in Tempelhof der kgl. Kronen-Orden IV. Kl.; — dem Ing. Fr. Jebens in Ratzeburg der Char. als Bt.

Die Erlaubnis zur Ann. und zum Tragen der ihnen verlieh. nichtpreuß. Orden ist erteilt und zwar: dem Reg.-u. Bt. Zander in



Unerreicht ist der Klosettpüler Flushometer „Isaria“

Modern!
Dauerhaft!
Hygienisch!

Bayer. Metallindustrie München
Tobias Forster & Co., München.

Es darf kein ähnlicher Klosettpüler als „Flushometer“ verkauft oder angeboten werden. • Name geschützt. • Apparat patentiert.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein a.G.
Stuttgart

Haftpflcht-
Unfall-Lebens-
Versicherung

Jahresprämie:
32 Millionen Mark.

Kapitalanlage:
90 Millionen Mark.

(14)

1912: 870 000 Versicherungen.

Empfehlungsverträge mit zahlreichen Architekten- und Ingenieur-Vereinen, sowie Verbänden des Baugewerbes.

Austrocknungs-

Gesellschaft
m. b. H.
Charlottenburg

Galvani-Str. 8

Telefon:
Amt Wilhelm 1669

D.
R.
P.

D.
R.
G.
M.

Tüchtige Vertreter allerorts gesucht.

Kürzlich
u. a.
mit der

Austrocknung für die Königl. Regierung beschäftigt gewesen.

Enden des Ritterkreuzes I. Kl. des kgl. sächs. Albrechts-Ordens; dem Ob.- u. Geh. Brt. a. D. Clausnitzer in Weimar des Komturkreuzes II. Kl. des großherz. hess. Verdienst-Ordens Philipps des Großmütigen, dem Geh. Brt. Ruegenberg in Frankfurt a. M. und dem Reg.- u. Brt. Kressin in Mainz des Ritterkreuzes I. Kl. desselben Ordens; dem Reg.-Bmstr. Holtermann in Paderborn des Ritterkreuzes II. Abt. des großherz. sächs. Hausordens der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken; dem Reg.- u. Brt. Bund in Elberfeld des Ritterkreuzes I. Kl. des herzog. braunschweig. Ordens Heinrichs des Löwen; dem Geh. Ob.-Brt. Brosche, vortr. Rat im Min. der öffentl. Arb., des Komturkreuzes II. Kl. des herz. sachsen-ernestinischen Hausordens; dem Geh. Ob.-Brt. Rüdell, vortr. Rat im Min. der öffentl. Arb., des Großoffizierkreuzes des großherz. luxemburg. Ordens der Eichenkrone und des fürstl. reußischen Ehrenkreuzes I. Kl., dem Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Holtmeyer in Magdeburg des letzten Ordens III. Kl.; dem Ob.- u. Geh. Brt. Blunck in Königsberg i. Pr. des kgl. montenegrinischen Unabhängigkeits-Ordens III. Kl.

Dem Brt. R. Dethlefsen, Prov.-Konserv. in Königsberg i. Pr. ist der Tit. Prof. verliehen. Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Hoffeld in Rothenburg nach Naumburg a. S. und Bach in Schweidnitz zum Eisenb.-Betr.-Amt nach Waldenburg i. Schl.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Fritzel der Reg. in Minden, Tzschirntsch desgl. in Königsberg und Struckmann der Dortmund-Ems-Kanal-Verwaltg. in Münster; — Altenberg, Hammen, Kallenbach und Dempwolf der Eisenb.-Dir. in Hannover, Haberland desgl. in Cassel, Schlunk in Halle a. S., Schleifenheimer der Dir. in Stettin, Köpke der Dir. in Essen, Scheehl in Hannover, Reinhardt der Dir. in Altona a. E. und Wahren-dorf in Kattowitz, Lichtenfels, bisher beurlaubt, der Eisenb.-Dir. in Hannover; — Matz aus Hagen dem Mel.-Bauamt I in Oppeln und Giencke aus Jasnitz dem Mel.-Bauamt in Hildesheim.

Sachsen. Der Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Otto Müller bei den Staatseisenb. ist zum Bau-Amtmann ernannt.

Der Reg.-Bmstr. Knothe in Zwickau ist zum Landbauamt Dresden I versetzt.

Der Fin.- u. Brt. Krüger in Meissen ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. M. A. in R. Die Salpeterausblühungen des unverputzten Mauerwerkes werden bei Witterungswechseln so lange anhalten, bis sämtlicher Salpeter der Backsteine oder des verwendeten Mörtels ausgeblüht ist. Es empfiehlt sich jedesmaliges Abwaschen mit reinem Wasser ohne besondere Zusatz. Es empfiehlt sich aber nicht die Aufbringung des Putzes vor Aufhören des Ausblühens, sonst wird der Verputz zerfressen. Wegen des Anstriches der Blechbedachungen setzen Sie sich am besten mit einem erfahrenen Anstreichermeister in Verbindung.

Hrn Ing. A. H. in C. Wenn durch Unterkellerung der Villa oder sonstige Maßnahmen Gewähr dafür geboten ist, daß der Zementestrich im Erdgeschoß trocken ist, wenn das Lino-leum darauf verlegt wird, so wissen wir nicht, was dagegen sprechen sollte. Voraussetzung für alle Fälle ist natürlich sorgfältige Verlegung auf eine sorgfältig ge-glättete Unterlage ohne Unebenheiten. Da-für aber werden die Firmen von Ruf, die Li-no-leum verlegen lassen, schon von selbst sorgen.

Rechtsauskunft.

Bearbeitet von Justizrat Professor Dr. Paul Alexander-Katz, Berlin W. 66.

Hrn. Arch. R. D. in Hildburghausen. Ge-gen den Bescheid der Staatsanwaltschaft, heberrechts-Verletzung zurückgewiesen wird, steht Ihnen die Beschwerde an den Ober-Staatsanwalt bei dem zuständigen Oberlandes-Gericht zu. Weder durch den Strafantrag noch durch die Beschwerde entstehen Ihnen Gerichtskosten. Zur Begründung könnte Fol-gendes angeführt werden:

Es ist richtig, daß durch das Literatur-gesetz nur solche Abbildungen geschützt werden, welche den Zweck der Belehrung verfolgen. Darunter sind aber nicht etwa dienen, sondern aus denen überhaupt eine Belehrung Desjenigen, der sie betrachtet und studiert, sich ergeben kann. Demgemäß sind alle architektonischen und technischen Zeich-nungen belehrenden Inhaltes. Selbst Schnitt-muster für Schneider sind demgemäß durch die Rechtsprechung als belehrende Zeichnun-gen angesehen worden. Die Behauptung,

Johann Odorico

Dresden Leipzig

Frankfurt a. M.

Unternehmung für

Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten

Mosaik-Terrazzoböden.

Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.

Carl Hauer

Königlicher Hoflieferant

Ausführung von Bildhauer-, Modell-, Antrage-, Stuck-, Kunstmarmor-, Stuck-
olustro-, Stuck-, Rabitzarbeiten und äußeren Baudekorationen aller Art.

BERLIN

Dennewitzstr. Nr. 32. Amt Lützow, 4936.

Gegründet 1873

Gegründet 1873

(202)

Seilergasse Nr. 14. Amt I, 1249.

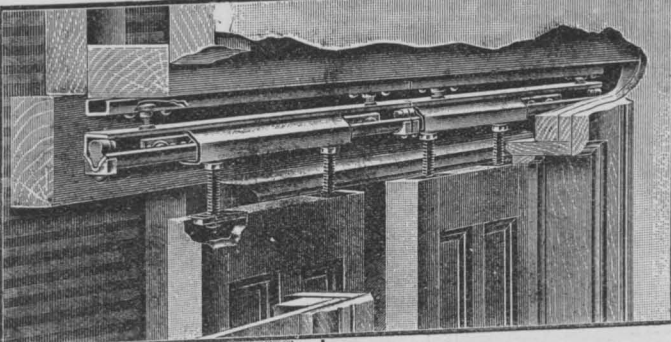
Wasserfest imprägnierte

Algostat-Korkplatten

Spez. Gewicht 0,22

A. Kaacke & Co. Gelle, Provinz-Hannover

Eigene Kontore: Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Breslau, Stuttgart, Halle, Saale, Rotterdam



Mc Cabe ::
Schiebetür-
Beschlüge
für Salon-,
Lift-, Remi-
sen- u. Har-
monikaturen.

Präzisionsarbeit. Ueberall anzubringen.
Beansprucht nur 5-6 cm Werkhöhe.

Käuflich in jeder besseren Eisenwarenhandlung.

Alleinvertrieb für Deutschland, Schweiz
und Oesterreich-Ungarn:

Schmidt & Meldau, Köln a. Rh.

(471 III) Baubeschlagfabrik.



Mölders & Cie.

Hildesheim

Unternehmung
für Beton-, Eisenbe-
ton- und Tiefbauten ::
Zementröhren- und
Kunststein - Fabrik

Zweiggeschäft:

Berlin-Schöneberg

Sponholz-
Straße 27

Speicherbau der Fa. E. L. Meyer, Hildesheim

daß der Techniker M. die Häuser „nach eigener Auffassung“ entworfen und gebaut hat, ist ohne jeden Beweis hingestellt. Ein Sachverständiger ist von der Staatsanwaltschaft offenbar nicht vernommen worden; eine solche Vernehmung muß aber beantragt werden. Zweckmäßig wäre es auch, wenn gleich ein Privatgutachten darüber beigelegt wird, daß die Häuser offensichtlich unter Benutzung der Zeichnungen errichtet sein müssen. Dabei wäre es gleichgültig, ob das Nachbauen durch Kopieren der Zeichnungen erfolgt ist oder dadurch, daß die fertigen Häuser kopiert worden sind.

Die Auffassung der Staatsanwaltschaft, daß Arbeiterhäuser darum, weil sie Nützlichkeitszwecken dienen, keine künstlerischen Zwecke verfolgen, ist offenbar unrichtig und wird zweckmäßigerweise auch durch ein dem Oberstaatsanwalt vorzulegendes Privatgutachten eines Baukünstlers widerlegt, in dem gleichzeitig beantragt wird, daß auch die Staatsanwaltschaft von Amtswegen einen Baukünstler als Sachverständigen über diese Frage hört. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß auch Kleinbauten durchaus vom künstlerischen Standpunkt aus behandelt werden sollen. Soweit sie vom künstlerischen Standpunkt aus behandelt sind, stehen sie unter dem Schutz des Kunstgesetzes. Ob aber die hier in Rede stehenden Bauten diesen Schutz genießen, würde davon abhängen, ob in ihnen künstlerische Ideen verwirklicht sind, was wieder durch Privatgutachten zu belegen ist. In gleicher Weise ist durch Privatgutachten zu belegen, daß die angeblichen Nachbildungen die in den Vorbildern verwirklichten künstlerischen Ideen in unfreier Weise in Benutzung nehmen. Selbstverständlich ist die Angabe der Staatsanwaltschaft, daß Küche und Hausgang unterkellert sind, für die Urheberrechtsfrage völlig unerheblich. In Betracht kommen das Gesetz betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur vom 19. Juni 1901 und Gesetz betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste vom 9. Febr. 1907.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage in Beilage 6 zu No. 11. Der fragliche Anstrich besteht aus Stabiltteer. Dieser erhält nach erfolgtem Auftrag alsbald eine matt glänzende Oberfläche, die ziemlich widerstandsfähig ist. Der Anstrich trocknet sehr rasch. Er wird vorwiegend zum Dichten der Querstöße von auf flachen Dächern verlegtem Schwarzblech und verzinktem Eisenblech verwendet, auch zu ihrem Anstrich. Das verzinkte Eisenblech verliert dadurch seine unschöne grelle Oberfläche und das Schwarzblech erhält eine dauerhafte und gefällige Schutzhülle. Beide Dachflächen erhalten dadurch eine nachhaltige Widerstandsfähigkeit gegen Säuren, saure oder ätzende Niederschläge, wie solche in zahlreichen technischen Betrieben in mehr oder minder größerem Umfang niederzugehen pflegen. Die zu streichenden Metallflächen müssen mäßig handwarm, vollkommen trocken, rost-, staub- und zunderfrei sein, weil der Anstrich sonst mehr schadet als nützt. Die Metalltafeln dürfen vor dem Verlegen nur grundiert und nicht fertig gestrichen werden. Die Firma A.W. Anderson in Beuel a. Rh. dürfte nähere Auskunft erteilen. —

Zur Anfrage in Beilage 7 zu No. 13. Der Nachschrift der Redaktion wäre beizupflichten, daß der Oelfarbenanstrich der Auftrittsflächen alsbald mehr oder minder erhebliche Entstellungen und Schürfungen aufweisen dürfte. Auf den Antrittflächen kann der gleiche Anstrich vielleicht etwas längere Zeit halten, weil diese senkrechten Stufenflächen weniger beansprucht werden. Auch wäre zu berücksichtigen, daß solche Anstriche ziemlich teuer und keineswegs gefällig sind, während $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{2}$ Schliff der Stufen wesentlich zweckdienlicher und auch nicht teurer ist, abgesehen davon, daß eine solche Behandlung materialgerechter ist und auch eine unverhältnismäßig bessere Wirkung ergibt. —

B. H.

Anfragen an den Leserkreis.

1. Gibt es Werke über moderne Herstellung und Einrichtung kleinerer Eiskeller- und Kühlanlagen für Restaurationsbetriebe mit Kaufmannsladen? —

L. in B.

2. Wie konstruiert man ein für Promenadengelände geplantes, wasserundurchlässiges und gegen Frost gesichertes künstliches flaches Wasserbecken von etwa 1200 qm Fläche auf die billigste und zweckmäßigste Weise? —

W. in G.

2. Welches Kittmaterial oder welches Verfahren ist für das Auskitten von Fugen in Tannenholzfußboden, welche durch das Schwinden des Holzes entstanden sind, zu empfehlen? Gewöhnlicher Glaserkitt bröckelt bekanntlich schon nach kurzer Zeit wieder aus den Fugen heraus. —

M. in B.

Zementbaugeschäft Rud. Wolle, Leipzig.

Spezialausführung von
Beton- und Eisenbetonbauten
für Hoch- und Tiefbau.

Preisgekrönt:



Leipzig 1897.

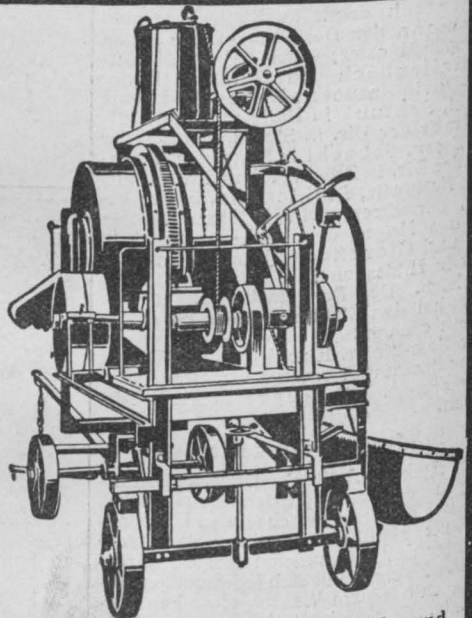


Dresden 1903.



Dresden 1911.

**Viktoria-
Betonmisch-
maschine ::
(fahrbar)**
**Neueste Beton-
mischmaschine**
D. R. P.



Unübertroffene Mischung: bequemste Art der Füllung; rasche und vollständige Entleerung durch ausschwenkbare Auslauffülle (ebenfalls Patent); solide Konstruktion; mäßiger Preis.

Deutsche Industrie-Werke G.m.b.H.
Mannheim-Waldhof.



**Müllschlucker
„Columbus“**

D. R. P. Silberne Medaille.

Mehrere Auslandspatente.

(574)

Columbus ist der **einzigste Müllschlucker**, der seit Jahren seine Position behauptet hat.

Columbus wird von Autoritäten als **äußerst praktisch u. brauchbar** empfohlen.

Columbus ist im Vollbade verzinkt. Viele Anerkennungsschreiben liegen vor.

Kostenanschläge und Prospekte kostenlos durch

Wiegand & Co., Bremen.